# Nachrichtenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

der Philosophischen Fakultät

der Freien Universität Berlin

Vorgelegt von

Eva-Ruth Erfurt

aus Erfurt

Berlin 1958

# N a c h r i c h t e n p o l i t i k

in der

Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

I N A U G U R A L - D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Eva-Ruth Erfurt

aus Erfurt

Berlin 1958

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gedruckt mit Genehmigung
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

Dekan: Prof. Dr. Uvo Hölscher
Referent: Prof. Dr. Dovifat
Korreferent: Prof. Dr. Fraenkel

Tag der mündlichen Prüfung: 19.7.1957

# Inhalt


| | Seite |
|---|---|
| Einleitung: Das Verhältnis von Information und Nachrichtenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. | 1 |
| A) Die Situation der Publizistik in der SBZ | 3 |
| I. Die politischen und ideologischen Voraussetzungen der Nachrichtenpolitik in der SBZ | 3 |
| a) Die politischen Bedingungen der Publizistik in der SBZ | 3 |
| b) Der dialektische und historische Materialismus als Masstab für die Deutung des Weltgeschehens | 4 |
| c) Die Forderungen des totalitären marxistischen Staates an die Publizistik | 7 |
| II. Vorläufer und Vorbilder der publizistischen Informationstechnik in der SBZ | 10 |
| a) Deutschland | 10 |
| $\alpha$) Sozialistische Presse | 10 |
| 1. Marxistische Deutung von Ereignissen | 10 |
| 2. Vernachlässigung der Nachrichtendienste | 12 |
| 3. Lehrhaftigkeit statt Lebhaftigkeit | 13 |
| 4. Das Zurücktreten der publizistischen Persönlichkeit | 14 |
| 5. Bekenntnis zur Agitation | 15 |
| 6. Zusammenfassung | 16 |
| $\beta$) Nationalsozialistische Publizistik | 18 |
| 1. Gefühlsappell - Schulungsabsicht | 18 |
| 2. Nachrichtenpolitik und Wirklichkeit | 20 |
| 3. Künstlich geschaffene Aktionen | 21 |
| 4. Schlagwortprägung | 22 |
| 5. Lügentechnik | 23 |
| b) Sowjetrussische Publizistik | 24 |
| 1. Volkskorrespondentenbewegung | 25 |
| 2. Konferenzen zwischen Presse und Partei | 26 |
| 3. Schwerpunkttechnik | 27 |
| 4. Langfristige Planung | 28 |
| 5. Kritik und Selbstkritik | 29 |
| 6. Bedeutung der Nachricht in der Publizistik | 30 |
| c) Resultat des Vergleichs der SBZ-Publizistik mit ihren Vorgängern und Vorbildern | 31 |
| B) Die Funktionen der Nachrichten in der SBZ | 32 |
| I. Struktur und Anordnung der Nachrichten | 32 |
| a) Formen der Ereigniswiedergabe | 32 |
| $\alpha$) sachlich berichtende Meldungen | 32 |
| 1. Themenkreise der ereignisberichtenden Meldungen mit künstlicher Aktualität | 33 |
| 2. Bearbeitung aktueller Ereignisse in sachlich berichtenden Meldungen | 39 |

| | Seite |
|---|---|
| β) kommentierende Meldungen | 40 |
| 1. Struktur der kommentierenden Meldungen | 41 |
| 2. Verwendung massenwirksamer Akzente in der Kommentierung von Ereignissen | 42 |
| 3. Hinweis auf Parallelereignisse | 45 |
| 4. Die politisch ökonomische Analyse | 45 |
| γ) reflektierende Meldungen | 45 |
| 1. Spiegelung öffentlicher Meinungen | 46 |
| 2. Spiegelung persönlicher Meinungen | 47 |
| b) Komposition von Nachrichtenmaterial | 48 |
| 1. Gleichsinnige Textkomposition | 48 |
| 2. Antithetische Textkomposition | 51 |
| II. Schwerpunkttechnik | 52 |
| a) Ordinaten des Schwerpunktsystems | 52 |
| 1. Strategie der politischen Führung | 53 |
| 2. Taktik der politischen und wirtschaftlichen Planerfüllung | 53 |
| 3. Regionale Gliederung der Öffentlichkeit | 54 |
| 4. Zusammenfassung | 58 |
| b) Vorbereitete und gelenkte nachrichtenpolitische Aktionen | 58 |
| 1. Organisatorische Aktionen | 58 |
| 2. Propagandistische Aktionen | 65 |
| 3. Agitatorische Aktionen | 68 |
| C) Mittel zur Umformung des Nachrichtenstoffes | 70 |
| I. Technik der Verzerrung und Fälschung von Ereignissen | 70 |
| a) Bedeutungssteigerung | 70 |
| 1. Exakte Berichterstattung | 70 |
| 2. Formulierung von Überschriften | 71 |
| 3. Sprachliche Übersteigerung | 72 |
| 4. Betonung der Ereigniswirkung | 74 |
| 5. Betonung der Ereignisursache | 76 |
| 6. Summierende Berichterstattung | 78 |
| b) Bedeutungsminderung | 79 |
| 1. Ausweichtaktik | 79 |
| 2. Herabsetzungen der Leistungen des Gegners | 80 |
| 3. Bagatellisierung eigener Schwächen | 81 |
| 4. Behandlung unerwarteter und planwidriger Ereignisse | 83 |
| 5. Bagatellisierungs- und Simplifizierungsformeln | 84 |
| c) Lügentechnik | 85 |
| α) Behauptungslügen | 86 |
| 1. Allgemein urteilende Behauptungen | 86 |
| 2. Lügenhafte Behauptungen in Überschriften | 87 |
| 3. Freie Erfindung von Ereignissen | 87 |
| 4. Sprachliche Fassung | 88 |
| 5. Sprunghafte Beweisführung | 89 |
| 6. Zusammenfassung | 90 |

Seite

β) Motivlügen 90
γ) Sensationslügen 93
δ) Dementilügen 96

II. Die Beurteilung der Persönlichkeit im Ereignis 99

a) Wertsetzung nach Nutzbarkeit 99
b) Popularisierung bedeutender Persönlichkeiten 100
α) Heroisierung 100
β) Diffamierung 104

III. Übertragung von Ereignissen in fremde Lebensräume 105

a) Verlagerung politischer Ereignisse 106
b) Ausweitung persönlicher Ereignisse 106

IV. Versuch zur Dokumentation von Behauptungen 108

a) Die Verwendung der Zahl in der Nachricht 108
b) Die Veröffentlichung von Beweismaterial 111
1. Veröffentlichung von Aktenmaterial 111
2. Bekenntnisse verhafteter oder übergelaufener "Agenten" 111
3. Entdeckung von Anschlägen auf "das Wohl und die Sicherheit der Bevölkerung" 113

D) Analyse der Berichterstattung über die Ereignisse am 17. Juni 1953 in Berlin, untersucht am Beispiel der "Berliner Zeitung". 114

I. Die publizistische Bedeutung der Volkserhebung am 17. Juni 1953 114

II. Aufgaben der nachrichtenpolitischen Argumentation in der SBZ 115

III. Die Erfüllung der nachrichtenpolitischen Aufgaben in der "Berliner Zeitung" 115

Schluss: Die sowjet-kommunistische Nachrichtenverbreitung im Vergleich zu den Grundsätzen und -regeln der freien Publizistik 128

Anmerkungen 135

Literatur 151

## Das Verhältnis von Information und Nachrichtenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Ein Sektor des vielfältigen, systematisch genutzten publizistischen Wirkungsfeldes der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands[1] steht im Mittelpunkt dieser Untersuchung: Die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse des gesellschaftlichen Lebens zum Zwecke der Massenbeeinflussung im Sinne eines politischen Programms.

Es geht darum, dem System einer solchen Informationstechnik auf die Spur zu kommen und Antwort auf die Frage zu finden: Welcher Mittel bedient sich die Publizistik in der SBZ, um die Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in einer Perspektive zu zeigen, die Leser, Hörer oder Betrachter zwingt, zugleich mit dem Ereignis eine Ausrichtung seines politischen Denkens und Handelns, der Doktrin der SED folgend, zu übernehmen?

Zunächst verlangt jedoch die hier postulierte Annahme eines auf solche Ziele gerichteten Wirkens Klärung und Bestätigung. Sie zu gewinnen, bieten sich drei Teilfragen an:
Gibt es in der SBZ eine fest umrissene, ein konkretes Ziel ansteuernde Wirkungsabsicht, die die Nachrichtenverbreitung durch die publizistischen Organe beeinflusst? Sind in der Informationstechnik der SBZ Methoden vorhanden, die für sie typisch sind, d.h., die auf ihre politische und weltanschauliche Grundlinie zurückführen? Sind Wirkungsabsichten und die Methodik, diese zu verwirklichen so gesteuert, dass ihnen Ordnungen zu entnehmen sind, die auf allen Sektoren der publizistischen Nachrichtenverbreitung Gültigkeit haben? Alle drei Fragen sind zu bejahen, denn: Die Parteiideologie der SED, der eine bestimmte, nämlich die marxistisch-leninistisch-stalinistische Auffassung der weltgeschichtlichen Entwicklung und ihrer Antriebskräfte eigen ist, zwingt zu entsprechenden Methoden der Anschauungs- und Deutungsweise in der Publizistik, die sich in der Behandlung des Nachrichtenstoffes niederschlagen.

> "Nachrichten sollen nicht nur diese oder jene Tatsache, dieses oder jenes Ereignis beleuchten, sondern sie müssen einen bestimmten Zweck verfolgen... Nachrichten sind Agitation mit Hilfe von Tatsachen."[2]

So umschreibt der sowjetische TASS-Direktor Palgunow den Aufgaben-

bereich der Nachricht. Dabei erhält der Begriff Agitation[4] die Bedeutung, die Lenin ihm zuschrieb:

> "...eine politische Tätigkeit, die auf das Bewusstsein und die Stimmung der breiten Massen durch die Verbreitung von bestimmten Ideen und Losungen gerichtet ist."[3]

Den Unterschied zwischen Propaganda und Agitation im Sinne der marxistisch-leninistischen Publizistik stellte Plechanow deutlich heraus:

> "Ein Propagandist erklärt viele Ideen einer oder wenigen Personen; ein Agitatior wirbt nur für eine oder wenige Ideen, aber er erklärt sie vor einer Volksmasse."[5]

Auch in der SBZ muss sich die publizistische Nachrichtenverbreitung diesen Forderungen unterordnen. Die Gleichschaltung des gesammten publizistischen Wirkens im totalitären Staatswesen der SBZ ermöglicht es, das einheitliche Informationswesen auf bestimmte, von der SED angesteuerte Ziele auszurichten. Die Ausrichtung dient immer der Absicht, das Bild der Wirklichkeit dem parteiideologischen Weltbild anzupassen.
Bestätigung der parteiideologischen Prinzipien durch die Wirklichkeit und - daraus resultierend - Rechtfertigung der Unternehmungen des Staatsapparates sind demnach die Aufgaben der publizistischen Information in der SBZ. Damit entfernt sie sich vom Wesen der Benachrichtigung, wie es die Wissenschaft der Publizistik mit der Definition des Begriffes Nachricht umschrieben hat[6] und deckt sich mit dem Begriffe der Nachrichtenpolitik als der

> "bewussten Beeinflussung der Öffentlichkeit durch einseitige Verbreitung bestimmter Nachrichtengruppen und die Verschleierung oder Verheimlichung anderer Nachrichtengruppen."[7]

Um zu dem Gegenstand dieser Untersuchung zu kommen, bieten sich zwei Wege an: Die von der Allgemeinen Publizistik ermittelten Wirkungselemente von Nachricht und Nachrichtenpolitik geben einen Ansatz, von dem aus die besonderen Phänomene von Nachricht und Nachrichtenpolitik in der SBZ zu erfassen wären. Der andere Weg führt von der besonderen politischen und ideologischen Situation der Publizistik in der SBZ zu den Einzelerscheinungen in der Ereigniswiedergabe und der Ereigniswertung.

Da die ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen tiefgreifende Veränderungen in die allgemeinen publizistischen Begriffe

tragen und somit nicht nur die Aufgaben der Nachrichtenübermittlung, sondern auch alle ihr eigenen publizistischen Elemente - Aktualität, Objektivität und Publizität - verändert werden, erscheint der zweite der angebotenen Wege gangbarer. Er gestattet, von den ideologischen Voraussetzungen aus auf die Ziele der Nachrichtenpolitik zu schliessen und ihre Gesetzmässigkeit innerhalb der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Einflussphäre zu verstehen.

Als Informatoren über jüngstes Gegenwartsgeschehen kommen in der Publizistik vor allem in Betracht:

Die Tageszeitungen,
der Rundfunk,
die Wochenschauen.

Es liegt in der Natur dieser publizistischen Mittel, dass das fixierte Wort und das Bild der Tagespresse einer Untersuchung am leichtesten zugänglich sind. Sie gestatten ohne komplizierte technische Apparate das Zurückgreifen auf die Berichterstattung der jüngeren Vergangenheit, das Vergleichen und Festhalten differenzierter Feinheiten. Das Bemühen, die allen publizistischen Informationsmitteln gemeinsamen Grundzüge der Nachrichtenpolitik zu erkennen, soll die Erwähnung der speziellen Technik jedes einzelnen nicht ausschliessen; jedoch steht aus den oben erwähnten Gründen die nachrichtenpolitische Gestaltung der Tageszeitungen im Vordergrund.

## A.

### I. Die politischen und ideologischen Voraussetzungen der Nachrichtenpolitik in der SBZ.

a) Die politischen Bedingungen der Publizistik in der SBZ.

Der Raum des publizistischen Wirkens wird in der SBZ abgesteckt von den Formen einer demokratischen Fassade, hinter der der totalitäre Machtwille der Sozialistischen Einheitspartei steht.

Die demokratische Form repräsentiert sich in einer Staatsverfassung, die in wesentlichen Punkten mit denen einer parlamentarischen Demo-

kratie übereinzustimmen scheint.[8] Die parlamentarischen Einrichtungen einer gewählten Volksvertretung als Legislative (Volkskammer) und einer von der stärksten Fraktion gebildeten Exekutive[9] (Ministerpräsident und Fachministerien), das Recht zur Bildung politischer Parteien, das Recht der Glaubens-[10] und Meinungsfreiheit[11] zeigen deutlich die Übernahme von Artikeln aus der Weimarer Verfassung von 1919.

Aber die demokratische Fassade verdeckt nur äusserst mangelhaft die dahinterstehende totalitäre Gewalt, die die meisten der demokratischen Artikel der Verfassung durch Ausführungsbestimmungen und Gesetze aufhebt.

Diese Gewalt geht ausschliesslich aus von der zentralistisch organisierten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die sich eng an das Vorbild der KPdSU anlehnt und ihr Programm an der revolutionären Lehre des Marxismus, in seiner Fortführung durch Lenin, Stalin und deren Nachfolger orientiert.[12]

Charakteristisch für totalitäres Machtstreben ist die Ausdehnung der Gewalt auf alle Gebiete des gesellschaftlichen und sogar auf Gebiete des persönlichen Lebens.

> "Der Totalitarismus beansprucht den ganzen Menschen mit seinem ganzen öffentlichen und privaten Leben ohne Einschränkung als seinen Besitz. Er ist eine vollendete und unbegrenzte Anwendung der Staatsräson. Die ganze Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder müssen leben und denken gemäss den Formen, die er für sie geknetet hat."[13]

Die Prinzipien des dialektischen und historischen Materialismus bieten einheitliche Denkformen, die das Fundament des Marxismus bilden.

### b) Der dialektische und historische Materialismus als Massstab für die Deutung des Weltgeschehens.

Nach Auffassung der offiziellen Sowjetphilosophie, die auch für die SBZ bindend ist, bedeutet der dialektische Materialismus Einheit von Weltanschauung und universaler Methodologie.[14] Als Weltanschauung hat er das Objekt - nämlich die materielle Welt - mit den Einzelwissenschaften gemeinsam. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass jede Einzelwissenschaft sich mit einer Bewegungsform oder Daseinsebene der Materie befasst, während die Philosophie

nach den allgemeinen Gesetzen der Materie überhaupt fragt, die sie in den Prinzipien der Dialektik findet. In ihnen begreift die marxistische Philosophie, wie Engels sagt,

> "die allgemeinen Bewegungsgesetze der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens."[15]

Über seine Bedeutung als Weltanschauung hinaus ist der dialektische Materialismus universale Methodologie. Nach Shdanow ist die Philosophie ein Instrument der wissenschaftlichen Forschung, eine Methode, die alle Wissenschaft von Natur und Gesellschaft durchdringt.[16] Die marxistische Methode legt für die Einzelwissenschaften fest, wie sie die Objekte ihrer Untersuchung zu erfassen haben, wie sie an sie herantreten müssen und in welche Richtung der Weg ihrer Forschung zu führen hat. Stalin charakterisierte die marxistische Dialektik in vier Grundzügen:

> "1. Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als zufällige Anhäufung von Dingen, von Erscheinungen, die voneinander losgelöst, voneinander isoliert und voneinander nicht abhängig seien, sondern als zusammenhängendes einheitliches Ganzes, wobei die Dinge, die Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander bedingen...
>
> 2. Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als einen Zustand der Ruhe und Unbeweglichkeit, des Stillstandes und der Unveränderlichkeit, sondern als Zustand unaufhörlicher Bewegung und Veränderung, unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung, in welchem immer irgend etwas entsteht und sich entwickelt, irgend etwas zugrunde geht und sich überlebt...
>
> 3. Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik den Entwicklungsprozess nicht als einfachen Wachstumsprozess, in welchem quantitative Veränderungen nicht zu qualitativen Veränderungen führen, sondern als eine Entwicklung, die von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu grundlegenden Veränderungen übergeht, in welcher die qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Überganges von dem einen Zustand zu dem anderen Zustand eintreten, nicht zufällig, sondern gesetzmässig als Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen...
>
> 4. Im Gegensatz zur Metaphysik geht die Dialektik davon aus, dass den Naturdingen, den Naturerscheinungen innere Widersprüche eigen sind, denn sie alle haben ihre negative und positive Seite, ihre Vergangenheit und Zukunft, ihr Ablebendes und sich Entwickelndes, dass der Kampf dieser Gegensätze,...

> der Kampf zwischen Absterbendem und neu Entstehendem... den inneren Gehalt des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative bildet."[17]

Den marxistisch "philosophischen" M a t e r i a l i s m u s charakterisierte Stalin mit drei Grundzügen:

1. Anerkennung der Materialität der Welt,
2. Anerkennung der Ursprünglichkeit der Materie und der sekundären Natur des Bewusstseins,
3. Anerkennung der Erkennbarkeit der Welt.[18]

Das bedeutet: Die Welt ist in allen ihren Erscheinungen materieller Natur. Sie bedarf keines Eingriffes von aussen, um sich zu entwickeln, da sie die Gesetze zu ihrer Entwicklung - entsprechend der Dialektik - in sich selbst trägt.

> "Die Welt ist gesetzmässig bewegte Materie.... In der Welt besteht nichts als die sich bewegende Materie."[19]

Diese materielle Welt ist durch sinnliche Erfahrung und logisches Schliessen erkennbar. Da die Erkenntnis vom Objekt ausgeht, das im erkennenden Subjekt ein mehr oder weniger richtiges Bild der Wirklichkeit hervorruft, ergibt sich, dass das materielle Sein das Bewusstsein bestimmt. Lenin lehrt,

> "dass die menschliche Erkenntnis einen Widerspiegelungsprozess darstellt, der mit den Empfindungen beginnt und bis zum dialektischen Denken aufsteigt, das die Wirklichkeit in all ihrer Vielfalt in Begriffen wiedergibt."[20]

Auf die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens übertragen, ergeben diese Thesen die Leitsätze des historischen Materialismus. An erster Stelle steht dabei die axiomatische Behauptung, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme. Die materiellen Lebensbedingungen sollen danach Art und Form der politischen und rechtlichen Institutionen, Wert und Wesen der kulturellen Leistungen, Weltanschauung und Religion prägen. Unter materiellen Bedingungen wird vor allem die Produktionsweise der materiellen Güter verstanden.[21] Damit will der historische Materialismus allerdings nicht die Bedeutung leugnen, die dieser "ideologische Überbau" für die "materielle Basis" und für das Leben und die Entwicklung der Gesellschaft überhaupt hat. Er sieht vielmehr in dem Überbau eine Instanz, die festigend und erhaltend auf die Basis einwirkt, sobald diese ihn hervorgebracht hat. Andererseits soll der Überbau die fortschrittlichen Ideen zur Be-

seitigung einer überlebten ökonomischen Basis entwickeln. Politik, Justiz, Wissenschaft, Religion, Erziehungswesen, Kunst und Publizistik tragen somit "Klassencharakter", d.h. sie werden von der in einer Gesellschaft herrschenden Klasse genutzt, um die ökonomische Struktur und damit die Herrschaft der betreffenden Klasse zu sichern.

Die vorwärtsdrängende Entwicklungstendenz der Produktionsverhältnisse und die Erhaltungstendenz der herrschenden Klasse führen, dem dialektischen Prinzip gemäss, zu unerträglichen Widersprüchen und schliesslich zum qualitativen Umschlag, zum revolutionären Übergang von einer Gesellschaftsform in eine andere.

Auf diese Weise soll der Feudalismus durch den Kapitalismus abgelöst worden sein, soll der Kapitalismus durch den Sozialismus beseitigt werden - eine Entwicklung, die in der UdSSR und den "Volksdemokratien" nach deren Auffassung bereits vollzogen ist und die sich gegenwärtig innerhalb Deutschlands in der SBZ vollziehen soll, während die Bundesrepublik noch im kapitalistischen System verharrt.

Das starre Lehrsatzschema des historischen Materialismus prägt das Geschichtsbild der SED. Ähnlich wie die Gültigkeit eines naturwissenschaftlichen Gesetzes nicht in jedem Fall kontrolliert, sondern, einmal gefunden, innerhalb seines Geltungsbereiches als bindend hingenommen wird, so gilt das Gesetzschema des historischen Materialismus für alle Erscheinungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft, ihrer Geschichte und ihrer Kultur: Die Welt - so wird vorausgesetzt ist von den Klassikern des Marxismus in ihrer Gesetzmässigkeit erkannt. Damit ist es dem Menschen möglich geworden, alle Gewalten unter seine Kontrolle zu bekommen. Das gestattet ihm nicht nur eine klare, eindeutige Erklärung aller historischen und gegenwärtigen Ereignisse, sondern erlaubt auch Ausblicke und Prognosen für die Zukunft. Alle gipfeln in dem Phantasiegebilde der kommunistischen Weltordnung, in der sich der Mensch alle Dinge zwischen Himmel und Erde unterwirft und zum uneingeschränkten Herrscher über alles Weltgeschehen wird.[22)]

c) Die Forderungen des totalitären marxistischen Staates an die Publizistik.

Die Gegenwartsereignisse, deren Beschreibung und Beurteilung vor der

Öffentlichkeit der Publizistik obliegt, müssen in der SBZ stets Mittel zum Zweck einer politischen Aufklärung im Sinne der marxistischen Lehre sein.[23]

> "Aufgabe der neuen, unseren gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Publizistik ist es, vom Standpunkt des dialektischen Materialismus als dem einzigen objektiven auszugehen und damit den Blick bewusst auf jene Kraft zu richten, die in der Verfallsperiode des Bürgertums den gesellschaftlichen Fortschritt verkörpert und in deren Händen die zukünftige Gestaltung der Geschichte des gesamten Menschengeschlechts liegen wird: Das Proletariat."[24]

In dem durchgeplanten Gebilde der SBZ erhält - wie in allen sowjetisch-kommunistischen Staatsgebilden - die Publizistik die erzieherische Aufgabe, die ihr in jedem demokratischen Staat fremd ist: Sie hat vom "ideologischen Überbau" her die Aufklärung und Organisation der Massen zu übernehmen. Sie muss dafür sorgen, dass vor den Augen der Öffentlichkeit stets das Bild einer Welt gegenwärtig ist, wie es das Parteiprogramm braucht. Sie muss Überzeugungen bilden, die die Öffentlichkeit zu aktivem Tun und Handeln im Sinne ihrer Staatsführung bewegen. Hand in Hand damit geht die Aufgabe, das Bewusstsein der Menschen von allen "bürgerlichen Ideologien" freizumachen und das neue "sozialistische Bewusstsein" zu bilden.

> "Die sozialistische Presse als politische Institution ist von Anfang an ein leistungsfähiger und wirksamer Helfer der sozialistischen und volksdemokratischen Staatsmacht. Sie greift nicht nur in den sozialistischen Aufbau mobilisierend und organisierend ein, sondern ist auch ein sehr wichtiges Mittel bei der Überwindung der kapitalistischen Überreste im Bewusstsein der Menschen."[25]

Diese Aufgabe erfüllt die Publizistik gemeinsam mit den anderen zum "ideologischen Überbau" gehörenden Instanzen: Schule, Gerichtsbarkeit, Parteien und Massenorganisationen.

Alle Ereignisberichte, die zur Information über das Weltgeschehen von Presse, Rundfunk und Film in die Öffentlichkeit getragen werden, haben einen langen Weg über Kontrollinstanzen hinter sich.[26]

Da die Welt für den Marxisten erkennbar ist, beansprucht er, jedes Ereignis bis zu seinen Ursachen durchschauen zu können. Denn alles gesellschaftliche Geschehen ist bedingt durch die dialektischen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze innerhalb der Produktionsverhältnisse einer bestimmten Gesellschaftsordnung. Der vom histori-

schen Materialismus postulierte gesetzmässige Verlauf der Weltgeschichte zu einem bestimmten Ziel, dem Weltkommunismus, schaltet die Zufallswirkung von vornherein aus und gestattet scheinbar einen Überblick, der nichts im Dunkel lässt, über alle an dieser Entwicklung wirkenden Ereignisse. Damit kommt der Marxismus der erprobten publizistischen Technik totalitärer Systeme entgegen, komplizierte Dinge in letzter Vereinfachung darzustellen. Diese Vereinfachung der weltgeschichtlichen Zusammenhänge birgt allerdings die Gefahr des Widerspruchs von Wirklichkeit und Auslegung in sich. Im Einzelfall mag diese Gefahr unbedeutend sein, da sich der Leser, Hörer oder Betrachter nicht von der Wirklichkeit der Zusammenhänge überzeugen kann und daher die gebotene Deutung aufnimmt. Bleibt die Deutung aber ständig an ein starres Schema gebunden, so führt diese Bindung schliesslich zu wachsender Entfernung zwischen Berichterstattung und Wirklichkeit.

Von diesen Widersprüchen versucht die Publizistik der SBZ sich zeitweise durch dialektische Sprünge freizumachen und die Scheinwirklichkeit in der publizistischen Darstellung der Realität des gesellschaftlichen Lebens anzugleichen. Ist die Publizistik der SBZ in der Nachrichtenverbreitung ständig bestrebt, den historischen Materialismus als Weltanschauung zu belegen, so ist sie andererseits bestrebt, die Methode der Dialektik auch in der Berichterstattung zu praktizieren. Durch Auswahl und Zusammenstellung von Nachrichten sind Zusammenhänge aufzudecken und Widersprüche vor Augen zu führen. Eine hektische Berichterstattung übersteigert Ereignisse in ihrer Bedeutung so, dass gutgläubige Nachrichtenkonsumenten annehmen müssen, der revolutionäre Durchbruch einer kommunistischen Weltordnung stehe dicht bevor.

Notwendigerweise führt dieser Weg der Ereignisdeutung dazu, dass der Empfänger solcher Nachrichten nicht zum differenzierten, sondern zum komplexen politischen Denken geführt wird, das von einer scharfen Wertung in Extremen begleitet ist. Diese Wertung kann sich von dem Hintergrund ihrer historisch-materialistischen Begründung ganz ablösen und unbesehen alle Ereignisse auf Seiten des "Fortschritts" mit einem positiven Vorzeichen ausstatten, während alle Kräfte und Ereignisse der zu überwindenden "reaktionären" Seite mit negativem Vorzeichen behaftet werden.

Eine so ausgerichtete publizistische Arbeit verlangt die Gleich-

schaltung aller publizistischen Mittel und ihre Lenkung von einer Zentrale her. Soll die Überschaubarkeit gewährleistet sein und der Antagonismus von Theorie und Praxis nicht die Klarheit und Folgerichtigkeit der Theorie ad absurdum führen, so kann dem einzelnen Redakteur die freie Gestaltung des Nachrichtenstoffes nicht überlassen bleiben.

## II. Vorläufer und Vorbilder der publizistischen Informationstechnik in der SBZ.

Die Frage nach Vorläufern und Vorbildern der Informationstechnik der SBZ führt auf drei Fährten:
Einmal bietet sich von der gemeinsamen weltanschaulichen Ebene her die sozialistische[27)] Publizistik als Vorgänger an, wie sie seit Gründung der "Neuen Rheinischen Zeitung" durch Karl Marx bis zum Verbot der sozialistischen Presse 1933 gewirkt hat. Zum zweiten weist der zentral gelenkte und alle Möglichkeiten der Massenbeeinflussung ausschöpfende Einsatz der publizistischen Mittel im nationalsozialistischen Staat auf eine Verwandtschaft hin.[28)] Drittens ist die Meinungsführung in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution 1917 für die Publizistik der SBZ als Vorbild heranzuziehen: Die sowjetische Besatzungsmacht hat nach 1945 die sowjetdeutsche Lizenzpresse, den Rundfunk und den Film systematisch auf den Weg gelenkt, den sie selbst gegangen ist.[29)]

Nacheinander sollen nun die drei Phänomene auf Parallelen und Gegensätze zur Publizistik der SBZ im Bereich der Nachrichtenverbreitung untersucht werden, um den Einfluss abzuschätzen, den sie auf den Gegenstand dieser Untersuchung ausgeübt haben.

### a) Deutschland

#### α) Sozialistische Presse

##### 1. Marxistische Deutung von Ereignissen.

Schon in ihren Anfängen suchten die marxistisch-sozialistischen Zeitungen die Deutung der Verhältnisse und Ereignisse im historischen Materialismus. So verband bereits die linksliberale "Rheinische Zeitung"[30)] unter der Redaktionsführung von Karl Marx die noch im Werden begriffene philosophische Idee des dialek-

tischen und historischen Materialismus mit den sozialen Problemen des Alltags. Die journalistische Behandlung des Holzdiebstahlgesetzes, die Berichte und Kommentare über die Notlage der Moselbauern waren Probeanalysen der sozialen Verhältnisse, die mit den Reagenzien der marxistischen Lehre durchgeführt wurden.
Nach der Gründung der "Neuen Rheinischen Zeitung" stellte sich dieses erste sozialistische Blatt die Aufgabe, die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf diese Weise zu durchleuchten. Der Scharfsichtigkeit und der polemischen Gewandtheit ihrer Journalisten[31] waren oft selbst die Zensoren nicht gewachsen.

Später aber[32] verlor die sozialistische Presse die charakteristischen Züge, die ihre Schöpfer für sie geprägt hatten, und theoretische Lehrhaftigkeit trat an die Stelle polemischer Lebendigkeit.

"Alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge" wurden "als letzte Zuckungen des Kapitalismus", als "Versuche der Bourgeoisie, der sozialistischen Wirtschaftsform auszuweichen",[33] erklärt.

Undurchsichtige Ereignisse und Verhältnisse, die nicht auf diese Weise deutbar waren, erhielten einen primitiven Kommentar, der einfach aus klassenkämpferischer Haltung heraus, die Massnahmen der Regierung kritisierte. So wurde z.B. die deutsche Weltpolitik mit der "Vorliebe des preussischen Junkertums für das Säbelrasseln" und mit der "Habgier der deutschen Bourgeoisie" erklärt, während England eine koloniale Ausdehnung als durchaus notwendig zugestanden wurde.[34]

Diese Form der Ereignisbeurteilung aus klassenkämpferischem Vorurteil ist auch heute in der Berichterstattung der SBZ häufig zu finden. Sie wird von vielen Theoretikern als Gefahr erkannt. Karl Bittel[35] geht soweit, dass er für jedes Ereignis, über das berichtet werden soll, einen Arbeitsgang in fünf Stufen fordert. Der Journalist soll
1. sich den Stoff im Detail aneignen,
2. den grundlegenden geschichtlichen Zusammenhang studieren,
3. die Entstehung jedes Fragenkomplexes erforschen,
4. den ganzen Entwicklungsprozess feststellen,
5. die gegenwärtige Situation analysieren.

Dass diese Methode einer schnellen und sicheren Information nicht gerecht werden kann, ist ohne weiteres einzusehen.

## 2. Vernachlässigung der Nachrichtendienste.

Der Mangel an zeitlicher Ereignisnähe ist gleichfalls ein altes Übel der sozialistischen Presse. Lag das Schwergewicht bei den ersten sozialistischen Zeitungen auf den Leitartikeln und Kommentaren, so blieben die Nachrichtendienste auch vernachlässigt, als die Nachricht sich mehr und mehr in den Vordergrund schob.

Weder Geldmittel noch Energie wurden für die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung geopfert. Es ging auch den ersten Pressediensten[36] darum, in erster Linie Nachrichten auszuwählen, die vom Parteistandpunkt aus wichtig waren oder die die Parteitheorie bestätigten. Heute leidet die aktuelle Berichterstattung der SBZ an ähnlichen Mängeln. Da sie nur über wenig eigene Auslandsvertretungen verfügt, ist sie von anderen Nachrichten diensten abhängig. Der lange Weg durch die Kontrollinstanzen und die fehlende Entscheidungsfreiheit des Redakteurs verzögern die Berichtszeit. Die Notwendigkeit, jede Meldung durch kommentierende Zusätze auf die Parteilinie zu bringen, verbietet, auf interessante Ereignisse rasch und vorurteilslos zu reagieren.[38]

Die leitenden Funktionäre wissen um diesen Mangel ihrer publizistischen Organe. Als der "neue Kurs" an allen Orten nach Selbstkritik rief, äusserte sich Fred Oelßner[37] auf der 16. Tagung des ZK der SED vom 17. bis 19. September 1953:

> "Auch ADN muss sich in seiner Nachrichtenübermittlung dem neuen Kurs anpassen und der Presse helfen, die Umstellung zu vollziehen. Die Nachrichten müssen exakter und vielgestaltiger sein. Besonders muss ADN den internationalen Nachrichtendienst bedeutend ausbauen und die Zeitungen rasch und exakt von allen bedeutenden Vorkommnissen in der ganzen Welt unterrichten. ADN darf sich nicht auf politische Ereignisse beschränken, sondern muss über alle wichtigen Vorkommnisse informieren. Die Nachrichten müssen den Redaktionen rascher zugestellt werden, um die Aktualität der Zeitung zu verbessern. Ganz besonderes Augenmerk muss ADN auf die Richtigkeit der verbreiteten Meldungen lenken."[39]

Die Umstellung, die hier gefordert wird, haben weder ADN noch die Presse vollzogen.[40] Sie ist auch gar nicht möglich, solange die Nachrichtenübermittlung die Aufgabe hat, eine Parteitheorie zu belegen, die in der Wirklichkeit keine Entsprechung findet.

### 3. Lehrhaftigkeit statt Lebhaftigkeit.

Ludwig Kantorowicz kritisierte 1922[41] die sozialdemokratische Presse Deutschlands, weil sie im wesentlichen nur sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen berühre und dabei an Stelle von Nachrichten und Kurzkommentaren lange Abhandlungen bringe. Die notwendige Lebhaftigkeit einer Tageszeitung träte damit hinter der Lehrhaftigkeit zurück, die Zeitungen verlören jeden Reiz und würden unpopulär.

Dieselben Erscheinungen bemängelt Fischer-Loszainen an der sozialdemokratischen Presse von 1884-1914.[42] Sie tauchen gleichfalls auf in den Parteiorganen der SBZ und sind trotz aller Aufforderungen des ZK der SED und der journalistischen Fachpresse nicht zu beheben. Was für die sozialdemokratische Presse um die Jahrhundertwende galt, gilt - wenn auch mit Einschränkung - noch heute für die Presse der SBZ:

> "Dass die Blätter diesen Charakter hatten, war die notwendige Folge der sozialdemokratischen Auffassung von Politik überhaupt. Die politische Haltung sollte immer hervorgehen aus der wissenschaftlichen Durchdringung des Werkes von Karl Marx. Die Partei wollte sich auf einer wissenschaftlich fundierten Erkenntnis gründen. Jeder Politiker wollte in erster Linie Wissenschaftler sein."[43]

Dem entspricht der Standpunkt, von dem aus Hermann Axen[44] die Klagen über die Eintönigkeit der SED-Presse zurückwies:

> "Die Nur-Journalisten vertreten häufig die Auffassung, dass die Politik langweilig für die Massen sei, dass die Zeitungen vor allem durch Nachrichten, Feuilleton und so weiter interessant würden. Das ist eine faule, eine bürgerliche Theorie, Genossen!... Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik."[45]

Doch ist sich wohl die Leitung der Propagandamaschinerie in der SBZ inzwischen darüber klar geworden, dass sie die Massen allein mit der kalten rationalistischen Lehre des Marxismus nicht erobern kann. Drei Jahre nach Oelßners Lobpreisung der konsequenten marxistisch-leninistischen Publizistik musste Wetzel[46] feststellen:

> "Die Werktätigen kritisieren die doktrinäre Sprache, die Presse und Rundfunk häufig ungeniessbar macht, und sie kritisieren die Uniformität und Langweiligkeit der Presseorgane der DDR, die nur wenig Rücksicht darauf nehmen, was die Leser lesen wollen, sondern davon ausgehen, was sie lesen sollen, wo-

> bei sie vergessen, dass man zwar ... ein Pferd an die Tränke führen, es jedoch nicht zwingen kann zu trinken."[47)]

Deshalb versucht die Publizistik - und das gerade in jüngerer Zeit - mit Appellen an Gefühl und Instinkt die Massen zu gewinnen.

### 4. Das Zurücktreten der publizistischen Persönlichkeit.

In ihren Anfängen wird die sozialistische Presse allein von der Persönlichkeit ihres Redakteurs geprägt. Karl Marx trug eine so klare und konsequente Haltung in die Redaktion der "Neuen Rheinischen Zeitung", dass von der "Diktatur Marx" gesprochen wurde.[48)] Doch diese charakteristischen Züge verloren sich später mehr und mehr. Ende des 19. Jhds. waren die Spalten nur noch mit abstrakten parteitheoretischen Erörterungen gefüllt, so dass sie weniger Zeitungen als wissenschaftlichen Zentralorganen entsprachen. Nur wenige Könner, die den Mut zur persönlichen Aussage hatten, ragen aus dem eintönigen und einförmigen Gesamtbild heraus.

In der "Leipziger Volksstimme", die die revolutionäre Strömung der späteren Kommunisten bereits um die Jahrhundertwende zu Wort kommen liess, führte Bruno Schoenlank einen scharf aggressiven Kampf gegen Karl Peters und schrieb über den Boxeraufstand seine "Hunnenbriefe", die Greuelberichte von den Schadtaten der Europäer.

Seine Nachfolger Mehring und Jaeckh hatten einen ausgezeichneten Mitarbeiterstab in Rosa Luxemburg, Lenin, Trotzki, Radek, Parvus-Helphand. Als Paul Lensch[49)] 1902 in die Redaktion eintrat, lenkte er den Blick vor allem auf das bisher stark vernachlässigte aussenpolitische Geschehen. Er war vielleicht als einziger Journalist dieser Zeit in der Lage, das Tagesgeschehen mit den Theorien der Partei interessant und wirksam zu verbinden. Aber er war auch - solange er sich in der Redaktion halten konnte - unabhängig von der Parteileitung und den Pressekommissionen, die ursprünglich nur für wirtschaftliche Fragen eingesetzt waren, aber allmählich immer stärkeren Einfluss auf die Redaktionsarbeit der Parteipresse nahmen.[50)]

In der "Roten Fahne", dem Zentralorgan der KPD,[51)] tauchen nach dem ersten Weltkrieg noch einmal mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bedeutende Persönlichkeiten auf, die bis zu ihrem Tode

1919 die Chefredaktion hatten. Aber mit ihnen, die vor allem als Parteivorsitzende bedeutend waren, verliert die sozialistische Presse wieder die charakteristischen Züge journalistischer Einzelleistungen.

In der Presse der SBZ ist die Persönlichkeit zeitweise sogar aus dem Impressum verschwunden. Sie wird ersetzt durch das "Redaktionskollegium". Die Redakteure aber sind und sollen nichts anderes sein als journalistisch arbeitende Funktionäre. Die so kollektiv hergestellte Presse verzichtet auf ein wesentliches Attribut der Tageszeitung: Auf das Farbenspiel der Eigentümlichkeit zugunsten einer ermüdenden Uniformität.[52)]

5. Bekenntnis zur Agitation.

Von Anfang an bekannte sich die sozialistische Presse zur Agitation. Kantorowicz stellt diese Aufgabe allen anderen voran. Doch betont er gleichzeitig, dass der Weg, der dabei eingeschlagen wurde, sehr oft der falsche war.[53)]

Die analytisch-kritische Betrachtung der sozialen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse war nicht geeignet, die Voraussetzungen für eine wirksame Agitation zu erfüllen. Die Haltung der Kritiker war abwartend; sie liessen die politischen Ereignisse anrollen und nahmen dazu Stellung. Wirksame Agitation aber verlangt, durch aktiven Einsatz aller publizistischen Kräfte dem Gegner möglichst stets zuvorzukommen.

Die radikalen Blätter der KPD fanden dazu häufiger die Kraft. Bei ihnen trat das Element des Kämpferischen deutlicher in den Vordergrund. Die Nachrichtenspalten der Zeitung "Rote Fahne" fassen häufig Meldungen zusammen, die durch markante Schlagzeilen auf einen agitatorisch wirksamen Nenner gebracht werden. Beispielsweise berichtet die Zeitung am 6. Mai 1919 über die Spartakistenkämpfe unter der Schlagzeile

"Ordnungsorgien in Münschen".

Die darunter gruppierten Meldungen berichten aber in fast unbeteiligtem Tonfall von der Ausräumung der Spartakistennester. Diese scharf agitatorischen Schlagzeilen sind oft die einzigen Kommentare zu sachlich berichteten, wenn auch einseitig ausgewählten Meldungsgruppen. Manchmal tragen sie Züge der Sensationspresse,

z.B.

"Der weisse Schrecken"[54)]

"Die Ebert-Regierung als Seelenverkäufer"[55)]

Mit Vorliebe wird versucht, hinter die Kulissen des politischen Lebens zu blicken und "dunkle Machenschaften" des Gegners zu enthüllen. Dabei ist mit Raum für dokumentarische Beweise, häufig Privatbriefe, Zeugenaussagen usw. nicht gespart.[56)]

Werden kommentierende Zusätze zum Meldungsinhalt gebracht, so erscheinen sie manchmal als glossierende Bemerkungen, die nicht in den Text eingebaut, sondern angehängt sind.

Beispiel:

"Rote Fahne" 19.11.1919

"Den während des gestrigen Tages nach der Nordsee auslaufenden Linienschiffen und Kreuzern folgen heute vormittag die Flottillen der U-Boote durch den Kanal. Die Linienschiffe und Kreuzer sollen am Dienstag nachmittag am Firth of Forth sein. Dort werden sie durchsucht, worauf sie ein Navigationskommando erhalten, das sie in die für sie bestimmten Häfen bringt.
(Könnte man nicht die Tirpitz und Reventlow, denen wir den verschärften U-Boot-Krieg verdanken, mit abliefern lassen?)"

Die Methode, pars pro toto eine ganze Gruppe von Personen - in diesem Falle die Admiralität - mit den Namen Einzelner zu bezeichnen, ist heute noch in der SBZ beliebt. Sie bleibt jedoch nicht auf Randbemerkungen beschränkt, sondern wird in den Nachrichtentext hineingenommen.

Die totalitär gelenkte Propagandamaschine bereitet der Agitation in der SBZ ein nahezu uneingeschränktes Wirkungsfeld. Das Wertschema der marxistischen Gesellschaftslehre liegt dem agitatorischen Vorgehen zugrunde. Es kommt jedoch nicht mehr darauf an, diesen Zusammenhang zu erhalten oder herzustellen. Allge Möglichkeiten der Herabsetzung, Schmähung, Beschimpfung, die ganze Skala möglicher politischer Vergehen wird augenutzt, wenn es gilt, den Gegner anzugreifen.

## 6. Zusammenfassung.

Zusammenfassend kann über den Vergleich der sozialistischen Presse von 1848 bis 1933 und der Presse der SBZ im Nachrichtenressort gesagt werden:

Die gleiche weltanschauliche Basis zwingt vielfach zu Übereinstim-

mungen in der Deutungsweise von Ereignissen. Die Forderung der Partei nach einer solchen Deutung des Nachrichtenstoffes bringt es mit sich, dass zeitliche Ereignisnähe, Vielseitigkeit und Lebhaftigkeit gegenüber der lehrhaften Analyse der Verhältnisse vernachlässigt werden. Diese Erscheinungen treten heute noch in der SBZ auf und waren schon vor 1933 Gegenstand heftiger Kritik an der sozialdemokratischen Presse.

Das Wesen der sozialdemokratischen und kommunistischen Publizistik aber hat sich gewandelt mit dem Charakter der Partei. Die sozialistische Bewegung hat mehrmals, besonders aber seit der Verschmelzung von KPD und SPD in der SBZ,[57] mit ihren angestrebten Zielen und Grundsätzen gebrochen, bis sie schliesslich von einer demokratischen, internationalen zu einer totalitaristischen Partei mit nationalistisch gefärbten Tendenzen wurde. Damit hat sich die publizistische Absicht verschoben. Die Nachrichtenpolitik analysiert nicht mehr mit dem Reagenz der Ideologie die Symptome der Zeit, sondern erhebt die Ideologie zum Schöpfer und Lenker einer Scheinwirklichkeit.

Die Gegenüberstellung zweier Zitate, die die Bedeutung der parteigebundenen Tagespresse umreissen, zeigen deutlich die Unterschiede. 1874 äusserte sich Karl Hirsch[58] zur sozialdemokratischen Parteizeitung:

> "Man will rasch und billig annoncieren können, um nicht mehr der feindlichen Presse, die uns verhöhnt und verleumdet, unser Geld zuzutragen. Man will ein Organ für Kritik und Beschwerden aller Art haben, um Misshandlungen und Ausschreitungen seitens der Bourgeoisie und ihrer Behörden rasch, auf frischer Tat an den Pranger zu stellen, um uns gegenseitig zu stärken, anzuspornen, wohl auch, um uns gemeinschaftlich über die Beschränktheit unserer Gegner zu amüsieren. Wir wollen uns den Verdruss ersparen, uns in jeder Zeitung, die wir in die Hand nehmen, beschimpft, oder, was noch schlimmer ist, väterlich beraten oder bevormundet zu sehen; und da uns ein persönliches oder geschäftliches Bedürfnis zwingt, unter allen Umständen irgendein Tagblatt zu lesen, so wollen wir eines haben, das uns die anderen überflüssig macht und uns zudem reineren Wein als die anderen einschenkt."

Auf der ersten Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED im Februar 1950 nannte Rudolf Herrnstadt[59] die Presse

> "eine politische Institution, die aus Zweckmässigkeitsgründen den Charakter einer Zeitung trägt."[60]

Die machtpolitische Grundhaltung, die sich damit andeutet, führt zu

Berührungspunkten mit der totalitären Publizistik des nationalsozialistischen Regimes.

### β) Nationalsozialistische Publizistik.

#### 1. Gefühlsappell - Schulungsabsicht.

Adolf Hitler charakterisiert das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung mit den Worten:

> "Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei übernimmt aus dem Grundgedankengang einer allgemeinen völkischen Weltvorstellung die wesentlichen Grundzüge, bildet aus denselben, unter Berücksichtigung der praktischen Wirklichkeit, der Zeit und des vorhandenen Menschenmaterials sowie seiner Schwächen ein politisches Glaubensbekenntnis, das nun seinerseits in der so ermöglichten straffen organisatorischen Erfassung grosser Menschenmassen die Voraussetzung für die siegreiche Durchfechtung dieser Weltanschauung selber schafft."[61]

Ganz anders klingt die ihrem Sinn nach gleiche Aussage, die Dietrich Schmidt für die sowjetisch-marxistische Bewegung formuliert:[62]

> "In der sozialistischen Gesellschaftsordnung herrscht in allen grundlegenden Fragen eine Übereinstimmung im Denken der Menschen, die auf dem gemeinsamen sozialistischen Bewusstsein beruht und sich in dem Masse festigt, wie die moralisch politische Einheit der Gesellschaft wächst."

Auf der einen Seite steht der totalitäre Staat in seiner völkischen Bindung von Führer und Gefolgschaft,[63] auf der anderen Seite der totalitäre Staat aus "wissenschaftlicher Erkenntnis" der Weltzusammenhänge und des gesellschaftlichen Entwicklungsweges. Diese Divergenz führt bei gleichem machtpolitischen Wollen zu Unterschieden in der Technik der Massenführung. Der Publizistik fiel im NS-Staat die Aufgabe zu, die Massen zu "beseelendem Fanatismus"[64] zu erziehen. Die Erkenntnis, dass die Massen nicht durch Verstandesgründe, sondern durch Gefühle gelenkt werden, war oberstes Gesetz der nationalsozialistischen Massenführung. Die Bildungsfähigkeit und Aufnahmebereitschaft der Massen sollte in dem Grad wachsen, wie "der Mensch durch Erregung im Inneren geweitet, gehoben, in Schwingung versetzt und damit in seiner ... Formbarkeit gesteigert"[65] wurde.

Es ergibt sich von selbst, dass bei solchen Ansprüchen an das publizistische Wirken die sachliche Information durch Übermittlung des aktuellen Geschehens weit hinter dem von Gefühlen beladenen politischen Bekenntnis steht. So bestimmen gefühlsbedingte Vor-

urteile, die in die Nachrichtenpolitik hineingetragen wurden, in der NS-Publizistik die ausrichtenden Bestandteile einer Nachricht.

Dieses Phänomen ist in den sowjetzonalen Nachrichtenorganen auch vorhanden, aber es dominiert nicht. Die Tendenz der SBZ-Propaganda zielt in erster Linie auf den Verstand, nicht auf das Herz ihrer Empfänger, auch wenn sie sich bemüht, die Tendenz der kalten Theorie zur Sache des Gefühls zu machen.

> "Die Grundsätze der marxistischen Philosophie, konkretisiert in der Politik unserer Partei, sind zu Leitsätzen geworden für die Tätigkeit einiger zehn Millionen von Sowjetmenschen." Sie haben eine Bewegung gewaltiger Volksmassen hervorgerufen, "die ihr Leben einem Plan gemäss umbauen auf Grund der Erkenntnis der Wirklichkeit, die durch die marxistische Philosophie entdeckt wurde."[66]

Was hier für die Sowjetunion ausgesprochen ist, hat ohne weiteres Gültigkeit im Bereich der SBZ, denn auch hier werden die "Erkenntnisse" des Marxismus-Leninismus-Stalinismus als Maxime der Massenführung angesetzt.[67]

Ist der Nationalsozialismus in seiner publizistischen Arbeit ganz besonders auf die Massenbewegung und auf die Erregung durch Kundgebung und Massenversammlung festgelegt, so hat die marxistische Bewegung - vor allem in ihrer totalitären Erscheinungsform - die Aufklärung der Massen durch Schulung, Kommentierung und nüchtern "wissenschaftliche" Argumentation zu führen. Die unterschiedlichen Haltungen treten auch in der Behandlung des aktuellen Ereignisses in der Nachricht hervor.

Beispielhaft dafür sind die Ankündigung der Wochenschauen beider Regime. "Die Deutsche Wochenschau" der NS-Produktion wurde im Krieg mit einem Trommelwirbel und einem schmetternden Trompetensignal eingeleitet. Dieser musikalische Vorspann, der sich - ähnlich den Einleitungen der Sondermeldungen[68] - mehrmals wiederholte, wirkte aufrüttelnd, erregend.

Die DEFA-Wochenschau der Augenzeuge begann jahrelang mit den nüchternen Worten

> "Sie sehen selbst, Sie hören selbst, urteilen Sie selbst!"

Mit diesem Aufruf vorgetäuschter Objektivität sollte das Publikum sich als kritischer Beobachter fühlen. Es sollte an die Möglichkeit seiner eigenen selbständigen Urteilsfähigkeit glauben und sich vor Überwältigung sicher fühlen. Es sollte begreifen, dass nicht um

sein Gefühl geworben wird, sondern dass sein Verstand zur Entscheidung über Fortschritt und Rückschritt aufgerufen ist.

Aus demselben Grund tragen die Ereignisberichte auf marxistischer Seite nicht den erschreckenden oder überwältigenden Charakter wie auf nationalsozialistischer. War für die Nachrichtenpolitik im nationalsozialistischen Sinne das gewaltige, einmalige, überraschende Ereignis von besonderer Bedeutung, so pflegt die SBZ mehr die planmässige, die evolutionäre Nachrichtenpolitik und die Mosaikarbeit, in der kleine, an sich unbedeutende Ereignisse zusammengestellt werden, um das grosse Bild der marxistischen Welt zu ergeben. Selten schiessen in der Berichterstattung der SBZ Meldungen wie Blitze aus heiterem Himmel auf die nichtsahnenden Massen nieder. Die Ereignisse sind fast immer vorbereitet, tauchen zunächst klein und unbedeutend auf, bis sie dann in stetiger Entwicklung unter eifriger Pflege aller publizistischen Kräfte heranwachsen und ihre oft verhängnisvollen Folgen in politischen Massnahmen der sowjetzonalen Regierung zeitigen.

## 2. Nachrichtenpolitik und Wirklichkeit.

Ein weiterer Unterschied zwischen diesen beiden totalitären publizistischen Systemen bezieht sich nicht auf die Technik oder Absicht der Nachrichtenpolitik, sondern auf ihre Wirkungsmöglichkeit.

Die NS-Publizistik konnte sich in den Jahren nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler auf eine Wirklichkeit stützen, die ihren Thesen Recht zu geben schien. Dazu mag die geschichtliche Situation Deutschlands erheblich beigetragen haben, denn die soziale Lage grosser Teile der Bevölkerung und die politischen Wirren in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatten den Boden für das NS-Regime gut vorbereitet. In der Bevölkerung waren der Wunsch nach Ordnung und Sicherheit und das Verlangen nach Arbeit und Brot grösser als die Einsicht in die politischen Zusammenhänge. Hitlers Erfolge zogen viele Skeptiker in sein Lager und verschafften ihm eine Vertrauensbasis in der Bevölkerung. Dass die wirtschaftliche und politische Blüte von Anfang an den Todeskeim in sich trug, kann hier unberücksichtigt bleiben. Wichtig ist allein, dass eine soziale, wirtschaftliche und politische Wirklichkeit entstand, die die Voraussagen und Versprechen der Partei erfüllte.

Die publizistische Information brauchte nur in die Fülle der positiven Ereignisse hineinzugreifen, wenn sie in Wort, Bild und Film von dem "gigantischen Aufbauwerk des Führers" zu berichten hatte.

Die SED hat diese Basis in der Wirklichkeit nicht. Vielmehr steht das tatsächliche Geschehen innerhalb und ausserhalb der Grenzen der "DDR" im Gegensatz zu der durch die publizistische Information geschaffenen Scheinwirklichkeit. Jeder Bürger in der SBZ kann sich von diesem Widerspruch überzeugen, soweit er aus Verhältnissen resultiert, die ihm offen vor Augen liegen.

Durch Gewaltstreiche wird die Widersprüchlichkeit zwischen propagandistischem Schein und politischem Sein von Zeit zu Zeit beseitigt.[69] Sei es, dass ein Sündenbock gefunden wird, - er mag in den eigenen Reihen oder in denen des Gegners stehen - der aus Dummheit oder Böswilligkeit Sabotage verübt hat; sei es, dass höhere oder höchste Instanzen zu dem probaten Mittel der Selbstkritik[70] greifen, oder dass eine Generalreinigung der Parteitheorie vorgenommen wird,[71] um auf dialektischem Wege die "Wissenschaft" des Marxismus an den realen Verhältnissen neu zu orientieren.

### 3. Künstlich geschaffene Aktionen.

Für beide totalitären Regime ist eine Art von aktiver Nachrichtenpolitik, d.h. Inscenierung und Nutzung künstlich geschaffener Ereignisse, typisch. Ihre Motive und Absichten sind leicht zu erkennen: Um ein politisches Ziel zu erreichen, einen bestimmten Plan durchführen zu können, wird ein Ereignis konstruiert, das die rechtliche oder moralische Basis für ein Vorgehen in der gewünschten Richtung gibt.

Als eklatantes Beispiel ist dafür der Reichstagsbrand 1933[72] zu nennen. Die Nationalsozialisten brauchten, um die Linksparteien aus dem Reichstag auszuschalten, ein in die Breite der Öffentlichkeit wirkendes Argument gegen sie. Deshalb brannten sie selbst das Reichstagsgebäude an, liessen einen schwachsinnigen Kommunisten als Brandstifter verhaften und nutzten dieses künstlich in Scene gesetzte Ereignis publizistisch und politisch weitestgehend aus.

Als Parallelbeispiel für die SBZ kann die Entstehung der Hennecke-Bewegung dienen. Um einen Arbeitswettbewerb - ähnlich der Stachanowbewegung in der UdSSR - ins Leben zu rufen, stieg auftragsgemäss

der ehemalige Hauer und derzeitige Funktionär Adolf Hennecke in den Steinkohlenschacht bei Zwickau und überbot die Leistungen der Kumpel erheblich, weil er an einem besonders günstig gelegenen Stollen arbeitete, in dem bereits alle Vorbereitungen für seine Leistungen getroffen waren.

Die Nachrichten über dieses Ereignis kamen in Form von Sondermeldungen über den Funk, der deswegen sein Programm mehrmals am Tag unterbrach. Die Meldungsserie über die Hennecke-Leistung wurde wochenlang fortgeführt, bis die Nachfolge-Bewegung organisiert war,[73] bis die Normenüberschreitung zu einer selbstverständlichen Ehrenpflicht jedes Arbeiters gehörte.

Wie hier die künstlich geschaffene Aktion der Organisation einer Massenbewegung dient, so wird sie auch eingesetzt, um vorausgeplante staatliche Massnahmen zu rechtfertigen.[74]

### 4. Schlagwortprägung

Eine besondere Fertigkeit, Schlagworte zu prägen und sie mit unbedingter Konsequenz anzuwenden, gehört zu den Charakteristika der NS-Publizistik ebenso wie zu denen der Agitation in der SBZ. Groth bezeichnet Schlagworte als Wortbildungen,

> "die wegen ihrer Kürze und Einfachheit, ihrer Einprägsamkeit und ihres Klanges rasch begriffen werden, leicht zünden, Erwartungen erwecken und Ziele versprechen, die aber auch durch Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit jedem gestatten hineinzulegen, was er darin suchen will, die jedem bestätigen, was er selbst empfunden und gedacht zu haben glaubt."[75]

Der Kampf gegen "Plutokratie und Bolschewismus", den die Nationalsozialisten propagierten, ist in der Sprache der SED zu einem Kampf gegen "Imperialismus und Kulturbarbarei" geworden. Beinamen für Persönlichkeiten oder Menschengruppen bewegen sich meist in Extremen und dienen der schrankenlosen Verehrung der eigenen Sache oder der erbarmungslosen Verachtung des Gegners und kommen auch in Meldungen vor, deren Tonfall sonst einem sachlichen Bericht entspricht. Sie werden selbstverständliches Gut der journalistischen Sprache und wie Amtsbezeichnungen oder Namen genutzt,[76] so dass ihre Bedeutung oft in groteskem Widerspruch zu dem Geschehen steht, über das berichtet wird.

Die Geheimverordnungen des NS-Propagandaamtes geben Aufschluss über

die Streuung dieser Schlagworte, die plötzlich überall auftauchten.

> "Geheimverordnung des Propagandaamtes am 13.12.1941.
> Presserundschreiben Nr. II/133/41.
> 6. Der Ausdruck Partisane ist nicht mehr als Bezeichnung für das Heckenschützentum zu verwenden. Die richtigen Ausdrücke sind: Stalin-Banditen, Plünderer, Räuber, Mordbrenner."[77]

Auf die gleiche Weise wurde der amerikanische Präsident Roosevelt zum "angelsächsischen Erbschleicher", der englische Premierminister zum "Lügenlord".

In der SBZ werden solche Prägungen in ähnlicher Weise geschaffen und genutzt. Sie treten bereits in den Texten der Meldungen auf, die ADN an die einzelnen Nachrichtenorgane weiterleitet.[78]

### 5. Lügentechnik.

Im totalitären Staat braucht die gleichgeschaltete publizistische Massenführung keine Rücksicht auf als Korrektiv wirkende Mittel mit anderer publizistischer Grundhaltung zu nehmen. Das erleichtert die Verbreitung unwahrer Meldungen erheblich.

Mit Kriegsausbruch 1939 verbot der Nationalsozialismus die Einfuhr fremdsprachiger Blätter[79] und das Abhören von "Feinsendern", nachdem innerhalb Deutschlands die Gleichschaltung bereits seit 1933 Presse, Rundfunk und Film erfasst hatte.

Auch die Machthaber der SBZ haben sich den Rücken ihrer Propaganda freigehalten, sofern das bei dem engen Kontakt, der trotz aller Sperrmassnahmen zwischen Ost- und Westdeutschland besteht, überhaupt möglich ist. Ein ausgeklügeltes Kontrollsystem verhindert, dass unerwünschtes Material in den publizistischen Organen der Ostzone auftaucht, und das staatliche Meinungsmonopol wird durch die Justiz gesichert. Artikel 6, Absatz 2 der "Verfassung der DDR" prägt den Begriff der Boykotthetze, die als Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt ist. Dieses Gesetz wurde so dehnbar formuliert, dass bereits das Mitbringen Westberliner Zeitungen in die SBZ als Kriegs- und Mordhetze mit Zuchthausstrafen geahndet werden konnte. Unter solchen Verhältnissen fällt es leicht, Nachrichten bewusst gefälschten Inhaltes zu publizieren; denn sie können von anderer Seite nicht richtig gestellt und in der Öffentlichkeit der SBZ wirksam werden.

Es lässt sich schwer feststellen, welches der beiden totalitären

Regime in der Ausfeilung der Lügentechnik von dem anderen gelernt hat. Wohl zeigt die Publizistik der SBZ auf diesem Gebiet oft auffallende Ähnlichkeit mit der NS-Publizistik. Goebbels aber lobte seine eigene Methode zu lügen, indem er die des Bolschewismus beschrieb, und seine Beschreibung und Wertung gilt für beide Regime gleichermassen:

> "Auf einem Gebiet hat sich der Bolschewismus von jeher als wahrer Meister erwiesen: Auf dem der negativen Propaganda, der Beeinflussung der Völker durch Lüge und Heuchelei, jener Verfahrensweise, die darauf hinausläuft, durch Täuschung und Vorspiegelung falscher Tatsachen der Welt ein vollkommen entstelltes Bild von der Wesenheit und inneren Gestalt dieses politischen Wahnsinns zu vermitteln. Die Lüge ... verblüfft den anständigen wahrheitsliebenden Menschen fürs erste so, dass er zu innerem Widerstand überhaupt nicht mehr fähig ist. ... Der Lügner spekuliert darauf, dass der wahrheitsliebende Mensch sich überhaupt nicht mehr vorzustellen vermag, dass man so lügen kann, wie er lügt, mit der dreisten und frechen Selbstverständlichkeit, die er dabei anwendet."[80]

Die skrupellose Ausnutzung von Treu und Glauben, die Spekulation auf das Vertrauen der Massen zur öffentlichen Aussage der Publizistik tritt ebenso schamlos in der SBZ auf. Auf diese Weise werden propagandistisch und agitatorisch gefärbte Fiktionen als Wahrheit aufgetischt.[81]

b) Sowjetrussische Publizistik.

Die angeführten Parallelen der SBZ-Publizistik zur sozialistischen Presse Deutschlands bis 1933 und zur totalitären nationalsozialistischen Publizistik bis 1945 waren bedingt durch gleiche ideologische oder machtpolitische Grundlagen. Sie werden von den publizistischen Funktionären der SBZ weder bewusst erstrebt noch anerkannt. Im Gegenteil: Jegliche Verwandtschaft mit der politischen Meinungs- und Willensbildung im NS-Staat würde von ihnen entschieden bestritten werden. Für sie gibt es nur ein Vorbild, das kritiklos Anerkennung findet und dem nachzustreben stets empfohlen wird: Die Publizistik der Sowjetunion.

Da die publizistischen Mittel der SBZ nach Kriegsende 1945 unter der direkten Leitung und Bevormundung der sowjetrussischen Besatzungsmacht heranwuchsen,[82] sind Parallelen sowohl in der Organisation als in der Methode der politischen Meinungs- und Willens-

bildung naheliegend. Zunächst lehnte sich die neu entstehende Presse der SED mehr und mehr an das Vorbild der UdSSR an; dann zog sie mit der allmählich deutlicher werdenden Gleichschaltung die übrigen publizistischen Organe in dieses Fahrwasser nach. Allen voran leuchtet das grosse Vorbild der "Prawda"[83] und erhellt alle Sparten der SED-gebundenen Presse vom Kommentar bis zur Sportberichterstattung.[84]

Auf dem Entwicklungswege der Sowjetzonenpresse zeichnen sich drei Stufen ab:

1947-49 Liquidierung der bürgerlichen Presse,
1950-52 Aufbau der "Presse neuen Typus",
ab 1952 Aufbau der sozialistischen Presse.[85]

Mit Beginn des Aufbaues der "Presse neuen Typus" wurde das sowjetische Vorbild ganz besonders dringend empfohlen.

Der Rundfunk untersteht seit dem 14.8.1952 einem staatlichen Rundfunkkomitee. Der frühere Vorsitzende Kurt Heiß[86] betonte:

> "Vor allem aber müssen wir eingedenk sein der grossen Hilfe und Förderung durch unsere Freunde des Rundfunks in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien ... Sie haben uns durch wertvolle Hinweise und Ratschläge in enger freundschaftlicher Verbundenheit geholfen, schnell zur Erneuerung unseres demokratischen Rundfunks zu gelangen."[87]

Die geschäftliche Bindung der DEFA an die sowjetische Filmverleihgesellschaft "Sovexportfilm" sichert auch auf dem Gebiet des Filmschaffens den engen Kontakt zur Sowjetunion.

So führt die Entwicklung der Meinungslenkung in der SBZ oft über die gleichen Stationen, die die Sowjetunion passiert hat.

### 1. Volkskorrespondentenbewegung.[88]

Der Begriff der "Arbeiter- und Bauernkorrespondenten" tauchte in Russland schon in einer Konferenz der KPdSU am 6. Februar 1923 auf.[89] Seitdem sind diese "Kommandeure der proletarischen öffentlichen Meinung", wie Stalin sie betitelte,[90] aus dem Informationswesen der UdSSR nicht mehr wegzudenken. Sie hatten ursprünglich eine wirklich demokratische Aufgabe, denn sie sollten die Brücke zwischen Volk und Partei oder Staat bilden und über die Sorgen, Nöte, Probleme und Fragen der Bevölkerung öffentlich Bericht erstatten.

> "Die sowjetische Presse betrachtet die Arbeiter- und Bauernberichterstatter durchaus nicht als derzeiti-

> ge oder zukünftige Journalisten..., sondern als Teilnehmer am öffentlichen Leben, die durch die Presse mithelfen, die Arbeit der örtlichen sowjetischen Verwaltungs- und Wirtschaftsorganisationen zu verbessern, die die Mängel des sowjetischen gesellschaftlichen Lebens, des Bürokratismus, die Trägheit, das nachlässige Verhalten gegenüber dem Volksgut und der gesellschaftlichen Arbeit enthüllen; sie betrachtet sie als Kämpfer, die diese Mängel abstellen."[91]

Aber bereits 1931 stellte Arthur Just fest, dass die Volkskorrespondenten diese Aufgaben längst nicht mehr erfüllten.[92] Sie bildeten vielmehr ein Spitzelnetz, das sich über das ganze Land zog und in der Bevölkerung Misstrauen und Hass weckte, so dass in vielen Gebieten der UdSSR vor allem die Bauernkorrespondenten lange Zeit ihres Lebens nicht sicher waren.

Als Rudolf Herrnstadt im Februar 1950 die "Entfaltung der Volkskorrespondentenbewegung" - sie umfasst neben den Pressekorrespondenten auch die Funkkorrespondenten - forderte,[93] war sie längst aller demokratischen Eigenschaften ledig und stellte ein Instrument zur Terrorisierung der öffentlichen Meinung dar. Aus den Volkskorrespondenten, die Herrnstadt nicht sehr originell "Truppenoffiziere der öffentlichen Meinung" nannte, spricht auch heute eine "Stimme des Volkes", die allen politischen Aktionen der SED beipflichtet und den Anschein erweckt, als entsprächen diese dem Willen der Bevölkerung.[94] In Betrieben, Wohnbezirken und Hausgemeinschaften als Spitzel gefürchtet, entsprechen sie ihrem sowjetischen Vorbild.

## 2. Konferenzen zwischen Presse und Partei

Am 6. Mai 1923 schlug Stalin Konferenzen zwischen Partei, Redaktionen und Korrespondenten vor.[95] Er wollte damit eine ständige Verbindung zwischen den Lehren und der Politik der Partei einerseits und der Presse andererseits schaffen, damit die Presse, Lenins Forderung[96] gemäss, "kollektiver Organisator" der Partei und "operatives Mittel" bei der Durchführung der Parteipläne werde.[97]

Mit der 1. Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. Februar 1950 wurden diese Konferenzen auch für die "Presse neuen Typus" in der SBZ übernommen. Herrnstadt forderte damals: Tägliche politisch-ideologische Schulungen während der Redaktionskon-

ferenzen, Erörterungen aktueller politischer Fragen und Diskussion der "Prawda"-Veröffentlichungen in allwöchentlichen politischen Seminaren, Sitzungen der Parteigruppe als Pressegerichtsbarkeit und Betriebsgewerkschafts-Zirkel über kulturelle und politische Themen, an denen Wissenschaftler und Funktionäre interessiert werden sollen.[98)]

Seit 1955 bestehen bei den Kreisleitungen der SED Kommissionen für Agitation, die als "Hilfsinstrumente der Kreisleitungen und deren Büros zur Entwicklung einer umfassenden politischen Massenarbeit"[99)] dienen sollen.

3. Schwerpunkttechnik.

Ein besonderes Charakteristikum der sowjetrussischen wie der SED-gebundenen Publizistik ist die Schwerpunkttechnik, d.h. die Konzentration aller publizistischen Kräfte auf bestimmte politische, wirtschaftspolitische und kulturpolitische Pläne und Aktionen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Schwerpunkten, die für alle publizistischen Mittel verbindlich sind und solchen, die als spezielle Aufgabe einzelnen Organen zufallen.

Lenin empfahl bereits der bolschewistischen Presse eine um Schwerpunkte gruppierte Redaktionsarbeit.

> "Mag man bei uns auch zehnmal weniger Material in den Zeitungen bringen, das sich mit den sogenannten Tagesfragen auseinandersetzt, wenn wir nur eine in Hunderttausenden und Millionen Exemplaren verbreitete Presse bekommen, die die gesamte Bevölkerung mit der musterhaften Organisation in einigen, die anderen überflügelnden Arbeitskommunen des Staates bekanntmacht."[100)]

Eben diese Schwerpunkttechnik stand im Mittelpunkt des Referates, das Wilhelm Pieck auf der 1. Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED hielt. Er betonte, wie wichtig es sei, drei oder vier Punkte als Leitsterne der gesamten Informations- und Instruktionsarbeit zu setzen. Das damals gerade in den Vordergrund geschobene Thema "Entfaltung, Entwicklung und Stärkung der Nationalen Front" bezeichnete Pieck als eine "entscheidende Kampfaufgabe" und empfahl, alle "verfügbaren Argumente für die Notwendigkeit der Nationalen Front mit allem Nachdruck in die Massen hineinzuhämmern."[101)]

4. Langfristige Planung.

In engem Zusammenhang mit der Schwerpunkttechnik steht die Planung aktueller Berichte auf lange Sicht im voraus. In der UdSSR stellt der Leiter jeder Presse- oder Funkabteilung - nach unseren Verhältnissen der Ressortchef - für den kommenden Monat einen Themenplan auf. Er umfasst alle Berichte und Aufsätze, die bei besonderen Gedenktagen mit einem aktuellen Aufhänger versehen oder, wenn möglich, mit dem Gegenwartsgeschehen in Verbindung gebracht werden. Diese Themenpläne müssen die von der Partei angesetzten Schwerpunkte berücksichtigen. Zweimal im Jahr nämlich - am Tage der Maifeier und am Gedenktag der Oktoberrevolution - gibt die Partei Parolen aus, die für die Festlegung der Schwerpunkte bestimmend sind. Ausserdem geben die Äusserungen der Parteiführer und Staatsmänner, sowie das Taschenbuch des Agitators Hinweise für die Ausarbeitung dieser Pläne. Das Redaktionssekretariat koordiniert die Monatspläne der einzelnen Ressorts und lässt sie dann von der Partei bestätigen. Die Abteilungsleiter geben danach ihre Planthemen an die Journalisten und Korrespondenten weiter.[102)]

Ähnlich arbeitet die publizistische Führung in der SBZ. Von der Abteilung Agitation-Presse-Rundfunk[103)] werden Rahmenanweisungen herausgegeben, die Themen der Schwerpunkte festlegen und den Raum und die Zeit bestimmen, die ihnen zu widmen sind. Solche Anweisungen gehen an das Presseamt beim Ministerpräsidenten, an die SED-Zeitungen, an die "Berliner Zeitung", die "BZ am Abend", an die "Junge Welt", die "Tribüne" und an die Zentralsekretariate der Blockparteien, die sie an ihre Zentral- und Landesorgane weitergeben. Das Staatliche Rundfunkkomitee erhält gleichfalls diese Rahmenanweisungen des ZK. Die Chefredakteure der Zeitungen und die Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees lassen nach diesen Anweisungen Quartalspläne von den einzelnen Ressorts ausarbeiten, stellen sie zusammen und leiten sie zur Genehmigung wieder an das ZK zurück.

Die Quartalspläne[104)] werden in Monatspläne aufgeschlüsselt, die bereits die Titel der wichtigsten Artikel und ihre Verfasser festlegen. Auch für die monatliche Vorausplanung ergehen Anweisungen vom ZK, auch sie muss zur Bestätigung dort eingereicht werden.[105)]

Es erscheint als ein krasser Antagonismus, dass der Inhalt einer Zeitung, der das primär aktuelle Geschehen erfassen soll, auf Mo-

nate im voraus geplant wird. Es ist unter diesen Umständen einleuchtend, warum die Zeitungen überall im sowjetischen System so gleichförmig sind.

## 5. Kritik und Selbstkritik.

Mit der Forderung nach Kritik und Selbstkritik, die auf der 2.Pressekonferenz des ZK der SED[106] erhoben wurde, folgte die SED gleichfalls ihrem Leitbild, der KPdSU.

Stalin hatte am 13.4.1928 in einer Rede vor dem Organisationsbüro[107] der KPdSU betont, die Selbstkritik sei unerlässlich für die Weiterentwicklung der Partei, deshalb solle und müsse jede Kritik gehört werden.[108] Soweit ist es jedoch nie gekommen. Weder in der UdSSR noch in der SBZ gibt es eine wirklich freie und echte Kritik. Das erweist sich bei jedem plötzlichen Sturz einer Persönlichkeit des politischen Lebens, die gewöhnlich so lange unantastbar ist, wie sie mächtiger als ihre Gegner ist.[109]

Ausserdem werden nur Mängel des Mechanismus kritisiert, nie das System selbst. Auch ist eine Kritik nur an den Exekutivorganen möglich. Die Befehlsgewaltigen des ZK sind für eine Kritik aus den unteren Reihen tabu. Innerhalb der Partei aber ist Kritik und Selbstkritik eine wichtige Psychotechnik zur Überwachung der eigenen Anhängerschaft. Der von der Parteileitung kritisierte Funktionsträger wird gebrochen, indem er seine Fehler in selbsterniedrigender und selbstentwürdigender Weise bekennt.

Walter Ulbricht betonte auf der 2. Pressekonferenz des ZK der SED, dass vor allem die Presse sich der Kritik und Selbstkritik zu bedienen habe:

> "Meines Erachtens ist es notwendig, dass in unserer Presse noch mehr die Entwicklung der Kritik und Selbstkritik als ein Entwicklungsgesetz erkannt und angewandt wird. Wir verstehen Kritik und Selbstkritik nicht in dem Sinne, dass man hier und da ein paar Misstände aufzählt, über ein paar Misstände berichtet, sondern Kritik und Selbstkritik im tieferen Sinne des Wortes, dass man an Hand von bestimmten Fehlern und Misständen die Zusammenhänge, die Bedeutung dieses Fehlers zeigt, den man korrigieren muss, dass man über bestimmte Probleme zusammenhängende gründliche Leitartikel in der Presse bringt."[110]

6. Bedeutung der Nachricht in der Publizistik.

In einer Vorlesung vor Studenten der Zeitungswissenschaft in Moskau bestritt der TASS-Direktor Palgunow, dass rein informatorische Nachrichten einen Wert hätten.

> "Nachrichten müssen zweckentsprechend gemacht werden, sonst sind sie nur tatsächliche oder zufällige Ereignisse... Nachrichten sollen nicht nur diese oder jene Tatsache, dieses oder jenes Ereignis beleuchten, sondern sie müssen einen bestimmten Zweck verfolgen ... Nachrichten sind Agitation mit Hilfe von Tatsachen.[111] Bei der Wahl des Gegenstandes der Nachricht muss sich der Verfasser des Berichtes vor allem von der Erkenntnis leiten lassen, dass nicht alle Tatsachen .. geeignet sind, in der Presse veröffentlicht zu werden... Nachrichten müssen didaktisch und instruktiv sein."[112]

Wir stark diese Auffassung des Begriffes Nachricht in der Praxis wirkt, beweist die lügenhafte und einseitige Information über das Weltgeschehen durch die sowjetischen publizistischen Organe, beweist die Tatsache, dass TASS neben dem zur Veröffentlichung bestimmten Nachrichtenmaterial auch noch einen vertraulichen Nachrichtendienst für hohe Funktionäre und Redakteure unterhält, der Meldungen liefert, die grundsätzlich oder zeitweilig für die Veröffentlichung ungeeignet sind. Nachrichten über die Reaktionen des Auslandes auf politische Unternehmungen der UdSSR werden von TASS gern ausführlich berichtet, wenn sie günstig ausgefallen sind. Andernfalls aber meldet die Nachrichtenagentur gewöhnlich pauschal, dass sich die Presse des westlichen Auslandes intensiv mit den Vorschlägen, Schritten und Unternehmen der Sowjetregierung beschäftige. Der Wortlaut solcher Stellungnahmen der Auslandspresse wird jedoch nur dem vertraulichen Nachrichtendienst überliefert.[113]

Die SBZ hat sich der Sowjetrussischen Auffassung von der Nachricht in der Publizistik angeschlossen. Neben der Praxis, die in den folgenden Kapiteln untersucht werden soll, bestätigt das auch die theoretische Deutung dieses Begriffes.[114]

> "Die Nachricht dient der Agitation durch Tatsachen. Diese Form der Agitation ist vor allem deshalb besonders wirkungsvoll, weil sie sich unmittelbar an das Bedürfnis der Leser nach Information wendet."[115]

Die Bedeutung der Nachricht für die politische Meinungs- und Willensbildung wurde anfangs zugunsten von Kommentaren und Aufsätzen gering geachtet. Auf der 2. Pressekonferenz des ZK der SED im März 1951 betonte Hermann Axen, dass Nachrichten "nur der erschöpfenden Be-

handlung der Hauptfragen" dienen dürften.[116] Später wurde der Aufgabenbereich der Nachrichtenverbreitung erweitert, denn das Informationsbedürfnis des Lesers sollte berücksichtigt werden.

> "Die gesamte Information durch Nachrichten muss dazu beitragen, dem Leser ein objektives, d.h. wissenschaftlich richtiges Bild von der Welt zu vermitteln. Der einzelnen Nachricht kommt dabei - nach einem bekannten Vergleich - die Funktion eines Mosaiksteinchens zu, das mithilft, dieses Gesamtbild entstehen zu lassen."[117]

c) Resultat des Vergleichs der SBZ-Publizistik mit ihren Vorgängern und Vorbildern.

In ihrer politischen Meinungs- und Willensbildung ist die SED und das von ihr gelenkte Staatswesen der SBZ nirgends schöferisch, sondern es kopiert das Vorbild der Sowjetunion vom strategischen Plan des Propagandafeldzuges über das taktische Vorgehen im Einzelnen bis hin zur Prägung und Anwendung bestimmter Schlagworte und Sentenzen.

Abgesehen von dem Versuch, alles Weltgeschehen am Masstab der marxistisch-leninistischen Ideologie zu messen und der daraus resultierenden Einförmigkeit und Langweiligkeit, verbindet die publizistische Arbeit der SED nichts mehr mit der sozialistisch-publizistischen Tradition Deutschlands. Dagegen zeigt die Technik der Meinungsführung auffallende Parallelen zur NS-Publizistik, auch wenn von einer gegenseitigen Beeinflussung nicht unbedingt gesprochen werden kann. Sie sind vor allem bedingt durch das gleiche machtpolitische Wollen, das Überwältigungstaktik an die Stelle der sachlichen Information setzt. Das Informationswesen beider totalitärer Regime behauptet jedoch den Anspruch, die einzig gültige Wahrheit zu verkünden. Das führt zu einer apodiktischen Form der Berichterstattung, die immer und überall behauptet, was zu beweisen sie nicht fähig ist.

B.

I. Struktur und Anordnung der Nachrichten.

In der direkten Berichterstattung lässt sich die rein berichtende Nachricht, die sachlich, ohne sichtbare subjektive Akzente des Berichtenden ein Ereignis wiedergibt oder eine Situation schildert, von der kommentierenden Nachricht unterscheiden, die den sachlichen Bericht über Ereignisse oder Situationen so erweitert, dass das Ereignis gleichzeitig gedeutet wird.

Daneben besteht eine indirekte Berichterstattung in den reflektierenden Meldungen. Sie zeigen Ereignisse oder Situationen nur im Spiegel anderer publizistischer Organe, die entweder wörtlich oder sinngemäss zitiert werden. Das Charakteristische an der Veröffentlichung dieser Meldungen ist, dass die publizistischen Mittel, die sich ihrer bedienen, zurücktreten und anderen Stimmen der Öffentlichkeit das Wort geben.

Die Gliederung der Nachrichten nach diesen Gesichtspunkten wird in der Praxis durch häufig vorkommende Mischformen erweitert, die Elemente aller drei Gruppen in sich vereinen.

In der Informationstechnik der SBZ wirken sie gleichermassen an der Gestaltung einer Scheinwirklichkeit mit, die den Prinzipien der Parteiideologie entspricht und den Plänen der Machthaber dient.

a) Formen der Ereigniswiedergabe.

α) sachlich berichtende Meldungen.

Die sachlich berichtenden Nachrichten kommen in der SBZ-Presse in Form kürzerer Meldungen, meist Einspalter oder Kurznachrichten vor. Sie erhalten ihren politischen Charakter durch Auswahl des Stoffes aus ganz bestimmten Themenkreisen und durch richtungweisende Überschriften.

Ihr Aktualitätswert schwankt von den selten gegebenen hochgradig aktuellen Meldungen bis zur künstlichen Aktualität der meisten Einspalter. Die hochgradig aktuellen Meldungen sollen hier jedoch zunächst ausgeklammert werden.

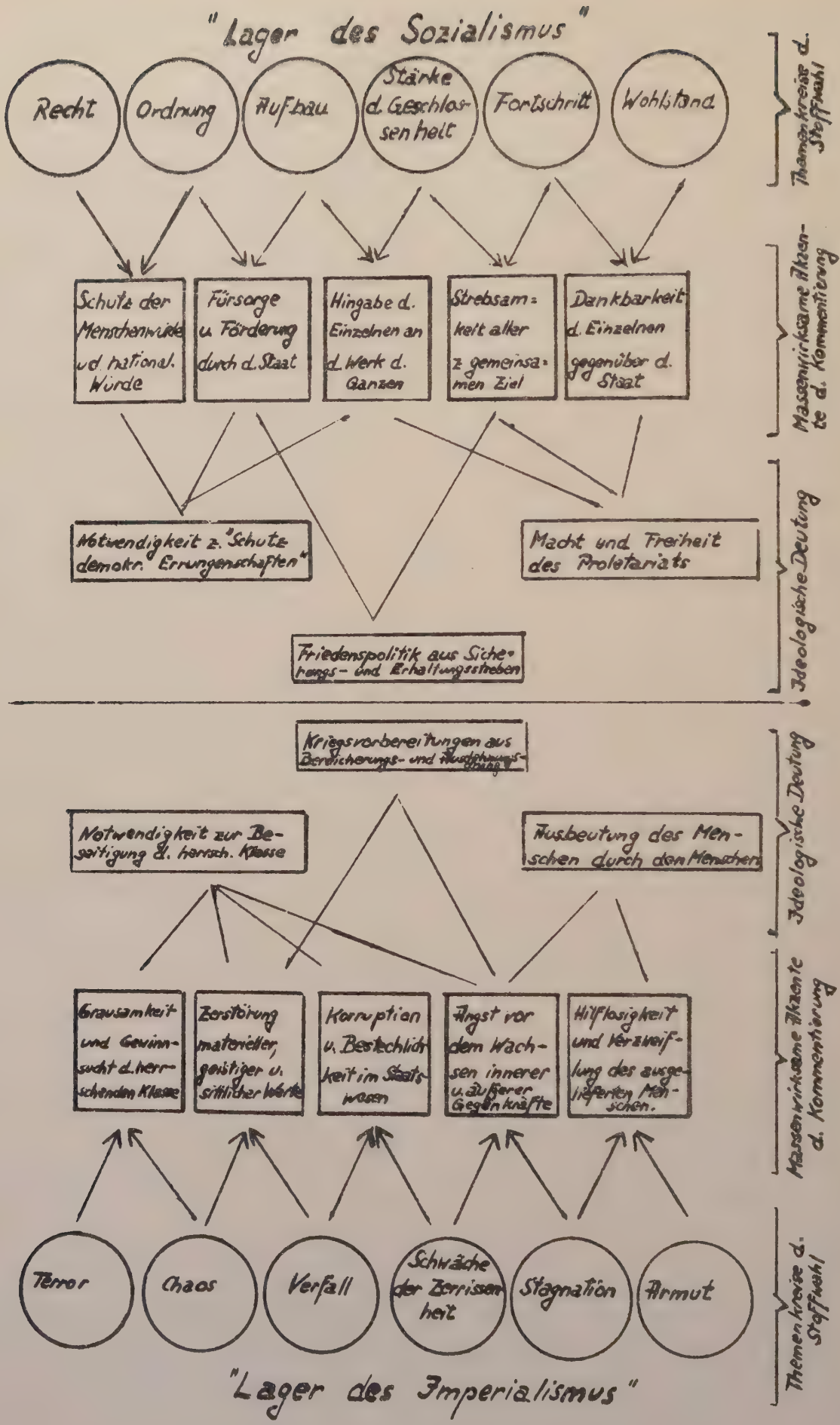
## 1. Themenkreise der ereignisberichtenden Meldungen mit künstlicher Aktualität.

Die Themenkreise, aus denen die ereignisberichten Nachrichten stammen, entsprechen dem marxistischen Bild der politischen Welt, die sich aus zwei Sphären zusammensetzt: Aus dem sozialistischen und dem imperialistischen Machtbereich.[118] Den dialektisch-materialistischen Postulaten entsprechend zeigt sich Harmonie des gesellschaftlichen Seins und Bewusstseins in der sozialistischen Welt, Disharmonie dagegen in der imperialistischen. Diese Gegensätze spiegeln sich in den Nachrichten aus diesen beiden Bereichen, die auf sozialistischer Seite Aufbau, Stärke, Ordnung, Recht, Wohlstand und Fortschritt zeigen und in antithetischer Gegenüberstellung über Verfall, Schwäche, Chaos, Terror, Armut und Stagnation auf imperialistischer Seite berichten. Die Haltung des Menschen zu der ihn umgebenden Gesellschaftsordnung wird aus diesen Fakten abgeleitet: Sie ist absolut positiv und aufgeschlossen gegenüber dem sozialistischen Staat; sie zeigt passive oder auch aktive Resistenz gegenüber dem imperialistischen Staat.

Im Kampf gegeneinander berühren sich die beiden Sphären: Der "Friedenskämpfer", der sozialistische Ideale im imperialistischen Machtbereich vertritt, ist das antithetische Element zum "Kriegstreiber". Dem "Friedenskampf" werden auch alle Stimmen zugeordnet, die sich in irgend einem Punkte den sozialistischen Parolen zuneigen, auch wenn ihre grundsätzliche geistige oder ethische Haltung in ganz anderem Boden wurzelt. Der Zweck zu beweisen, wie stark der Widerstand gegen die imperialistische Machtgruppe ist, veredelt jede Konfession.

Der Arm der Imperialisten reicht angeblich in die sozialistische Hemisphäre in Gestalt der Agenten, Saboteure und Diversanten. Sie sind, wo immer sie auftreten, mit der westlichen Welt durch unsichtbare Fäden verbunden und - welcher Art ihre Tätigkeit auch immer sein mag - als Verbrecher im imperialistischen Auftrag abgestempelt.

Diese einfache, schematische Regelhaftigkeit bestimmt die Motive des gesamten Nachrichtenstoffes, insbesondere aber die der kommentarlos berichtenden Meldungen, die ohne Aktualitätswert zur ständigen Vervollkommnung und Ausschmückung in das marxistische Zeit- und Weltbild eingefügt werden.


"Lager des Sozialismus"
Recht
Ordnung
Aufbau
Stärke d. Geschlossenheit
Fortschritt
Wohlstand
Themenkreise d. Stoffwahl
Schutz der Menschenwürde u. nationale Würde
Fürsorge u. Förderung durch d. Staat
Hingabe d. Einzelnen an d. Werk d. Ganzen
Strebsamkeit aller z. gemeinsamen Ziel
Dankbarkeit d. Einzelnen gegenüber d. Staat
Massenwirksame Aktionen d. Kommunismus
Notwendigkeit z. "Schutz demokr. Errungenschaften"
Macht und Freiheit des Proletariats
Friedenspolitik aus Sicherungs- und Erhaltungsstreben
Ideologische Deutung
Kriegsvorbereitungen aus Bereicherungs- und Machtstrebe
Notwendigkeit zur Beseitigung d. herrsch. Klasse
Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
Ideologische Deutung
Grausamkeit und Gewinnsucht d. herrschenden Klasse
Zerstörung materieller, geistiger u. sittlicher Werte
Korruption u. Bestechlichkeit im Staatswesen
Angst vor dem Wachsen innerer u. äußerer Gegenkräfte
Hilflosigkeit und Verzweiflung des ausgelieferten Menschen.
Massenwirksame Aktionen d. Kommunismus
Terror
Chaos
Verfall
Schwäche der Zerrissenheit
Stagnation
Armut
Themenkreise d. Stoffwahl
"Lager des Imperialismus"

Aufbau

Sachlich berichtende Nachrichten aus dem Ostblock zum Themenkreis "Aufbau" melden am häufigsten Planerfüllung in der Wirtschaft und im Bauwesen, soziale Verbesserungen und kulturelle "Errungenschaften".

Die Nachrichten über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne stehen dabei an erster Stelle. Sie zeigen an Hand von Zahlen und Prozenten die Erfolge der einzelnen Betriebe,[119)] die meistens nicht einmal bekannt oder bedeutend sind. Niemals erfolgt jedoch eine Angabe darüber, ob das erzeugte Gut für den deutschen Verbraucher, für den Export, für Reparationsaufträge oder ähnliches bestimmt ist.

Die sachliche Selbstverständlichkeit, die diese Meldungen auszeichnet, wird hier offenbar gleichzeitig als Mittel einer Ausweich- oder Verschleierungstaktik genutzt: Eine Tatsache soll imponieren. Sie wird deshalb in aller Nüchternheit berichtet, weil die Beleuchtung der weiteren Umstände nur abschwächend wirken könnte. Der Empfänger solcher Nachrichten kann und soll aus ihnen den planmässigen Fortschritt in der Wirtschaft und auf allen sozialen und kulturellen Gebieten erkennen.

Verfall

Demgegenüber sprechen die Meldungen über Verfall und Rückgang des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der sozialen Ordnung im Bereich des Gegners nicht immer die Sprache reiner Sachlichkeit. Die Form der Meldung zeigt oft durch kleine Akzente die überlegene Haltung des Ostens und typisiert dadurch Ereignis und Situation.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 22.12.1955

"300 sollen auf die Strasse gesetzt werden.

Bremen (ADN). Die Direktion der Hansa-Werke in Bremen hat jetzt weitere 80 Arbeiter wenige Tage vor Weihnachten auf die Strasse gesetzt. Insgesamt will die Betriebsleitung bis zum Weihnachtsfest 300 Arbeiter entlassen. Die Aktion hatte vor einigen Wochen begonnen. Die in der IG-Metall organisierten Waggonbauer haben den Betriebsrat des Werkes beauftragt, sofort eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, auf der Massnahmen gegen die Entlassung beraten werden sollen."

Allein durch den Hinweis auf das bevorstehende Weihnachtsfest und durch die sloganhafte Ausdrucksweise "auf die Strasse gesetzt" wird dem Ereignis der Akzent einer brutalen Handlung gegeben.

Stärke

Die politische, wirtschaftliche und moralische Kraft des sozialistischen Bereichs zeichnet sich ab in Meldungen über Haltung und Handlungen der Partei und der Staatsorgane aller in diesem Block zusammengeschlossenen Länder, in ihrer innigen Verbundenheit miteinander und in der festen Bindung zwischen Volk und Staat.

Jede Reise, jeder Besuch von Delegationen oder Persönlichkeiten des politischen Lebens wird sorgsam registriert, jede positive Äusserung aufgefangen, jede Gelegenheit genutzt, um ein verbindendes Gemeinschaftsgefühl zu dokumentieren.

Äusserungen der Zufriedenheit, Dankbarkeit und Einsatzbereitschaft aus den breiten Schichten der Öffentlichkeit begleiten die Entschlüsse der obersten Instanzen in sachlich berichtenden Meldungen. Nachrichten über fast private[120)] Ereignisse sollen Brücken von namenlosen Werktätigen zu den Persönlichkeiten und Instanzen des Staatsapparates vortäuschen.

Innerhalb der unter sozialistischem Banner stehenden Ländergruppen wird die Einmütigkeit durch Meldungen über gegenseitigen Erfahrungsaustausch, gemeinsame Beratungen und Vertrauenserklärungen unterstrichen.

Schwäche

Die Antithese zu der Gesellschafts- und Staatsordnung der inneren Festigkeit, Stärke und Harmonie ist das "imperialistische Lager", in dem ein Regime der Gewalt durch Kapitalmacht versucht, mit allen Mitteln ein zerfallendes System zusammenzuhalten und die inneren Widerstände zu unterdrücken. Der Stärke, die sich in der Geschlossenheit und Einheit des sozialistischen Blockes dokumentiert, wird die Schwäche in der antagonistischen Mächtegruppe des Imperialismus gegenübergestellt. Berichte über Streiks, Unzufriedenheit aller sozialen Gruppen in Westdeutschland und im westlichen Ausland, Berichte über unpopuläre diktatorische Massnahmen der Regierungen, beispielsweise Rentenkürzungen, Landnahmen für militärische Zwecke, Begünstigung der sogenannten Kriegsverbrecher, aber auch Meldungen über mangelnde Souveränität einzelner Staaten gegenüber der Kapitalmacht und über Unruhen in den Kolonialreichen sind besonders geeignet, das marxistisch-leninistische Urteil über die kapitalistische Welt zu bestätigen.

Fortschritt

Rein berichtende Meldungen über technischen und wissenschaftlichen Fortschritt in den Ländern des Ostblocks tragen mit bei zur Vervollkommnung des Bildes von Aufbau und Stärke. Besonders häufig wird unter diesem Thema aus der UdSSR berichtet. Die eingefügten Meldungen über wissenschaftliche Erfindungen und Entdeckungen, über technische Verbesserung und Unternehmungen zur Erschliessung des russischen Raumes, zur Kultivierung von Gebieten, die eine ungünstige geographische Lage oder Konstitution haben, sollen beweisen, mit welchem Elan sich ein sozialistischer Staat aufwärtsentwickelt. "Die Grossbauten des Kommunismus" füllten in den letzten Jahren der Stalinära die Spalten der Zeitungen. Die "volksdemokratischen" Länder und die SBZ folgen in gemessenem Abstand der UdSSR in der fortschrittlichen Entwicklung.

Stagnation

Zu den Fortschrittsmeldungen im Gegensatz stehen die Stagnationsmeldungen aus der imperialistischen Welt. Diese treten allerdings meistens als kommentierende oder reflektierende Nachrichten auf. Es ist auch für die sowjet-kommunistische Nachrichtenproduktion nicht einfach, den allgemeinen Aufschwung in Wissenschaft und Technik auf den sozialistischen Bereich zu beschränken. Nachrichten, die sich auf diese Bahn begeben, müssen in kommentierenden Erweiterungen zu beweisen suchen, dass durch eine einseitige Förderung der Rüstung und der ihr dienenden Wissenschaftszweige die anderen Gebiete vernachlässigt werden.

Sachlich berichtende Meldungen beschränken sich deshalb auf Betonung der schelchten sozialen Lage der westlichen Wissenschaftler und Künstler, sie zeigen deren Bedürfnis, mit den ostdeutschen und sowjetischen Kollegen in Erfahrungsaustausch zu treten. Sie bringen Mitteilungen über schlechte hygienische Verhältnisse der Dörfer und Städte, über mangelnde Sorgfalt bei der Nahrungsmittel- und Medikamentenüberprüfung, über Vernachlässigung der Bauaufsicht und vor allem über das ständige Absinken des geistigen Niveaus der kulturellen Leistungen.

Ordnung

Ein Bild innerer Ordnung und moralischer Sauberkeit entsteht durch Meldungen, die von der gegenseitigen kameradschaftlichen Unterstützung in Betrieben und Gemeinschaften, von der Hilfe für Alte und

Kranke, von der Sorge um Gesundheit und Erziehung der Jugend berichten und einen gesundheitsstrotzenden Optimismus zur Schau tragen.

Es wird ergänzt von Nachrichten über die entschlossene Haltung der Bevölkerung gegenüber den "Feinden des Friedens". Das Individuum geht ganz in den Interessen des Kollektivs auf und weiss sich im Schutz des Kollektivs sicher gegen alle Bedrängnis.

Chaos

Dagegen sammeln die Nachrichtenproduzenten alle Ereignisse, die von dem hilflosen Ausgeliefertsein des Menschen an das Chaos der imperialistischen Welt sprechen. Steigende Kriminalität, Unwetterkatastrophen, Verkehrsunfälle, Selbstmorde, Familientragödien, Missernten sind geeignet, in dieser Richtung zu argumentieren.

Dabei wird jedoch darauf geachtet, dass solche Meldungen in knapper Sachlichkeit gebracht werden. Die Berichterstattung in der SBZ wühlt nicht gern in diesen traurigen Sensationen, die nur geeignet sind, Mitleid zu erregen, sie fasst diese gleichsam mit der Feuerzange an, um damit Überlegenheit und Abscheu zu dokumentieren.

Recht

Das Bild vom harmonisch geordneten Gemeinschaftswesen der Staaten des Ostblocks wird noch verdeutlicht durch Nachrichten, die von einem ausgeprägten Rechtsgefühl getragen zu sein scheinen.

Für die Kolonialvölker wird die Forderung nach Souveränität erhoben, den Staaten des Ostblocks wird ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit immer wieder bestätigt. Mit würdebewusstem Stolz berichten Presse, Rundfunk und Film von der Entscheidungsfreiheit der "DDR". Nachrichten über die grausame Unterdrückung der Kolonialvölker sprechen gleichfalls eine Sprache, die ohne Erläuterung verstanden wird.

Der Rechtsstandpunkt der Marxisten, dem das Verbrechen gegen das Kollektiv schwerer wiegt als das Verbrechen gegen das Individuum, prägt das Empfinden für Recht und Unrecht, wie es die publizistischen Organe popularisieren. Die Rechtsprechung in der SBZ gegen die "Feinde des Volkes" wird in den Nachrichten mit Selbstverständlichkeit unterstützt, eingekleidet in die Floskel, dass das "harte aber gerechte" Urteil zum "Schutze der Bürger der DDR" gefällt wurde.[121)]

Terror

Dagegen ist stets von einem Terror der Justiz die Rede, wenn in der Bundesrepublik die sogenannten Friedenskämpfer vor Gericht stehen.[122]

Meldungen über die Prozesse und Urteile gegen Funktionäre der KP, der "Nationalen Front", der FDJ, der "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" werden allerdings stets mit kommentierenden Zusätzen versehen. In Form der ereignisberichtenden Meldungen könnten sie den gewünschten Richtungsstoss nicht bekommen, und ihre Wirkung würde verpuffen. Ereignisberichtend werden aber gern Zusatzmeldungen zu solchen Prozessen und ihren Auswirkungen gebracht. Die Berichterstattung greift in das Familienleben der Verhafteten, um mitzuteilen, welche grausamen Folgen die Inhaftierung des "Friedenskämpfers" nachsichzieht.[123] Auch von den brutalen Massnahmen der Justizbeamten gegen die Häftlinge lässt sich in rein berichtenden Meldungen Wirkungsvolles aussagen.

Nachrichten über das gespaltene Deutschland sprechen immer wieder von Gewaltakten westdeutscher Exekutivorgane. Sie sollen zeigen, dass von dieser Seite eine ständige Bedrohung für den Osten besteht, sollen die Bevölkerung zur Wachsamkeit aktivieren und das Vertrauen, das in breiten Kreisen der ostdeutschen Bevölkerung zur Bundesrepublik und ihren Staatsorganen besteht, untergraben.

2. Bearbeitung aktueller Ereignisse in sachlich berichtenden Meldungen.

Ausser diesen Meldungen, die in das tägliche Zeitungsbild oder in die Nachrichtensendungen des Rundfunks eingebaut werden und in scharf antithetischer Form die beiden Hemisphären gegenüberstellen, die durch Vermittlung von Ereignissen oder Typisierung von Situationen Agitation und Propaganda treiben, fallen zwei andere Gruppen von ereignisberichtenden Meldungen auf.

Zunächst sind die Nachrichten zu nennen, die tatsächlich ohne jede Tendenz sind und, da sie sich nicht nach der einen oder anderen Seite hin ausdeuten lassen, nur der Information dienen.

Beispiel:

"BZ am Abend" 8.9.1956

"Berlin. Eine Sonderbriefmarke zu 20 Pfennig, die mit einem Zuschlag von 80 Pfennig verkauft wird, gibt die Deutsche Post ab heute zugunsten des Aufbaues der Nationalen Gedenkstätten in der DDR heraus."

Diese Meldungen sind nach Quantität und Qualität unbedeutend. Sie werden je nach Charakter des Organs von manchen Zeitungen häufiger, von anderen sehr selten gebracht.[124] In den Nachrichtensendungen des Funks kommen sie kaum vor, während sie in den Wochenschauberichten der DEFA gern zur Auflockerung verwendet werden.

Daneben werden aber auch in sachlich berichtender Weise Ereignisse dargeboten, deren Ausdeutung noch nicht möglich ist, da sie zu überraschend kamen und die journalistischen Funktionäre vor eine ganz neue, noch nicht überschaubare Situation stellten.

Ein Beispiel dieser Art bildete die Einladung, die Moskau im Juni 1955 an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik schichte. Die hochgradige Aktualität dieses Ereignisses und das Interesse, das ihm von allen Seiten der Öffentlichkeit entgegengebracht wurde, konnte auch von den Redakteuren der SBZ nicht ignoriert werden. Wie aber sollten sie das Ereignis einer Öffentlichkeit anbieten, die bis zur Stunde in der Regierung der Bundesrepublik nur eine Gruppe von Handlangern des amerikanischen Imperialismus sehen durfte, die nicht einmal von ihrem eigenen Volk geschweige denn von der UdSSR anerkannt werden konnte. Es blieb den Redakteuren keine Zeit, die amtlichen Kommentare der "Prawda" und die Stellungnahme der Parteispitze abzuwarten. Deshalb war die einzige Möglichkeit, die Nachricht sachlich und möglichst getreu dem Wortlaut der sowjetischen Note abzufassen.

Die Verlegenheit zeigte sich auffallend: Der Inhalt der sowjetischen Note steckte einmal in der Meldung und wurde noch einmal an Stelle eines Leitartikels im Wortlaut veröffentlicht. Eine eigene Stellungnahme, die jeder Leser bei solch einem Ereignis von seiner Zeitung erwartet, fehlte. An ihrer Stelle wurde lediglich über den Eindruck berichtet, den die Note in der Bundesrepublik hervorgerufen hatte.

Ähnliche Erscheinungen der Informationstechnik haben sich in den vergangenen zwölf Jahren in der SBZ häufiger gezeigt. Unangenehme und unerwartete Ereignisse, die nicht ignoriert werden können, werden im allgemeinen ganz knapp wiedergegeben.[125]

β) Kommentierende Meldungen.

Werden die Ereignisse, die den knapp berichtenden Meldungen imma-

nent sind, aus der Sicht des publizistischen Organs, das sie übermittelt, besonders hervorgehoben und durch richtungweisende oder deutende Zusätze erläutert, so kann man von ereigniskommentierenden Meldungen sprechen. Die beiden Meldungsformen lassen sich nicht scharf gegeneinander abgrenzen. Kommentierende Akzente können schon in der Wortwahl knapp berichtender Meldungen gesehen werden. Doch soll diese Form nachrichtenpolitischer Technik, durch propagandistisch oder agitatorisch wirkende Wortwahl bereits eine Wertung des Ereignisses anzudeuten, noch den ereignisberichtenden Nachrichten zugerechnet werden. Eine Kommentierung soll erst dann registriert werden, wenn ausser den Tatbeständen des Ereignisses ausrichtende Bestandteile die Meldung formen.

Die von ADN bezogenen Nachrichten enthalten die kommentierenden Bestandteile meist schon, wenn sie die Nachrichtenagentur verlassen, so dass gewöhnlich die kommentierenden Nachrichten der verschiedenen Organe den gleichen Wortlaut haben.[126)]

Die Themenkreise der kommentierenden Meldungen gleichen denen der referierenden. Doch werden am Rande des allgemeinen Geschehens liegende Ereignisse durch deutende Zusätze mehr in das Zentrum der öffentlichen Teilnahme gerückt. Das geschieht besonders mit Ereignissen, die unmittelbar den Absichten und Plänen der Staatsführung dienstbar gemacht werden sollen. Sie werden aufgebauscht durch Hinweise auf ihre Bedeutung, durch Unterstreichung der Reaktionen in der Öffentlichkeit, durch scheinbare Klärung der Zusammenhänge, durch Hinweise auf Ursachen und mögliche Wirkungen.

Ausserdem werden wichtige Ereignisse des Tages - die Aufmacher der politischen Nachrichtenseiten und die Hauptmeldungen, die sich ihnen mehrspaltig anschliessen - meistens in Form der kommentierenden Nachrichten gebracht.

### 1. Struktur der kommentierenden Meldungen.

Die erläuternden Zusätze können dem Kern der Nachricht vor- oder nachgestellt sein, sie können so mit ihm verschmelzen, dass sie nur schwer zu eliminieren sind. Der Kommentar kann durch Erläuterung der näheren Umstände eines Ereignisses nur eine Erweiterung der Berichterstattung sein, er kann die Haltung des die Nachricht übermittelnden Organs enthalten, aber auch die Äusserungen fremder publizisti-

scher Organe, die Ansichten bedeutender oder unbedeutender Personen zu dem Ereignis wiedergeben. In den beiden letztgenannten Fällen würde sich die Nachricht schon von der kommentierenden Form zur reflektierenden hinneigen.

2. Verwendung massenwirksamer Akzente in der Kommentierung von Ereignissen.

Eine wichtige Aufgabe des Kommentars besteht darin, dem an sich unbedeutenden und uninteressanten Ereignisinhalt die nötige Anziehungskraft zu verleihen. Das geschieht, indem stark auf das Gefühl wirkende Akzente in den Dienst der politischen Absicht gestellt werden. Denn, da die Auswahl der Ereignisstoffe nach oben angegebenem Schema vorsichgeht, muss die Erläuterung versuchen, den Reiz für das Publikum zu bieten. Da es zur Aufgabe der publizistischen Organe in der SBZ gehört, neben der Aufklärung im Sinne der SED-Ideologie zum "demokratischen Patriotismus" zu erziehen, d.h. Hass gegen die "kapitalistische Welt" und Liebe zum Sozialismus zu wecken, kann auf eine gefühlsmässige Einwirkung nicht verzichtet werden.

Besonders bevorzugt sind dabei Appelle an die Menschenliebe, die Opferbereitschaft, die Begeisterungsfähigkeit. Mit negativem Vorzeichen versehen geben Grausamkeit, Zwietracht, Gewinnsucht, Korruption Farbeffekte für die sich immer ähnlich bleibenden Meldungsinhalte.

Das Bemühen, die Wirksamkeit solcher Konstruktionen zu beurteilen, führt zu der Frage: Können die in der freien Publizistik bewegenden Akzente der Massenwirksamkeit ankommen, wenn sie nach einem schematischen Verfahren verteilt werden, wenn das westliche Lager nur Aktivität zum Negativen und die östliche Welt nur Aktivität zum Positiven zugeschrieben bekommen? Eine Umkehrung dieser "normalen" Verhältnisse ist in der Publizistik der SBZ unmöglich. Die in ausgefahrenen Gleisen laufenden Nachrichten dürften auch bei lokkerster Aufmachung - wie sie die "BZ am Abend" zeigt , - wenig Anteilnahme erwecken.

Je nach dem Themenkreis, dem der Tatsachenkern der Meldung entstammt, wird versucht, Spannungsmomente hineinzutragen, so dass eine emotionale Wirkung auf den Leser ausgeübt wird.

## Ihr Vater wurde eingekerkert, weil er für Deutschlands Einheit kämpft

Seit vielen Monaten wartet Marlis, das dreijährige Töchterchen Jupp Angenforts, auf ihren Vati. Weil er für ihr Glück und das Glück aller Kinder kämpft, hat ihn die Bonner Terrorjustiz nach langer Untersuchungshaft zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Alarmsignal für alle Mütter, dafür einzutreten, daß Marlis ihren Vater wiederbekommt

Neues Deutschland 8. 6. 55

**Düsseldorf** (ADN/Eig. Ber.). Nach Feststellung der Ärzte kann die schwere Krankheit, an der das dreieinhalbjährige Töchterchen von Jupp Angenfort, Marlies, seit Januar leidet und die durch starke seelische Erregungen ausgelöst wurde, zur akuten Lebensgefahr führen.

Berliner Zeitung 21.5.55

MARLIS DENKT AN IHREN VATI, Jupp Angenfort, der zum Weihnachtsfest nicht bei ihr und Mutti sein wird. Weil er für den Frieden und Freiheit eintrat, wurde er wie Tausende andere westdeutsche Patrioten in Adenauers Kerker geworfen.

Argumentation mit massenwirksamen Mitteln

Berliner Zeitung 14. 12. 55

Beispiel: In der Meldung in "Neues Deutschland" vom 21.6.1955, "Grasmahd in vollem Gange" steckt an tatsächlichem Geschehen nur das: Mit der Grasmahd sind die Bauern im Kreis Wittenberg seit Ende der vergangenen Woche beschäftigt. In zwei Schichten werden die vier Traktoren der MTS eingesetzt, so dass die Heuernte um fünf Tage verkürzt werden kann.

Die Nachricht im "Neuen Deutschland" berichtet das Ereignis so, dass der Eindruck eines Kampferlebnisses entsteht. Die sichere Führung durch die Organisation des MTS-Beirates, die Kameradschaft und der Kampfgeist der Traktoristen erringen dabei den Sieg.

Das Mitreissende und Beispielgebende solcher Kampfschilderungen wird hier genutzt, um aus dem nichtigen Ereignis der Grasmahd bei Wittenberg einen publizistischen Effekt zu erzielen: Den Ansporn zu Tat und Leistung.

Kinder, Frauen und Greise[127)] werden auf ähnliche Weise dem Mitleid der Leser empfohlen: Die Tochter des 1955 vor Gericht gestellten KP-Funktionärs Jupp Angenfort wurde mehrmals abgebildet und in den Nachrichten über den Fortgang der Verhandlungen in Karlsruhe wurde immer wieder auf das zweieinhalb Jahre alte Kind hingewiesen. Allmählich löste sich die Berichterstattung über das Kind ganz von der über das Schicksal des Vaters, und Marlis Angenfort wurde fast zum Menetekel des "Friedenskampfes" in Westdeutschland.

Die Kommentierung der Meldung über die Verhältnisse in den Machtzentren des "imperialistischen Lagers" nimmt ihre Akzente vor allem aus dem Bereich der Kriminalität. Mord und Totschlag sind bei den Angehörigen der westlichen Streitkräfte an der Tagesordnung. Geheimorganisationen arbeiten mit Münzfälscherei, Erpressung, Schmuggel, Diebstahl, und die ausbeutenden Fabrikanten gehen sogar mit Rauschgiften gegen ihre Angestellten vor. Die Polizei stellt eine organisierte Gangsterbande dar, die im staatlichen Auftrag arbeitet.

Die auf diese Weise ausgedeuteten Nachrichten sind nicht in allen publizistischen Organen gleichermassen vorhanden. Während sie im Funknachrichtendienst ganz wegfallen und den Berichten und Reportagen über das Zeitgeschehen zugewiesen werden, nutzt der Film sie nach Möglichkeit aus. Zeitungen bringen je nach Aufgabenkreis mehr oder weniger von diesen emotional gefärbten Nachrichten.

3. Hinweis auf Parallelereignisse.

In der Nähe der bereits genannten ereignisdeutenden Nachrichten stehen Meldungen, die in ihren Erläuterungen zum Ereignis das Gefühl nicht direkt, sondern über den Umweg der Erinnerung ansprechen.

Die Erinnerung an die Schrecken des Krieges, an den Terror in den nationalsozialistischen KZs braucht nur beschworen zu werden, und die gewünschte Gefühlsreaktion ist intensiver als bei direkter Ansprache. Die SBZ-Publizistik nutzt diese Technik von Anbeginn ihres Wirkens aus.

4. Die politisch-ökonomische Analyse.

Die Auswirkungen der ökonomischen Verhältnisse auf politisches Geschehen zeigen am besten Nachrichten, die eine den Gesetzen des Marxismus-Leninismus entsprechende Analyse einbauen oder anhängen. Meldungen über die weltpolitischen Ereignisse, über die vertraglichen Bindungen der Bundesrepublik, über das europäische Wirtschaftssystem, über die "Friedenspolitik" der UdSSR und die "Kriegsvorbereitungen der Imperialisten" können so erläutert werden.

Die Kommentare versuchen, Ursachen und Motive eines Ereignisses in den Maximen der materialistischen Weltdeutung zu finden. Fällt das zu schwer, so vergleichen sie mit Ereignissen, die leichter ideologisch deutbar sind. An solchen herangezogenen Paradefällen wird demonstriert, dass der Imperialismus Kriege vorbereitet, um seine Macht zu erhalten und zu erweitern, dass diese Kriegsvorbereitungen aber den Zerfall des sozialen Gefüges mit sich bringen. Andererseits aber wird an Nachrichten aus dem sozialistischen Bereich mit Hilfe erläuternder Zusätze zu beweisen versucht, dass die Freiheit des Proletariats gesichert, der Wille zum Frieden unantastbar ist und dass es sich als Notwendigkeit ergibt, in einem "gerechten Krieg" die Errungenschaften des Proletariats zu verteidigen.

δ) Reflektierende Meldungen.

Die Spiegelung fremder Meinungen der Öffentlichkeit in Presse und Funk ermöglicht dem Leser oder Hörer, über den Horizont zu blicken, der die Sichtweite seiner Zeitung beschränkt. Deshalb dient diese Art der Berichterstattung in der demokratischen Meinungs- und Wil-

lensbildung der Erweiterung, nicht aber der Einengung der Ereignisdeutung.

Die Publizistik der SBZ nutzt diese publizistische Methode jedoch in der ihr gemässen Weise. Die Grundtendenzen, die bisher für Themenwahl und Ereignisdeutung gefunden wurden, bleiben auch hier erhalten. Die Reflexion dient lediglich dazu, das sowjetkommunistische Zeitbild von verschiedenen Seiten verzweifelt bestätigen, bereitwillig bejahen, stolz bekräftigen oder dankbar anerkennen zu lassen.

Die Verurteilung der westdeutschen Organe und der Presse der westlichen Welt sowie des Rundfunks als "Lügenpresse", "Reptilienpresse", "Hetzsender" steht dabei in gar keinem Verhältnis zu dem Eifer, mit dem diese Organe zitiert werden, um die "Wahrheit" der sowjetzonalen Argumentation zu bestätigen. Die reflektierenden Meldungen geben sich den Anschein, als schalte der publizistische Wille des Organs, das sich ihrer bedient, ganz aus. Das Gegenteil aber ist häufig der Fall. Der schärfste Angriff auf den Gegner und die härteste Kritik an seinen Institutionen und Handlungen wirken nicht so zwingend, wie die Angriffe und die Kritik, die er selbst gegen sich führt. Die Autorität des Zitates kommt dabei an Glaubwürdigkeit etwa der Autorität des Bildes gleich. Wie der Betrachter eines Bildes bereit ist, das, was er mit eigenen Augen sieht, für unbedingt wahr zu halten, so ist der Leser oder Hörer leicht davon überzeugt, dass der Autor wiedergegebener Zitate sich in jedem Fall mit diesen identifiziert.

Daß in beiden Fällen Sinnverdrehung möglich ist, wird meistens ausser acht gelassen und Zusammenhang, Beziehung und Situation der gesprochenen oder geschriebenen Worte werden selten berücksichtigt.[128)]

### 1. Spiegelung öffentlicher Meinungen.

Reflektierende Meldungen, die Urteile und Meinungen westlicher Pressestimmen wiedergeben, sind in der Nachrichtenproduktion der SBZ-Publizistik sehr häufig. Neben westdeutschen Zeitungen werden die Blätter Amerikas, Frankreichs, Englands, Italiens und der Skandinavischen Länder häufig zitiert. Die sozialistischen Organe dieser Staaten haben den Vorrag in der Wiedergabe. Allerdings wird die politische Richtung dieser Blätter verschwiegen. Ihnen

wird auch bei weitem die grösste Autorität zugeschrieben, aber auch die anders gerichteten Organe werden immer wieder als Zeugen für Verfall und Krisen im imperialistischen Lager und für die kluge und weitsichtige Politik des Ostblocks aufgerufen.
Solche Nachrichten werden oft eingeleitet mit den Floskeln: UP, AP, dpa, Reuter oder andere "ist gezwungen zuzugeben ...", "kann nicht umhin zu bekennnen ...", "muss eingestehen....."

Gewöhnlich wird die reflektierte Meinung nur in einem kurzen Ausschnitt wörtlich gegeben. Ein Satz, eine Formulierung soll die Einstellung des zitierten Organs charakterisieren, wobei es sich um ganz belanglose Äusserungen handeln kann. Allein das Bekenntnis einer Zeitung oder eines Kommentators, dieser oder jener Schritt der UdSSR habe sie oder ihm in Erstaunen versetzt, genügt, um zu behaupten, die Handlung der UdSSR habe Verwirrung im westlichen Lager ausgelöst.

Ist aber die Stellungnahme der westlichen Presse ausgesprochen ungünstig, so verfahren die Organe der SBZ ähnlich wie TASS,[129] indem sie nur pauschal darüber berichten.

Die publizistischen Organe der Sowjetunion und der "Volksdemokratien" werden ebenfalls gern zitiert,[130] wenn auch das Interesse an diesen Meldungen weniger gross ist als das an den Zitaten aus westlichen Quellen, da die Gleichschaltung der einzelnen Ostblockstaaten auf dem Gebiet der Information und Agitation soweit vorangeschritten ist, dass ohnehin in der gleichen Weise über die gleichen Ereignisse berichtet wird. Von der sowjetrussischen Presse übernehmen die Zeitungen der SBZ allerdings ganze Kommentare, Berichte und Interviews, denn die "Prawda" vertritt die höchste Autorität der sowjet-kommunistischen Öffentlichkeit.

2. Spiegelung persönlicher Meinungen.

Autorität des Wortes kommt daneben auch den Äusserungen der Politiker des sozialistischen Lagers zu. Die Ausführungen Stalins wurden wie Offenbarungen behandelt. Sie erschienen zunächst vollständig und darauf noch lange in Zitaten. Die Berichterstattung von internationalen Konferenzen bringt stets den ungekürzten Wortlaut der Reden und Vorschläge der sowjetischen Politiker, während die der westlichen Vertreter beurteilend berührt werden.

Auch die Äusserungen des unbedeutenden Werktätigen, des FDJ-Funktionärs, der Aktivisten, des Kollektivbauern finden in der Tagespresse ihren Spiegel. Für die Publizisten der SBZ gibt es keine unmassgeblich Meinung, sondern nur eine fortschrittliche und eine reaktionäre. Gerade damit geben sie vor, die öffentliche Meinung zu spiegeln, dass sie die Bäuerin X und den Arbeiter Y nachsprechen lassen, was Funktionäre von Staat und Partei ihnen vorsprachen.

Diese Art "öffentliche Meinung" suchen sie auch in der Bundesrepublik, indem sie allen kritischen Äusserungen nachgehen und ihnen einen klassenkämpferischen Grundton unterlegen.[131)]

Wie die referierende Meldung durch die Autorität der sachlich berichteten Tatsache wirken will, wie die kommentierende Meldung Gefühl und Verstand durch ausrichtende Hinweise zur rechten Beurteilung des Ereignisses lenkt, so wirkt die reflektierende Meldung durch ihre scheinbare Objektivität, mit der sie dem authentischen Zitat gegenüber der subjektiven Deutung den Vortritt lässt.

b) Komposition des Nachrichtenmaterials.

Die einzelnen Nachrichten werden im Gesamtbild der Zeitung, im Nacheinander der Funk-Nachrichtensendung oder in der Themenfolge des Films so komponiert, dass sich ihre propagandistische oder agitatorische Eindringlichkeit durch Zusammenstellung oder Gegenüberstellung steigert.

Eine gewisse Ordnung in der Zusammenstellung des Nachrichtenstoffes zeigt sich auch ausserhalb des sowjetischen Machtbereichs in Presse, Funk und Film. Sie ergibt sich aus dem Bemühen, das aktuellste Geschehen in den Vordergrund zu rücken, die weniger bedeutenden Meldungen so zu gruppieren, dass sie nach Themenkreisen oder räumlichen Beziehungen zusammenstehen und somit dem Leser, Hörer oder Betrachter die Gesamtschau über das aktuelle Geschehen erleichtern. Dieses Prinzip aber wird in der SBZ den agitatorischen Zielen der Nachrichtenverbreitung untergeordnet.

1. Gleichsinnnige Textkomposition.

Die dialektische Methode erfordert, dass die Dinge nicht in ihrer Einzelerscheinung, in ihrer Isoliertheit betrachtet und gewürdigt

werden, sondern, dass der Blick immer auf den Zusammenhang der Erscheinungen gerichtet bleiben muss.

In welcher Weise dieser Zusammenhang herzustellen ist, wurde bereits bei der Erörterung der weltanschaulichen Grundlages des marxistisch-leninistisch-stalinistischen Systems dargelegt.[132)] Für den ungeschulten Menschen mögen diese Zusammenhänge stets ein "Buch mit sieben Siegeln" bleiben, er wird kaum begreifen, was eine Unwetterkatastrophe oder eine jugendliche Einbrecherbande mit den Aktionären der IG-Farben zu tun hat, aber er erfährt, dass alle diese Erscheinungen wenigstens geographisch zusammengehören, denn er liest über sie in sorgfältig zusammengestellten Meldungsgruppen der Zeitung wie in einem Buch über Verfallserscheinungen des Kapitalismus, er hört von ihnen im Rundfunk wie in einem Vortrag. Der geschulte Leser oder Hörer aber kann aus diesen Meldungsserien eine Bestätigung der Theorie ableiten, die ihm in der Betriebsschulung vorgesetzt wurde. Der Funktionär endlich findet in diesen Zusammenstellungen geeignetes und vorbereitetes Agitationsmaterial als Handlungsantrieb und Rechtfertigungsgrundlage.

Diese Form der Nachrichtenkomposition mag auch durch die publizistische Technik der hämmernden Wiederholung gerechtfertigt sein, obwohl es sich hierbei nicht um eine zeitliche Wiederholung handelt. Es ist aber eine ständige Wiederholung der Schulungstendenz, die in verschiedenen Variationen dargebracht wird und die erst durch die summarische Ordnung mosaikartig wirkungsvoll zum Ausdruck kommt. Eine hier und da eingestreute Einzelmeldung über Verfallserscheinungen im Westen ginge bei oberflächlichem Lesen oder Hören unter. Die Vergesslichkeit des Publikums könnte die Wirkung der Einzelmeldung überhaupt nicht so sichern, wie es die Zusammenstellung erreichen kann. Es ist jedoch hierbei zu berücksichtigen, dass auch die Wirkung der hämmernden Wiederholung ihre natürlichen Grenzen hat. Sie liegen da, wo das Gleichmass zur Abstumpfung der Menschen führt und wo durch Heranziehung sehr abseitiger Ereignisse die Nachrichtenorgane sich der Lächerlichkeit preisgeben.

Die Verschmelzung der Einzelmeldungen zu einem Wirkungsblock geht häufig so weit, dass unter einer einzigen Überschrift Meldungen ohne deutlichen Absatz stehen, die inhaltlich nichts oder nur sehr wenig miteinander gemeinsam haben.

Textkomposition

# Blank sucht „Blitzmädel“

## 14—18jährige sollen zwangsverpflichtet werden

**Bonn (ADN/BZA). Eine Gesetzesvorlage über die Zwangsverpflichtung junger westdeutscher Mädchen für Kriegsdienste ist dem Bonner Kabinett zugeleitet worden. Danach sollen alle Handels- und Berufsschülerinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren in Sonderlehrgängen für militärische Zwecke ausgebildet werden.**

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, die gestern diese Tatsachen berichtete, fügte hinzu, daß die Mädchen u. a. im Luftschutzsanitätsdienst und als Pflegepersonal in der Adenauer-Wehrmacht eingesetzt werden sollen, weil dafür keine Freiwilligen-Meldungen im Blankschen Kriegsministerium eingehen.

gleichsinnige Textkomposition

### Britische Militärs inspizieren

**Frankfurt a. M.** (ADN/BZA). Eine britische Militärkommission unter Leitung des Luftmarschalls Sanders ist in Frankfurt a. M. eingetroffen.

Die Militärs wollen die NATO-Kriegsanlagen im britischen Besatzungsgebiet inspizieren.

### Auch CSR demobilisiert

**Prag (ADN/BZA). Um 34 000 Mann die zahlenmäßige Stärke der Volksarmee bis zum 28. Dezember 1955 zu verringern, beschloß gestern die Regierung der Tschechoslowakischen Republik.**

**Diese Maßnahme dient der Minderung der internationalen Spannung und ist eine Folge der Ergebnisse der Konferenz der vier Regierungschefs in Genf.**

antithetische Textkomposition

BZ am Abend 25.8.55

## Kurz gemeldet

**Der Außenhandel der CSR** mit den kapitalistischen Staaten Europas hat sich im ersten Halbjahr 1955 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 28 Prozent erhöht.

**Zahlreiche Handelsabkommen** haben dänische Geschäftsleute in China unterzeichnet.

**Polnische Juristen** erörterten auf dem IV. Kongreß ihres Verbandes einen Entwurf des neuen polnischen Strafgesetzbuches.

**Riesige Heuschreckenschwärme** sind in die argentinischen Provinzen Buenos Aires und La Pampa eingefallen und haben Tausende Hektar Weide- und Ackerland kahl gefressen.

**560 Millionen Meter Stoffe** haben die Betriebe der polnischen Baumwollindustrie in diesem Jahr produziert. Das sind doppelt soviel wie 1938.

**Etwa 200 Abarten der Paprika-Pflanze** werden in der Ungarischen Volksrepublik gezüchtet.

**Der Elektroenergieverbrauch** wird 1956 in Ungarn pro Kopf der Bevölkerung viereinhalbmal soviel betragen wie im Jahre 1938.

**Sechs Todesopfer** forderte ein Autorennen in Kolumbien, als ein Rennwagen in die Zuschauermenge raste.

Neues Deutschland
21. 12. 55

## 2. Antithetische Textkomposition.

Die Komposition von Einzelmeldungen bleibt nicht auf Nachrichten aus dem imperialistischen Lager beschränkt, sondern stellt sie ebenso gekoppelten Meldungen aus dem Ostblock gegenüber. Dadurch wird nicht aus dem Miteinander, sondern aus dem Gegeneinander das Weltbild des Marxismus-Leninismus projiziert.

Auch Einzelmeldungen können einander antithetisch gegenübergestellt werden. Es begegnet sich dabei eine Meldung negativer Tendenz mit einer positiver Tendenz, wobei die Themenkreise beider Nachrichten sich decken müssen. Es wird z.B. eine Meldung über die unhaltbaren hygienischen Zustände in westdeutschen Grosstädten mit einem Bild gekoppelt, das ein sowjetisches Sanitätsflugzeug zeigt, mit Röntgenapparat und Operationstisch ausgestattet, das auch in entlegenen Dörfern des Landes modernste Gesundheitsfürsorge gestattet. Diese scheinbar unabsichtlich sich ergebende Polarität - jede Meldung ist in sich geschlossen, eine Gedankenverbindung ist äusserlich nicht erkennbar - verdeutlicht die Wirkungsabsicht der Einzelmeldung.

Aber auch hier wird die Gefahr, die in der mechanischen Anwendung solch gegenüberstellender Komposition liegt, leicht übersehen. Sie liegt in der von der SBZ-Publizistik nur zu gern ignorierten Autorität der Wirklichkeit, die im materiellen Leben, sowie in der geistigen, ethischen und politischen Haltung der Bevölkerung besteht. Diese nämlich entspricht durchaus nicht generell dem sogenannten "sozialistischen Bewusstsein". Auch die wirkungsvollste Antithetik kann die Lebenssituation nicht in ihr Gegenteil verkehren und Mängel im imperialistischen Westen glaubhaft machen, die dem Bürger der SBZ täglich im eigenen Lande begegnen.

Am 14. Juni 1955 brachten alle Ostberliner Tageszeitungen Meldungen über die Urteilsverkündung in zwei politischen Prozessen. Der eine betraf die kommunistischen Funktionäre in der Bundesrepublik Jupp Angenfort und Wolfgang Seifert, die zu fünf und vier Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Der zweite Prozess hatte sich vor dem "Obersten Gericht der DDR" abgespielt und sich gegen sieben "Agenten des Nato-Geheimdienstes", der "Spionageorganisation Gehlen" und des "amerikanischen Geheimdienstes CIC" gerichtet. Einer der Angeklagten wurde zum Tode, zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus, zwei zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und einer zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

In der SBZ ist es für die nachrichtenpolitische Ausdeutung dieses Geschehens nicht von Belang, ob und wie diese Urteile juristisch zu rechtfertigen sind, wesentlich ist allein die Möglichkeit, an Hand dieser Ereignisse Justizterror im Westen und "strenges Durchgreifen der Volksjustiz zum Schutze der Bürger der DDR" zu zeigen.

Hierbei kann die beabsichtigte Wirkung leicht in ihr Gegenteil umschlagen, denn der politische Widersinn, der in den Berichten über diese Ereignisse steckt, wird durch die Textkomposition geradezu sinnfällig herausgestellt, besonders beim Vergleich der Strafmasse.

## II. Schwerpunkttechnik

### a) Ordinaten des Schwerpunktsystems

Übereinstimmend sagen sowjetische Publizisten und SED-Funktionäre aus, dass es ihnen nicht auf eine vielseitige und möglichst objektive Information der Öffentlichkeit ankomme, sondern auf ein organisierendes Eingreifen in das gesellschaftliche Leben.[133] Deshalb werden die oben beschriebenen Meldungen von primärer, sekundärer und künstlicher Aktualität in ein System eingespannt, um sie den programmatischen Schwerpunkten der SED dienstbar zu machen.

Soll das organisierende Eingreifen der Publizistik alle Kreise der Öffentlichkeit erfassen, so darf es nicht an die SED-Presse allein gebunden bleiben, sondern muss auch auf Rundfunk und Film sowie auf die Presse der bürgerlichen Blockparteien übertragen werden.

Von der Erfahrung ausgehend, dass nicht alle Bürger der SBZ in gleicher Weise auf die Parolen der SED reagieren,[134] ist die publizistische Führung allmählich dazu übergegangen, die bürgerlichen Blockparteien als Filter zwischen die Quellen der totalitären Massenführung und die geführten Massen zu schalten. Mit den Prinzipien eines demokratischen Parteiwesens hat die bürgerliche Parteipresse in der SBZ nur noch sehr wenig zu tun. Sie proklamiert wohl an erster Stelle die Äusserungen und Absichten der Partei, als deren Organ sie sich ausgibt. Da diese aber im allgemeinen mit den Äusserungen und Absichten der SED übereinstimmen, ergibt sich kaum ein Unterschied. Den Organen der bürgerlichen Blockparteien bleibt deshalb lediglich die Aufgabe überlassen, die Pläne der SED in eine ihren Lesern leichter zugängliche Form zu bringen.

Als Zweck und Ziel der Schwerpunkttechnik ergibt sich also:

1. Konzentration des öffentlichen Interesses auf die Absichten und Pläne der SED-Politik.
2. Erfassung aller Kreise der Bevölkerung und Einspannen ihrer spezifischen Bindungen und Interessen in das totalitäre Regime.

Die Durchführung der Schwerpunkttechnik ist ohne langfristige Vorplanung [135)] nicht denkbar. Wenn damit auch keine weltpolitischen Ereignisse im voraus berechnet werden können, so kann doch die grundsätzliche Argumentation zu allen erwarteten Ereignissen ausgearbeitet werden. Ausserdem sind Ereignisse vorauszuplanen, die zu einem bestimmten Zwecke von der Staatsführung selbst insceniert werden.

Drei Ordinaten bestimmen die Lage der Schwerpunkte:

1. Strategie[136)] der politischen Führung.

Der Plan der SED auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet legt fünf Schwerpunkte fest:

1. Gesamtdeutsche Verständigung gegen Remilitarisierung Westdeutschlands.
2. Freundschaft zur UdSSR und allen friedliebenden Völkern.
3. Erfüllung der Volkswirtschaftspläne.
4. Propagierung der Regierungspolitik auf dem Wege zum Sozialismus und Entlarvung des Imperialismus.
5. Pflege und Förderung der nationalen Kultur gegen imperialistische Kulturbarbarei.

Diese Generalthemen sind einander gleichgeordnet. Der eine oder andere Punkt kann, je nach dem gerade aktualisierten Nahziel, etwas in den Hintergrund treten. Alle aber bleiben für alle Nachrichtenorgane der SBZ ständig verbindlich. Es wird angestrebt, durch deutliche Argumentation alle Ereignisse in den Rahmen dieses Systems zu biegen.

2. Taktik[137)] der politischen und wirtschaftlichen Planerfüllung.

Die Taktik der Planerfüllung bestimmt Schwerpunkte, vorausgeplante Aktionen oder Operationen mit einem bestimmten nahen Ziel, das in jedem Fall Teil der oben angegebenen Schwerpunktthemen ist.

> "Einen bedeutenden Teil der Agitation bilden die verschiedenen "Kampagnen", die grossen politischen und wirtschaftlichen Werbefeldzüge, welche zu bestimmten Zeiten... durchgeführt werden."[138]

Die taktischen Schwerpunkte sind immer zeitlich gebunden: Aktionen, die ein Tatziel haben, laufen bis zur Vollendung dieser Tat. Aktionen, die ein Gesinnungsziel haben, laufen sich nach gewisser Zeit von selbst tot oder werden von anderen abgelöst.[139]

Als Aktionen mit Tatziel können z.B. aufgefasst werden:

> Die Organisation der Hennecke-Bewegung.
> Die Organisation der Korea-Hilfe.
> Die Aufforderung zur Abgabe von Selbstverpflichtungen.

oder

> Die Überführung der Bauernhöfe in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.
> Die Abriegelung der Zonengrenzen und West-Berlins.
> Die Spaltungsmassnahmen in Berlin.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen, der zum Setzen des "oder" berechtigt, liegt darin, dass in der ersten Gruppe die Aktivität der Massen zur Tat geweckt werden soll, in der zweiten Gruppe aber sucht die Schwerpunkttechnik lediglich Gründe zur Rechtfertigung geplanter Operationen.

Die publizistischen Aktionen mit Gesinnungsziel sind häufig rein agitatorischer Art, z.B.:

> Der Bakterienkrieg der Imperialisten.
> Die Legende von Kartoffelkäfer-Abwürfen durch amerikanische Flugzeuge über dem Gebiet der DDR.

Hier sollen durch berichtete Ereignisse - die oft freie Erfindungen der Propagandazentrale sind - die Gegner in der Öffentlichkeit diskriminiert werden.

Ging in den erstgenannten Gruppen der taktischen Schwerpunkte die publizistische Beeinflussung bis zur Auslösung der Tat, so zielt sie bei der letzten nur auf Überzeugung, die allerdings bei entsprechenden Anlässen zur Tat führen kann und soll.

### 3. Regionale Gliederung der Öffentlichkeit.

Die publizistischen Mittel, die vor allem an der Nachrichtenverbreitung beteiligt sind, Rundfunk, Tageszeitung und Film, erhalten in Bezug auf die Ausrichtung ihres Meldungsstoffes Richtlinien, die ihrer Eigenart und der Eigenart ihrer Öffentlichkeit entsprechen. Die Tageszeitungen als Organe der verschiedenen Blockparteien er-

füllen die Aufgabe, Menschen bestimmter weltanschaulicher oder ständischer Bindungen in die Richtung der SED-Politik zu stossen. Zu diesem Zweck ist der Nachrichtenteil auf den betreffenden Leserkreis abgestimmt.

"Neues Deutschland", Zentralorgan der SED: Es tritt als das vorbildliche Organ im Sinne der Forderung Lenins nach dem "kollektiven Organisator, Agitator und Propagandisten"[140] in Erscheinung. Es braucht auf "bürgerliche Vorurteile" in der Leserschaft keine Rücksicht zu nehmen, sondern kann den "Fortschritt" in reinster Form darbieten, da es im wesentlichen der Bildung und Förderung der Parteifunktionäre dient. Es spricht deshalb die Forderung nach einem sowjetdeutschen Kommunismus konsequent aus. Im Weltgeschehen nimmt es vor allem Anteil an den Bewegungen der Arbeiterklasse. Von den Ereignissen innerhalb der SBZ steht die Planerfüllung auf allen Gebieten im Vordergrund, in der Deutschlandpolitik die "Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse".

Die Sprache zeigt das typische Gemisch von Pathos, kaltem Funktionärjargon und vulgärer Diktion. Kommentierende Nachrichten in wohlgeordneter dialektischer Zusammenstellung herrschen vor.

Die Bezirksausgaben der SED-Organe streben das Vorbild des "Neuen Deutschlands" an, sollen aber das "lokale Kollorit" nicht vernachlässigen. Das bedeutet, dass sich der Schwerpunkt der Nachrichtenauswahl auf die bezirksgebundene Produktion verschiebt.

"Der Morgen", Zentralorgan der Liberal-Demokratischen Partei. Die Zeitung spricht auftragsgemäss besonders ständisch gebundene Schichten des Mittelstandes an. Handel, Handwerk und Intelligenz, die selbständigen Werktätigen sollen von ihr erfasst werden. Deshalb wird besonderer Wert auf wirtschaftliche Nachrichten gelegt, die diese Kreise interessieren können. Meldungen über die Förderung, die Handel, Handwerk und Intelligenz in der SBZ geniessen und über die Möglichkeiten, die sich für sie mit dem Aufbau des Sozialismus erschliessen, werden besonders gepflegt. Das Blatt gibt Anregungen und Ansporn für die Steigerung der handwerklichen Produktion innerhalb der Wirtschaftsplanung. Die Notwendigkeit des Güteraustausches zwischen Ost und West wird immer betont.

In der Agitation ist der Handwerkerstand Westdeutschlands die Zielscheibe. Von den Unternehmern in freier Konkurrenz erdrückt, steuer-

lich belastet und häufig verschuldet, so steht der Handwerker, der kleine Gewerbe- oder Handeltreibende vor den Augen des Lesers dieser Zeitung. Das Pathos, mit dem von "Errungenschaften der DDR" gesprochen wird, soll dafür sorgen, dass der Leser mit gläubigem Vertrauen zu der Staatsführung aufblickt.

"Neue Zeit", Organ der Ost-CDU-Parteileitung: Wie "Der Morgen" aus demokratischem Anliegen gegründet, muss diese Zeitung - und mit ihr die Bezirksorgane der Ost-CDU heute die religiös gebundenen Kreise der Bevölkerung in der Marschrichtung des stalinistisch gelenkten Staatswesens führen. Der Widerspruch zwischen Marxismus und Christentum schliesst eine Konvergenz der beiden Richtungen aus. Um sie dennoch zustande zu bringen, müssen die christlich-demokratischen Organe in ihrer publizistischen Äusserungsfreiheit so beschnitten werden, dass unter Christentum schliesslich nur noch eine Sittenlehre zu verstehen ist, die als "christlicher Realismus" in der SED-Politik die Verwirklichung christlich-sittlicher Maxime erkennt. "Aus christlicher Verantwortung" lautet das Schlagwort, das viele Bekenntnisse zum SED-Kurs einleitet und vor allem in der "Friedensporpaganda" strapaziert wird. Die zustimmenden Äusserungen von Pfarrern und Kirchenführern beider Konfessionen werden oft angeführt, um zu beweisen, dass sich auch Christen getrost der Führung der SED anvertrauen dürfen. Daneben steht die Beteuerung, dass das kirchliche Leben sich in den sozialistischen Staaten frei und ungehindert entfalten kann, während kirchliche Würdenträger, die sich nicht in den "Kriegskurs der Imperialisten" einspannen lassen, in der westlichen Welt der Verfolgung und Bestrafung ausgesetzt sind.

Zwischen Ost- und Westdeutschland soll im Sinne der "Nationalen Front" eine Brücke durch die Angehörigen beider Konfessionen geschlagen werden. Würde und Feierlichkeit spricht aus allen Berichten über Besuche und Veranstaltungen kirchlichen Geistes im Osten und im "Friedenslager" des Westens. Aber alle Stimmen aus kirchlichen Kreisen, die sich gegen die Sowjetisierung der Zone wenden, werden als Verräter des christlichen Glaubens gebrandmarkt.[141)]

"National-Zeitung", Organ der National-Demokraitschen Partei. Sie knüpft an die Neigungen und Abneigungen der nationalistischen und ehemals national-sozialistischen Kreise der Bevölkerung an und

steuert sie auf die Ziele der SED zu. Der Gedanke der Wiederherstellung und Sicherung des deutschen Nationalstaates steht dabei im Mittelpunkt.

Agitatorisch wird der nationalistische Hass gegen die westlichen Nachbarn wachgehalten. Die "Plutokraten" der NS-Terminologie sind den "Imperialisten" und "Kapitalisten" der SED-Terminologie gleichgesetzt. Der Begriff "Volksgemeinschaft" wird übernommen und die Wehrpolitik nach alten Traditionen gepflegt, soweit diese sich irgendwie mit dem Prinzip der "Nationalen Streitkräfte" vereinbaren lassen. Die Agitation zielt vor allem auf die Diffamierung der Persönlichkeit aus dem gegnerischen Lager, und zwar wird immer wieder die moralische Dignität der führenden Persönlichkeiten angezweifelt. Trotzdem ist die Nachrichtenübermittlung durch die "National-Zeitung" vielseitig und knapp sachlich in der Sprache. Die Ausdeutung ist zwar einseitig, bleibt aber entweder dem Meinungsteil überlassen oder wird allein durch die Kraft des Nachrichteninhaltes wirksam. Die meisten ereignisberichtenden und viele unpolitische Nachrichten sind hier zu finden.

Der Rundfunk hat diese spezifizierte Aufgabe der Tageszeitungen nicht. Er, der allen Bürgern in gleicher Weise zugänglich ist, muss auch alle Bürger in gleicher Weise ansprechen. Er bringt deshalb allseitige Orientierung über - nach strategischen und taktischen Schwerpunkten ausgerichtete - Tatsachen. Den Vorrang hat dabei das weltpolitische Geschehen.

Der Film dagegen ist allein durch seine technischen Voraussetzungen standortgebundener, da die DEFA kaum die Möglichkeit hat, an Wochenschaumaterial der Weltfirmen heranzukommen, das im Sinne des ZK der SED gefärbt ist.[142)] Sie nutzt deshalb vor allem Katastrophen in der westlichen Welt agitatorisch aus.

Durch Atelieraufnahmen, Schnitt und Aufnahmetechnik könnte freilich auch auf diesem Sektor der Massenbeeinflussung Nachrichtenpolitik in grossem Stil getrieben werden. Die nationalsozialistische Wochenschauproduktion gab mit den Kriegsberichten der letzten Jahre dafür ein Beispiel. Es scheinen jedoch bei der DEFA dafür die Voraussetzungen zu fehlen, denn der "Augenzeuge" hat sich vor allem die "fortschrittliche Entwicklung in der DDR" zum Generalthema gestellt.[143)] Der wirtschaftliche Aufschwung, die sozialen Einrich-

tungen, die demokratische Verwaltung, die Stärke und Unantastbarkeit des "Friedenslagers" sind die immer wiederholten Motive ihrer Berichterstattung.

4. Zusammenfassung.

Das Schwerpunktsystem der publizistischen Arbeit der SBZ verlangt eine Ausrichtung des gesamten Nachrichtenstoffes auf die allgemeinen Prinzipien der SED sowie auf Fern- und Nahziele der Staatslenkung. Durch ständiges Wiederholen, künstliches Aktualisieren und einseitiges Kommentieren soll eine Konzentration des politischen Willens der gesamten Bevölkerung erreicht werden und eine Zerstreuung des öffentlichen Interesses durch eng gezogene Themenkreise vermieden werden. Um alle Interessengruppen mit den Generalthemen zu erfassen, werden Äusserlichkeiten ihrer speziellen Bindung den Meldungen vorgeschaltet, so dass der Eindruck einer spezifischen Interessenpolitik der einzelnen Organe entsteht.

Die Gefahr, die in der konsequenten Anwendung des Schwerpunktsystems liegt, deckt sich mit der schon in der Komposition der Zeitungsmeldungen erkannten: Die ständige Wiederholung der gleichen Parolen überfordert deren Wirkungskraft und führt schliesslich zur Lächerlichkeit. So geschah es beispielsweise mit der Berichterstattung über die Hennecke-Leistung und der über die angeblichen Kartoffelkäfer-Abwürfe der Amerikaner. Aber obwohl beide Themen von der Bevölkerung kaum ernst genommen wurden, erreichte die konzentrierte Berichterstattung mit der hämmernden Wiederholung, dass jedes Kind in der Sowjetzone wusste, wer Hennecke war und wer die Schuld an den schlechten Kartoffelernten trug.

b) Vorbereitete und gelenkte nachrichtenpolitische Aktionen.

Die von der Taktik des politischen Vorgehens bestimmten Schwerpunkte verdienen besondere Beachtung. Ihre Aufgliederung in drei Gruppen ist bereits angedeutet worden.

1. Organisatorische Aktionen.

Die erste Gruppe umfasst die Berichterstattung, über Ereignisse, die Ansporn und Vorbild für bestimmte geforderte Leistungen werden sollen. Sie zielen von der Tat eines Einzelnen oder einer Gruppe

in die Breite der Öffentlichkeit. Da diese Bewegung vom Zentrum einer Einzelleistung nach der Perepherie der breiten Nachfolgeschaft durch das nachrichtenpolitische Wirken mit organisiert wird, kann hier von einer organisatorisch wirkenden nachrichtenpolitischen Aktion gesprochen werden. Als Beispiel dafür kann die Inscenierung der Hennecke-Bewegung dienen:

Am 13.Oktober 1948 fuhr der ehemalige Bergmann, derzeitige SED-Funktionär und Instrukteur der Aktivisten Adolf Hennecke[144] nach vorheriger Ankündigung zu einer Sonderleistung in die Steinkohlengrube "Karl Liebknecht" in Ölsnitz bei Zwickau ein. Sinn und Ziel dieses Unternehmens war, gemäss dem sowjetrussischen Vorbild Stachanow eine Förderleistung zu vollbringen, die die übliche Leistungsnorm weit überstieg und einen Wettbewerb in der Normenerhöhung vor allem im Bergbau einzuleiten. Dieser Wettbewerb sollte die gesamte Arbeiterschaft erfassen, um die Erfüllung des Zweijahresplanes zu gewährleisten und sollte das System des progressiven Leistungslohns überall durchsetzen. Die Publizistik hatte die Aufgabe, die Leistung Henneckes als spontane Tat, die zum Leistungsvorbild für alle wird, hinzustellen und mitzuhelfen, ihre Nachfolge zu organisieren.

Die erste Meldung darüber erschien im "Neuen Deutschland"[145] am Sonnabend, dem 16.Oktober 1948 auf Seite 2 als Zweispalter unter der Überschrift

"Kumpel Hennecke weit voraus."

Der Vorspann in fetter Petit lautet:

> "Zwickau (ND). In der Grube 'Karl Liebknecht' vom Steinkohlenbergwerk 'Gottes Segen' in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstunden-Schicht mit dem Presslufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistung der besten Häuer um 200 % übertroffen."

Aus dem folgenden Text geht hervor, dass die Leistung vorbereitet war und dass ihr Ergebnis bereits feststand:

> "Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner ausserordentlichen Leistung beglückwünscht."

Der Schluss des Berichtes weist bereits auf die nun einsetzende Kampagne hin:

> "Mit dem ... erzielten Abbaurekord ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung auf höherer Stufe, die man eine Hennecke-Bewegung nennen könnte, gemacht worden."

Unter diesem Zweispalter steht eine einspaltige Meldung unter der Überschrift:

> "FDGB beglückwünscht Hennecke."
>
> Berlin, 15.10. (ADN) - Anlässlich der grossen Leistung des Häuers Adolf Hennecke sandten der Bundesvorstand des FDGB und der Zentralvorstand der IG-Bergbau der sowjetischen Zone ein Glückwunschtelegramm an die Betriebsgewerkschaftsleitung der Grube 'Karl Liebknecht'. In diesem Telegramm wird die Hoffnung ausgesprochen, dass das vorbildliche Beispiel Henneckes ein tausendfaches Echo unter der Arbeiterschaft in der Zone hervorrufen wird."

In beiden Meldungen wird betont, dass die Tat Henneckes nicht eine einmalige grosse Leistung ist, sondern nur Vorbild für eine breite Nachfolgeschaft. Auch hieraus spricht deutlich die systematische Vorbereitung dieser Aktion. Dem Arbeiter aber, der dem Funktionär Hennecke nachstreben sollte, musste diese systematische Vorbereitung verschleiert werden, weil als Ansporn das Beispiel und nicht der Befehl zur Normerhöhung wirken sollte.

Am Tage nach diesen ersten Berichten, am Sonntag, dem 17.Oktober 1948, unterbracht der Sender Leipzig sein Programm mehrmals, um Berichte und Reportagen über den Häuer Adolf Hennecke zu senden, sein Familienleben zu schildern und seine Kollegen immer wieder zu der aufsehenerregenden Leistung zu befragen.

Damit war die Hennecke-Aktion, die am Tage zuvor noch als zweitrangiges Ereignis auf der zweiten Seite des "Neuen Deutschland" gestanden hatte, zu einem Ereignis von höchster Aktualität geworden, und es gab in der SBZ kaum einen Radiohörer, der nach diesem Tage nicht wusste, wer Adolf Hennecke war.

Die Sonntagsausgabe des "Neuen Deutschland" vom 17.10.1948 hatte einen Leitartikel von 80 Zeilen veröffentlicht, in dem der Versuch gemacht wurde, die Nachahmung der Stachanow-Bewegung zu leugnen und das Hennecke-Ereignis aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen zu erklären. Es handele sich um eine schöpferische Leistung, die auf der Tatsache beruhe, dass die Bergwerke in die Hand des Volkes übergegangen sind.

In einem Brief des ZK der SED an Hennecke werden schon Namen seiner Nachfolger genannt, und es wird bereits offen die Forderung ausgesprochen:

> "Darum geht es jetzt: ... die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern."

Das Schreiben ist wohl weniger als ein persönlicher Brief anzusehen denn als inoffizielle Aufforderung des ZK an die Arbeiterschaft, sich zur "Hennecke-Bewegung" startbereit zu machen.

Bereits am 19.10.1948 berichtet das "Neue Deutschland" dreispaltig über Kundgebungen zur Hennecke-Tat unter der Überschrift:

> "Die Aktivistenbewegung muss Volksbewegung werden.
>
> ... Die beiden Grossveranstaltungen bildeten den Auftakt und die gleichzeitige Diskussionsgrundlage für eine sich anschliessende Aktivisten-Konferenz des Kombinats Profen, die wichtige Fragen der Arbeitsintensivierung behandelt und über den bisherigen Stand des Produktionswettbewerbs der Kombinate Profen und Nachterstedt Bericht erstatten."

Innerhalb von zwei Tagen - vom indirekten Aufruf des ZK bis zu den Grosskundgebungen - ist die Arbeiterschaft in die längst vorbereitete Hennecke-Aktion eingespannt. Als "kollektiver Organisator" ist die Presse weiterhin tätig, wenn sie durch Nachrichten über Ausdehnung und Erfolge der Bewegung und durch Berichte über die Arbeitsmethodik Anleitung zur Durchführung der Aktion gibt. Am 20. Oktober wird aus dem Zwickauer Steinkohlenrevier von einer Wettbewerbbewegung berichtet, die sich organisiert hat, um die Leistung Henneckes zu überbieten.

> "Neues Deutschland", vom 20.10.1948:
> "Wird Hennecke noch übertroffen?"

Am 21.Oktober schreibt die Zeitung unter der Überschrift:

> "Hennecke - Vorbild für alle."
>
> "Aus allen Teilen unserer Zone erreichen uns Nachrichten, die zeigen, dass die Rekordleistung des Häuers Adolf Hennecke von der Grube 'Karl Liebknecht' in Zwickau der Aktivistenbewegung einen neuen gewaltigen Auftrieb gegeben hat. In zunehmendem Masse setzt sich unter den Werktätigen die Erkenntnis durch, dass nur auf dem von Hennecke gewiesenen Weg die Durchführung des Zweijahresplanes gesichert und die Not überwunden werden kann."

Die Leistung Henneckes ist bereits von seiner Person abgelöst. Wichtig ist allein noch sein Name, der einen Programmpunkt in der Planung der SED, die Erhöhung der Arbeitsnormen im Wettbewerb, benennt.

In dem oben erwähnten Bericht vom 21.10.1948 wird auch auf die organisatorischen Richtlinien hingewiesen, nach denen die Bewegung in Gang gebracht und gehalten werden soll: Durch Schulung und Aufklärungsarbeit soll die Durchführung von Wettbewerben organisiert, die Einführung des progressiven Leistungslohnes durchgesetzt werden und ein Erfahrungsaustausch der Aktivisten stattfinden.

Die Nachrichten, die nun täglich im "Neuen Deutschland" erscheinen, sprechen davon, wie diese drei Forderungen überall erfüllt werden. Einem sportlichen Wettkampf gleich wird über die Entwicklung der Bewegung berichtet. Zunächst schliessen sich die Arbeiter des Bergbaues der Bewegung an, die Mansfelder Kupferbergleute, die Bergleute aus den Kalischächten bei Halle, die Braunkohleförderer. Aber schnell greift die Nachfolge Henneckes auch auf andere Produktionszweige über: Bereits am 22. Oktober 1948 wird gemeldet, dass eine Nieterkolonne der Neptunwerft in Stralsund ihr Tagessoll überschritten hat. Die Sprache, in der die Berichte abgefasst sind, ist überhitzt, um weiter anzuspornen und den Säumigen zu beweisen, wie verbunden die Arbeiterschaft der Zone ihrer Arbeit und wie einsatzbereit sie für die Erfüllung des Zweijahresplanes ist.[146)]

21.Oktober 1948: "Mehr Kumpels im Leistungslohn
5000 Aktivisten bis Jahreswende."

22.Oktober 1948: "Hennecke-Bewegung wächst
Das Beispiel hat gezündet - Weitere Kumpels fördern über 300 Prozent."

23.Oktober 1948: "Hennecke-Bewegung schafft neue Rekorde -
493 Prozent des Tagessolls erfüllt
Hennecke will eigene Leistung steigern.
Senftenberger Kumpel machen mit."

24.Oktober 1948: "Mansfeld schaltet sich in Hennecke-Bewegung ein.
331 Prozent der Tagesnorm erreicht.
Beispiellose Leistung im Kupferbergbau
- Vor Ort im 80 cm hohen Stollen."

"Hennecke war das Vorbild
Wie der Olsnitzer Rekord zustande kam."

"Der Deutsche Volksrat ehrt die Bergarbeiteraktivisten."

In dieser Ausgabe des "Neuen Deutschland" wird durch Zusammenstellung von Einzelnachrichten gleich die Folgerung aus den Ereignissen um die Aktivistenbewegung gezogen. Eine einspaltige Meldung

teilt der Ostzonenbevölkerung mit:

"Weitere Kohlenzuteilungen bevorstehend".

Gleich darunter verkündet eine einspaltige Meldung aus West-Berlin:

"Kohlenknappheit bei Siemens".

26.Oktober 1948: "Zwickau überbietet alle Rekorde
Aktivist des Morgensternschachts 3 erreichte 609 Prozent des Tagessolls."

27.Oktober 1948: "Vorbild einer neuen Arbeitsmoral
Bergarbeiteraktivisten Gäste beim ZK der SED."

28.Oktober 1948: "Hennecke-Schicht im Zinnbergwerk
Bergknappe erreichte 300 Prozent des Tagessolls."

"Zwei Schmiede erreichen 601 Prozent."

"Spitzenleistung in Espenhain."

"Berlin folgt Hennecke-Beispiel
Werkzeugschmied Gustav Grotstück leistet 350 Prozent der Tagesnorm."

29.Oktober 1948: "Eure Schwierigkeiten - unsere Sorgen
Walter Ulbricht auf der 1. SED-Transportkonferenz - Durchbruch der Aktivistenbewegung."

Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der nachrichtenpolitischen Aktion der Hennecke-Bewegung: Die Leitung der SED und die der Zonenverwaltung schalten sich ein. Bisher haben die Spitzenfunktionäre zwar die Bewegung gelobt und ihre Initiatoren beglückwünscht, sie hielten sich aber dem Anschein nach als Gratulanten ausserhalb. Mit den Meldungen über die SED Transportkonferenz erst wird sie in die zentrale Planung, - die sie in Wirklichkeit erst ins Leben gerufen hat, - hineingenommen. Sie wird damit zu einem Faktor, mit dem die Plankommissionen in Zukunft rechnen werden.

Die Kette der Meldungen in der täglichen Berichterstattung des "Neuen Deutschland" reisst nicht ab. Die Tendenz der Berichterstattung zielt dahin, zu beweisen, dass die Bewegung immer mehr Produktionszweige erfasst, dass die einzelnen Leistungen höher steigen und sich gegenseitig überbieten, dass sich die Jugend der Bewegung anschliesst, dass die Zonenverwaltung die Bewegung mit Rat und Tat unterstützt.

Es gilt nun, nachdem der Gedanke der Hennecke-Bewegung durch die Berichterstattung allgemein bekannt geworden ist, das Prinzip der Aktion aus den Tatsachenberichten herauszukristallisieren und festzuhalten. Am 6. November 1948 erscheint ausserhalb des Nachrichtenteils

des "Neuen Deutschland" ein Aufsatz von Gustav Sobottka, der die Hennecke-Leistung theoretisch auswertet:

"Was lehrt uns Hennecke und seine Leistung?"[147]

Diesem Aufsatz schliesst sich am 11.November 1948 ein Interview über die Leistung Henneckes an, und einen Monat nach seiner Leistung, am 13.November 1948, findet bereits eine zentrale Konferenz aller Hennecke-Aktivisten statt. Erst allmählich, nachdem die Organisation der Hennecke-Bewegung überall läuft, kommen die Meldungen über die Leistungserfolge spärlicher, bis sie schliesslich von neuen Themen - im Herbst 1948 ist es besonders die Propagierung der Handelsorganisation - ganz verdrängt werden.

Beim Überschauen dieser planmässigen, gelenkten Aktion fallen vier Stufen der Berichterstattung auf:

1. Tat als Leistungsvorbild.
   Die Leistung Henneckes, die nach sorgfältiger Vorbereitung erreicht wurde, diente von vornherein dem Zweck, eine Massenbewegung auszulösen, um einen Aktivistenwettstreit nach sowjetischem Vorbild ins Rollen zu bringen. Das Ereignis wird als spontane Leistung eines bisher unbekannten Mannes sachlich berichtet.
2. Popularisation der persönlichen Leistung.
   Die Leistung wird als hochaktuelles Geschehen behandelt, um die Person Henneckes als Arbeiterhelden bekannt zu machen.
3. Ansatz und Ausdehnung der Hennecke-Bewegung.
   Die Berichterstattung löst sich von der Person des Initiators und zieht das Echo seiner Leistung und seine Nachfolgeschaft in den Blickpunkt des Interesses. Sie verfolgt die Entwicklung der Bewegung in die Breite der Arbeiterschaft wie einen sportlichen Kampf.
4. Entwicklung zur Staatsaktion.
   Nachrichten über die Reaktionen der SED-Leitung und der Zonenverwaltung erheben die Hennecke-Bewegung zu einer öffentlichen Angelegenheit, die allmählich vom freiwilligen sportlichen Wettstreit zu einer allgemein verbindlichen Anforderung wird.

Von da an schwingt die steigende Kurve der Berichterstattung langsam zurück. Schwerpunktthema bleibt die Weiterentwicklung der Aktivistenbewegung jedoch unter dem strategischen Gesichtspunkt der Planerfüllung. Sie kann jederzeit wieder in den Vordergrund rücken,

wenn das taktische Vorgehen der SED-Politik es nötig macht.

Die Einführung neuer Arbeitsmethoden hat jeweils zu ähnlichen nachrichtenpolitischen Aktionen, allerdings in kleineren Masstäben geführt, z.B.:

A) Die Schnellarbeitsmethoden:
   1. Schnelldrehmethode
      nach dem Vorbild von Pawel Bykow, UdSSR, in der SBZ zuerst von Franz Franik durchgeführt.
   2. Schnellfräsmethode
   3. Schnellschmelzmethode
   4. Schnellbrennmethode
   5. Dreiermethode
      ein aus der UdSSR übernommenes Schnellmauerverfahren, wurde besonders beim Bau der Stalinallee propagiert.
   6. Schnellwebmethode
      nach dem Vorbild der sowjetischen Weberin Maria Wolkowna, in der SBZ zuerst von Frieda Hockauf angewandt.

B) Die Sparsamkeitsmethoden:
   1. Persönliches Konto
      im Sparsamkeitswettbewerb von dem Aktivisten W.Piduch nach sowjetischem Vorbild eingeführt.
   2. Kowaljow-Methode
      von dem Ingenieur Heinz Müller (Held der Arbeit) nach sowjetischem Vorbild zur Errechnung der Arbeitsnormen eingeführt.
   3. Nasarowa-Methode
      ebenfalls aus der UdSSR übernommen. Jeder Arbeiter verpflichtet sich, seinen Arbeitsplatz in persönliche Pflege zu nehmen.
   4. Hunderttausender-Bewegung
      Jeder Kraftfahrer verpflichtet sich, 100.000 km ohne Reparatur zu fahren.

### 2. Propagandistische Aktionen.

In der zweiten Gruppe der vorbereiteten und gelenkten nachrichtenpolitischen Aktionen geht es darum, für geplante staatliche Massnahmen die nötige Resonanz in der Bevölkerung zu schaffen. Das geschieht durch prophylaktische Propagierung dieser Massnahmen, die auf nachrichtenpolitischem Wege die Öffentlichkeit langsam für den geplanten Schritt der Machthaber reif macht. Die propagandistische Vorarbeit ist umso nötiger, je unpopulärer die geplante Massnahme ist.

Während die erste Gruppe vorbereiteter Aktionen von einer Tat als Leistungsvorbild ausgeht und eine Massenbewegung nach sich zieht, wird hier der umgekehrte Weg gegangen: Eine Massenbewegung wird vorgespiegelt, die Öffentlichkeit soll in Bewegung geraten, und diese

Bewegung soll einem Ziel zustreben: Der einschneidenden Handlung durch die Regierungsorgane.
Als Beispiel soll die Berichterstattung der "Berliner Zeitung" dienen während der propagandistischen Aktion zur Rechtfertigung der Sperrmassnahmen gegen West-Berlin sowie der Befestigung und Absperrung der Zonengrenzen. Sie lief im Frühjahr und Frühsommer 1952.

21.5.1952 "Bürger fordern Schutzmassnahmen."[148)]
In Form von reflektierenden Meldungen, die gekoppelt sind, wird über die Gefährdung der "Bürger der DDR" durch "verbrecherische Elemente" berichtet, die im Auftrag der "imperialistischen Geheimorganisationen" stehen und das Ziel verfolgen, "den friedlichen Aufbau"in der SBZ zu stören. Die Bürger wenden sich deshalb an die Regierungsorgane und bitten um Schutz.

Die Berichterstattung bleibt hierbei auf Einzelfälle beschränkt, auch die Bitte um Schutz ist noch an den einzelnen Fall gebunden.

22.5.1952 "Spionage- und Terrorzentrale in West-Berlin."
Hier wird festgestellt, wo die "Schuldigen" herkommen und damit wird die geplante Sperrmassnahme gegen West-Berlin bereits vorbereitet.

22.5.1952 "Agenten ermordeten Volkspolizisten."
Nicht allein gegen Saboteure und Spione, sondern gegen gemeingefährliche Verbrecher gilt es sich zu schützen. Den Beweis für die Gefährdung aller Bürger der SBZ sollen auch die Geständnisse einer "Agenten-Bande" erbringen:
24.5.1952 "Burianek-Bande vor dem Obersten Gericht."
Besonders wichtig sind diese Geständnisse deshalb, weil ihnen eine besonders grosse Glaubwürdigkeit innewohnt.[149)] Die Übertragungen aus dem Gerichtssaal allerdings, die über diesen Prozess gesendet wurden, musste das Vertrauen in die Echtheit dieser Geständnisse erschüttern.

24.5.1952 "Feuerüberfall an der Zonengrenze."
Die Tätigkeit des "Feindes" bleibt nicht auf "unterirdische Wühlarbeit" beschränkt, sondern bereitet den "offenen Angriff" vor. Damit wird die notwendige Voraussetzung für Schutzmassnahmen in der SBZ publizistisch geschaffen.

26.5.1952 "Sprengstoffanschlag vereitelt."
Die Meldung bekundet die Aktivität einer wachsamen Bevölkerung,

die zur Selbsthilfe gegen die "unerträgliche Gefährdung durch feindliche Kräfte" schreitet. Damit ist die Zeit reif geworden für Massnahmen der Staatsorgane, die in die gleiche Richtung zielen wie die Selbstschutzmassnahmen der Bevölkerung: Am 27.5.1952 werden "die Massnahmen zum Schutze unserer Republik" in der "Berliner Zeitung" wie in allen Blättern der SBZ verkündet. Die Nachricht bezieht sich auf die am 26.5.1952 erlassene "Ermächtigungsverordnung über Massnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands". Diese Ermächtigungsverordnung brachte die härtesten und rücksichtslosesten Eingriffe in das Leben der Grenzbevölkerung mit sich. Doch die Berichterstattung in der SBZ bringt in den folgenden Tagen Meldungen, die den Dank und die Freude der Bevölkerung über die Sperrmassnahmen bekunden.

28.5.1952 "Agenten wird das Handwerk gelegt."
29.5.1952 "Dank für Schutzmassnahmen."
4.6.1952 "Bewohner von Beendorf fassten zu."
6.6.1952 "Sabotageakt in Harbke scheiterte."
7.6.1952 "Werktätige schützen Volkseigentum."

Der wesentliche Unterschied zu der ersten Form des Einsatzes vorbereiteter und gelenkter nachrichtenpolitischer Aktionen liegt darin, dass die Massenwirkung hier nicht von e i n e m Ereignis, sondern von vielen Ereignissen ausgeht, dass nicht die Tat eine Massenbewegung auslöst, sondern die Massenbewegung eine Tat. Während die Hennecke-Tat nur Mittel war, um die Bewegung zu aktivieren, ist hier die Bewegung nur Mittel, um die Tat zu rechtfertigen.

Der Gang der nachrichtenpolitischen Aktion lässt sich über folgende Stufen beobachten.

1. In referierenden oder reflektierenden Meldungen häufen sich Ereignisse bestimmten Charakters. Sie tragen aber noch keine zielgerichtete Tendenz.
2. Die Öffentlichkeit auf breitester Basis - Bevölkerung - schaltet sich ein und gibt diesen Ereignissen eine Richtung.
3. Mehrere Einzelereignisse der Wirkungsgruppe werden genau beleuchtet. Ursachen, Wirkungsbreite und Wirkungstiefe der Ereignisse werden erkannt.
4. Die am Ereignis Beteiligten nehmen selbst dazu Stellung. Dadurch wird die Berichterstattung als wahr bestätigt.
5. Die von der breitesten Öffentlichkeit vorgeblich angestrebten

Ziele werden durch die Massnahmen der Regierung erreicht.

6. Die Handlung der Regierung strahlt zurück in Dankeskundgebungen der Öffentlichkeit und in ihrer aktiven Beteiligung an der Durchführung der Regierungsmassnahmen.

Besonders zu beobachten waren solche Aktionen 1948/49 bei der Vorbereitung zur Gründung der "DDR",

1950 bei der Vorbereitung des Gesetzes der Arbeit (15.4.1950),
1950 bei der Vorbereitung des Gesetzes zum Schutze des Friedens (15.12.1950),
1952 Einkaufsperre für West-Berliner im sowjetischen Sektor Berlins (1.12.1952),
1953 bei der Vorbereitung zur Aufstellung "Nationaler Streitkräfte zum Schutze der demokratischen Errungenschaften",
1953 bei der Vorbereitung zur administrativen Normenerhöhung (28.5.1953).[150]

### 3. Agitatorische Aktionen.

Die dritte Gruppe der vorbereiteten und gelenkten nachrichtenpolitischen Aktionen unterscheidet sich von den beiden anderen Gruppen vor allem dadurch, dass sie kein bestimmtes, zu einem festen Termin angestrebtes Tatziel verfolgt, sondern durch die systematische Ausschöpfung von meist künstlich geschaffenen oder aktualisierten Ereignissen Fiktionen schaffen will, aus denen zu gegebener Zeit Handlungen resultieren können. Agitatorische Aktionen richten sich in scharf angreifender Form auf den Gegner, um ihn in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Die Ereignisse, die zu diesen Aktionen genutzt werden, bieten sich häufig von selbst an:
Das Auftreten von Kartoffelkäfern im Gebiet der SBZ führte zu der Ami-Käfer-Legende, die mit allen nachrichtenpolitischen Mitteln ausgeschlachtet wurde.[151] Vor allem in den Jahren 1949/50 häuften sich die Berichte über den Abwurf solcher Tierkolonien durch amerikanische Flugzeuge. Die Abwürfe sollten die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in der SBZ gefährden und damit Unzufriedenheit und Not unter die Menschen tragen. Ganz ähnlich verlief die Aktion "Bakterienkrieg". Den Stoff dazu lieferten die verheerenden Folgen des koreanischen Krieges. Berichte über Elend und Krankheit im Kampfgebiet machten den Anfang dieser Serie. Sie erweckten das nötige Mitleid mit den Betroffenen. Doch schien die Seuchenausbreitung zunächst auf vernachlässigte Hygiene und schlechte Ernäh-

rung zu deuten. Da tauchten Vermutungen über den Einsatz biologischer Kampfmittel durch amerikanische Truppen auf. Die scheinbare Bestätigung dieser Vermutung liess nicht lange auf sich warten. Wissenschaftler, die sich mit der Untersuchung dieses Falles beschäftigt hatten, stellten angeblich fest, dass die Epidemien tatsächlich auf planmässigen Einsatz biologischer Kampfmittel zurückzuführen seien. General Ridgway, der die UN-Truppen in Korea führte, erhielt den Beinamen "Pestgeneral", der ihm in der Berichterstattung der SBZ bis heute anhaftet.

Aktionen dieser Art bleiben nicht auf die nachrichtenpolitische Ausbeute beschränkt, sondern nehmen, nachdem sie durch Nachrichten als tatsächliches Geschehen autorisiert sind, ihren Weg in alle Agitationsmethoden und -techniken: Plakate, Hörspiele, Filme, Lieder und Erzählungen berichten darüber.

Agitatorische Aktionen greifen gegenwärtiges Geschehen ebenso auf, wie sie zurückliegende Ereignisse zur agitatorischen Ausnutzung heranziehen, wenn sich im Zeitgeschehen eine Gelegenheit dazu bietet. So wurden z.B. die furchtbaren Bilder aus den NS-Konzentrationslagern wieder ausgegraben, als die "Kriegsverurteilten" aus der sowjetischen Gefangenschaft zurückkehrten. Auch in der Zukunft erwartete Ereignisse werden auf diese Weise agitatorisch genutzt. Hinweise auf die Folgen des Generalvertrages, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und des KP-Verbotes in der Bundesrepublik mussten schon Monate vorher die Bevölkerung bewegen, in der Absicht, ein bestimmtes Überzeugungsziel, eine bestimmte Haltung der Öffentlichkeit dem kommenden Ereignis gegenüber zu erreichen.

Es ist zu beobachten, dass sich bei diesen Aktionen die Meldungen in eine Hysterie hineinsteigern, die auch durch tiefeinschneidende Weltereignisse nicht mehr überboten werden kann. Dabei verlaufen die meisten agitatorischen Aktionen - ohne sichtbare Folgen für die Öffentlichkeit - im Sande.

Einen Paradefall hierzu bot die agitatorische Ausnutzung des Todesurteils gegen das Ehepaar Rosenberg, das am 17.Juni 1953 in den USA vollstreckt wurde.

Monate vorher wurden in der SBZ Nachrichtenkampagnen über die Verurteilten, ihre Kinder, ihre Eltern, ihre Freunde, über Resolutionen aus aller Welt, die die Revision des Urteils forderten, ge-

bracht. Je näher der Hinrichtungstermin rückte, desto erregter wurden die Stimmen. Die Hinrichtung wurde als Justizmord bezeichnet, und für alle Blätter stand noch einen Tag vor der Hinrichtung fest:
"Dieses Urteil darf nicht vollstreckt werden."
Nach der Vollstreckung jedoch wurde das Thema schnell von der Tagesordnung abgesetzt, da nach dem negativen Verlauf der Aktion kein publizistisches Kapital mehr daraus zu schlagen war. Lediglich einigen empörten Stellungnahmen aus Bevölkerungskreisen räumten die Zeitungen Platz ein.

## C.

### I. Technik der Verzerrung und Fälschung von Ereignissen.

Ging es im vorigen Kapitel darum, die allgemeinen und speziellen Aufgabengebiete der Nachrichtenpolitik in der SBZ abzustecken, so sollen hier die Methoden untersucht werden, mit deren Hilfe der Ereignisstoff in eine den Aufgabengebieten entsprechende Form gebogen wird.[152)]

#### a) Bedeutungssteigerung.

Künstliche Bedeutungssteigerung oder Bedeutungsminderung sind nötig, um den Tatsachenstoff, der sich im Weltgeschehen anbietet, in das Schwerpunktsystem einzupassen. Ereignisse, die am Rande des Weltgeschehens liegen, müssen zum Gegenstand allgemeiner Teilnahme gemacht werden, wenn sie in den Themenkreis eines Schwerpunktes fallen.

##### 1. Exakte Berichterstattung.

Ein Moment des Hervorhebens von Ereignissen, die im Sinne des Schwerpunktsystems aktuell sind, ist die peinlich genaue Berichterstattung. Tag, Stunde und oft sogar die Minute des Eintrittes eines Ereignisses, die Namen und Titel aller beteiligten Personen[153)] werden registriert, wenn die Öffentlichkeit von der grossen

Bedeutung eines Ereignisses erfahren soll. Während es die Berichterstattung in der SBZ im allgemeinen nicht sehr genau nimmt mit der Angabe von Daten, wird bei solchen betont wichtigen Ereignissen eine besondere Spannung durch die exakte Berichterstattung erzeugt.[154)]

Ereignisse, die sich auf höherer Ebene abspielen - die aussenpolitischen Handlungen der Zonenregierung, Unternehmungen der UdSSR, die in Beziehung zur Weltpolitik oder auch zur deutschen Frage stehen - werden in solch exakter Form berichtet. Der Inhalt der Nachrichten rechtfertigt allerdings selten die von den bedeutungsträchtigen Einleitungen gespannten Erwartungen.

2. Formulierung der Überschriften.

In der Tagespresse erhalten Nachrichten, die ihrem Inhalt nach unbedeutend sind, aber trotzdem bedeutend erscheinen sollen, durch die Überschriften gravierende Akzente. Sie stellen nämlich nicht den Kern des Ereignisses, sondern seinen Sinn, sein Ziel oder seinen angeblichen Wert kaptivierend heraus.

Wilhelm Eildermann erläuterte seine Forderung nach kommentierenden Überschriften so:

> "Diese Forderung verwirklichen heisst, ein Ereignis in der Überschrift wissenschaftlich richtig zu erläutern. Man sollte beispielsweise eine Überschrift nicht so formulieren 'Kameruner Neger hingerichtet'. Man sollte besser und richtiger schreiben: 'Kameruner Patriot ermordet'. Das erläutert.[155)]

Damit hebt Eildermann seine am gleichen Ort erhobene Forderung nach wahrhaftiger Information in Überschriften selbst auf.[156)]

Die sprachliche Fassung steigert sich oft bis zu einer leidenschaftlichen Erregung, die in keinem Verhältnis mehr zu dem berichteten Tatbestand steht. "Die Überschrift soll die Leser mobilisieren", das ist die wichtigste Forderung, die Eildermann für die Formulierung von Überschriften erhebt,

> "denn der Leser will überzeugt werden, er will sich mit seiner Sache auseinandersetzen. Und er wird das tun, wenn man an sein Bewusstsein appelliert."[157)]

Beispiele:

"Neue Zeit"

3.3.1951 "Dringender Ruf an Bonn"

4.3.1951 "Das Gebot der Stunde"

10.3.1951 "Bonn sabotiert deutsche Einheit"

13.3.1951 "USA drohen mit Atombomben"
14.3.1951 "Schluss mit der Remilitarisierung"
10.5.1951 "Die Stunde der Verantwortung ist da"
22.5.1951 "Nie war die Entscheidung so gross"
18.4.1952 "Die Zeit drängt zur Entscheidung"
18.4.1952 "Die Stunde der Tat ist gekommen"

Die Texte, die diesen Schlagzeilen folgten, berichteten von Ereignissen, die nicht die geringste Folge im politischen Leben zeigten,[158] oder sie gaben Meinungen führender Persönlichkeiten zur allgemeinen Lage wieder.

### 3. Sprachliche Übersteigerung.

Auch im Text der Meldungen sorgt die sprachliche Fassung dafür, dass das Ereignis nicht objektiviert, sondern subjektiviert wird. Das Geschehen berührt in bedeutungsvoll dargestellten Nachrichten den Berichtenden im Innersten und je nach der Ebene, auf der es sich abspielt, gehört ihm seine Verehrung, Bewunderung, Anteilnahme, seine Verachtung, sein Hass.

Drei Sprachklassen lassen sich danach unterscheiden. Ihnen werden die Ereignisse, deren Bedeutung gesteigert werden soll, zugeordnet. Sprachklasse I umfasst Äusserungen der Staats- und Parteiführungen innerhalb der östlichen Welt in Wort und Tat. Ihnen kommen Entschlossenheit und ein um seine Bedeutung und seine Kräfte wissendes Verantwortungsbewusstsein zu. Ruhe, Sicherheit und feierlicher Ernst strömen aus den Berichten, die von diesen Führungskreisen des sozialistischen Lagers sprechen. Der sprachliche Bedeutungsakzent liegt vor allem auf den nominalen Fassungen:

"... bedeutsame Erklärung.."
"... bedeutsame Unterredung..."
"... in bewegten Worten..."
"... von nationaler Verantwortung..."
"... diese Stunde der Verantwortung..."
"... gewaltige Bedeutung..."
"... unverbrüchliche Treue..."

Damit wird der Sprache ein gewisses Pathos verliehen, das den Eindruck der Nachricht vertieft.

Die vorgeblich enge Verbundenheit zwischen Volk und Staat wird sprachlich durch Pronomina der ersten Person Pluralis betont:

"Unser Arbeiter- und Bauernstaat"
"unsere Freunde in der UdSSR"

"unsere Regierung"
"unsere Jugend"
"wir lassen unsere Werke nicht antasten".

In der Berichterstattung über freundschaftliche Beziehungen "zu allen friedliebenden Völkern" lässt sich sprachlich eine graduelle Unterscheidung der Verbundenheit bzw. der Distanz zu den betreffenden Staaten erkennen. Höchste Verehrung der UdSSR äussert sich in dankbarem Geniessen der hohen Gunst, von diesem Staate als einem Freund sprechen zu dürfen. Gegenüber den "Volksdemokratien" wird "brüderliche Verbundenheit" betont, solange diese ohne Abweichung der UdSSR folgen. Den nicht sozialistischen Staaten begegnet die Berichterstattung mit achtungsvoller Zurückhaltung, solange die SBZ Beziehungen irgendwelcher Art mit ihnen unterhält, oder wenn die Politik der Sowjetunion diese Staaten und ihre führenden Persönlichkeiten gerade umwirbt.

Der Sprachklasse II sind die klassenkämpferischen Handlungen des Proletariats zuzuordnen. Die Begriffe "Klassenkampf" und "Proletariat" sind dabei über ihre eigentliche Bedeutung hinausgehoben und umfassen Menschen aller Schichten, die sich aus irgendwelchen Gründen gegen Massnahmen der "imperialistischen Machthaber" stellen.

In der östlichen Hemisphäre wird der Kampf des "Proletariats" als Fortschrittstreben verstanden, dessen Ziel Sozialismus oder Kommunismus heisst. Der Kampf kommt deshalb am ehesten einem Wettstreit gleich. Nachrichten, die unter den Schwerpunt "Planerfüllung" fallen, tragen sprachlich auch durchaus diesen Charakter, wie am Beispiel der Hennecke-Aktion bereits gezeigt wurde.[159)]

Der Klassemkampf innerhalb der westlichen Hemisphäre dagegen hat die Überwindung eines Feindes zum Ziel. Er wird sprachlich vor allem durch intensive Verben geformt, die die Überlegenheit und Macht der proletarischen Kampfer erfassen:

Sie "e r r i n g e n" den Sieg,
sie "e r z w i n g e n" eine Lohnerhöhung,
sie "v e r w e i g e r n" Dienstleistungen,
sie sind "e n t s c h l o s s e n z u k ä m p f e n",
sie sind "s t a r k i m K a m p f" um bessere Lebensbedingungen.

An der Nahtstelle der beiden Hemisphären spielt sich der "Friedenskampf" ab, der innerhalb Deutschlands seinen besonderen Akzent durch den "Kampf um die Einheit Deutschlands" erhält und sprachlich wie die kämpferischen Aktionen der Arbeiter gegen das Unternehmertum behandelt wird.

Sprachklasse III: Der Gegner in diesen Kämpfen wird durch eine Ausdrucksweise gekennzeichnet, die gern in den Wortschatz vulgärer Masslosigkeit greift und einem Ganovenjargon ähnlich ist. Die Handlungen des Gegners werden dadurch allein sprachlich ins Grotexke verzerrt. Sie erscheinen als organisierte Verbrechen aus niederen Beweggründen.

Alle genannten Sprachklassen sind gekennzeichnet durch Wortwahl, den Gebrauch von Metaphern und Floskeln sowie durch eigentümliche Epitheta ornanta.[160] Ausserdem zeigen sich Unterschiede im Satzbau. Während der Stil der Klasse II verbal ist, zeigt besonders der Stil der Klasse I nominalen Charakter. Der Verbalstil ist bewegter, wie auch die Tendenz dieser Nachrichten das Vorwärtsdrängen der Entwicklung und den bewegten Kampf der Arbeiterklasse zeigen soll. Dagegen ist der feierlich pathetische Nominalstil Sinnbild der hohen Würde und unantastbaren Sicherheit der "festgegründeten Staatsmacht".

Die Polarität der ersten und dritten Sprachklasse - feierlich gehobene Sprache gegenüber niederem vulgärerem Stil - kann sich in einem Bericht begegnen, in dem zugleich von den Institutionen des sozialistischen und des imperialistischen Lagers die Rede ist. In dieser Sprachmischung ist vielleicht ein Charakteristikum des sogenannten Parteijargons überhaupt zu sehen, der ja längst nicht mehr der Jargon einer Partei, sondern die Sprache der Öffentlichkeit eines Staatswesens ist. Die gewichtige Sprache also, die dem Ereignis Bedeutung verleiht, ist nicht allein das hohe ethische Pathos oder das Pathos der Distanz; sie kann vielmehr gleichermassen reine Vulgärsprache sein, die zu Beschimpfungen und Hasstiraden ausartet.

4. Betonung der Ereigniswirkung.

Ereignisse können auch in ihrer Bedeutung gesteigert werden, wenn ihre Wirkung für die Öffentlichkeit besonders hervorgehoben werden soll. Dabei spielt in der Berichterstattung der SBZ die erwartete, also noch nicht eingetretene Wirkung meistens eine grössere Rolle als die schon spürbare. Solche Wechsel auf die Zukunft werden vor allem mit Nachrichten ausgegeben, die unter den Schwerpunkt "Erfüllung der Volkswirtschaftspläne" fallen. Von der Gründung neuer Unternehmen, vom Beginn neuer Produktionen, von der An-

wendung neuer Methoden wird stets unter dem Aspekt zukünftiger Erfolge gesprochen. Der einschränkende Hinweis aber, wann diese Erfolge der Bevölkerung zugute kommen, ist meist nur verschwindend angedeutet, wenn auf ihn nicht ganz verzichtet wird.

Auch auf der Ebene weltpolitischer Entscheidungen wird die Wirkung von Plänen, Beschlüssen, Verträgen oder Gesetzen stets vorausgenommen und ins Unbedingte gesteigert.

Beispiele:

"Neue Zeit", 14.12.1955: "Indien und UdSSR sind Freunde
N.A.Bulganin: 'Ein Faktor, mit dem die Friedensfeinde rechnen müssen'."

"Neues Deutschland", 21.10.1956: "Japan begrüsst Moskauer Abkommen
Feste Grundlagen guter Beziehungen zwischen beiden Ländern."

"Berliner Zeitung", 26.10.1956: "Deutscher Schritt zur Wiedervereinigung
Präsidium des Nationrates beschloss Bildung des 'Deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung.' "

Wird hier die Tiefenwirkung eines Ereignisses vorausgenommen, so kennt die Berichterstattung der SBZ auch die Bedeutungssteigerung durch Betonung der Breitenwirkung, der Resonanz in der Öffentlichkeit.

Das deutsche Volk, die Weltöffentlichkeit, die Werktätigen, die deutsche Jugend, die Arbeiter, die Frauen, die Mütter, die Sowjetmenschen erhöhen durch ihre kollektive Stellungnahme oft die Bedeutung eines Ereignisses. Meldungen, die von der Beteiligung solcher Gruppen am öffentlichen Geschehen innerhalb des sozialistischen Mächteblocks sprechen, wollen bekunden, dass die propagierte Einheit von Volk und Staat tatsächlich besteht. Innerhalb der westlichen Welt wird das Gegenteil mit den gleichen Hilfsmitteln bewiesen. Hier wird die Breitenwirkung betont, um zu beweisen, wie unpopulär die Politik der "Machthaber" und wie tief der Graben zwischen Führenden und Geführten ist.

Beispiele:

Affirmation:

"... von der unbeirrbaren Entschlossenheit der Sowjetmenschen, die Politik der Erweiterung der freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen."

Negation:

"Westberliner Arbeiter formierten sich zu einer machtvollen Protestdemonstration..."

"Kampfgruppen von Betrieben und Verwaltungen bekundeten ihre Entschlossenheit, die Errungenschaften der Arbeiterklasse ... zu verteidigen."

"...forderten Friedensfreunde bei einer Protestaktion."

"... der Bevölkerung habe sich grosse Empörung bemächtigt."

5. Betonung der Ereignisursache.

Auch der Hinweis auf Ereignisursachen kann bedeutungssteigernd wirken.

Ganz belanglose Meldungen von Volkskorrespondenten über Neuerungen und Verbesserungen in der Betreuung der Werktätigen werden hauptsächlich einer angehängten Erläuterung wegen veröffentlicht, die aussagt, dass solche Errungenschaften nur im Arbeiter- und Bauernstaat möglich seien.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 8.12.1955

"90 000 DM für eine neue Küche.
Im VEB 'Papierfabrik Greiz' wurde vor kurzem eine neue Betriebsküche ihrer Bestimmung übergeben und damit eine Verpflichtung aus dem Betriebskollektivvertrag erfüllt. Ausgestattet mit einem modernen elektrischen Herd, neuen Kesseln und einer Entlüftungs- und Klimaanlage ist die neue Küche der Stolz des Küchenpersonals. Die hier tätigen Kolleginnen erhielten gleichzeitig eine neue Garderobe und Badeanlage. Die Regierung unseres Arbeiter- und Bauernstaates stellte unserem Betrieb für den Neubau der Küche 90.000 DM zur Verfügung."

Diese Meldung hat an sich rein lokalen Charakter und wäre als Randmeldung einer Kleinstadtzeitung durchaus möglich. Über die lokale Bedeutung aber wird sie durch den Hinweis gehoben, dass die Regierung durch die Tat für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sorgt.

Um die Tätigkeit der "Agenten" zu "entlarven", werden alle Ereignisse, die die Planerfüllung stören, auf diese Kräfte zurückgeführt und alle Massnahmen, die für die Bevölkerung Härten bringen, mit dem Hinweis auf sie entschuldigt.[161)]

Beispiel:

"Neues Deutschland" 27.10.1948

"Anschlag auf Klingenberg"
Die mehr als einstündige Stromunterbrechung am Montagabend im sowjetischen Sektor von Berlin ist nach Ermittlungen der Betriebs-

# Wir lassen unsere Werke nicht antasten

**Disziplinierter Appell der Treptower Kampfgruppen / Vorbereitung zur Demonstration am 15. Januar**

Acht Hundertschaften der Kampfgruppen aus Treptower Betrieben und 200 Mitglieder der Gesellschaft für Sport und Technik traten gestern auf dem Marktplatz in Adlershof unter starker Anteilnahme der Bevölkerung zu einem disziplinierten Appell an. Der Marsch von Johannisthal nach Adlershof war für die Kämpfer gleichzeitig die Vorbereitung auf die große Kampfdemonstration der Berliner Werktätigen und der bewaffneten Kampfgruppen, die am 15. Januar an die Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde führt. Die Kampfgruppen unserer volkseigenen Betriebe ehren an diesem Tage das Vermächtnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die der deutschen Arbeiterklasse und besonders der Jugend ein leuchtendes Vorbild im Kampf gegen Krieg und Militarismus sind.

An der Spitze der Kampfgruppen marschierten die bewaffneten Arbeiter der EAW „J. W. Stalin". Mitten unter ihnen Kurt Hornemann, ein Arbeiter aus der Abteilung „Schwere Stanzmaschinen".

*Die Treptower Kampfgruppen beim Marsch durch Schöneweide*
*Foto: Ouandt*

Anläßlich des 80. Geburtstages unseres Präsidenten bat er, als Kandidat in die Partei der Arbeiterklasse aufgenommen zu werden.

Hinter ihm marschierte der Brigadier Manfred Weikert aus dem Vorbetrieb. Seine Brigade verpflichtete sich zu Ehren der 3. Parteikonferenz, von Januar bis März die Produktion um zehn Prozent zu steigern und ohne Ausschuß, ohne Fehl- und Wartezeiten zu arbeiten.

„Unser heutiger Marsch soll allen Feinden und Provokateuren eine Warnung sein", rief der 1. Sekretär der Kreisleitung Treptow der SED, Genosse Franz Fischer, auf dem Marktplatz in Adlershof den Kampfgruppen zu. „Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, und wir werden nicht dulden, daß jemand die Hand nach den Errungenschaften der Werktätigen unserer Republik und ihrer Hauptstadt ausstreckt."

Der disziplinierte Appell war zugleich eine deutliche Antwort der Berliner Arbeiter auf die geheime Bewaffnung des „Stahlhelms" in Westberlin, die von den Militaristen mit Unterstützung des Schöneberger Frontstadt-Senats seit einiger Zeit betrieben wird.

Die Kampfgruppen der Berliner Arbeiter werden den Feinden unserer Republik auch bei der Demonstration am nächsten Sonntag, die unter der Losung „Schluß mit der Politik des NATO-Brückenkopfes in Westberlin! Für Entspannung, Verständigung und kollektive Sicherheit!" durchgeführt wird, eindringlich klarmachen, daß sie ihre Werke und ihre Errungenschaften zu schützen wissen. Dü

Neues Deutschland 8. 1. 1956

Bedeutungssteigerung

> leitung des Kraftwerkes Klingenberg und der Kriminalpolizei auf einen Sabotageakt im Kesselhaus dieses Kraftwerkes zurückzuführen. Die Untersuchungen haben ergeben, dass im Kesselhaus B eine normaler Weise nie benutzte Schieberegelung unbefugt betätigt wurde. Hierdurch wurde die Dampfzufuhr vom Kessel zur Turbine unterbrochen."

Dieser Meldung liegt ebenfalls ein unbedeutendes Ereignis zugrunde. Obwohl bei den damals üblichen Stromsperren leicht ein anderer Entschuldigungsgrund hätte dienen können, wurde das Ereignis bewusst mit dem Hinweis auf den Sabotageakt akzentuiert und konnte Ausgangspunkt einer Wachsamkeitskampagne werden, die sich in den folgenden Wochen in Aufrufen und Berichten durch die Berliner Zeitungen zog.[162)]

Die Bedeutungssteigerung durch Hinweis auf Ereignisursachen greift innerhalb der östlichen Welt immer auf die hohen ethischen Grundsätze des Sozialismus zurück und betont seine Bedrohung durch Störversuche der westlichen Welt. Die Ereignisse innerhalb der westlichen Welt weisen auf die von der Ideologie vorausgesetzten Antriebskräfte der Raubgier und Eroberungslust, der Gewinnsucht und des Ganoventums. Diese Triebkräfte sind stets gegen den gesellschaftlichen Fortschritt - im Sinne des Sowjet-Kommunismus - gerichtet. Es entsteht so das Bild einer zusammenarbeitenden Gruppe von Verbrechercliquen, die sich vertraglich verbunden haben, um gemeinsam die Welt zu erobern und auszubeuten. Sobald sich jedoch die östliche Welt der westlichen zuneigt, um sie auf der Verhandlungsebene zu treffen, muss daneben die Möglichkeit einer kühlen und distanzierten Anerkennung bestehen.

### 6. Summierende Berichterstattung.

In den Bereich der Bedeutungssteigerung fällt die oben bereits erwähnte Technik der Zusammenstellung von Meldungen.[163)] Einzelnachrichten, die an sich keine tiefere B edeutung haben, erhalten gravierende Akzente, indem sie mit anderen gleichgerichteten Meldungen gekoppelt werden. Die Überschrift fasst dann den agitatorischen Kern der Meldungen und stellt ihn in sprachlicher Betonung heraus. Dadurch wird die Aufmerksamkeit nicht auf ein Einzelereignis gelenkt, sondern auf einen Gesamtzustand, den die Einzelmeldungen mosaikartig abbilden.

Zusammenfassend kann die Bedeutungssteigerung von Ereignissen als künstliche Aktualisierung beurteilt werden, die Ereignisse vom Rande des Weltgeschehens in den Blickpunkt der Betrachtung rückt. Sie dient in der SBZ der Erfüllung der publizistischen Schwerpunktpläne und zielt darauf, Intensität und Aktionsradius von Ereignissen durch gravierende Akzente zu vergrössern.

b) Bedeutungsminderung.

Werden in der Berichterstattung der SBZ plangerechte Ereignisse in ihrer Bedeutung gehoben, so werden Ereignisse, die dem Plan entgegenlaufen, bagatellisiert, damit sich das Zeitbild der publizistischen Berichterstattung immer den von der SED gesetzten Schwerpunkten zuneigt.

1. Ausweichtaktik.

Die einfachste Möglichkeit der Bedeutungsminderung bietet das Verschweigen von Ereignissen, die dem Planablauf der publizistischen Massenführung entgegentreten.[164)]

Doch ist - will sich die SBZ-Publizistik nicht ganz entscheidend als Informationsquelle herabsetzen und den westdeutschen Organen die Unterrichtung ihrer Öffentlichkeit allein überlassen -[165)] diese Taktik bei hochaktuellen Ereignissen kaum möglich. Es wird vieles verschwiegen, was das Bild der Wirklichkeit, wie es die SED entworfen hat, stört.

Ist das Ereignis aber so bedeutend, dass es in seinem ganzen Umfang nicht ignoriert werden kann, so werden wenigstens besonders ungünstige Phasen seines Ablaufs übergangen, und es verschieben sich die Blickwinkel ganz entscheidend.

Die Nachrichten über den Aufstand in Ungarn im Oktober/November 1956 zeigen diese Ausweichtaktik deutlich. Ignoriert wurden fast alle Unternehmungen der Aufständischen, ihre Aufrufe, ihre Funksprüche, ihr zäher, verbissener Kampf gegen die Übermacht der sowjetischen Truppen. Nur pauschal wurde von Greueltaten berichtet. Den gravierenden Akzent erhielten demgegenüber alle Bemühungen der Kadar-Regierung, wieder Herr der Lage zu werden, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Im Ergebnis zeigte sich eine Berichterstattung, die wohl auf die von aller Welt teilnahmsvoll beobachteten Ereignisse

einging, die e i n e Seite des Aufstandes aber mit agitatorischen, pauschalen Verurteilungen abtat, die andere dagegen durch intensive Würdigung ihrer Bemühungen hervorhob. Dadurch verzerrte sich das Bild der Wirklichkeit so, dass Not und Elend der ungarischen Bevölkerung schliesslich nicht auf Konto des kommunistischen Regimes und der sowjetischen Interventionstruppen ging, sondern zu Lasten der Aufständischen, die als "Faschisten" und "Horthy-Anhänger" bezeichnet und zu westlichen Agenten gestempelt wurden.

Das Ausweichen durch Ignorieren von Ereignisphasen, -ursachen oder -folgen ist ein oft geübter Kunstgriff in der Nachrichtenpolitik der SBZ. Er wird angewandt, um Welt- und Zeitbild der Partei nicht aus seinen festen Fugen lösen zu müssen, und er führt zur Verzerrung des Geschehens.

2. Herabsetzungen der Leistungen des Gegners.

Eine andere Art der Bedeutungsminderung zeigt sich in Nachrichten, die Unternehmen des Gegners in ihrer Wirkung und ihrem Erfolg herabsetzen, sie zu einer quantité négligeable machen, um damit den Gegner der Lächerlichkeit preiszugeben. Dabei geht die Publizistik der SBZ wieder von der tiefen Kluft zwischen Volk und Regierung aus, die die Klassenspaltung im gegnerischen Lager angeblich geschaffen hat. Diese Kluft muss zur Folge haben, dass alle Versuche der herrschenden Klasse, das Volk für seine Politik zu gewinnen, scheitern müssen. Sie muss in ihrem Bemühen, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihren Interessen zu gestalten und zu erhalten, zur Erfolglosigkeit verurteilt werden.

Zu beobachten ist diese Bagatellisierung gegnerischer Leistungen bei fast allen Nachrichten und Berichten über Massnahmen der Bundesregierung. Der Staatsbesuch, den ein Regierungsmitglied einer befreundeten Nation abstattet, wird oft als "Befehlsempfang" gedeutet, die allgemeine Wehrpflicht wird "sabotiert", alle diplomatischen Verträge sind "Abhängigkeitsdokumente".

Oft sind es innerhalb eines Themenkreises dieselben Ereignisse, die einmal in ihrer absoluten Relevanz überzeichnet und zum anderen im Lichte ihrer Gegenkräfte bagatellisiert werden. Das KP-Verbot 1956 in der Bundesrepublik wurde als ein diktatorischer Eingriff in die demokratischen Rechte der Deutschen bezeichnet, dem nur die unerhörten Massnahmen Hitlers an die Seite zu stellen wa-

ren. Andererseits aber wurde berichtet, dass die KP, von vielen Seiten unterstützt, trotz allem weiterexistiere und dass das Verbot in der Bundesrepublik für nichts geachtet werde.

Schon die Bezeichnung "Bonner Marionettenregierung" zeigt die abwertende Beurteilung, die die Basis für alle weiteren Beurteilungen gibt. Eine Marionette kann sich nicht selbständig bewegen, sie ist gebunden an den, der sie lenkt. Eine so gelenkte Regierung aber muss sich mit jedem Versuch, sich als selbständig zu gebärden, lächerlich machen. Die Überlegenheit der SBZ demgegenüber äussert sich in einer von ironischen oder satirischen Bemerkungen gespickten Sprache.

Zum Wahlgesetzentwurf der CDU schrieb die "Märkische Volksstimme"[166] am 30.12.1955:

"Neo-absolutistische Staatsidee Konrad des Einzigen."

Das Verhalten der Bundesrepublik im Botschafteraustausch mit der UdSSR kritisierte die "National-Zeitung" am 22.12.1955 unter der Überschrift:

"Diplomatische Flegeleien Bonns".

Auch in dem Titel

"Bonn tanzt nach Nato-Musik"
("Märkische Volksstimme", 30.12.1955)

äussert sich diese Überheblichkeit, mit der der Gegner in den Augen der Leser lächerlich gemacht werden soll.

### 3. Bagatellisierung eigener Schwächen.

Innerhalb der östlichen Welt werden Ereignisse bagatellisiert, die Zweifel an der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit und an der Einmütigkeit des Ostblockes wecken könnten. Totalitäre Systeme müssen stets darauf bedacht sein, das B ild ihrer inneren Ordnung rein zu halten, da jede Mitteilung über innere Störungen widerstrebenden Kräften Mut zum passiven oder sogar aktiven Widerstand machen könnte. Deshalb dürfte eigentlich überhaupt kein negatives Ereignis aus dem eigenen Lager berichtet werden. Viele Misstände, die sich vor allem im Wirtschaftsleben der SBZ, aber auch in dem inneren Widerstand grösster Bevölkerungskreise zeigen, werden möglichst verschwiegen. Das geht jedoch nur an, wenn die Mängel latent sind. Treten sie in Ereignissen offen zu tage, so müssen sie berichtet

und diskutiert werden. Das Wesentliche dabei ist der Entschuldigungsversuch, der durch die von Stalin eingeführte "Kritik und Selbstkritik"[167] parteipolitisch möglich ist und aus der Not einer Zwangslage die Tugend des freimütigen Bekennens von Fehlern macht. Diese Stellungnahme zu Fehlern und Misständen erfordert stets einen Sündenbock, der für sie verantwortlich zeichnet. Die Selbstanklage dieses Verantwortlichen erhält den gravierenden Akzent, während die Misstände selbst möglichst bagatellisiert werden.

Wird auf diese Weise der Grundsatz von der unbedingten Aufwärtsentwicklung der "DDR" gestützt, indem alles, was ihm widerspricht, in seiner Bedeutung gemindert wird, so wird der Grundsatz von der Einheit zwischen Volk und Staat auf ähnliche Art gefestigt. Alle Widerstände, die sich in den Bevölkerungskreisen der Ostblockstaaten gegen ihre Staatsführung zeigen, werden ebenfalls in ihrer Bedeutung gemindert. Sie werden gewöhnlich verspätet berichtet und mit dem Zusatz versehen, dass sie bereits niedergeschlagen worden sind.

Bedeutungsminderung ist auch da zu beobachten, wo Mitglieder der Partei- oder Staatsführung plötzlich als "Agenten" entlarvt werden.
Beispiel:

"Neue Zeit"
16.1.1953

"Festnahme Dertingers.
Von den Organen der Staatssicherheit der DDR wurde Georg Dertinger, Aussenminister, am 15.Januar 1953 festgenommen.
Die Festnahme erfolgte auf Grund seiner feindlichen Tätigkeit gegen die DDR, die er im Auftrage imperialistischer Spionagedienste durchführte."

Typisch in dieser Meldung ist neben der beiläufigen Einordnung in den Zeitungsumbruch die Formulierung "Georg Dertinger, Aussenminister". Mit dem Sturz des Politikers ist sein Amt nicht mehr ein ihm zur Ehre gereichender Titel, sondern eine Berufsbezeichnung zur Identifizierung seiner Person. Weiterhin typisch in dieser Meldung ist die Begründung, die den ganzen Prozess bis zur Urteilsverkündung vorwegnimmt. Denn die Festnahme erfolgte nicht auf einen Verdacht hin, sondern auf Grund einer hier schon als bewiesen angesehenen Tätigkeit.[168]

Die ungeheuerliche Tatsache, dass ein Aussenminister gegen sein eigenes Land Spionage treibt, wird in kanpper Form nebenbei abgehandelt.

4. Behandlung unerwarteter und planwidriger Ereignisse.

Ereignisse, die unerwartet und für die Planung unpassend eintreten, aber doch infolge ihrer Aktualität nicht übergangen werden können, werden gleichfalls bagatellisiert. Ihnen soll das Überraschungsmoment und die Wirkungskraft genommen werden. Sie werden dargestellt als lange vorausgesehen oder vorausberechnet. Der Form nach sind die Nachrichten meistens sachlich berichtend; ist ein Kommentar hinzugefügt, so richtet er das Ereignis auf die Linie der Parteiargumentation aus.

Als Beispiel dafür kann die Rückkehr des Präsidenten des Verfassungsschutzamtes Dr. Otto Johns angesehen werden, der im Juli 1954 nach Ostberlin geflohen war und im Sommer 1955 in die Bundesrepublik zurückgekommen ist.

Für die Öffentlichkeit beider Teile Deutschlands bedeutete diese Rückkehr eine Sensation. Für die Publizistik der SBZ bedeutete sie - laut Nachrichteninformation - eine längst vorausgesehene Selbstverständlichkeit. Alle Tageszeitungen veröffentlichten am 14.Dezember 1955 den gleichlautenden Text einer ADN-Meldung:

> "Dr. John verliess die DDR.
>
> Berlin (ADN). Dr. John, ehemaliger Präsident des Bonner Amtes für Verfassungsschutz, dem am 20.Juli 1954 Asylrecht in der DDR gewährt wurde, hat die DDR verlassen. Dr. John hatte sich schon wiederholt dahingehend geäussert, dass er den Kampf gegen den Neofaschismus in Westdeutschland zu führen gedenke."

Das Ereignis wird in seinem Aktualitätswert dadurch eingeschränkt, dass die Absicht Dr. Johns als "wiederholt geäussert" und damit als erwartet dargestellt wird. Das Ereignis wird mit einer gelangweilten Überlegenheit behandelt, die gleichzeitig der erregenden Wirkung in der Westjournalistik entgegenarbeitet. Mit Hilfe dieser Technik wird die Wirkungskraft planwidriger hochaktueller Ereignisse von der Nachrichtenpolitik aufgefangen.

Ähnlich verfuhr die Nachrichtenpolitik der SBZ bei folgenden Ereignissen, die ihrem Plan zuwiderliefen:

1949 Ergebnisse der Wahlem zum Deutschen Volkskongress.
1953 Juniaufstand in der SBZ[169]
1953 Bundestagswahlen
1954 Wahlen in West-Berlin
1955 Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau
1956 Aufstand in Polen
Politische Veränderungen in Polen
1956 Aufstand in Ungarn.

## 5. Bagatellisierungs- und Simplifizierungsformeln.

Es lassen sich im Rahmen dieser Bedeutungsminderung von Ereignissen lakonische Formeln ablesen, die stets angewendet werden, wenn es darum geht, unangenehme Ereignisse zu bagatellisieren und zu simplifizieren. Sie lassen sich bestimmten Themenkreisen zuordnen.

Persönliche Nachrichten: "Aus gesundheitlichen Rücksichten legte er sein Amt nieder."

"... tritt einen längeren Erholungsurlaub an".

Urteilsbegründungen: "Im Auftrage imperialistischer Geheimorganisationen..."

"... verbrecherische Tätigkeit gegen die DDR".

Bei wirtschaftlichen Versagern:

"Die Versorgung der Bevölkerung ist gesichert."

"Vorkehrungen zur Sicherung der Ernährung sind getroffen".

"Fehler und Misstände werden beseitigt".

Bei Unruhen und Aufständen:

"faschistische Elemente"

"aufgehetzte Elemente"

"Ruhe und Ordnung sind wieder hergestellt".

"Das Leben normalisiert sich".

"Die Arbeiter sind an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt".

"... versicherten ihren Abscheu gegenüber den feindlichen Elementen"

"... stehen fest zur Arbeiter- und Bauernmacht."

Diese lakonischen Formeln sind in der Publizistik totalitärer oder diktatorischer Systeme nicht neu.[170] Sie verfolgen das Ziel, Einbrüche von Unruhe und Unsicherheit in die angeblich festgefügte Ordnung des Staatswesens zu verhindern.

Ein Vergleich zwischen Bedeutungssteigerung und Bedeutungsminderung zeigt, dass sich beide Techniken in ihren Mitteln entsprechen.

Beide - Bedeutungssteigerung und Bedeutungsminderung - sind Techni-

ken zur Verzerrung von Ereignissen. Sie verschieben durch Überbetonung oder Entwertung von Tatbeständen, ihren Motiven und Folgen die Verhältnisse im Einzelereignis und verlagern das Gewicht in der Spiegelung des Weltgeschehens zugunsten der politischen Pläne des Kommunismus.

| Bedeutungssteigerung plangerechter Ereignisse | Bedeutungsminderung planwidriger Ereignisse |
|---|---|
| Steigerung des Aktualitätswertes | Herabsetzung des Aktualitätswertes |
| Breite Auswalzung des Themas | Schematische vordergründige Berichterstattung |
| Gesteigerte, pathetische Sprache | Formelhafte Sprache nüchterner Langeweile oder ironische glossierende Sprache |
| Kommentierung gemäss dem marxistischen Weltbild | |

c) Lügentechnik.

Bei den bisher beschriebenen Techniken handelte es sich darum, durch Verzerrung den Tatbestand in die gewünschte Form zu biegen. Von der Verzerrung zur Lüge ist nur ein kleiner Schritt. Die Grenze zwischen beiden ist fliessend, denn die Lüge meldet sich schon da an, wo das Bemühen um eine objektive Berichterstattung aufhört und durch einseitig gefärbte Bericht ersetzt wird. Einwandfrei aber nachweisen lässt sich die Lüge, wenn entweder der Tatbestand, ganz oder teilweise, seine Ursachen oder Folgen frei erfunden sind. Eine Mischung von Wahrhaftigem und Unwahrhaftigem macht es der Öffentlichkeit schwer, zwischen beidem genau zu unterscheiden. Die Bevölkerung der SBZ, die sich informieren will, ist angewiesen auf die Instanzen, die zwischen ihr und dem Ereignis stehen, und es ist ihr nur in Einzelfällen möglich, die Realität zu kontrollieren.

Es lassen sich vier Gruppen von Lügen nach ihrer Ausdrucksform und ihrem publizistischen Wollen unterscheiden:

α) die Behauptungslüge,
β) die Motivlüge,
γ) die Sensationslüge,
δ) die Dementilüge.

c) Behauptungslügen.

1. Allgemein urteilende Behauptungslügen.

Die Behauptungslüge zeigt sich am häufigsten in allgemeinen summarischen Urteilen über Verhältnisse und Zustände.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 8.12.1955

"Warschau (ADN/Korr.). 57 Produktionsgenossenschaften in Volkspolen hatten im vergangenen Jahr ein Einkommen von mehr als einer Million Zloty und tragen heute mit Stolz den Beinamen "Millionär". Nach der diesjährigen guten Getreideernte in Polen wird eine weit höhere Zahl von landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Gruppe der 'Millionäre' aufrücken."

Diese Meldung bildet den Anfang eines Berichtes, der unter der Überschrift "Volkspolens LPG blühen auf" veröffentlicht worden ist. Zur Zeit der Veröffentlichung konnte keiner der unvoreingenommenen Leser die skandalöse Verfälschung der tatsächlichen Verhältnisse in der polnischen Landwirtschaf erkennen. Erst die politische Veränderung in Polen seit Juni 1956 enthüllte die Wahrheit über die Misswirtschaft der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

In ähnlich schamloser Weise wurde von den Zuständen in Budapest während der Aufstände im Herbst 1956 berichtet.

Beispiel:

"Berliner Zeitung" 26.10.1956

"Budapest (ADN/Eig.Ber.). Am Donnerstagnachmittag zogen 100 000 Einwohner Budapests durch die Strassen der Stadt, um ihrer Befriedigung über die Beschlüsse des Politbüros und den Erfolg der Regierung im Kampf gegen die Konterrevolutionäre Ausdruck zu geben."

Diese Meldung unter der Überschrift: "Budapester hinter ihrer Regierung" widerlegte sich wenige Tage später selbst, als am 4.November 1956 sowjetische Panzer eingriffen, um die Aufstände niederzuschlagen.

Lügenhafte Behauptungen über die "Diktatur Adenauers" sind gleichfalls an der Tagesordnung.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 4.6.1955

"... Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Remilitarisierungspolitik Adenauers die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden immer mehr einschränkt und die Gemeinden nur zu ausführenden Organen

macht, entfaltet sich die Demokratie in der DDR immer mehr."

Unter der Überschrift "Verständigung von Stadt zu Stadt" wird hier von dem Deutschen Städtetag in Dresden berichtet, der in Wirklichkeit nur ein sowjetzonaler Städtetag war und die Verbindung mit Westdeutschland herstellen sollte, um die kommunalen Organe für die Politik der SBZ zu gewinnen. Der Ausschnitt gibt den Inhalt eines Referates wieder. Er zeigt typisch das pauschal gefällte Urteil, das sich aus der Parteidoktrin ergibt, der Wirklichkeit aber nicht im mindesten Rechnung trägt.

2. Lügenhafte Behauptungen in Überschriften.

Die Behauptungslüge tritt in der Überschrift von Nachrichten auf, auch wenn die Berichterstattung im folgenden Text die eindeutige Behauptung in der Überschrift einschränkt.

Beispiel:

"BZ am Abend"
14.6.1955

"Typhus grassiert weiter.
Bielefeld (ADN/BZA). Bei mehreren hundert Personen aus Brackwede im Kreis Bielefeld sind jetzt hochfiebrige Darmerkrankungen aufgetreten, die nach AP in ihren Symptomen dem Paratyphus ähnlich sind."

Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Sie zeigen, dass die Forderung Eildermanns nach wahrhaftiger Information einem dringendem Bedürfnis entspricht:

"Eine Überschrift muss wahr sein; sie muss dem entsprechen, was in der Nachricht, im Artikel, in der Korrespondenz usw. ausgeführt wird."[171]

Es ist jedoch fraglich, ob diese Forderung sich mit der nach Erfüllung der publizistischen Schwerpunktpläne in Einklang bringen lässt. Soll die Nachrichtenverbreitung diese Pläne erfüllen, so muss sie lügen, übertreiben oder untertreiben. Die Methode, in Überschriften suggestiv zu behaupten und im Text die Behauptung einzuschränken, ist ein Ausweg aus dem Dilemma von Theorie und Wirklichkeit.

3. Freie Erfindung von Ereignissen.

Für die freie Erfindung von Ereignissen sind am günstigsten die privaten Lebensbereiche des namenlosen Werktätigen, des Kleinbetriebes, des Republikflüchtigen oder die dunklen Bezirke der Agenten, Spione und Schieber. Hier ist mit überzeugenden Gegenargumen-

ten massgebender westlicher Organe nicht zu rechnen. Ein Gegenargument könnte nur Aussage gegen Aussage stellen; es würde schnell mit der Behauptung abgetan: Die kapitalistische Presse lügt!

Die Berichterstattung der SBZ wagt sich dabei bis zu Sensationen vor und fürchtet selbst die Gefahr der Lächerlichkeit nicht.

Beispiel:

"Berliner Zeitung" 29.12.1955

"Reparaturen kosten unser Geld.
Die Toilettenanlagen der Reichsbahn / Wärter zur Aufsicht gesucht.

Die Toiletten der Westberliner S-Bahn-Stationen leiden häufig an einer besonderen 'Verstopfung'. Hühner, Enten, Eier, Tüten mit Lebensmitteln werden einfach in die Becken gesteckt. Gewissenlose Menschen, die Schieberwaren in Westberlin nicht loswurden, entledigen sich auf diese Weise ihrer Güter, die sie der Versorgung entzogen haben. Neben dem Wirtschaftsverbrechen, der ungeheuerlichen Vernichtung kostbarer Lebensmittel werden dadurch auch noch mutwillig Anlagen ruiniert, die ebenfalls unsere Gelder kosten."

Selten kommen solche Ereigniserfindungen auf der Ebene internationaler Politik vor. Hier vermeidet man, weil von verschiedenen anderen Seiten ebenfalls beobachtet, die Vorgänge an sich durch falsche Behauptungen zu entstellen. Dagegen scheut sich die Publizistik der SBZ nicht, hinter den Kulissen des grossen politischen Geschehens "dunkle Machenschaften" zu enthüllen, die sich als reine Phantasiegebilde erweisen.[172)]

4. Sprachliche Fassung.

Die Behauptungslügen sind in absolut überzeugender Sprache abgefasst. Meist wird dazu die Form des schlichten Aussagesatzes gewählt:

"Volkspolens LPG blühen auf"[173)]
"Paratyphus greift um sich" [174)]
"Henny Porten wird exmittiert" [175)]
"KPD-Gemeinderäte arbeiten weiter"[176)]
"Adenauer nahm Schmeißer-Geld" [177)]

Neben diesen Aussageformen stehen Redewendungen wie: "Es ist erwiesen ...", "damit ist der Beweis erbracht...", "... wurde entlarvt". Der damit angedeutete Beweis wird allerdings niemals durchgeführt, sondern der Bericht begnügt sich mit der Behauptung, dass bewiesen ist.

5. Sprunghafte Beweisführung.[178)]

Wird jedoch der Versuch eines Beweises gemacht, so geschieht es mit einem auffälligen Gedankensprung von den Tatsachen zu den Behauptungen.

Beispiel:

"Berliner Zeitung" 15.9.1953

"Die 'Zurückgehaltenen' erweisen sich als Tote.

Wie die Westberliner 'Morgenpost' berichtet, traf erst jetzt - acht Jahre nach Kriegsende - aus Afrika eine Kartei ein, die 10 000 Namen von gefallenen Angehörigen der Hitler-Wehrmacht enthält. Die Kartei wurde Sonntag anlässlich einer faschistischen Kundgebung der 'Afrika-Kämpfer' in Hannover der Öffentlichkeit übergeben. Durch diese Kartei, berichtet das Blatt, werde es möglich sein, das Schicksal von mehr als 3 000 bisher als vermisst gemeldeten Soldaten zu erfahren. Auf weiteren 3 000 Karten seien überhaupt keine Namen aufgeführt. Sie enthielten lediglich Beschreibungen von Fundgegenständen, die in den Gräbern vieler namenloser Soldaten aufgefunden worden seien.
Damit ist ein weiteres Stück der von der Bonner Regierung und der amerikanischen Hetzpropaganda in die Welt hinausposaunten Lüge von angeblich Hunderttausenden in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen abgebröckelt."

Der Sprung von den Vermissten in Afrika zu denen in Russland ist völlig unvermittelt und ohne jeden Zusammenhang. Der Beweis in dieser Meldung ist überhaupt nicht schlüssig. Er wird nur vorgetäuscht durch die Behauptung: "Damit ist ein weiteres Stück... von der ... Lüge... abgebröckelt". Diese Behauptung entspricht aber, wie jeder aufmerksame Leser selbst feststellen kann, gar nicht den der Morgenpost-Meldung entnommenen Tatsachen.[179)] Dieselben Sprünge fallen auf, wenn es darum geht, einen behaupteten Tatbestand durch das Zitat einer westlichen Quelle zu erhärten. Sehr häufig setzt das Zitat erst dann ein, wenn es beliebig missbraucht werden kann.

Beispiel:

"Tribüne"[179a)] 29.12.1955

"400 Millionen Profit in vier Jahren
Ausbeutung beim Volkswagenwerk 'einmalig'.

...Erzielt wurden diese Profite durch fortgesetzte Rationalisierung, die das einzelne Belegschaftsmitglied zu einem unerhörten Arbeitstempo zwangen. Dies zeigt sich darin, dass im Durchschnitt die Zahl der Wagen, die

im Laufe eines Jahres von einem Arbeiter hergestellt wurden, von 7,2 im Jahre 1951 auf zehn Ende des Jahres 1954 gestiegen ist. Dieser Grad der Ausbeutung 'ist für den westdeutschen Automobilbau einmalig', betont die Stuttgarter 'Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung'.

6. Zusammenfassung.

Die Behauptungslüge tritt in der Nachrichtenpolitik der SBZ häufig in Erscheinung. Sie wird oft eingestreut in wahrhaftige Aussagen und ist dann schwer zu erkennen und zu widerlegen. Ihre apodiktische Sprache überspielt die Schwächen, an denen der Hebel des Zweifels angesetzt werden könnte. Die erlogenen Behauptungen können auf ein Einzelereignis beschränkt bleiben, sie können aber auch einer zielgerichteten Kampagne den Auftakt geben.[180)]

β) Motivlügen.

Der Behauptungslüge am nächsten steht die Motivlüge; sie unterschiebt objektiv Geschehenem erfundene Beweg- oder Bestimmungsgründe. Auf diese Weise kann die Ereignisberichterstattung jederzeit einem Vergleich mit anderen Informationsquellen standhalten, denn lediglich die Erläuterung des Ereignisses mit dem Hinweis auf seine Ursachen und Hintergründe ist erlogen.

Die Motivlügen kommen auf allen Gebieten der Berichterstattung vor. Sie sind im Bereich des Sports ebenso geläufig wie im Bereich der Politik. Die den Ereignissen unterlegten Beweggründe stammen grundsätzlich aus den ideologischen Reservoiren des Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Sie werden jedoch nach den taktischen Schwerpunktplänen der SED variiert.

Beispiel:

"BZ am Abend"
29.12.1955

"Lipschitz' Neujahrspräsent
Senat ordnet Massenentlassung von Notstandsangestellten an.

Berlin (Eig.Ber.). Bis zum 31.März kommenden Jahres werden 600 bis 800 bei den Westberliner Finanzämtern beschäftigte Notstandsangestellte auf die Strasse gesetzt. Sie müssen Platz machen für 'politische Flüchtlinge' und ehemalige Nazi-Beamte, sogenannte 131er."

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. Schwerpunkt: Gesamtdeutsche Verständigung gegen Remilitarisierung Westdeutschlands | Nachrichten über Massnahmen der SBZ zur Deutschlandfrage. z.B.Beschlüsse der Volkskammer, Partei, Volksrat und Nationalen Front | Nachrichten über den Kampf kommunistischer Kräfte in Westdeutschland | Nachrichten über militärische Massnahmen i.d.BRD, besonders über militärische und ähnliche Organisationen. |
| 2. Schwerpunkt: Freundschaft zur SU und allen friedliebenden Völkern | Nachrichten über weltpolitische Handlungen der SU und über ihre Haltung der SBZ gegenüber. Nachr. üb."Volksdemokrat." | Internationale Wettbewerbe innerhalb des Ostblocks | Nachrichten über Massnahmen des Westblocks, die sich angeblich gegen den Bestand der sozialistischen Staaten richten. |
| 3. Schwerpunkt: Erfüllung der Volkswirtschaftspläne | Stellungnahmen, Urteile, Anerkennungen der Staatsorgane zu Plan und Planerfüllung | Aktivistenbewegung | "Störversuche imperialistischer Kräfte" im Ostblock |
| 4. Schwerpunkt: Propagierung der Regierungspolitik auf dem Wege zum Sozialismus und Entlarvung des Imperialismus | Nachrichten über Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" | Klassenkampf in nicht sozialistischen Ländern | Nachrichten über angebliche Verelendung der Menschen und die angebliche Unterdrückung kleiner Völker in der westl. Welt |
| 5. Schwerpunkt: Pflege und Förderung der nationalen Kultur gegen imperialistische Kulturbarbarei | Massnahmen zur Förderung der Kultur und des kulturellen Austausches | - . - | Nachrichten über angebliche Vernachlässigung des kulturellen Lebens und über Zersetzung d.Kultur in der westl. Welt |
| Sprachelemente | Sprachklasse I<br>Sprache der Hochachtung und Verehrung | Sprachklasse II<br>Sprache des Kampfes | Sprachklasse III<br>Sprache der Agitation |
| Stil | nominal | verbal | verbal |
| Verben | Klischeehafte Anwendung weniger Verben, die einer Handlung Nachdruck verleihen.Z.B. fordern, erklären, unterstützen. | Verben, die die Überwindung eines Widerstandes betonen: erzwingen, erringen, abschütteln | Verben, die die Masslosigkeit einer Handlung betonen: gröhlen,niedermachen, niederknüppeln, verschachern |
| Substantive | Zusammensetzungen und Verbalsubstantive in genitivischer Verbindung:Schaffung, Entmachtung, Förderung der Einheit der Arbeiterklasse | Verwendung von Stereotypen: Patriot, Friedenskämpfer, Erbauer des Sozialismus | Begriffe aus dem Ganovenjargon: Scharfmacher, Unternehmerboss, Gangster, Pack, Bandenchef |
| Adjektive | Superlative oder hyperbolische Positive von überwältigendem oder unbedingtem Charakter: höchste,grösste, machtvoll, gewaltig,grundlegend | Adjektive, die Festigkeit und Energie betonen: unermüdlich, diszipliniert,stark,einmütig. Daneben Komperative: noch mehr, noch besser | Überzeichnung durch Zusammensetzungen oder Superlative: tolldreist, - schärfste |
| Floskeln | Nichtssagende Wendungen zur Betonung der Sicherheit und Geschlossenheit:"Atmosphäre parteilicher und freundschaftlicher Offenheit" | Wendungen zur Betonung des Vorwärtsdrängens der sozialistischen Bewegung:"mit ganzer Kraft", "alle Kräfte einsetzen" "festen Willen bekunden" | Wendungen, die Verbrechen kennzeichnen: "Atmosphäre vergiften" "Streik abwürgen" |
| Schlagworte | amphibolisch, mit ursprünglich und allgemein anderem Sinn: Vaterland, Frieden, Demokratie, Patriot | viele antagonistische Bildungen Friedenskampf Friedenskämpfer, Kampf um Einheit und gerechten Frieden | Termini der marxistischen Lehre: anglo-amerikanischer Imperialismus, Klassenfeind, Ausbeuterklasse |
| Stereotype | Persönliche Attribute der Würde und Grösse: "der greise Arbeiterpräsident", "der beste Freund des deutschen Volkes" | kollektive Attribute: "Erbauer des Sozialismus "demokratische Errungenschaften Arbeiterhelden, Neuerer, "Helden im Kampf um..." | Verschmelzung von offiziellen Bezeichnungen mit agitatorischen Silben oder Wörtern: Generalkriegsvertrag, Kriegskanzler, Pestgeneral. |
| Zitate | wörtlich ausführlich | wörtlich ausführlich | indirekt oder wörtlich ohne Zusammenhang |

Die Motivierung der Entlassung mit dem Hinweis auf ehemalige Nazi-Beamte ist eine Erfindung. Tatsächlich werden Notstandsangestellte zu bestimmten Terminen entlassen, da sie von vornherein nur befristet eingestellt sind. Die Meldung wird hier also zu dem Zwecke gebracht, die enge Verbindung der westdeutschen und westberliner Verwaltung mit den Nationalsozialisten anklingen zu lassen und um eine offensichtliche Ungerechtigkeit zu berichten. Diese Absicht wird erreicht nur durch das unterschobene Motiv der Entlassung.

Beispiel:

"BZ am Abend"
18.10.1956

" 'Halbstarke' ein Schalgwort

Berlin (Eig.Ber.). Enge Hosen und modernes Tanzen seien nicht Kennzeichen eines 'Halbstarken'. Das geflügelte Wort beleidige vielmehr die Jugend. Im Klubhaus Klosterstrasse stellte dies gestern abend eine Aussprache mit westberliner Jugendlichen klar. ... Deutlich kristallisierte sich gestern heraus: Die aufgebauschten Schlagzeilen der westberliner Presse über inscenierte Zwischenfälle (z.B. Afrikanische Strasse) verfolgen einzig und allein den Zweck, in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen für den Propagandatrick:'Die müssten mal zum Militär!'."

Die Berichte über Ausschreitungen jugendlicher Banden erhalten hier einen höchst verwunderlichen Beweggrund, der sich vor allem im Munde eines SED-Organs sonderbar ausnimmt. War doch lange Zeit gerade die "verrohte und verwahrloste Jugend Westdeutschlands" ein Argument der SED gegen den freien Westen. Schon aus diesem Grunde ist die angehängte Motivierung unglaubwürdig. Sie wird lediglich zu einem Zeitpunkt eingeführt, in dem das Werben um die westdeutsche Jugend und die Agitation gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik gerade aktuell ist.

Sehr häufig wird das unwahre Motiv, wie es auch die oben genannten Beispiele zeigen, in einer angehängten Erklärung ausführlich erörtert, es kann aber auch im Text formelhaft angedeutet werden.

Gleichzeitig wird damit in der Öffentlichkeit ein Vorurteil in bestimmter Richtung wachgerufen, wenn sie zum Beispiel von Organisationen hört, die mit "amerikanischen Geldern unterstützt werden", von "gewissen Kreisen" erfährt, die auf den "ersehnten Krieg" hinarbeiten, wenn in einer Gerichtsverhandlung "angeblich beschlagnahmtes Material" westdeutsche "Friedenskämpfer" belasten soll, wenn etwas im "Auftrag der Konzernherren" geschieht oder politische

## Kirchenleitung schränkt Sammlungen ein

Die Pressestelle des Ministeriums des Innern teilt mit:

Verschiedene westberliner Zeitungen verbreiten eine neue Schandlüge, indem sie behaupten, unsere Regierung habe eine Anordnung erlassen, wonach die Zeit für die jährlichen Straßensammlungen der Inneren Mission gekürzt worden sei. Offensichtlich wollen die Initiatoren solcher Hetzmeldungen mangels an Beweisen mit neuen Lügen ihre alte Platte von einem angeblichen Kirchenkampf in der Deutschen Demokratischen Republik weiterspielen.

In Wirklichkeit verhält sich die Sache völlig anders. Entsprechend den Wünschen und Forderungen der Bevölkerung unserer Republik, öffentliche Sammlungen einzuschränken, haben bereits eine Anzahl Organisationen auf in diesem Jahr beabsichtigte Sammlungen verzichtet. Auch die Kirchenleitung hat von sich aus vorgeschlagen, die öffentliche Sammlung für die Innere Mission nur an zwei Tagen durchzuführen. Die zuständigen staatlichen Organe haben diesem Vorschlag zugestimmt. Darüber hinaus wurde für den Monat Oktober im Einvernehmen mit den kirchlichen Stellen eine weitere öffentliche kirchliche Sammlung von fünftägiger Dauer vereinbart.

Dementlüge Neues Deutschland 9.9.1956

werden. Entscheidend waren dafür die Erfahrungen der letzten Atommanöver der NATO-Truppen, bei denen der Angriffskrieg gegen die DDR und die Länder des Friedenslagers sowie die Zerstörung westdeutscher Städte durch Atombomben geprobt wurden. Danach soll es in

Behauptungslüge
entnommen dem Bericht
"Bonn tanzt nach Nato-Musik"
Märkische Volksstimme 30. 12. 1955

### Rowdies legten Feuer an

**Montevideo** (ADN/Eig. Ber.). Das sowjetische Konsulat in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo ist Donnerstag von rund 200 aufgeputschten Jugendlichen gestürmt und in Brand gesteckt worden. Die Feuerwehr erschien erst, als das Gebäude bereits bis auf die Grundmauern niedergebrannt war. Am Vorabend hatten Rowdies das in der Nähe gelegene sowjetische Botschaftsgebäude mit Steinen beworfen.

Verschweigetaktik

Das Motiv, Empörung über das Eingreifen der SU in Ungarn wird verschwiegen

Berliner Zeitung 9. 11. 1956

Absichten "unter dem Druck des Volkswillen" aufgegeben werden müssen.

Diese billigen Erklärungen und Motivationen sollen den Leser oder Hörer ständig auf die politischen Grundsätze der SED lenken.

Handlungsmotive und Ereignisursachen können aber ebenso, wie sie frei erfunden werden, verleugnet werden. Grundsätzlich wird stets der Beweggrund eines Ereignisses geleugnet, wenn er dem Ansehen des "Weltfriedenslagers" oder seinen Mitgliedstaaten schaden könnte.

Beispiel:

"Berliner Zeitung" 8.11.1956

"Die vorgesehene Bürositzung des Weltfriedensrates, die am 8.November stattfinden sollte, ist verschoben worden, da die Vertreter der arabischen Staaten auf Grund der Lage in Nahost sich nicht nach Stockholm begeben konnten."

Nicht die Verhinderung der Vertreter aus Nahost war die Ursache für den Ausfall der Bürositzung des kommunistischen Weltfriedensrates, sondern die Tatsache, dass Schweden nach den Vorgängen in Ungarn allen Mitgliedern des Weltfriedensrates die Einreisevisa verweigerte.

Ebenso wurde das Handlungsmotiv für die Überfälle auf die KP-Büros in Frankreich, Dänemark und Italien Anfang November 1956 verleugnet. Es hiess lediglich, dass "faschistische Elemente" in den Gebäuden randaliert hätten.[181] Das gleiche Motiv wie oben - Empörung über die Vorgänge in Ungarn - blieb unerwähnt.

8) Sensationslügen.

Seltener als Behauptungs- und Motivlügen treten Ereignisfälschungen auf, die um der Sensation willen erfunden sind. Die Auffassung der SED-Publizisten, dass nichts

"interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik "

sei,[182] befreit die Redakteure von der Suche nach aufsehenerregenden Ereignissen. Hinzu kommt, dass tatsächlich innerhalb dieses nach allen Seiten gebundenen und durchplanten Systems kein Raum für aussergewöhnliche aufsehenerregende Geschehnisse ist.

Der Versuch, aus der Aktivistenbewegung ein unerhörtes Ereignis von

# Schreckensszenen in der Kaserne Pankstraße

## Anti-Stahlhelm-Demonstranten in überheizten Zellen / Frau mit brennender Zigarette gequält / Bereitschaftspolizisten gröhlten: „Deutschland erwache!"

BERLIN (adn/eb). Westberliner Anti-Stahlhelm-Demonstranten, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der Kaserne der Bereitschaftspolizei am Wedding inhaftiert waren, berichten, daß sich dort Schreckensszenen abgespielt haben, die in vieler Hinsicht an die Ereignisse des Jahres 1932/33 erinnern.

Ein Steglitzer Arbeiter, der in der Nähe des S-Bahnhofes Wedding verhaftet wurde, berichtet: „Auf dem Bereitschaftswagen wurde ich darauf aufmerksam gemacht, bei einem etwaigen Fluchtversuch werde sofort, ohne Anruf, von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Nach kurzer Zeit wurden wir unter Knüppelhieben auf ein anderes Polizeiauto umgeladen, auf dem sich schon 30 Personen, zumeist Männer, befanden. Als der Wagen übervoll war, wurden wir zur Polizeikaserne in der Pankstraße gefahren. Dort wurden sämtliche Verhafteten, egal welchen Alters oder welchen Geschlechts sie waren, unter rücksichtslosen Hieben durch ein 35 Meter langes Polizeispalier gejagt."

Ein anderer Augenzeuge schildert die Schrekkensstunden in der Pankstraße wie folgt: „In Ein-Mann-Zellen, die etwa 2×4½ Meter groß sind, wurden 30 bis 35 Personen hineingepfercht, so daß die Türen kaum zugingen. In größere Zellen wurden weit über hundert Menschen hineingepreßt. Die Zellen waren offensichtlich mit Vorbedacht überheizt. Die Fenster durften nicht geöffnet werden. Mehrere ältere Männer sackten erschöpft zusammen."

Ein Eisenbahner aus Steglitz erzählt: „Als wir später im Flur Aufstellung nehmen mußten, wurde ich auch Zeuge, wie nacheinander mehrere ältere Leute ohnmächtig aus den überfüllten, stickig-heißen Zellen herausgetragen wurden. Sie wurden rücksichtslos auf den kalten Zementfußboden niedergelegt. Als ihnen einige von uns helfen wollten, wurden wir mit Bemerkungen wie ‚Von euch sind noch nicht genug verreckt' zurückgetrieben. So lagen auf dem kalten Steinfußboden des Korridors zeitweilig fünf hilflose Menschen."

Ein junger Charlottenburger, der ebenfalls inhaftiert war, erfuhr von eingekerkerten Frauen, daß eine Frau Lore J. von den Bereitschaftspolizisten aufgefordert wurde, Zellen zu schrubben. „Als sie sich weigerte, wurde sie angebrüllt: ‚Du Sau, du Nutte!' Dann warfen die Polizisten mit brennenden Zigarettenstummeln nach ihr. Einer wollte ihr sogar das Haar abschneiden. Da Frau J. noch immer nicht bereit war, dem Ansinnen der Bereitschaftssoldateska nachzukommen, griff einer der Polizisten einen Besenstiel und stieß ihn ihr mehrmals gegen die Brust. Völlig verzweifelt, erklärte sich Lore J. daraufhin bereit, die Zelle zu fegen."

Vor ihrer Entlassung mußten die Eingekerkerten durch ein Spalier von Polizisten Spießruten laufen. Sie wurden geschlagen und erhielten Fußtritte. Die Polizisten brüllten „Deutschland erwache!" Dann wurden die Verhafteten in unbewohnte Gegenden, zum Beispiel in die Jungfernheide, gefahren. Dort wurden sie von den Lastwagen wieder heruntergeprügelt. Sie mußten dann noch eine halbe Stunde laufen, bis sie die Verkehrsmittel erreichten.

National-Zeitung 14. 12. 1955

# „Nazi-Bären" bekamen Dollars

## Pressekonferenz des Groscurth-Ausschusses

**Berlin (Eig. Ber.). „Man muß allen sagen, insbesondere den Arbeitern, daß sie und nur sie im Recht sind, wenn sie sich gegen Provokationen und Willkür wenden, falls Parlament und Polizei versagen", stellte am Sonnabend der bekannte Berliner Staatsrechtler, Prof. Steiniger, auf einer Pressekonferenz des Groscurth-Ausschusses fest.**

Dokumente und Presseverlautbarungen der sogenannten „Bärenfreunde" und anderer faschistischer Verbände sowie Zeugenaussagen bewiesen, daß das geplante und durch die Demonstration der 10 000 Berliner Arbeiter verhinderte Faschistentreffen im Volkshaus Tiergarten von Amerikanern finanziert und durch den Suhr-Senat gefördert wurde.

Der Zeuge Gerhard S., ein Weddinger Arbeiter berichtet, wie ihn die Polizei niederschlug. Er habe sich schützend vor eine Frau gestellt und die Schläge der Stupos abgewehrt. Daraufhin seien mehrere Polizisten mit dem Ruf: „Schlag die Mistsau tot!" über ihn hergefallen.

BZ am Abend 6.6.1955

Sensationslügen

erregendem Wert zu machen, ist gescheitert. In den ersten Jahren wurde versucht, die Erfolge Einzelner als Sensationen herauszustellen, wie das Hennecke-Beispiel zeigt.[183] Doch war die uniforme Berichterstattung über Sollerfüllung, Auszeichnung und Gratulation zu langweilig, um die Öffentlichkeit anstacheln zu können. Es ergab sich, dass innerhalb der SBZ, wo alles planmässig verlaufen sollte, überhaupt keine Sensation zu machen war.

Deshalb wurden Berichte aus Westdeutschland zu Sensationen gestaltet. Sie mussten die Verkommenheit der imperialistischen Welt zeigen und Märtyrer für den "Friedenskampf" liefern. Da der Stoff zu solchen Berichten sich nicht zur Genüge anbot, wurde er erfunden. Nach der Spaltung Berlins wurde die geteilte Stadt zum Schauplatz aufsehenerregender Geschehnisse, die zum grössten Teil frei erfunden waren. Geheimorganisationen spielten dabei eine grosse Rolle.

Das Bedürfnis, Verbrechen und Dummheit, Niedrigkeit und Verkommenheit, Not und Verfall hinter dem westdeutschen Wirtschaftswunder zu entdecken, treibt bis heute die Redakteure auf den Weg phantastischer Schwindeleien. Besonders, wenn es darum geht, Helden zu erküren und Verbrecher zu brandmarken, hält sich die Berichterstattung nicht zurück. Zusammenstösse zwischen "Friedenskämpfern" und "Faschisten" werden zu heissen Kampfsituationen gesteigert und dabei wird die Grenze von der Verzerrung des Tatbestandes zur Fälschung überschritten.

Obwohl z.B. die westberliner Polizei beim "Bärentreffen"[184] zu Pfingsten 1955 nicht schoss, wurde am nächsten Tag vom "Neuen Deutschland" ein Märtyrer entdeckt, der mit einer Schussverletzung im Krankenhaus lag. Todesfälle, die eine natürliche Ursache haben, werden zu politischen Morden aufgebauscht. Der westberliner Kommunist Fritz Schönherr, der laut ärztlichem Urteil einem Herzschlag erlag, wurde als Opfer imperialistischer Mordbanditen beklagt.[185]

Ereignen sich Morde an politisch exponierten Persönlichkeiten, so werden ihnen stets klasenkämpferische Motive unterlegt und sie werden zu einer politischen Sensation aufgebauscht.

Beispiel:

"Neue Zeit"
7.12.1951

"Wen störte Dr. Wolfard?[186]
... Wem die Beseitigung Dr. Wolfards von Nutzen sein konnte, das zeigt ein Blick in seine jüngsten Leitartikel und Kommentare in den 'Bremer Nachrichten'."

Der Bericht schliesst mit der rhetorischen Frage:

"Wem war er im Wege?"

Am 13.12.1951 berichtet "Neue Zeit" unter der Überschrift

"Bremer Attentäter geständig",

dass der Mörder Mitglied der "Sozialistischen Reichspartei" sei und sich den amerikanischen Gangsterkönig Costello zum Vorbild genommen habe. In westdeutschen Illustrierten habe er entsprechende Aufklärung gefunden. Er spräche fliessend englisch, habe längere Zeit als Dolmetscher gearbeitet und sich guter Beziehungen zu den Westmächten gerühmt.

Dieser Bericht klingt gewollt aufsehenerregend; er kann aber das Motiv des politischen Mordes nicht bestätigen, obwohl der Mörder als politischer Brunnenvergifter gekennzeichnet wird.

Die Sensationslüge findet also, nachdem es nicht gelungen ist, das "grossartige der Entwicklung zum Sozialismus" mit sensationshungriger Phantasie zu schildern, hauptsächlich Anwendung im Themenkreis des Klassenkampfes und in den Situationsschilderungen der als korrupt und verbrecherisch gemalten Atmosphäre der Deutschen Bundesrepublik und Westberlins.

δ) Dementilügen.

Die Dementilüge bestreitet Tatsachen, die in die Öffentlichkeit gedrungen sind, obwohl sie ihr verborgen bleiben sollten, Wirksam ist bei diesen erlogenen Dementis die Berufung auf höchste Instanzen, die zur Widerlegung ermächtigen und deren Autorität der Gegenbehauptung Nachdruck verleihen soll. Innerhalb der Nachrichtenpolitik der SBZ sind Dementilügen seltener als alle anderen Formen der Ereignisfälschung.

Wenn sich die publizistischen Organe der SBZ zum Dementieren einer westdeutschen Nachricht entschliessen, so geschieht es vor allem dann, wenn tatsächlich falsche Informationen aus diesen Quellen geflossen sind. Dann aber wird in allen Einzelheiten nachgeweisen, wie falsch die Aussagen der westlichen Organe grundsätzlich sind, und wie recht die Öffentlichkeit der SBZ hat, wenn sie deren Nachrichten überhaupt nicht ernst nimmt.

Hin und wieder aber tauchen auch unwahre Dementis in publizistischen Organen der SBZ auf. Sie beziehen sich gewöhnlich auf geplante Aktionen, die den westlichen Informationsquellen bekannt geworden

sind, ehe sie für die ostdeutsche Öffentlichkeit geeignet und freigegeben waren. Pläne und Absichten lassen sich bequem dementieren, wenn ihre Wirkungen noch nirgends sichtbar sind. Die Gegenbehauptung überzeugt. Treten später die prophezeiten Ereignisse doch ein, werden sie so umkleidet berichtet, dass sie kaum noch an die dementierte Behauptung erinnern, oder sie werden mit dem dialektischen Wandel der Verhältnisse begründet. Eine wirkliche Erklärung für ein durch Tatsachen Lügen gestraftes Dementi wird jedoch nie gegeben.

Beispiel:

"Neue Zeit" 13.2.1948

"Keine Ostzonenregierung

Dr. Steiner, Vizepräsident der deutschen Finanzverwaltung weist in einem Interview mit einem Vertreter von ADN die Behauptung des 'Kurier' zurück, die Reorganisation der Ostzonenverwaltung nach Befehl Nr. 32 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland komme der Vorbereitung einer Ostzonenregierung gleich."

Einundeinhalb Jahre später wurde die Ostzonenregierung als "provisorische Regierung der DDR" proklamiert.

Ähnlich wurde die Meldung Westberliner Zeitungen im April 1953 dementiert, die bekanntgaben, dass die Lebensmittelkartenausgabe an selbständige Handel- und Gewerbetreibende eingestellt werde und Läden entstehen sollten, in denen allein Funktionäre und Angehörige der "schaffenden Intelligenz" bedient würden. Gleichfalls wurde die Nachricht dementiert, in Westberlin beschäftigte Ostberliner sollten keine Lebensmittelkarten mehr bekommen. Wenige Tage später, am 10. April 1953, wurde jedoch ein Beschluss des Ministerrates veröffentlicht, der die bestrittenen Massnahmen als Verordnungen bekanntgab. Es heisst darin allerdings sehr vorsichtig:

"Berliner Zeitung"

"Die Verordnung über die Ausgabe von Lebensmittelkarten in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin beschränkt den Kreis der Kartenempfänger und ist ein Schritt auf dem Wege zur völligen Aufhebung der Kartenwirtschaft."

Hinzugefügt wird ausserdem die Beruhigungsformel in Form einer Behauptungslüge:

"Berliner Zeitung"

"Mit dieser Verordnung... kommt die Regierung den Wünschen breitester Kreise unserer Werktätigen entgegen."[187]

Nicht nur Pläne und Tatsachen, sondern auch Meinungen werden lügnerisch dementiert. Als am 17.Juni 1953 [188] der ganze Welt sich

der innere Widerstand der Bevölkerung gegen das SED-Regime zeigte, versuchte die SBZ-Publizistik die Meinung der freien Welt zu "berichtigen". Resolutionen aus Betrieben, Ergebenheitserklärungen allgemein anerkannter und bekannter Persönlichkeiten sollten bekunden,[189] dass der Aufstand das Werk feindlicher Kräfte sei und dass das Volk in unverbrüchlicher Treue zur Partei und zur Regierung stehe. Damit sollten die Weltöffentlichkeit getäuscht und die Bevölkerung der SBZ vom weiteren Widerstand abgeschreckt werden.

Eine dritte Gruppe von Nachrichten soll unter dem Begriff der Dementilügen gefasst werden. Sie enthält Nachrichten, die zwar nicht direkt dementieren, sondern heuchlerisch Niedrigkeiten und Missstände des eigenen Lagers auf den Gegner abwälzen. Stillschweigend wird dabei die eigene Distanz von solchen Missständen vorausgesetzt und Empörung über die selbstgehegte Absicht oder die selbst begangene Tat geheuchelt.

Es handelt sich um Meldungen, die meist in Form von Forderungen, Vorschlägen oder Anregungen gebracht werden. Hierhin gehören Nachrichten über die Unterdrückung des selbständigen Handwerkerstandes und der Handeltreibenden in der Bundesrepublik. In der SBZ wurde alles versucht, um diese Stände zu liquidieren, sie in Konsumgenossenschaften oder genossenschaftlichen Handwerksbetrieben unterzubringen. Doch wird diese allgemein bekannte Tatsache bestritten, indem Bedrückung des selbständigen Mittelstandes allein der Bundesrepublik zugeschrieben wird. Auch die Forderung des "Verbandes der Deutschen Presse": "Gemeinsam gegen Lügen"! gehört zur Gruppe der Dementilügen.

Beispiel:

"BZ am Abend"
6.6.1955

"Gemeinsam gegen Lügen!

Berlin (ADN/BZA). Der Zentralvorstand des Verbandes der Deutsche Presse beschloss auf seiner Tagung am 4.Juni wichtige Vorschläge an die Journalistenverbände Westdeutschlands. Er empfiehlt, dass

1. die entsprechende Journalistenorganisation in jedem Falle, wo eine Zeitung eine Information veröffentlicht, die sich als unwahr herausstellt, auf eine Berichtigung drängt;
2. die Journalistenverbände in allen Teilen Deutschlands jedes Mitglied vor ein Ehrengericht stellen, das wissentlich falsche Informationen verbreitet oder sich weigert, sie zu berichtigen;
3. sich die Journalistenverbände Deutsch-

lands bei der Lösung dieser Aufgabe gegenseitig unterstützen."

Die Forderung auf Freilassung aller politischen Gefangenen in West-Deutschland und die Garantieforderung für Interzonenreisende sind gleichfalls typische Beispiele für diese Art der Heuchelei.

Beispiel:

"BZ am Abend" 18.10.1955

"Regierung fordert Garantien für Interzonenreisende.

Berlin (ADN/BZA). Eine Note zu der willkürlichen Verhaftung und gerichtlichen Verfolgung von Bürgern der DDR hat das Aussenministerium unserer Republik dem Bonner Auswärtigen Amt überreicht.
Die westdeutsche Regierung wird darin aufgefordert, unverzüglich alle Polizei- und Justizmassnahmen gegen DDR-Bürger einzustellen, den Prozess in Karlsruhe zu beenden und den widerrechtliche Angeklagten eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Die Zeit der Blockade, die Zeit der Währungsreform und die der Spaltung Berlins sowie die Konstituierung der Bundesrepublik und der SBZ sind eine Fundgrube für solche heuchlerischen Verdrehungen, die in ein Gebiet der Nachrichtenpolitik vorstossen, das kaum noch zu durchschauen ist. Alle üblichen und gewohnten Masstäbe zur Beurteilung des Wirklichen und Unwirklichen sind hier aufgehoben.

## II. Die Beurteilung der Persönlichkeit im Ereignis.

### a) Wertsetzung nach Nutzbarkeit.

Bei der Erwähnung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zeigt sich der Zwiespalt der marxistisch-stalinistischen Lehre, die als historisch bedeutend nur das Kollektiv anerkennt und doch zu einer Vergötterung ihrer Führer[190)] und zu einem fanatischen Hass gegenüber ihren Gegnern neigt.

Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit - abgesehen von deren politischer Haltung - kennt der Marxismus-Stalinismus nicht. Er täuscht sie lediglich dann vor, wenn er glaubt, die nicht kommunistische aber populäre Persönlichkeit für seine Pläne gewinnen zu können. Die Nutzbarkeit eines Menschen bestimmt im Marxismus seinen Wert und Unwert.

In der Publizistik der SBZ steht der evangelische Bischof Dibelius so zwischen Licht und Schatten der Verehrungswürdigkeit. Als er im

Januar 1952 der Moskau-Reise des evangelischen Kirchenpräsidenten Niemöller zustimmte, wurde er von der "Berliner Zeitung" am 8.Januar 1952 als "Friedensfreund", der für die Verständigung zwischen Ost und West eintritt, gepriesen. Dieselbe Zeitung legte ihm alle Attribute eines Kriegshetzers bei, als er das Vorhandensein atomarer Waffen als mögliche Garantie für die Verhinderung eines dritten Weltkriegs bezeichnet hatte.

"Berliner Zeitung" 13.4.1954 "Bischof Dibelius glaubt an Wasserstoffbombe."

Umstrittene Personen der nationalsczialistischen Ära geniessen wieder Vertrauen, sobald sie sich in irgend einer Weise positiv zur UdSSR gestellt haben. Es genügte z.B. ein Danktelegramm des ehemaligen Generals Schoerner an die Sowjetunion für gute Behandlung während der Kriegsgefangenschaft, um diesen Mann publizistisch zu rehabilitieren.

"Berliner Zeitung" 19.1.1955 " Schoerner und Voss danken der UdSSR."

Persönlichkeiten des eigenen Lagers aber können mit derselben Skrupellosigkeit von der höchsten Verehrung, die man ihnen entgegenbrachte, solange sie gefügig oder von Nutzen waren, zur tiefsten Verachtung stürzen, sobald sie als "Feinde des Friedens", als "Kriegshetzer" oder "Agenten" "entlarvt" sind. Diese Erfahrung machte beispielsweise der ehemalige Sowjetzonen-Aussenminister Georg Dertinger,[191)] der kurz vor seiner Verhaftung im Dezember 1953 noch eine hohe Auszeichnung durch den polnischen Staatschef empfing.

b) Popularisierung bedeutender Persönlichkeiten.

Nicht nur die eigenen Politiker und die der befreundeten Staaten, sondern auch die Persönlichkeiten des Gegners werden häufig auf recht naive und primitive Weise populär gemacht. Die Popularität der Freunde gleicht einer Art Heiligenverehrung, während die der Feinde sich wenig von der unterscheidet, die gemeingefährliche Verbrecher geniessen. Sie wird erreicht durch Heroisierung auf der einen und Diffamierung auf der anderen Seite.

c) Heroisierung.

Die einfachte Form der Achtungsbezeugung gegenüber den Persönlich-

keiten des eigenen Lagers wird gewählt, wenn in feierlicher Langatmigkeit alle Namen und Titel der Personen genannt werden.

Beispiel:

"Der Morgen" 8.1.1956

"Leipzig, Jena, Weimar feierten K.J. Woroschilow

... als die Wagenkolonne mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets K.J. Woroschilow, dem Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU P.M. Pospelow sowie dem Ausserordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der DDR G.M.Puschkin vor dem Gästehaus eintraf."

Eminente Persönlichkeiten werden besonders charakterisiert, indem der Abstand zwischen ihnen und der übrigen Prominenz betont wird. Ihren Handlungen wird Gravität angeheftet und ihre Äusserungen werden wiedergegeben, als seien sie von hervorragender Bedeutung und erhellten im Augenblick die dunkelste politische Situation. Sie halten "grundlegende Referate" und geben "bedeutsame Erklärungen" ab.

Die Spitzenfunktionäre der SBZ werden in enge Beziehung zur Öffentlichkeit gebracht durch die Anwendung von Personalpronomen.[192)]

Sie zeigen ihre Verbundenheit mit dem Volk, indem sie sich - dem totalitären Anspruch des Regimes gemäss[193)] - jedem Bevölkerungskreis persönlich zuwenden. Besuche in Betrieben, persönliche Besuche bei Neubauern, bei Aktivisten, bei den Opfern von Katastrophen sollen ihre Volksnähe unterstreichen. Gleichzeitig spiegeln diese Begegnungen der Prominenten die allseitige Verehrung, die ihnen zuteil wird. Dankesäusserungen, Tränen der Rührung, Beweise der Ehrerbietung von namenlosen Bürgern werden möglichst im Bild oder in erlebnisnaher Berichterstattung wiedergegeben. Hierhin gehören vor allem die Begegnungen mit der Jugend, mit Frauen und Greisen. Diese dem öffentlichen Leben ferner stehenden Bevölkerungskreise betonen die Beziehung der Prominenz zum Volk stärker als die in das Wirtschaftsleben eingespannten Berufstätigen, die sich nicht als Privatmenschen, sondern nur als Angehörige eines Berufsstandes oder Betriebes solcher Treffen rühmen können.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 14.12.1955

"... Präsident Wilhelm Pieck unterhielt sich mit den Jungen Pionieren und gab ihnen mit, stets die Findigsten zu sein, wenn es gilt, Spiele und Sportkämpfe zu veranstalten, Ausflüge und Besichtigungen zu organisieren. Ein richtiger Pionier müsse mit allen Kindern singen und lustig sein."

In den meisten Fällen ist die Berührung der Prominenz mit dem Privatleben der Bevölkerung etwas peinlich; denn das Leben der Namenlosen ist nicht auf öffentliche Repräsentation ausgerichtet und offenbart die weiten Entfernungen zwischen den Vertretern "des Arbeiterstaates" und den Arbeitern, die sich um deren Popularität willen der Öffentlichkeit opfern müssen. Besonders peinlich aber sind diese Begegnungen, weil sie auffallend an die zurückliegende Epoche des Nationalsozialismus erinnern.

Auch damals wurde in Wort und Bild die enge Verbundenheit zwischen Volk und Führer gepriesen. Am Tag der "Nationalen Solidarität" mischte sich die NS-Prominenz unter das Volk, um für das "Winterhilfswerk" zu sammeln. Von den Anfängen der NS-Bewegung bis zu ihrem Ende spielte der Kontakt Hitlers zur deutschen Jugend eine grosse Rolle. Noch vor der Machtübernahme wurde z.B. ein Bild veröffentlicht, das Hitler mit einem weinenden Arbeiterjungen zeigt. Die Unterschrift lautet: "Gestern haben die Roten meinen Vater erschossen."[194] Eines der letzten Bilder aus der NS-Nachrichtenpolitik zeigte Hitler vor einer Reihe von Jungen in Wehrmachtuniform mit Stahlhelmen, die gerade wegen "Tapferkeit vor dem Feind" mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden sind. Die Berichte von den Erntedankfesten auf dem Bückeberg sprachen von der innigen Verbundenheit zwischen Führer und Bauernschaft. Ähnlich sollte diese Verbundenheit in der SBZ betont werden, als nach der Bodenreform die Parteiprominenz den Neubauern ihre Besitzerurkunden überreichte.

Aber den stets eifrig nach Parallelen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Bundesrepublik spähenden Redakteuren fallen diese sich geradezu aufdrängenden Entsprechungen zur SBZ nicht auf. Die rührende Geste übernommener Patenschaften durch den Staatspräsidenten scheint für den Geschmack des Publikums so würzig zu sein, dass auf eine intensive Ausbeutung dieses Themas nicht verzichtet werden kann. Wie Hitler und Göring damals, so ist heute Wilhelm Pieck Pate in kinderreichen Familien.[195]

Der Staatspräsident, der selbst aus dem eigenen Privatleben eliminiert ist, wird so in das Privatleben des Einzelnen hineingezogen und zu einem Vater des Volkes gemacht.

Alle seine Mitarbeiter erhalten in ihrem Wirken die gravierenden Akzente der Staatsklugheit, Würde, Besonnenheit und das Fluidum eines ständigen Wachseins zum Wohle des Volkes. Es strahlen Gelas-

*Frau Bönisch aus Wettin, die sechs Kindern das Leben schenkte, gratuliert unserem Präsidenten herzlich zu seinem Geburtstag.*

*Unser Präsident übernahm die Patenschaft über den Kleinsten. „Schreiben Sie nur, daß sein Patenkind prächtig gedeiht", bat uns Frau Bönisch, „und für das schöne Paket, das wir kürzlich erhielten, danken wir recht herzlich. Doch das Schönste von allem ist, daß unser geliebter Präsident persönlich die Patenschaft über unseren Bernd übernommen hat. Das kann es auch nur in einem Staat geben, an dessen Spitze Menschen aus dem Volke stehen."*

*Zum Schluß unseres Gesprächs bat uns Frau Bönisch, folgende Zeilen zu veröffentlichen: „Auf diesem Wege danke ich unserem Präsidenten recht herzlich für alles. Ich wünsche ihm zu seinem heutigen 80. Geburtstag alles Gute, Gesundheit, ein langes Leben und noch viel Schaffenskraft."*

"Freiheit" 3. 1. 1956

## Ein schönes Leben bauen die Arbeiter ...

**... und unter ihnen und mit ihnen bauen die Menschen, denen sie das Vertrauen gaben, ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu regieren. Hier ist Walter Ulbricht, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, bei den Kumpeln des Fortschrittschachtes vor Ort.**

"Freiheit"
16. 12. 1955

senheit und Sicherheit von allen ihren Handlungen aus, die das Gefühl der Geborgenheit in der Bevölkerung wecken und eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen sollen.

β) Diffamierung.

Das Gegenteil zu dieser Verehrung und Verehrungswürdigkeit bilden Verachtung und die Verachtungswürdigkeit des Gegners. Alle seine Unternehmungen sollen bösartig, lächerlich oder verzweifelt erscheinen.[196] Diese Einstellung drückt sich im Stil der Meldungen und Berichte aus. Sie werden oft in der überlegen distanzierten Sprache der Gerichtsreportage abgefasst, wenn nicht die bedeutungssteigernde Berichterstattung die Sprache des Kampfes, der Empörung oder des Zornes verlangt.

Beispiel:

"BZ am Abend"
29.12.1955

"Bückling vor Batzelfreund
Berlin (Eig.Ber.). Für volle sechs Monate erhält CDU-Batzels Busenfreund Mönig sein hohes Gehalt vom Wilmersdorfer Bezirksamt bezahlt, ohne dass er einen Handschlag zu tun braucht..."

Es genügt nie, den Gegner politisch zu diffamieren. Sein Vor- und Privatleben muss Ansatzpunkte zu Glossierungen und sogar zu Verleumdungen bieten. Hinweise auf Verbrechen oder verbrecherische Neigungen, auf Korruptionen, auf Vorstrafen geben willkommenen Stoff zur Prägung von Beinamen, die den Betreffenden lange Zeit charakterisieren.

Beispiel:

"Vorwärts"
16.1.1956

"Lotto-Betrüger Haas[197] tippt weiter."

Die "National-Zeitung" brachte 1956 eine Serie von Berichten über das Vorleben westdeutscher Bundestagsabgeordneter. Skandale, an denen politische und möglichst auch kirchliche Prominenz beteiligt ist, werden mit Sorgfalt notiert und sogar als Sensationslügen erfunden. Beinamen für politische Persönlichkeiten sind aber nicht allein von ihrem Privat- oder Vorleben bedingt, sie werden auch aus politischer Sicht erfunden.

Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jacob Kaiser, ist der "Spalterminister" oder der "Spionageminister"; der Bundeskanzler wird vielfach als "Kriegskanzler" bezeichnet.[198]

# Besprechungen zwischen der KPdSU und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

Der Delegation des ZK der KPdSU gehörten die Mitglieder des Präsidiums des ZK N. S. Chruschtschow, L. M. Kaganowitsch, A. I. Mikojan und W. M. Molotow an. Von polnischer Seite nahmen an den Unterredungen teil: die Mitglieder des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei J. Cyrankiewicz, W. Dworakowski, E. Gierek, F. Jozwiak, R. Nowak, Z. Nowak, E. Ochab, A. Rapacki, K. Rokossowski, R. Zambrowski und A. Zawadzki

sowie die Kandidaten des Politbüros H. Chelchowski, S. Jedrychowski und E. Stawinski. Auch W. Gomulka war bei den Unterredungen zugegen.

"Neues Deutschland" 21. 10. 1956

Auch Kollektiva werden geprägt, um die Gesamtheit der leitenden Persönlichkeiten zu erfassen:

Beispiele: "Steigbügelhalter des anglo-amerikanischen Imperialismus"
"Bonner Spalterregierung"
"Westberliner Spaltermagistrat"

Diese Benennungen führen bis zu groben Beschimpfungen.

Beispiele: "Kriegstreiber"
"Totengräber der Jugend"
"Finanzhyänen"
"Reptilien"

Das Timbre der Schimpftiraden klingt jedesmal dann etwas ab, wenn mit der Berichterstattung die diplomatische Verhandlungsebene betreten wird. Dann werden sogar Namen und Amtsbezeichnungen der eben noch beschimpften Gegner genannt. Es ist jedoch auch in solchen Berichten üblich, den Gegner mit einer gewissen Verachtung zu strafen, und neben den klingenden Titeln und Amtsbezeichnungen der Vertreter des eigenen Lagers einfach den Familiennamen des Gegners aufzuführen.

Beispiel[199]:

"Neues Deutschland" 17.7.1956 — "Botschafter Sorin abberufen. ... Am Montag war Botschafter Sorin zu seinem Abschiedsbesuch bei Adenauer."

Zusammenfassung: Die Berichterstattung über Persönlichkeiten der öffentlichen Lebens soll die Überlegenheit des eigenen Lagers gegenüber dem Geltungsstreben des Gegners betonen. Wert und Unwert einer Persönlichkeit müssen deshalb ganz mit ihrem Namen verschmelzen. Durch schmückende oder verzerrende Beinamen soll das Urteil der Masse über Einzelne oder Gruppen präjudiziert werden.

## III. Übertragung von Ereignissen in fremde Lebensräume.

Wie die prominente Persönlichkeit zur Förderung ihrer Popularität die Grenzen des privaten Lebensraumes durchbricht und ihn der Öffentlichkeit preisgibt, so werden durch die Nachrichtenpolitik der SBZ auch Ereignisse von der ihnen eigenen Daseinsebene auf andere Ebenen übertragen. Mit Hilfe dieser Technik kann über Ereignisse berichtet werden, deren wesentlicher Inhalt der Öffentlichkeit verschleiert werden soll. Die Nachrichtenpolitik ignoriert die bedenk-

lichen Phasen des Geschehens[200] und verlagert die Berichterstattung auf unverfängliche Gebiete.

a) Verlagerung politischer Ereignisse.

Die Reisen, die Ostzonen- oder Sowjetpolitiker unternehmen, werden jedesmal von der Berichterstattung der SBZ mit grossem Interesse wahrgenommen. Aus der Art der Berichte geht jedoch hervor, dass es gar nicht darauf ankommt, Sinn und Zweck der Reise festzuhalten, sondern lediglich zu bekunden, welches Ansehen und welche Huldigungen diese Prominenz im Ausland geniesst. Die Ovationstiraden nehmen den meisten Zeilenraum der Pressenachrichten in Anspruch. Die Persönlichkeiten werden von ihrer Abreise an verfolgt, bis sich die Tür zu einem Verhandlungsraum hinter ihnen schliesst. Dann jedoch schweigen die Stimmen, bis sie am Abschluss des Besuches versichern können, dass die Verhandlungen im Geiste echter Freundschaft verlaufen seien.

Der weltpolitische Kontakt wird publizistisch genutzt, um die Macht, die Freundschaft, die Bewunderung und Begeisterung innerhalb des sozialistischen Lagers zu beleuchten. Es ist mit der Reise ein Anlass gegeben zu beweisen: "Wir haben Freunde. - Wir sind stark. - Wir gelten etwas in der Welt."

Das sind die Momente des Ereignisses, die der Berichterstattung wert sind. Wer fragt angesichts der jubelnden Massen vor den Toren, was dahinter verhandelt wurde? Die Begeisterung, die Freundschaft, die sich kundtaten, werden übertragen auf den Kern des Ereignisses, von dem niemand etwas erfährt.

So wird politisches Geschehen, das öffentliche Anteilnahme besitzt, auf die Ebene rein repräsentativen Geschehens geschoben.

b) Ausweitung persönlicher Ereignisse.

Einen anderen Weg laufen Ereignisse, die aus der privaten Sphäre stammen und von der Berichterstattung zu öffentlichen Angelegenheiten gemacht werden, um der extrem wertenden Ideologie Nahrung zu geben.

Die Inhalte solcher Nachrichten und ihre Tendenzen ergeben sich

aus den allgemein verbindlichen und jeweils aktuellen Schwerpunkten. Es muss dabei unterschieden werden zwischen Ereignisberichten, die dem Ereignisinhalt von vornherein eine politische Bedeutung unterschieben und solchen, die mit dem politischen Geschehen nur verknüpft werden.

Zu den erstgenannten gehört beispielsweise die Prügelei zwischen dem Ostberliner Kabarettisten Werner Lierck und zwei amerikanischen Soldaten im Dezember 1955 in der Hajo-Bar in Ostberlin. Das rein persönliche Geschehen wurde von Presse und Funk der SBZ publizistisch genutzt, um die amerikanische Armee und in ihr die Amerikaner schlechthin als Gangster zu diskreditieren.[201)]

Ausweitung der Grenzen eines Ereignisses liegt auch in Meldungen vor, die innerbetriebliche Angelegenheiten in den Bereich der allgemeinen Anteilnahme rücken. Sie betreffen das Einzelbeispiel der Aktivistenbewegung, den Erfolg einer Brigade, einer LPG, die Verpflichtung einer Schulklasse, besser zu lernen usw. Diese Nachrichten, die ihre Publizität eigentlich in Betriebszeitungen oder Fachzeitschriften haben, werden auf die Ebene uneingeschränkten Interesses gehoben, um das Erfolgsstreben des Einzelnen und des Kollektivs anzustacheln.

Zu der zweiten Gruppe von Ereignissen, die persönliches Geschehen mit politischen Forderungen verknüpfen, kann z.B. die Berichterstattung über den Prozess gegen amerikanische Soldaten in Würzburg gerechnet werden.[202)] Ein Bericht über die Prozessführung nach amerikanischen Grundsätzen, der am 12.8.1956 im "Neuen Deutschland" erschien, schildert die grausamen Methoden der Verteidigung, die die Belastungszeugin, ein 15-jähriges Mädchen, bis zum Nervenzusammenbruch getrieben hatte. Anknüpfend an diese Nachricht bringt der Bericht Äusserungen von Einwohnern der Stadt, die politische Zusammenhänge zwischen der Politik der Bundesregierung und diesem Prozess herstellen.

Auch hier bleibt die Berichterstattung nicht auf der Ebene, auf der sich das Ereignis abspielt. Sie nimmt vielmehr die Tatsache, dass der Prozess vor einem amerikanischen Gericht läuft, dass Amerikaner die Angeklagten sind, zum Anlass zur schwerpunktgemässen politischen Agitation.

Die Technik der Übertragung von Ereignissen in fremde Lebensräume lässt sich zusammenfassend umschreiben als ein Durchbrechen der

Grenzen zwischen dem privaten und öffentlichen, dem unpolitischen und politischen, dem individuellen und kollektiven Lebensraum. Dieser Durchbruch geschieht, um die persönliche Empfindungswelt des Menschen besser erreichen zu können, um Gefühle und Triebkräfte in ihm anzuregen, damit er von den Losungen und Zielen der totalitären Macht persönlich berührt wird und sie zu seinen eigenen macht.

Nach den bisher zu beobachtenden publizistischen Aktionen in der SBZ sind in der Nachrichtenpolitik auf diese Weise folgende psychische Saiten am meisten strapaziert worden:

Kampftrieb,
Erfolgsstreben,
Geltungsbedürfnis,
Opferbereitschaft.
Mitleid,
Furcht,
Schutzbedürfnis,
Bedürfnis nach Sicherung und Sicherheit.

## IV. Versuche zur Dokumentation von Behauptungen.

So oft die Nachrichtenverbreitung in der SBZ gezwungen ist, mit Behauptungen zu arbeiten, die keines Beweises fähig sind, da sie der Wirklichkeit nicht entsprechen,[203] so sehr ist sie darauf bedacht, wo immer es möglich ist, mit Beweisen zu operieren, wenn sie meistens auch nur Scheinbeweise anzubieten hat, die sachlich nichts belegen, sondern nur bluffen können.[204]

### a) Die Verwendung der Zahl in der Nachricht.

Ein beliebtes Mittel, Behauptungen unzweifelhaft zu erhärten, ist die Dokumentation durch die Zahl. Die nüchterne mathematische Grösse wird jedenfalls als über jeden Zweifel erhaben angesehen. Wie irreführend gerade mit Zahlen - auch wenn sie nicht gefälscht sind - gearbeitet werden kann, zeigen die Meldungen in der SBZ. In der um aufrichtige Information bemühten Publizistik kommt es vor allem darauf an, die Relationen der Zahlen deutlich zu machen. Dem weicht jedoch die Informationstechnik der SBZ aus, denn ihr dient die Zahl nicht zur Verdeutlichung tatsächlicher Verhältnisse, sondern der Agitation durch imponierende Grössen.

Absolute Zahlen werden deshalb nur eingesetzt, wenn sie in ihrer beträchtlichen Höhe Eindruck machen können.

Beispiel:

"Neues Deutschland" 8.6.1955 — "Cottbus (ADN). Insgesamt 1373 ehemalige Republikflüchtige und Bürger aus Westdeutschland sind in den ersten füneinhalb Monaten dieses Jahres in den Bezirk Cottbus übergesiedelt..."

Diese Zahl wäre nur dann von wirklichem informatorischem Wert, wenn das Verhältnis zu den während dieser Zeit nach Westdeutschland abgewanderten Bürgern dieses Bezirkes dargestellt würde. Als absolute Grösse jedoch ist die Zahlenangabe nichtssagend, ebenso wie in den folgenden Beispielen, wo gleichfalls die Höhe der Zahl nur erschrecken oder Bewunderung erregen will.

Beispiele:

"Berliner Zeitung" 27.5.1955 — "An Freudenhäuser verkauft wurden im vorigen Jahr 8600 japanische Mädchen..."

"Neues Deutschland" 23.3.1955 — "620.000 Jugendliche aus sowjetischen Fabriken haben sich... zur Urbarmachung von Brach- und Neuland gemeldet."

Die runden Zahlen werden vor allem um ihrer Durchschlagskraft willen bevorzugt. Sie haben eine intensivere Wirkung als die exakt aufgeschlüsselten Grössen, weil sie nicht erst wie diese begrifflich verarbeitet zu werden brauchen, sondern sofort zur Wirkung kommen können.

Beispiele:

"Freiheit" 28.12.1955 — "Trotz 25 Grad Kälte hatten sich mehr als zehntausend Einwohner versammelt..."

"Freiheit" 24.11.1955 — "Die sowjetischen Gäste wurden auf dem Bahnhof von Tausenden indischen Bürgern stürmisch begrüsst."

"Neues Deutschland" 14.12.1955 — "Wie in Peking wurden auch in Nanking die Vertreter des demokratischen Deutschlands von Tausenden Menschen erwartet."

Hier hat die Zahl nichts mehr von ihrem Charakter als Grössenmass.[205)]

Die Anwendung der Verhältniszahl ist vor allem da beliebt, wo von kleinen Mengen die Rede ist, die in absoluten Zahlen ausgesprochen, unbedeutend erscheinen würden.

Beispiel:

"BZ am Abend" 25.8.1955 — "Mehr als dreimal so viel Kühe wie auf dem ehemaligen Rittergut stehen in den Ställen der LPG 'Florian Geyer' in Streumen, Kreis Riesa."

Hierbei kommt es nicht auf den Zahlenwert an, sondern auf sein Wachsen gegenüber früheren Verhältnissen. Wieviele Kühe früher in den Ställen standen, wird nicht gesagt. Es ist noch nicht einmal sicher, ob überhaupt Kühe auf diesem Gutshof gehalten wurden. Der Extrakt dieser Meldung, um dessentwillen hier die Verhältnisgrösse angeführt wird, ist bereits in der Unterzeile zur Überschrift ausgedrückt: "LPG Streumen schafft mehr als ein Rittergut."

Noch undurchsichtiger als die Anwendung solcher Verhältnisgrössen sind die Angaben von Prozenten, die vor allem in Nachrichten über Planerfüllung gemacht werden. Die Normenerfüllung und Übererfüllung steigt prozentual ständig, doch ist in der Praxis der Wirtschaft kaum etwas davon zu merken. Die Plangrössen, in Prozentzahlen ausgedrückt, sagen dem Laien nichts Konkretes, sondern repräsentieren lediglich den wirtschaftlichen Aufstieg. Sie dienen oft der Verschleierung wirklicher Verhältnisse, denn Teilergebnisse der Produktion melden stets die Übererfüllung des Planes, die in keinem Verhältnis zum Gesamtergebnis stehen.

Beispiel:

"Freiheit"
28.12.1955

"Gegenüber 1950 hat sich die Bruttoproduktion auf etwa 170 Prozent erhöht. Die Arbeitsproduktivität stieg in dem gleichen Zeitraum auf rund 155 Prozent. Der Belegschaft ist es gelungen, auch ihren Gewinnplan zu erfüllen, obwohl die Produktion des Kombinats in wachsendem Masse von gewinnbringenden Fertigerzeugnissen auf Grundchemikalien umgestellt wurde."

(Aus einem Bericht über die Planerfüllung e i n e s Betriebes)

So kann der Gebrauch der Zahlengrösse in der Nachrichtenpolitik der SBZ als Versuch aufgefasst werden, mit Beweisgrössen zu operieren, die ihrem Charakter nach eindeutig und sachlich sind. Die Informationstechnik will damit den Anschein einer exakten Berichterstattung wecken, sie will durch den Einsatz der Zahl den Eindruck der Worte verstärken und erhärten. Die Zahlenoperationen können als Agitation mit mathematischen Werten, deren guter Ruf hier missbraucht wird, gedeutet werden. Die absolute Grösse, die an sich schon bei hohen Zahlen beeindruckt, verdeckt die Relativität ihres Wertes. Grosse Zahlen wirken deshalb wie Superlative, sie verbergen aber besser den Mangel an Objektivität, der die Wirkung von Superlativen einschränkt.

b) Die Veröffentlichung von Beweismaterial.

Es geht hier inhaltlich meistens darum, Pläne des Gegners oder Material der Geheimorganisationen preiszugeben, um damit zu beweisen, dass alle Befürchtungen bezüglich der imperialistischen Eroberungsabsichten zu Recht bestehen.

Diese Beweise zu erbringen, sind drei Methoden in der SBZ besonders beliebt:

1. Veröffentlichung von Aktenmaterial.
2. Bekenntnisse verhafteter oder übergelaufener "Agenten".
3. Entdeckung von Anschlägen auf "das Wohl und die Sicherheit der Bevölkerung."

1. Veröffentlichung von Aktenmaterial.

Die Veröffentlichung von Aktenmaterial über militärische oder politische Pläne des Gegners hat den Zweck, seine Handlungsweise auf die Prophezeiungen und Einschätzungen der Ideologie abzustimmen. Da sich diese im offiziellen Weltgeschehen nicht erfüllen, muss Material zu ihrer Bestätigung hinter den Kulissen gesucht werden.[206] Geheimdokumente, die meist aus "unbedingt zuverlässigen Quellen" stammen, werden deshalb von Zeit zu Zeit entdeckt und in bedeutungssteigernder Aufmachung veröffentlicht.

Die Dokumente haben aber nie die Beweiskraft, die ihnen unterschoben wird; denn die Methode der Publikation legt den Verdacht auf Fälschungen sehr nahe. Es werden nämlich meist nur maschinengeschriebene Textauszüge oder Druckerzeugnisse wiedergegeben; Briefköpfe, Siegel oder Unterschriften fehlen jedoch meistens. Sie sind nur vorhanden, wenn von RIAS, der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder dem Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen solche "Geheimdokumente" veröffentlicht werden.[207] Schon dadurch wird die Glaubwürdigkeit der meisten Dokumente eingeschränkt. Die Beweiskraft beruht also im wesentlichen auf Bluff, denn das Bild - sei es als Photographie oder Photokopie - geniesst in der breiten Öffentlichkeit Vertrauen.

2. Bekenntnisse verhafteter oder übergelaufener "Agenten".

Ebenso sind die Beweise aus den Geständnissen verhafteter "Agenten" zu werten. In diesem Falle wirkt die Direktübertragung aus dem

# NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Berlin, Freitag, 15. Februar 1957 — 12. (68.) Jahrgang / Nr. 40 / Einzelpreis 15 Pf


# Geheimdokument Rockefellers

## Vertrauliches Schreiben des Standard-Oil-Königs an Präsident Eisenhower

## Zynischer Plan der USA-Weltherrschaftsziele

## Das Rezept: „Wirtschaftshilfe" — wirtschaftliche Abhängigkeit — politische Beherrschung — Militärpakte — Blutzoll der Völker für die USA

## Ungeheuerliches Zeugnis imperialistischer Unmenschlichkeit

**Berlin** „Neues Deutschland" ist in der Lage, heute unserem Volke und der Weltöffentlichkeit den authentischen Text eines geheimen Schreibens zur Kenntnis zu bringen, das der Erbe des größten amerikanischen Öltrusts, Standard Oil Corporation, **Nelson A. Rockefeller**, im Januar 1956 an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Dwight D. Eisenhower, gerichtet hat. Der Text, der uns in englischer Originalfassung und in vollem Wortlaut vorliegt, stammt aus einer unbedingt zuverlässigen Quelle.

### „Rockefeller-Brief" eine Fälschung

**Stellungnahme des Weißen Hauses**

**Thomasville** (Georgia) (dpa). **Der Pressesekretär des Weißen Hauses, Hagerty, hat das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", der Fälschung beschuldigt.** Das Blatt hatte am vergangenen Freitag ein angebliches Geheimschreiben des früheren außenpolitischen Beraters Präsident Eisenhowers, Nelson A. Rockefeller, an den Präsidenten veröffentlicht. In dem angeblichen Schreiben sollte Rockefeller Eisenhower unter anderem vorgeschlagen haben, durch die amerikanische Wirtschaftshilfe eine militärische und wirtschaftliche Beherrschung der Empfänger-Staaten zu erreichen. Hagerty erklärte, er sei nach einer sorgfältigen Prüfung in der Lage, festzustellen, **daß dieser angebliche Brief Rockefellers eine „völlige Fälschung"** sei. Seine Prüfung habe sich auf die Akten des Weißen Hauses und eine Unterredung mit Rockefeller selbst erstreckt. „Von Rockefeller ist kein derartiger Brief empfangen und auch nicht geschrieben worden. Ein solcher Brief ist auch nicht von anderen Beratern des Präsidenten geschrieben worden. Darüber hinaus wurde eine derartige Politik niemals dem Präsidenten vorgeschlagen oder von ihm erwogen".

Gerichtssaal als Masstab für die Fragwürdigkeit dieser Dokumente. Bei der Beweisaufnahme erfasst nämlich das Mikrofon die Stimmen von Angeklagten und Vorsitzendem und macht sie zu wichtigen Reagenzien für die Echtheit dieser Geständnisse. Die mechanische Bestätigung der Suggestivfragen kann nicht als freies Geständnis betrachtet werden. Im Gerichtsbericht der Presse aber, der durch das Medium des Reporters geht, fällt der Eindruck der Stimmen fort. Deshalb wirken die Geständnisse hier frei von Beeinflussung und bilden Scheindokumente für unterirdische Verschwörungen gegen die SBZ.

3. Entdeckung von Anschlägen auf "das Wohl und die Sicherheit der Bevölkerung".

Auch die Entdeckung von "verbrecherischen Anschlägen" des Feindes auf die Versorgung oder die Sicherheit der Bevölkerung wird der Öffentlichkeit dokumentarisch vor Augen geführt. Entweder bieten sich Gelegenheiten als Scheinbeweis für eine aufgestellte Behauptung von selbst an, oder sie werden konstruiert.[208)]

Internationale Journalisten, denen diese Beweisstücke vorgeführt werden, sollen das unbestechliche Publikum bilden, das die Dokumentationen erhärtet. Da sich bei der geringen Kreditwürdigkeit der SBZ in der Welt kaum internationale Beobachter dazu finden, ist diese Methode verhältnismässig selten. Sie wird vor allem des einen Musterbeispiels wegen erwähnt, das mit der Aushebung des Tunnels, der von amerikanischen Geheimorganisationen gebaut sein sollte, gegeben wurde.[209)].

Dieser Tunnel sollte den "Agenten" beim Abhören von Telefongesprächen gedient haben. Er war dicht an der Sektorengrenze zwischen sowjetischem und amerikanischem Besatzungsgebiet in Berlin entdeckt worden und wurde lange Zeit der Bevölkerung als eindeutiger Beweis für die Spionagetätigkeit der "Imperialisten" vorgeführt.

---

Die Systematisierung der einzelnen nachrichtenpolitischen Techniken nötigte dazu, das Nachrichtenmaterial so zu gliedern, dass sich beispielhafte Erscheinungen zeigten. Das Zusammenspiel der Techniken beim Erfassen eines Ereignisses musste demgegenüber ganz zurücktreten. Deshalb soll nun die Berichterstattung über e i n Ereignis

in e i n e r Zeitung analysiert werden, um zu zeigen, wie die bisher beschriebenen einzelnen Techniken gemeinsam an der Verzerrung und Verfälschung eines Geschehnisses wirken.

D.

Analyse der Berichterstattung über die Ereignisse am 17. Juni 1953 in Berlin, untersucht am Beispiel der "Berliner Zeitung".

I. Die publizistische Bedeutung der Volkserhebung am 17.Juni 1953.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Berlin und anderen Städten der SBZ war ein Ereignis, das tagelang die Presse der westlichen Welt beschäftigte und das Problem der Spaltung Deutschlands auch in Länder trug, die bisher der deutschen Frage wenig Interesse entgegenbrachten. Es war bis zu diesem Zeitpunkt nicht für möglich gehalten worden, dass sich die Bevölkerung der SBZ so geschlossen gegen ihre Unterdrücker zur Wehr setzen könnte und würde. Berlin stand in diesen Tagen im Brennpunkt des Weltgeschehens, und die Ereignisse riefen ein ausserordentlich starkes Echo in der Weltpresse hervor. Der Volksaufstand hatte die Öffentlichkeit der Welt alarmiert. Auch die Machthaber in der SBZ sahen sich vor ein Ereignis gestellt, mit dem sie kaum gerechnet haben dürften. Die Bevölkerung hatte zwar schon hier und dort ihre Unzufriedenheit mit den drückenden Massnahmen im Rahmen des Aufbauprogramms des Sozialismus gezeigt, aber Partei und Regierung glaubten, mit der Verkündung des "Neuen Kurses" der allgemeinen Erregung entgegentreten zu können. Die Beschlüsse des Ministerrates vom 11.6. hatten die Härtemassnahmen gegen Kleinhandel und Handwerk zurückgenommen, der Interzonenverkehr war erleichtert worden. Auf Grund dieser Lockerungen glaubte die SED, den Äusserungen der Unzufriedenheit den Nährboden entzogen zu haben und publizierte Dankeserklärungen der Bevölkerung zum "Neuen Kurs".

Die Erhebung am 17. Juni traf die Machthaber als ein Ereignis, das in der westlichen Welt als Beweis gegen die stets betonte Einheit von Volk und Staat angesehen werden musste. Aus dieser Situation

der Staatsführung in der SBZ und aus der Reaktion des Westens auf die Ereignisse am 17. Juni ergaben sich die Aufgaben für die nachrichtenpolitische Argumentation der SBZ zur Volkserhebung.

## II. Aufgaben der nachrichtenpolitischen Argumentation in der SBZ.

Zu den ersten Aufgaben der Berichterstattung in der SBZ gehörte es, die alarmierende Wirkung des Geschehens am 17. Juni aufzufangen. Presse und Rundfunk mussten den Aktualitätswert des Ereignisses heruntersetzen, mussten zeigen, dass die angegriffene Macht des Zonenstaates in voller Kraft den Aufstand überwunden hat, mussten von dem Ereignis wie von einem rasch vorübergegangenen Spuk berichten. Die Erhebung selbst durfte dabei nicht als Volkserhebung dargestellt werden, sondern alles Geschehen um die Aufständischen musste auf das Niveau eines gemeinen feigen Gangsterüberfalles herabgedrückt werden, der keinem anderen Ziel diente als dem, Ruhe und Ordnung zu stören.

Die am Aufstand Beteiligten mussten deshalb von den Werktätigen distanziert werden. Es musste ein deutlicher Unterschied gemacht werden zwischen Arbeitern, die mit dieser oder jener Massnahme der Regierung nicht einverstanden waren und den Elementen, die angeblich eine planmässige Störung des Lebens in der SBZ zum Ziele hatten. Letzten Endes aber musste das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht in den Aufstand als freundschaftliche Hilfeleistung verstanden werden und nicht als Eingriff einer fremden Macht in die inneren Angelegenheiten eines Volkes.

## III. Die Erfüllung der nachrichtenpolitischen Aufgaben in der "Berliner Zeitung".

Der Volksaufstand erschien als Ereignisbericht am 18. Juni 1953 auf der Lokalseite der "Berliner Zeitung". Die Publizistik der SBZ wich damit einer angemessenen Berichterstattung aus. Sie fing die Wirkung des Ereignisses ab durch Verkündung einer "Bekanntmachung der Regierung", eines "Befehls des Militärkommandanten" und eines "Aufrufs an die Berliner Bevölkerung", der von der Bezirksleitung der SED und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund erlassen war.

Einzelnummer 10 Pf.

# Berliner Zeitung

Heute ausführlicher Sport

9. Jahrgang

Nr. 136

Die „Berliner Zeitung" erscheint täglich, außer montags, sonntags mit Beilage „Bild-Ei" — Red. u. Verlag: Berlin W 8, Jägerstr. 10/11; Telegr.-Adr.: Berlinerzeitung Berlin

Dienstag, 16. Juni 1953

Abonnement: Berlin monatlich 3 DM frei Haus; einschl. 2,75 DM frei Haus. — Anzeigen: mm-Zeile 4,5 DM (netto) 3 DM. — Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Mitte

## Die Handwerker

Verachtet mir die Meister nicht. Wie oft kommt einem dieser Satz in den Sinn, wenn man einen Tischler oder Klempner bei einer schwierigen Reparatur beobachtet. „Na, dieses Möbelstück ist nicht mehr zu retten", sagt man sich als Laie, und dann nimmt der Meister das Stück Holz in die Hand, als ob er es nach seinem Willen beliebig formen könne und fügt die Teile zusammen. Oder man steht vor seinem Auto, besieht sich den Schaden und denkt: jetzt ist es aus. Aber wie schnell findet der erfahrene Automechaniker einen überraschenden Ausweg. Wie freuen sich die Berliner über die wunderschönen Glasschleifarbeiten im Café „Warschau" in der Stalinallee, die an ganz alte Traditionen anknüpfen und doch so gut in den modernen Rahmen hineinpassen. Man wird nicht müde, das künstlerische Können und das gewaltige technische Wissen, das in unserem Handwerk liegt, zu bewundern. Das ist nicht nur ein moralisches Kapital; die Produktionskapazität unseres Handwerks ist auch ein volkswirtschaftlicher Faktor von großer Bedeutung.

Man kann nicht sagen, daß das Handwerk der DDR in der letzten Zeit dieser Bedeutung entsprechend behandelt worden ist. In der Materialzuteilung, in der Versorgung mit flüssigen Geldmitteln wurde das Handwerk trotz gelegentlicher Verbesserungsversuche vernachlässigt, andererseits aber bei der Steuereintreibung zu scharf angefaßt. Hier liegt einer der Fehler, die die Regierung durch ihre Beschlüsse der vergangenen Woche korrigiert. Das produzierende und reparierende Handwerk wird jetzt alle Möglichkeiten erhalten, seine Kapazitäten auszunutzen.

In erster Linie muß die Materialversorgung verbessert werden. Die Regierung hat zugesagt, daß das Handwerk mehr Materialien als bisher bekommen wird, um mitzuhelfen, all die Bedarfsartikel des täglichen Lebens zu produzieren, deren Fehlen wir unter der Überschrift „Ham wa nich" oft genug in der „BZ" kritisierten. Die Staatliche Plankommission hat alle diese Publikumswünsche in einem mehrere hundert Artikel umfassenden Zusatzplan zusammengefaßt, der kürzlich vom Ministerrat genehmigt wurde. Alle Handwerker sind aufgerufen, ihre Kraft und Erfindungsgabe für die Bereicherung des Warensortimentes einzusetzen. Vor allem für das Textilhandwerk ergeben sich aus der veränderten Lage erhebliche zusätzliche Möglichkeiten. All die Zwischenmeister, Mützenmacher, Sattler, Tapezierer, aber auch die Klempner, Tischler und andere Handwerker Berlins und der Republik werden jetzt mehr als bisher zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards beitragen können. Dazu wird es nötig sein, wenn das Handwerk den Einzelhandel nicht direkt beliefern kann, daß die DHZ viel mehr Aufträge an das Handwerk vergeben als bisher.

Auch das reparierende Handwerk hat große Materialsorgen. Die Klempner-Genossenschaft des demokratischen Sektors hat in den ersten Monaten dieses Jahres nur den vierten Teil dessen erhalten, was sie zur Durchführung aller Aufträge benötigt hätte. Die Materialverwaltungen müssen jetzt auf die Wünsche der Genossenschaften besser eingehen, damit diese ihre Mitglieder versorgen können.

Es handelt sich um Materialmengen, die schon in die Waagschale fallen und die man nicht einfach improvisieren kann. Der Beschluß, die Leichtindustrie und das beteiligte Handwerk stärker als bisher zu berücksichtigen, ist nicht anders als durch eine Planänderung zu verwirklichen. Die Regierung hat diese Konsequenz gezogen. In dem Kommuniqué des Ministerrats vom 11. Juni heißt es: „In der nächsten Zeit werden Veränderungen des Fünfjahrplans durchgeführt werden, welche die weitere Verbesserung der Lebenslage ermöglichen." Aus dem Kommuniqué geht weiter hervor, daß diese Veränderungen auf Kosten des Entwicklungstempos unserer Schwerindustrie gehen.

Viele Handwerker führten in der zurückliegenden Zeit lebhafte Klage darüber, daß ihre Rechnungen von staatlichen und städtischen Verwaltungen, aber auch von volkseigenen Betrieben häufig nur schleppend bezahlt wurden. Wir kennen zahlreiche Fälle, in denen Handwerker mehrere Monate auf Zahlung warten mußten. Nicht wenige kamen Freitags bei der Lohnzahlung in arge Verlegenheit. Diese Handwerker wiesen darauf hin, daß andererseits ihre Steuern rigoros eingetrieben wurden. In der DDR gilt eine gesetzliche Zahlungsfrist von 15 Tagen, auf deren Einhaltung auch gegenüber den Handwerkern von jetzt ab peinlich zu achten ist.

Wie wir von der Handwerkskammer Berlin hören, haben die Beschlüsse der Regierung, die zum Teil von den Handwerkern seit längerer Zeit gefordert wurden, ein freudiges Echo ausgelöst und die Bereitschaft des Handwerks, an der Erhöhung der Lebenshaltung mitzuarbeiten, verstärkt. Die Handwerker haben aber auch sehr wohl verstanden, daß es hier nicht darum geht, eine Schicht vor anderen zu begünstigen, sondern daß es sich um eine grundsätzliche Maßnahme unserer Regierung handelt, das Leben auch der anderen werktätigen Schichten zu verbessern. Die Handwerker erhalten diese Erleichterungen, weil sie ein wichtiger produktiver Teil der Bevölkerung sind und deshalb, damit sie ihre Aufgabe, den Lebensstandard der Allgemeinheit zu heben, besser als bisher erfüllen können. Dr. G.

# Den Weg zur Verständigung geebnet

### Freudiges Echo zu neuen Maßnahmen der Regierung: Überzeugender Beweis für Aufrichtigkeit

**Berlin (Eig. Ber./ADN). Nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in weiten Teilen Westdeutschlands haben die Vorschläge des Politbüros des ZK der SED und die Beschlüsse unserer Regierung zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ein lebhaftes und freudiges Echo ausgelöst und stärkste Beachtung gefunden. Den Berichten zufolge wird dabei immer wieder hervorgehoben, daß diese Maßnahmen in hervorragender Weise dazu geeignet sind, die Kluft zwischen Ost und West zu überbrücken und das Vertrauen der Bevölkerung der DDR in die nationale Politik ihrer Regierung zu stärken und zu festigen.**

„Die neuen Maßnahmen des Ministerrats der DDR zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland sind ein entscheidender Schlag gegen die Kriegstreiber. Damit wird der ganzen Hetze gegen unsere Brüder und Schwestern in der DDR die Basis entzogen und der Weg zur Annäherung geebnet", erklärte der Nürnberger Mechaniker Werner Vielhaben einem Pressevertreter. Als „einen überzeugenden Beweis für die Aufrichtigkeit und die Bemühung der Regierung der DDR bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" bezeichnete der Nürnberger Radiotechniker Hermann Rascher die Beschlüsse des Ministerrats.

Den aufrichtigen Dank von 50 000 Handwerks- und kleingewerblichen Betrieben der Bezirke Halle und Magdeburg für die vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen hat das Präsidium der Landeshandwerkskammer Sachsen-Anhalt in einem Telegramm dem Politbüro der SED und dem Ministerrat ausgesprochen. Darin wird betont, daß hiermit die Produktionsmöglichkeiten und die Lebenshaltung der Handwerker wesentlich verbessert werden. Besonders begrüßt werden die Aussetzung der Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Steuerrückständen und die Wiederausgabe von Lebensmittelkarten an alle Handwerker. Der zweifache Nationalpreisträger Chefdirektor Franz Bandel vom Walzwerk für Buntmetalle in Hettstedt begrüßte uneingeschränkt die neuen Richtlinien der Regierung, „da das große Ziel, die Einheit Deutschlands, jetzt im Vordergrund stehen muß, und die neuerlichen Maßnahmen eine Annäherung und Verständigung zwischen Ost und West bewirken werden".

„Noch nie ist es in Deutschland der Fall gewesen, daß eine Regierung oder Partei so offen vor der Bevölkerung zu Fehlern Stellung nahm und unverzüglich Maßnahmen zu ihrer Beseitigung einleitete", erklärte der Böttchermeister Müller aus Burkhardtsdorf im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Der Intendant des Staatstheaters Schwerin, Edgar Bennert, betonte: „Mögen antidemokratische Menschen, feindliche, kriegslüsterne Elemente über diese Selbstkritik eine hämische Freude empfinden: Wir schreiten ruhig und fest auf dem Wege der Verantwortung für die Zukunft des gesamten deutschen Volkes unbeirrbar weiter."

## Neuregelung bei Anträgen für Interzonenpässe

**Berlin (ADN).** Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit: Ab 17. Juni 1953 tritt eine Neuregelung der Antrags- und Ausgabeverfahren bei Interzonenpässen und Aufenthaltsgenehmigungen in Kraft.

1. Anträge auf Ausstellung eines Interzonenpasses für Reisende nach Westdeutschland sind nur beim zuständigen Volkspolizei-Kreisamt einzureichen. Die Anträge und Fragebogen können nur noch in deutscher Sprache ausgefüllt zu werden. Voraussetzung für die Ausstellung eines Interzonenpasses ist die Beibringung einer Aufenthaltsgenehmigung für Westdeutschland. Die Bescheinigung der Deutschen Volkspolizei ist ungültig, die Anträge unbefürwortet und in möglichst kurzer Frist zu bearbeiten.

2. Aufenthaltsgenehmigungen für Interzonenreise aus Westdeutschland werden in Zukunft nur noch von den Ämtern der Kreise ausgegeben. Die Interzonenreisenden aus Westdeutschland haben sich nach ihrem Eintreffen binnen 24 Stunden bei der für den Aufenthaltsort zuständigen Hauptwache der Deutschen Volkspolizei anzumelden. Anträge auf Verlängerung der Interzonenpässe für Reisende aus Westdeutschland können beim zuständigen Volkspolizei-Kreisamt gestellt werden.

### Weltfriedensratstagung eröffnet

**Budapest** (ADN) Im großen festlich geschmückten Sitzungssaal des Hauses der Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter in Budapest wurde Montag die Tagung des Weltfriedensrates feierlich eröffnet. Unter den zahlreichen Delegierten befinden sich viele namhafte Persönlichkeiten und hervorragende Friedenskämpfer aus allen Ländern. In das Präsidium wurden unter anderen gewählt: Ilja Ehrenburg, Kuo Mo-jo, James Endicott, Isabella Blume, Tibor Erdei Gruz. Von der gesamtdeutschen Delegation sind im Präsidium Oberbürgermeister a. D. Wilhelm Elles, Johannes R. Becher, der Präsident des deutschen Friedensrates, Professor Walter Friedrich, und Minister Paul Wandel vertreten.

### Gemeinsam auf der Ausbaubahn

**Berlin** (Eig. Ber.). Sämtliche Leichtathletik-Meisterschaften im Jahre 1954 gemeinsam durchzuführen, beschlossen am letzten Sonnabend auf einer Besprechung in Berlin Vertreter des westdeutschen Leichtathletik-Verbandes und der Sektion Leichtathletik der DDR. Noch in diesem Jahr kommt es zu gesamtdeutschen Mehrkampf- und Mannschafts-Meisterschaften. (Siehe auch Sportteil.)

### Generalstreik in Griechenland

**Athen** (hu. Eig. Ber.). Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat gegen die mit der Abwertung der griechischen Währung verbundene weitere Verelendung des Volkes Protest erhoben und die Werktätigen zu einem Generalstreik am 19. Juni aufgefordert

# Verwirrung in Bonner Regierungskreisen

### Auslandsecho auf Beschlüsse des Ministerrates / Aussicht auf Wiedervereinigung deutliche Möglichkeit

**Berlin (ADN/Eig. Ber.). Das Kommuniqué des Politbüros der SED und die Beschlüsse des Ministerrates der DDR bilden weiterhin den Gegenstand eingehender Erörterungen der ausländischen Presse. Der Londoner „Observer" schreibt, daß die Absicht auf die Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands angesichts dieser Entwicklung „jetzt gewiß wieder als eine deutsche Möglichkeit" erscheine. Der Londoner Rundfunk kommentiert diese Schritte mit der Feststellung, daß sie als ein weiterer Beitrag zu den Versuchen angesehen werden müssen, den Beginn von Viermächte-Verhandlungen möglich zu machen.**

Die britische konservative Zeitung „Sunday Dispatch" deutet an, daß die letzten Ereignisse dazu beitragen könnten, die Stellung Adenauers und die Unterstützung für seine europäische Politik für die Gegenwart und bis zu den September-Wahlen zu schwächen." Der westdeutsche Korrespondent der „New York Times", M. S. Handler, stellt fest, daß die neuen Beschlüsse der Regierung der DDR „Verwirrung und Furcht in den Kreisen der Adenauer-Regierung hervorgerufen haben".

„Die Völker des Westens wurden sich selber und der Nachwelt unrecht tun, wenn sie den Lichtstrahl am östlichen Himmel nicht zum größtmöglichen Vorteil wahrnehmen wollten", erklärt die bürgerliche britische Zeitung „Daily Mail". Die Beschlüsse des Ministerrats der DDR seien von größerer Bedeutung als irgendein Ereignis woanders". Das Wirtschaftsblatt „Financial Times" betont, „eines der Hauptziele der neuen ostdeutschen Maßnahmen ist klar die Ausweitung des Handels mit Westdeutschland, um der politischen Vereinigung den Weg zu ebnen."

**Paris** (ADN/Eig. Ber.). Die bürgerliche Zeitung „Combat" ist der Ansicht, daß die Beschlüsse offenbar dem Ziel dienen, „die Atmosphäre für eine Ost-West-Konferenz zu schaffen". Ähnlich drückt sich der reaktionäre „Figaro" aus. Die „Humanité" erklärt: „Die Beschlüsse werden die Franzosen in ihrem Kampf gegen die Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris und für eine Viererkonferenz zur friedlichen Regelung der deutschen Frage ermutigen."

Wie die französische Nachrichtenagentur AFP aus Washington berichtet, werden die Maßnahmen der Regierung der DDR in amerikanischen Regierungskreisen „äußerst zurückhaltend" kommentiert. „Die Sachverständigen sind allgemein der Auffassung, daß es sich um ein Ereignis von großer Bedeutung handelt." Die Regierung der DDR habe „konkrete Beweise für ihren Willen gegeben, die Einheit Deutschlands zu verwirklichen." (In. landsecho S. 2.)

# Hilfe erfolgte unbürokratisch

### Republikflüchtige kehrten auf Grund der Ministerratsbeschlüsse heim

**Berlin (ADN). Die Beschlüsse des Ministerrats der DDR, durch die die in der Vergangenheit gemachten Fehler beseitigt werden, haben die Republikflüchtigen tief beeindruckt. Viele entschlossen sich, unverzüglich in ihre Heimat zurückzukehren. Über die Einsatzbereitschaft der Volkspolizei im demokratischen Sektor und über die katastrophalen Verhältnisse in den Westberliner Flüchtlingslagern berichtete das Ehepaar Hübner aus Rostock, das Mitte Mai nach Westberlin geflüchtet war.**

„Am Freitag erhielt ich durch die demokratische Presse Kenntnis von den großzügigen Beschlüssen der Regierung der DDR", sagte Erich Hübner. „Schon am Nachmittag desselben Tages befanden wir uns auf der Volkspolizeiinspektion Berlin-Mitte. Nie hätte ich erwartet, auf soviel Hilfsbereitschaft und Verständnis zu stoßen. Völlig unbürokratisch wurde uns geholfen. Wir erhielten sofort etwas zu essen und eine menschenwürdige Unterkunft. Erstmalig schliefen wir wieder in weißbezogenen Betten. Außerdem gab es pro Person — wir waren nicht die einzigen Rückkehrer — 10 DM und eine Fahrkarte nach unseren Heimatorten."

In Westberlin war das Ehepaar Hübner in dem Flüchtlingslager Am Karlsbad 16 im Bezirk Tiergarten (brit. Sektor) untergebracht gewesen. In dieser Elendssiedlung vegetieren etwa 1600 Republikflüchtige. Das Elend und die Zustände dort sind katastrophal. „Ich hauste gemeinsam mit 17 anderen Männern in einem Raum von etwa 4×5 Metern", berichtete Erich Hübner. Als menschenunwürdig bezeichnete er die sanitären Anlagen und die ärztliche Betreuung. Die unhygienischen Verhältnisse führen häufig zu ansteckenden Krankheiten. Unter den Kindern herrschen gegenwärtig die Masern. Die Waschanlagen und Toiletten sind völlig unzureichend. Den 1600 Lagerinsassen steht täglich für nur eine Stunde ein Arzt zur Verfügung. „Unter den Lagerinsassen", fuhr Hübner in seiner Schilderung fort, „herrscht aus all diesen Gründen tiefe Verzweiflung, die noch genährt wird durch Schreiben von Republikflüchtigen aus Westdeutschland, deren Los keineswegs besser ist als unseres."

## „Zu solcher Regierung kann man Vertrauen haben"

*Zu den jüngsten Beschlüssen des Ministerrats der DDR äußerte der Westberliner Tischlermeister Rudi J. aus Berlin-Schöneberg: „Mehr rückhaltlos zugeben, das kann sich nur eine Regierung leisten, die weiß, daß sie das Vertrauen des Volkes genießt. Das sollte mal bei uns geschehen, dann hier werden am laufenden Band Fehler gemacht. Die Beschlüsse schaffen aber auch viele Hemmnisse auf dem Wege zur einheitlichen Deutschland betreffe."*

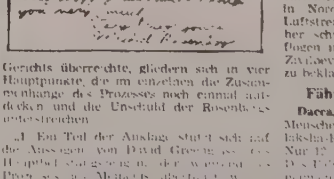
*„Es ist eine vollkommen neue Situation geschaffen worden", erklärte der evangelische Ingenieur Kurt Schulte aus Berlin-Treptow. „Ich glaube auch, daß damit der Beweis erbracht ist für den guten Willen der Regierung, zu einer Verständigung mit dem Westen zu gelangen. Ich aber hinaus kann ich noch nicht sagen, ob [illegible] Ich glaube, daß [illegible] Zu solcher Regierung kann man Vertrauen haben."*

# Hinrichtungsaufschub abgelehnt

### Bloch wird Gnadengesuch einreichen / Neuer Brief Michael Rosenbergs

**Washington (ADN). Der Oberste Gerichtshof der USA lehnte Montag in seiner letzten diesjährigen Sitzung den Aufschub des Hinrichtungstermins für das unschuldig zum Tode verurteilte Ehepaar Rosenberg ab. Verteidiger Bloch gab bekannt, daß er bei USA-Präsident Eisenhower noch einmal ein Gnadengesuch einreichen werde.**

**New York** (Eig. Ber.). Auf einer Pressekonferenz in New York unterbreitete Verteidiger Bloch der Öffentlichkeit neues Beweismaterial für die Unschuld von Ethel und Julius Rosenberg, das dem Obersten Gerichtshof und Präsident Eisenhower Sonnabend durch das Mitglied des Obersten Gerichts, Richter Jackson, übermittelt wurde. Richter Jackson setzte sich bereits zweimal für eine sofortige Revision des Prozesses ein. Die Dokumente, die er nach einer Unterredung mit Verteidiger Bloch persönlich dem Präsidenten des Obersten



Gerichts überreichte, gliedern sich in vier Hauptpunkte, die im einzelnen die Zusammenhänge des Prozesses noch einmal aufdecken und die Unschuld der Rosenbergs unterstreichen.

[illegible] Teil der Anklage stützt sich auf die Aussagen von David Greenglass [illegible] Hauptbelastungszeuge in der Verhandlung gegen [illegible] Rosenberg. Greenglass bekannte [illegible] Prozeß, daß [illegible] Greenglass belastende [illegible] Lügen [illegible] Rosenbergs [illegible] Los Alamos [illegible]

Michael Rosenberg sandte an Präsident Eisenhower einen neuen Brief, in dem es heißt: „Ich bin heute mit meinem kleinen Bruder Robbie und meiner Großmutter in Washington. Sie brachte mich zum Weißen Haus und ich überbringe Ihnen diesen Brief. Ich hoffe sehr, daß Sie meinen anderen Brief (s. Abb.) erhalten haben, weil ich ihn geschrieben habe, um Ihnen zu sagen, daß man Papa und Mama nichts Böses antun soll."

### USA setzen Terror fort

**Phoenxjang** (Eig. Ber.). Obwohl Indien, die Tschechoslowakische Republik, Schweden, die Schweiz und die Volksrepublik Polen ihre Vertreter für die Repatriierungskommission bereits benannt haben und die positiven Ergebnisse der Verhandlungen einen Waffenstillstand in Kürze erwarten lassen, setzt die USA-Luftwaffe ihre barbarischen Terrorangriffe auf Wohnviertel in Nordkorea fort. Die amerikanischen Luftstreitkräfte führten Sonntag den bisher schwersten Tagesangriff durch. Sie flogen insgesamt 1610 Einsätze. Unter der Zivilbevölkerung waren zahlreiche Opfer zu beklagen.

### Fährschiff kenterte — 188 Tote

**Dacca, Ostpakistan** (Eig. Ber.). Mit 200 Menschen an Bord kenterte auf dem Sitalakshia-Fluß in Pakistan eine Motorfähre. Nur 12 Fährgäste konnten gerettet werden. Das Fährschiff hatte nur 55 Passagiere aufzunehmen.

**Rio de Janeiro** (Eig. Ber.). Bei einem Brand in einem überfüllten Klubhaus in [illegible] Pedro kamen 73 Menschen in den [illegible] um oder wurden zu Tode getreten. Das Feuer wurde erst entdeckt, als das Gebäude schon in hellen Flammen stand.

Einzelnummer 10 Pf.

# Berliner Zeitung

9. Jahrgang

Nr. 138

Die „Berliner Zeitung" erscheint täglich, außer montags, gemeinsame Ausgabe „BZ-Ost" — Red. u. Verlag: Berlin W 8, Jägerstr. 36/41; Telegr.-Adr.: Berlinerzeitung Berlin

Donnerstag, 18. Juni 1953

Abonnement Berlin monatlich 5 DM frei Haus; ausserhalb 4,75 DM frei Haus. — Anzeigenpreis 60 Rpf. 5 DM. — Herausgeber und Gesellschafter

## Bekanntmachung der Regierung

Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von feindlichen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden. Diese Provokationen nehmen die Herstellung der Einheit Deutschlands erschwert.

Der Anteil für die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin ist durch den gestrigen Beschluß in der Normenfrage fortgefallen.

Die Umtriebe, zu denen es dennoch gekommen ist, sind das Werk von Provokateuren und feindlichen Agenten amerikanischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen. Diese Kräfte sind mit der demokratischen Macht in der Deutschen Demokratischen Republik, die die Verbesserung der Lage der Bevölkerung organisiert, unvereinbar. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf:

1. die Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt zu unterstützen und die Bedingungen für eine normale und ruhige Arbeit in den Betrieben zu schaffen;
2. die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft. Die Arbeiter und alle ehrlichen Bürger werden aufgefordert, die Provokateure zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben.
3. Es ist notwendig, daß die Arbeiter und die technische Intelligenz in Zusammenarbeit mit den Maßnahmen selbst die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des normalen Arbeitsrhythmus ergreifen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:
Otto Grotewohl
Ministerpräsident

Berlin, den 17. Juni 1953.

## Befehl des Militärkommandanten

**des sowjetischen Sektors von Berlin betr. Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin**

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und anderen Fahrzeugen wird von 21 Uhr bis 5 Uhr verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Groß-Berlin
gez. Generalmajor Dibrowa

## Aufruf an die Berliner Bevölkerung

Die Bezirksleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Magistrat von Groß-Berlin und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund Groß-Berlin richten folgenden Aufruf an die Berliner Bevölkerung:

Berlinerinnen und Berliner!

Die Gegner des Friedens und der Regierung stören die ruhige Erfüllung Ihrer berechtigten Forderungen! Laßt Euch nicht für den feindlichen Anschlag gegen den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands mißbrauchen.

Sichert die Versorgung der Berliner.
Setzt in Ihren Betrieben die friedliche Aufbauarbeit fort.
Das ist die Losung aller Berliner!

Bezirksleitung Groß-Berlin
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
gez. Hans Jendretzki
Magistrat von Groß-Berlin
gez. Friedrich Ebert
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Groß-Berlin
gez. Willi Kuba

## Beschluß über Normen aufgehoben

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit:

Der Beschluß der Regierung über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28. Mai 1953 ist aufgehoben.

Die zuständigen Ministerien sind mit der Durchführung dieser Maßnahme beauftragt.

Otto Grotewohl, Ministerpräsident

## Durch praktische Taten die Fehler überwinden

**Aus der Rede des Vorsitzenden der SED, Ministerpräsident Grotewohl, im Berliner Friedrichstadt-Palast**

Berlin (ADN). Der Vorsitzende des ZK der SED, Ministerpräsident Otto Grotewohl, erläuterte auf der außerordentlichen Parteikonferenz der Berliner Parteiorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands u. a. folgendes:

„Am 9. Juni hat das Politbüro ein Kommuniqué beschlossen, das von großer Bedeutung ist. Wir hatten nicht die Absicht, die erforderlichen Maßnahmen hinter verschlossenen Türen oder in stillen Kämmerlein zu erledigen. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, Volk und Regierung gehören zusammen. An diesen Standpunkt hat sich nichts geändert. Das Politbüro unserer Partei und die Regierung denken nicht daran, der ernsthaften Aussprache mit unserem Volk aus dem Wege zu gehen.

Es gibt Menschen, die sagen, warum hat die Regierung nicht auf uns gehört? Natürlich haben wir auf alle diese Stimmen gehört. Gerade, weil wir auf sie gehört haben, sind wir zu jenen Verschlägen und Maßnahmen gekommen, um die es heute geht. Uns geht es einzig und allein um die Sache unseres Volkes. Das allein ermöglicht es uns auch, so klar und offen über alle Dinge zu sprechen. Wir nehmen keine Zuflucht zu demagogischen Tricks, Beschönigungsversuchen und Ablenkungsmanövern.

Unsere Erfahrungen seit 1945 haben gezeigt, daß durch die Übergabe der Betriebe der Monopolisten und anderer Kriegs- und Nazibetriebe in die Hände des Volkes und die darauf basierende Planung der Volkswirtschaft eine krisenfreie Entwicklung gesichert war. Der Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen behand sich bereits im Prozeß der vollen Auflösung und setzte die Kräfte des Volkes in Freiheit.

Das schuf jene lebhafte Entwicklung unserer Wirtschaft mit den Möglichkeiten der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Es war jene Periode, in der wir durch zweimalige Herabsetzung der HO-Preise den Warenumsatz vervielfachten und verbesserten. In dieser Periode schufen wir bedeutende Gesetze, die den Menschen und die menschliche Arbeitskraft in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellt. Dieses Gesetzgebungswerk hat in seiner Fortschrittlichkeit und Kühnheit nicht seinesgleichen in der Geschichte Deutschlands.

Der erfolgreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik eilte, dank der aufopferungsvollen Arbeit unserer Arbeiter, Bauern, unserer Wissenschaftler und Techniker, bereits den Planzielen des Fünfjahrplanes voraus. Diese geradlinig nach oben steigende Kurve berechtigte uns im Vorjahr zu der Annahme, daß wir den Zustand erreicht hätten, bei dem wir mit der beschleunigten Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus beginnen konnten.

Hier beginnen nun einige finanzielle und ökonomische Vorbelastungen, die die Erfüllung unseres Zieles erschwerten und verhinderten. Einige dieser Auswirkungen wurden uns durch die aggressiven militärischen Vorbereitungen gegen die DDR aufgezwungen, andere entsprangen der falschen Anwendung unserer Gesetze in den Betrieben und auf der mittleren Linie unserer Verwaltung. Die ernste, tief einschneidende Wirkung ergab sich im zweiten Halbjahr 1952 insofern aus der Bonner Kriegspolitik, als wir dadurch gezwungen wurden, zum Schutze unseres Staates und unserer Errungenschaften erhebliche unvorhergesehene Ausgaben zu machen.

Die zweite Verschiebung des normalen Wirtschaftsablaufs bestand aus einer falschen Anwendung unserer Beschlüsse zur Verbesserung der Löhne für die ersten vier Lohnstufen unserer Grundindustrien. Das Ergebnis dieses Fehlers zeigte sich uns aber erst endgültig bei den Jahresabrechnungen für 1952. Politbüro und Regierung hatten beschlossen, diese Lohnerhöhung im Gesamtwert von 760 Millionen als erste Stufe im Jahre 1952 durchzuführen, uns im Jahre 1953 eine zweite Stufe der Lohnerhöhung folgen zu lassen. Auf der mittleren Ebene der Verwaltung und in den Betrieben wurde diese Linie völlig verändert. Das ergab eine völlige Verschiebung zwischen dem Lohn- und Warenfonds, denn der Warenfonds folgte nicht im richtigen Verhältnis.

Der Warenfonds hatte eine Höhe von 14 Milliarden, während der Lohnfonds am Ende des Jahres 1952 bereits eine Höhe von 18 Milliarden Mark erreicht hatte. Diese plötzlich unter völliger Verrücksicherung entstandene Differenz von vier Milliarden Mark zwischen Lohn und Ware mußte zwangsläufig zu einem tiefen Einfall in die Versorgungslage der Bevölkerung führen. Dazu kam die auf dem Zucker- und Lebensmittelmarkt überall aus der Schlechtwetterperiode sich ergebende Verknappung der Lebensmittel. Sabotage und fehlerhafte Arbeit führte zu jenen Schwierigkeiten in der Versorgung, die uns allen bekannt sind.

Zu alledem hatten wir die Entwicklung unserer Schwerindustrie und anderer wichtiger Abschnitte aus dem Fünfjahrplan in das Jahr 1952 vorverlegt. Unsere sichere Erwartung ging davon aus, daß die forcierte Entwicklung der Schwerindustrie zum beschleunigten Aufbau unserer Waren- und Verbrauchsindustrie führen und wir gleichzeitig auf diesem Wege eine erhebliche Verbesserung unseres Außenhandels herbeiführen konnten. Diese Absicht hat sich als falsch erwiesen und es ist uns heute völlig klar, daß nicht eine einzige Stufe im Prozeß der Höherentwicklung übersprungen werden kann. Ein allgemeines Gesetz der politischen Ökonomie kann durch Beschlüsse nicht aufgehoben werden. Das alles ist heute nach dem Ablauf der Ereignisse völlig klar. Daraus gilt es die entscheidenden Schlußfolgerungen zu ziehen.

Bei der Durchführung aller dieser Maßnahmen stießen wir auf den erbitterten Widerstand des Gegners. Hetze und Verleumdung aller Art führten zur Nichterfüllung bei der Ablieferung, zur künstlichen Erhöhung von Steuerschulden und zum stillen und oft auch offenen Widerstand gegen die Maßnahmen der Wirtschaft und im Staat.

Wir versuchten die Beseitigung dieser Mängel mit fast ausschließlich administrativen Mitteln. Das war falsch. Die Methode des Administrierens, der polizeilichen Eingriffe und die Schärfe der Justiz ist falsch und erstickt die schöpferischen Kräfte eines Volkes.

Das zeigte uns die darauf einsetzende Wirkung. Die Einschränkung der allgemeinen Versorgung, die Einengung und verstörende Wirkung auf Einzelhändler und Mittelstand, die Flucht der Bauern aus den Dörfern nach dem Westen Deutschlands und das berechtigte Anwachsen der Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft bedeutete die Schaffung einer großen Propagandaarmee im Westen, die sich gegen den Osten, gegen die DDR wendete. Darüber hinaus aber mußte die Auswirkung dieser Politik zur Verbreiterung der Kluft zwischen den Menschen im Westen und im Osten Deutschlands führen.

Das ist natürlich letzten Endes ein unerträglicher Fehler und Zustand, denn er berührt gleichzeitig das zentraliste und entscheidendste Problem der ganzen deutschen Nation. Die Einheit Deutschlands ist das feste Fundament für eine bessere Zukunft und für einen Zustand des Friedens in Deutschland und Europa. Wenn sich Menschen von uns abwenden, wenn neben der staatlichen und wirtschaftlichen Spaltung noch die menschlichen Beziehungen zwischen den Deutschen zerrissen werden, dann ist diese Politik falsch. Daraus muß man unerschrocken und entschieden alle Schlußfolgerungen ziehen.

Die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse muß sich noch fester mit den Massen vereinigen, und unsere Aufgabe ist es, diese Vereinigung herbeizuführen. Es handelt sich nicht um die Durchführung kleiner und unbedeutender taktischer Maßnahmen, sondern es handelt sich für uns jetzt darum, die notwendige und unaufschiebbare Schwenkung in der erforderlichen Ordnung und Disziplin zu vollziehen. Ich denke, wenn nach einer gründlichen Analyse, nach einer gründlichen Kritik und Selbstkritik der richtige Weg abgesteckt ist, dann gibt es kein Mittel, das eine verantwortliche Partei und Regierung daran hindert, diesen Weg gemeinsam mit dem Volk erfolgreich zu beschreiten.

Durch eine Reihe von Maßnahmen haben wir versucht, sofort auf die Lebenslage der Bevölkerung ebenso günstig einzuwirken wie auf ihr politisches Bewußtsein. Wir haben diese Maßnahmen schnell und ernsthaft in Angriff genommen und sind entschlossen, tiefgehende weitere Maßnahmen zu treffen, die sich wohltuend auf das Leben der Bevölkerung auswirken werden. Sie betreffen entschiedene Änderungen im Volkswirtschaftsplan. Das Zentralkomitee der Partei wird eine völlige und umfassende Darstellung aller Fehler und notwendigen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung erhalten. Das Politbüro wird sich dem Zentralkomitee zur vollen Verantwortung stellen.

Es wird kein Fehler und kein Mangel in Partei und Verwaltung unausgesprochen oder im dunkeln bleiben. Das führende Organ unserer Partei, das Zentralkomitee, soll dann seine Entscheidungen treffen. Wir sind Blut vom Blute der Arbeiterklasse und Fleisch vom Fleische unseres Volkes. Mit diesen Bindungen wird die Parteileitung und die Regierung nicht nur mit ganzem theoretischen Ernst, sondern auch mit praktischen Taten die Fehler überwinden und erfolgreich für eine bessere Zukunft, für die Wiederherstellung der nationalen Einheit und für den Frieden arbeiten."

## Beschäftigung wieder ordnungsgemäß aufnehmen

Berlin (ADN). Im Interesse der unverzüglichen Normalisierung des Lebens fordern die Organe der Verwaltung, der Wirtschaft und des Verkehrs in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor Berlins am 18. Juni ihre regelmäßige Tätigkeit durch. Alle Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz müssen an den üblichen Zeiten ihre Beschäftigung ordnungsgemäß wieder auf. Alle Geschäfte sind zu öffnen, damit der Handel wieder seinen ungestörten Fortgang nimmt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Der Ministerpräsident
Otto Grotewohl

Berlin, den 17. Juni 1953.

## Hinrichtungsaufschub erzwungen!

**Kampf der Weltöffentlichkeit für Ethel und Julius Rosenberg**

Washington (ADN/dtz. Korr.). Dem unerbittlich vom Tode verurteilten Ehepaar Ethel und Julius Rosenberg wurde Mittwoch von Bundesrichter Douglas vor dem Bezirk der amerikanischen Hauptstadt gegen das berüchtigte Urteilsverdikt und der neuen Revision für ihre Unschuld ein Wiederaufnahmeverfahren „für unbestimmte Zeit" gewährt. „Die Rosenbergs müssen eine Gelegenheit erhalten, sich auf gesetzlichem Wege zu verteidigen", erklärte Richter Douglas zur Begründung seiner Entscheidung. Bekanntlich wurden diesen Beschlüssen erzwungen durch Justizministerium und Oberstes Gerichtshof, die Hinrichtung zu widerrufen.

Das Ehepaar hatte Dienstag ein bisher unbeantwortetes Gnadengesuch an Präsident Eisenhower gerichtet, in dem es heißt: „Wir richten diese Petition an Sie, den Präsidenten, damit Sie die Ihnen übertragene Vollmachten dazu benutzen, ein Verbrechen zu verhindern, das schlimmer ist als Mord. Wir sind unschuldig. Die Wahrheit ist unveränderlich. Sollten wir sterben, so wird Amerika die Schuld tragen."

Wie in Paris von einem Regierungssprecher offiziell bekanntgegeben wurde, ersuchte auch Staatspräsident Auriol Präsident Eisenhower, die Vollstreckung des Todesurteils zu verhindern und den Rosenbergs Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Diesem Protest schlossen sich weiterhin der ehemalige Ministerpräsident Joseph Paul Boncour, Pierre Gouttet, Anwalt am Obersten Gerichtshof in Frankreich, Rechtsanwalt Rosenberg, Anwalt am Appellationsgericht von Paris, der Architekt Jean Bommier, Emmanuel Roger, sowie zahlreiche Dirigenten und Chefredakteure mehrerer Pariser Tageszeitungen an.

Wie aus London berichtet wird, wandten sich auch 70 Abgeordnete des Unterhauses, in der Mehrzahl Mitglieder der Konservativen Partei, in einem Telegramm an Präsident Eisenhower und ersuchten um Aufhebung des Urteils. Die bekannte britische Katholikin Monica Whateley erklärte auf einer Kundgebung im Londoner Hyde-Park, daß dem Begnadigung von der USA-Regierung mindestens die gleiche Gnade gewährt werden müsse, wie den von den Amerikanern entlarvten Kriegsverbrechern.

Der Präsident des Weltfriedensrates, Professor Joliot-Curie, wandte sich unmittelbar in einem Appell an die Weltöffentlichkeit, nicht nachzulassen im Kampf um die Befreiung der Rosenbergs. Er wies darauf hin, daß man sich in Frankreich sehr wohl des Kampfes um die Rehabilitierung von Dreyfus erinnere, dessen Unschuld durch einer großen Kampagne der Weltöffentlichkeit bewiesen werden konnte. „Auch die Rosenbergs", betont Joliot-Curie, „können und müssen gerettet werden. Die Zeit drängt! Jeder muß heute noch seine Stimme zur endgültigen Befreiung der Rosenbergs erheben!"

## Kriegskanzler schwach im Sattel

**Washington wird nachdenklich / Realistische Stimmen der Westpresse**

Berlin (ADN/ke. Eig. Ber.). Die Vorschläge der Sowjetunion zur Entspannung der weltpolitischen Lage beherrschen weitgehend das diplomatische Feld, stellt der Pariser Korrespondent der „New York Times", Salzberger, fest. Gleichmütig sei der Westen durch drei ernsthafte Krisen geschreckt, die „unglückliche" Meinungsverschiedenheit der südkoreanischen Regierung mit den USA, die außerordentlich unbefriedigende politische Lage in Frankreich, der Fehlschlag der Koalition de Gasperis, einen wirklichen Wahlsieg zu erringen. Selbst in Westdeutschland stehe Kanzler Adenauer etwas schwieriger im Sattel.

In Großbritannien und Frankreich gäbe es bereits starke Kräfte, die darauf bestehen, ein Übereinkommen über Gespräche mit sowjetischen Führern auf höchster Ebene zu erreichen. Die Londoner Zeitung „Economist" betont ergänzend, daß das Ergebnis des öffentlichen Entretens Churchills für eine Viermächtezusammenkunft eine „Verstärkung der Schwierigkeiten Dr. Adenauers" hervorgerufen habe.

Aus einer von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 16. Juni abgedruckten Meldung der amerikanischen United-Press-Agentur geht hervor, daß diplomatische Kreise in Washington die Meinung sind, „Präsident Eisenhower werde auf der Bermuda-Konferenz keine andere Wahl bleiben, als dem Drängen der westlichen Partner auf eine Viermächtekonferenz nachzugeben". Auch die „Aachener Nachrichten" kommen in einem Leitartikel zu der Feststellung, daß die Niederlagen der pro-amerikanischen Politiker in Westeuropa sowie die Aktivität Churchills „kaum geeignet" seien, „Gefühle der Beruhigung und der Sicherheit in Bonn auszulösen".

„Alle Blicke wandten sich nach Osten, der das Gesetz des Handelns vorläufig an sich gerissen hat", stellt die „Neue Zürcher Zeitung" zu den Beschlüssen des Ministerrats der DDR fest. Die bürgerliche Coburger Zeitung „Neue Presse" schreibt: „In Bezug hier tatsächlich eine langsame Wiederannäherung vor, die eine Herstellung der Einheit erleichtert. Das vor allem sollte man bei uns in Westdeutschland erkennen und sich auf diesen schrittweisen Weg der Wiedervereinigung einstellen. Das Eisen ist zu schmieden, so lange es heiß ist."

## Demarkationslinie festgelegt

Panmunjon (ADN). Auf der Mittwochsitzung der Stabsoffiziere beider Seiten in Panmunjon ist ein Übereinkommen über die Festlegung der Demarkationslinie für den Waffenstillstand in Korea erzielt worden, berichten westliche Nachrichtenagenturen. Das USA-Außenministerium bestätigte diesbezügliche Korrespondentenberichte aus Panmunjon.

Alle anderen Nachrichten auf der Seite 1 und 2 sowie der Kommentar auf Seite 1 standen zu den Ereignissen am Vortage überhaupt nicht in Beziehung, wenn man von einer kleinen Meldung absehen will, die unscheinbar in den Kommentartext eingeschoben ist und berichtet, dass Otto Nuschke nach Westberlin "verschleppt" worden war.[210] Die zweite Seite bringt folgende Nachrichten:

| | |
|---|---|
| "Programmatische Erklärung Max Reimanns" | 3sp |
| "Arbeiter unterstützen Eifelbauern" | 2sp |
| "Jugendstaffette in Bielefeld" | 2sp |
| "Überfälle, Morde, Vergewaltigungen" | 2sp |
| "Ilja Ehrenburg sprach in Budapest" | 2sp |
| "Dessau verändert sein Gesicht" | 2sp |
| "Weimar Land will siegen | 1sp |
| "Jutta Schiffer kam zurück" | 1sp |
| "André Marie will Regierung bilden" | 1sp |

Durch diese Aufmachung wurde die Wirkung des Aufstandes in der breiten Öffentlichkeit abgeschirmt. Das erste, was dem Berliner, der mit dem Herzen bei den Aufständischen war, aus der Zeitung entgegensah, war die ungebrochene Macht der Dreiheit: Besatzung, Staat und Partei. Die Zeitung nahm ausser diesen Veröffentlichungen keine Notiz von dem Geschehen. Sie ignorierte die Aufstände in der Zone ganz und berichtete von ihnen lediglich als einem lokalen Ereignis in Berlin.

Diese Art der Berichterstattung entspricht ganz der Ausweichtaktik bei planwidrigen Ereignissen:[211] Das Ereignis wird entaktualisiert, der Schwereakzent wird verschoben. In diesem Falle wurden die Vorgänge beim Aufstand, die Motive und die Ausdehnung der Erhebung bagatellisiert, während die ungebrochene Macht der Beherrscher, ihre Unantastbarkeit und Sicherheit den Schwereaktzent erhielten.

Gleichzeitig damit wird die Grundlosigkeit des Aufstandes betont. Mit der Behauptung:

> "Der Anlass für die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin ist durch den gestrigen Beschluss in der Normenfrage fortgefallen,"[212]

soll der Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft die Ursache genommen werden. Das wird noch einmal erwähnt in dem Berliner Lokalbericht vom 18.6.1953 "Nicht von Provokateuren missbrauchen lassen".

Hier bahnt sich bereits die Distanzierung der "Werktätigen" von den "Provokateuren" an. Es ist nach dem Ausmass des Aufstandes nicht zu leugnen, dass er von der Arbeiterschaft, besonders von den Bauarbei-

tern der Stalinallee ausging. Da das nicht abzustreiten ist, wird der Aufstand geteilt in einen teilweise "berechtigten" Streik der Arbeiter und in die Ausnutzung dieses Streikes durch "gewerbsmässige Provokateure" aus dem Westen.

Von vornherein wird deshalb dem Aufstand ein erlogenes Motiv unterschoben und bereits in der "Bekanntmachung der Regierung" mit Behauptungs- und Motivlügen gearbeitet. Es wird grundsätzlich behauptet:

> "Massnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung sind von faschistischen und anderen reaktionären Elementen in Westberlin mit Provokationen und schweren Störungen der Ordnung im demokratischen Sektor von Berlin beantwortet worden."[213]

Diese falsche Behauptung weist auf die angeblichen Triebkräfte des Aufstandes hin:

> "Die Unruhen... sind das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten, ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen."[214]

Der Hinweis auf den gesellschaftlichen Hintergrund, auf die kapitalistischen Monopole, darf nicht fehlen.[215] Näher geht der Lokalbericht auf diese verfälschten Ursachen und Kräfte des Aufstandes ein:

> "Es ist selbstverständlich, dass die gestrigen beschämenden Vorkommnisse nicht das allergeringste mit der unzweifelhaft vorhandenen Unzufriedenheit grosser Teile der Bevölkerung des demokratischen Sektors und der DDR oder etwa mit der 'verfügten' Normenerhöhung für die Bauarbeiter in der Stalinallee zu tun hatten."

Nachdem diese Motivlüge einmal ausgesprochen war, musste sich die Nachrichtenpolitik nach Beweisstücken dafür umsehen. Die Beweisführung beginnt wieder mit einer lügnerischen Behauptung:

> "Die berufstätigen fleissigen Menschen des demokratischen Sektors und der DDR wissen, dass sie andere Möglichkeiten haben, ihr Missfallen über irgendwelche Anordnungen des Magistrats oder der Regierung der DDR zum Ausdruck zu bringen. In der DDR und im demokratischen Sektor Berlins steht es - im Gegensatz zu Westdeutschland und Westberlin - jedem Bürger frei, seine Meinung zu äussern."[216]

Zur Dokumentation werden ferner polizeiliche Protokolle über die Vernehmungen verhafteter "Provokateure" veröffentlicht. Ihr behördlicher Charakter soll die Lüge von den Triebkräften des Aufstandes besonders glaubwürdig machen.[218]

18.6.1953 "Es ist auf Grund der Aussagen von polizeilich Festgestellten erwiesen, dass die Westberliner Drahtzieher... alle Mitglieder der Westberliner Terrorgruppen... aufgeboten haben, um Ausschreitungen im demokratischen Sektor von Berlin zu inscenieren."[217]

19.6.1953 "Die Verbrechen der Provokateure

Mitteilungen des Präsidiums der VP"

20.6.1953 "Was Mister Hiwer den Westberliner Mordbrennern versprach

Mitteilungen der Untersuchungsorgane über die Vernehmung des Westberliner Provokateurs Kalkowski.

Augenzeugenaussagen dienen demselben nachrichtenpolitischen Zweck wie die polizeilichen Protokolle, doch sind sie meistens sehr primitiv.

18.6.1953 "Es wurde beobachtet, wie am Bahnhof Friedrichstrasse der Anführer einer solchen Terrorgruppe seine Kumpane anwies, einen Augenblick zu warten, weil er selbst zu diesem Zeitpunkt auf den Bahnsteig hinaufmusste, um neue Anweisungen von drüben in Empfang zu nehmen."

Um die Behauptung, der Aufstand sei das Werk ausländischer imperialistischer Geheimorganisationen aus dem Westen selbst bestätigt zu bekommen, werden westliche Quellen zitiert:

19.6.1953 "AP bestätigt Fernsteuerung der Provokation

Ziel: Verständigung torpedieren und Adenauer stützen - Bonner Sabotagepläne schwarz auf weiss."

Hier handelt es sich um die gebräuchliche Technik der Nachrichtenpolitik, in der Überschrift eine Behauptung aufzustellen, die der Text der Nachricht durchaus nicht belegen kann.[219] Denn die amerikanische Nachrichtenagentur bestätigt lediglich, dass die Vorgänge am 17.Juni "der letzten russischen Friedensoffensive in Europa zu einem kritischen Zeitpunkt einen schweren Schlag" zugefügt haben, dass bis zum Zeitpunkt des Aufstandes der Eindruck bestanden habe, "dass die von der Sowjetunion eingeschlagene Taktik den Westen in Europa ständig in Bewegung hielt". Von einer Fernsteuerung des Aufstandes ist auch nicht annähernd in den Zitatfetzen die Rede. Die Nachricht ist im ganzen sehr verworren, da offensichtlich aus dem AP-Kommentar nicht die von ADN gewünschte Tendenz herauszuhören war.

Ähnlich erlogen sind die Behauptungen in folgenden Überschriften:

23.6.1953 "Crossman warnt die westliche Welt
'Die Provokateure aus Westberlin zurückhalten'."

24.6.1953 "Auslandspresse liefert neue Beweise
Evening Standard: 'Agenten strömten hinüber - Schlag gegen Einheit'."

25.6.1953 "Das war das Werk von Faschisten!
Westdeutsche und westeuropäische Presse brandmarkt Urheber der Berliner Provokation.

Die vor aller Welt offenbar gewordenen Hintergründe des zusammengebrochenen faschistischen Abenteuers in Berlin am 17. Juni bewegten eine bedeutende Anzahl westdeutscher bürgerlicher Blätter dazu, sich von den Urhebern des als Beginn eines neuen Weltbrandes geplanten Tages X zu distanzieren."

Die Lüge von den Triebkräften, Ursachen und Zielen des Aufstandes wird hiermit zu einer Einsicht der Weltöffentlichkeit erhoben, eine erlogene Behauptung von eklatanter Skrupellosigkeit. Gerade in diesen Tagen nahm die Weltöffentlichkeit regen Anteil an dem Schicksal der Sowjetzonenbevölkerung und äusserte ihre Empörung über das Eingreifen sowjetischer Truppen. Die Distanzierung von den Aufständischen ist deshalb auch den angeführten Zitaten gar nicht zu entnehmen. Es werden zitiert:

"Aachener Nachrichten" mit: "...ungeheure politische Gefahr bergen..."

"Generalanzeiger"(Bonn) mit: "Vielleicht ist es in diesem Augenblick nicht sehr vernünftig gewesen, was in Berlin geschah."

"Westdeutsches Tageblatt" mit: "Man sollte nicht vergessen, dass eine echte Neuordnung der Welt nicht mit Blutvergiessen und Gewaltaktionen eingeleitet werden kann."

Das einzige zitierte Organ, das die oben aufgestellte Behauptung rechtfertigt, ist die "Deutsche Volkszeitung", ein Blatt des "Bundes der Deutschen". Da der "Bund der Deutschen" aber der Kommunistischen Partei sehr nahe steht, kann die Zeitung nicht als "bürgerliches Blatt" angesehen werden.

"Das war das Werk von Faschisten,[220)] wie in der blutigen von Goebbels inscenierten Kristallnacht und nicht etwa der angeblich unterdrückten Berliner Bevölkerung."

Die Spiegelung westlicher Pressestimmen ist eine erfolgversprechende Methode, um die aufgestellte Motivlüge über die Erhebung zu erhärten. Sie kann aber - auch in den Augen der SED-Publizisten - nur

als ein indirekter Beweis gelten. Die Möglichkeit für eine direkte Beweisführung dagegen sahen die Nachrichtenproduzenten gegeben, als eine Spende des amerikanischen Volkes zugunsten der Sowjetzonenbevölkerung dem Regierenden Bürgermeister von Berlin übergeben wurde.

20.6.1953 "50 Millionen Dollarspritze für Agenten

Berlin (ADN) Zwei Tage nach dem völligen Zusammenbruch der von den westlichen Agentenzentralen organisierten Provokationen im demokratischen Sektor wurde in Westberlin bekanntgegeben, dass die amerikanische Regierung Donnerstag abend dem Reutersenat erneut 50 Millionen Dollar für die verschiedenen Terror- und Mordorganisationen, wie der sogenannten 'Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit', dem 'BDJ', der faschistischen 'Deutschen Partei' und anderen übergeben wird. Die Kassen dieser Organisationen hatten sich infolge der beträchtlichen Ausgaben bei der Finanzierung der Agenten geleert, die die Provokationen im demoktratischen Sektor anzettelten."

Die Motivlüge über Sinn und Zweck der Spende soll die angebliche Finanzierung der "Provokation" durch "imperialistische Mächte" bestätigen.

Die Schilderungen über den Aufstand selbst bleiben, wie schon erwähnt, auf wenige lokale Ereignisse beschränkt. Sie zeichnen in grellem Kontrast ein Bild der "Schuldigen" und ihrer "Opfer". Stets darauf bedacht, die "Provokateure" von den "verführten Werktätigen" zu unterscheiden, wird schon rein sprachlich die Gegenüberstellung von schwarz und weiss deutlich. Während für die "irregeleitete Bevölkerung" massvolle Worte pädagogischer Weisungen gewählt werden, tobt sich die Sprache der Agitation aus,[221)] wenn über die "Provokateure" berichtet wird.

Der Bericht: "Nicht von Provokateuren missbrauchen lassen" soll als Beispiel dafür dienen.

Die Aufständischen werden bezeichnet als

randalierende Rowdies
gewissenlose Gangsterhäuptlinge,
Horden von Halbwüchsigen,
jugendliche Banditen,
Terrorgruppen,
Westberliner Drahtzieher,
Achtgroschenjungen,
leichtgläubige Jugendliche,
verführte Jugendliche,
Anführer einer Terrorgruppe,

Kumpane
Provokateure,
Kriegshetzer,
gewissenlose Banditen.

Sie wollen Berlin zu einem "Tummelplatz leichtfertiger, gewissen- und verantwortungsloser Elemente" machen.

Sie arbeiten im "Auftrag fremder Mächte".

Sie lassen sich "vor den Dreckkarren spannen".

Sie "demolieren"

Sie "überschütten... mit Steinhagel"

Sie "plündern"

Sie "köpfen Flaschen" und "besaufen sich"

Sie "verprügeln"

Sie wollen "Ausschreitungen inscenieren".

Sie "schmeissen Schaufenster ein".

Sie "stören die Verständigung".

Sie kommen aus "Kaschemmen der westberliner Unterwelt".

Sie "singen Nazilieder"

Dagegen wird der Bevölkerung, den "fleissigen arbeitsamen Berliner Werktätigen", "Sinn für Anstand, Sitte und Sauberkeit" bestätigt. Es wird an ihren "Sinn für Realität" appelliert, es werden die "Mitbürger" gelobt, die sich im "berechtigten Zorne" den "Provokateuren" entgegengestellt haben, deren "klarer Sinn" sie "der Situation gewachsen" zeigte. Diese "friedliebenden Menschen" sollen für das "Glück ihrer Familien" allen "Provokationen" widerstehen, damit "unser liebes Berlin" vor ähnlichen Vorgängen wie am 17.Juni bewahrt bleibt.

Zwei individuelle Schicksale werden von der Berichterstattung herausgehoben. Am 19. Juni wird mit der in solchen Fällen üblichen Knappheit berichtet,[222] dass der westberliner Handwerker Willi Göttling hingerichtet wurde. Göttling, der von den Sowjets standrechtlich erschossen wurde, weil sie ein Exempel statuieren wollten, wird in dem Bericht als ein "williger und bewusster Agent ausländischer imperialistischer Spionagedienste" bezeichnet.[223] Auf der gleichen Seite "fordern die Bevölkerung und die Regierung der DDR" die "sofortige Freilassung" Otto Nuschkes, der am 17. Juni in die Westsektoren Berlins abgedrängt worden war. Während sich der Bericht über Göttling mit der knappen Behauptungslüge über seine Tätigkeit begnügt, überschlägt sich die agitatorische Sprache in

der Forderung für Nuschke, in der gegen den "brutalen und nackten Menschenraub protestiert" wird. Die Hinrichtung Göttlings, die die freie Welt empörte, soll durch eine möglichst vordergründige, knappe Berichterstattung abgetan werden.[224] Der Mann wird zum Verbrecher gestempelt, und damit besteht die Verurteilung für die Öffentliche Meinung in der SBZ zu Recht. Empörung der Weltöffentlichkeit aber verdient - nach dieser Lesart - vielmehr die "Verschleppung" Nuschkes, über die demgemäss auch in bedeutungssteigernder Weise berichtet wird.[225]

Die Taten der "Provokateure" werden allmählich zu Sensationslügen aufgebauscht. Hielt sich die Berichterstattung in den ersten Tagen nach dem Aufstand an unbedeutende Einzelereignisse und Episoden, so geht sie bald danach zu grundsätzlichen Schilderungen über die "Störtrupps" über.

23.6.1953 "Prostituierte und Texas-Boys als Bandenchefs".

23.6.1953 "USA-Fallschirmagent gefasst"

Diese Nachrichten, die gemeinsam mit dem Protokollen über die Vernehmung Verhafteter die Hintergründe der "Provokation" ausleuchten sollen, geben eine scharfe Charakteristik der "Provokateure" und ihrer Taten. Taten, die mit dem Hinweis auf Parallelereignisse[226] aus der Nazizeit ideologisch klar eingestuft werden. Diese Vergleiche tauchen in der Berichterstattung auch immer wieder auf.

In dem Berliner Lokalbericht vom 18.6. wird zwar nur vom "alten Rezept der Kriegshetzer" gesprochen:

18.6.1953 "Das ist ein altes Rezept, das die Kriegshetzer schon mehrfach versucht und angewandt haben."

Die oben erwähnte "Deutsche Volkszeitung"[227] jedoch ist deutlicher:

25.6.1953 "...wie in der blutigen von Goebbels inscenierten Kristallnacht.."

Die Gleichsetzung der Ereignisse am 17.Juni mit nationalsozialistischen Provokationen erfolgt schliesslich durch eine Meldung aus Gera:

25.6.1953 "Nazischläger gehören ins Zuchthaus
Provokateure mit SA-Erfahrung - Brutale Überfälle am laufenden Band.

Gera (ADN). Ein grosser Teil der Provokateure, die sich am 17. Juni durch Schlägereien und Brandstiftungen besonders hervorgetan haben, sind, wie sich herausgestellt hat, ehemalige

SS- und SA-Angehörige, die an jenem Tag dieselben brutalen Terrormethoden wie in der Nazizeit angewendet haben, um erneut eine faschistische Herrschaft zu errichten."

Da die Berichterstattung von Anfang an bemüht ist, den Herd des Aufstandes auf eine gedungene Bande von Verbrechern zu reduzieren, die nicht identisch mit der Bevölkerung Ost- oder Westberlins ist, sondern im Auftrage von Geheimorganisationen ihr Unwesen treibt, werden Stimmen aus der Bevölkerung veröffentlicht, die diese Distanz bestätigen sollen.

Es melden sich Angehörige von Betrieben, die sich nicht am Aufstand beteiligt hatten, deren Arbeitsgang von den Ereignissen des 17.Juni unberührt geblieben war. Diese Betriebe und ihre Angehörigen bekunden nun, stolz auf ihre Nichtbeteiligung verweisend, ihre unbedingte Treue zur Regeirung.[228)]

20.6.1953 "Berliner müssen wachsamer sein
Zwickauer Kumpel arbeiteten ohne Störung -
Neue Produktionserfolge."

21.6.1953 "Feste Verbundenheit zur Regierung
Arbeiter wiesen Provokation entschlossen zurück -
Lauchhammer arbeitete ununterbrochen."

21.6.1953 "Werktätige, die zu ihrem Wort standen"

23.6.1953 "Antwort der Arbeiter an die Provokateure
Rote Fahne über dem Eisenhüttenkombinat I.W. Stalin - Leuna-Werke arbeiten auf vollen Touren".

25.6.1953 "Arbeiter hielten die Treue"

Die am Streik beteiligten Betriebe melden, dass ihre Angehörigen an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind.

19.6.1953 "Mauern der Stalinallee wachsen weiter
Arbeit wieder aufgenommen - Arbeiter verurteilen Übergriffe Westberliner Rowdies."

Unter dieser Überschrift folgt eine Zusammenstellung über die Wiederaufnahme der Arbeit in mehreren Berliner Betrieben:

Baustellen der Stalinallee
Kraftwerk Klingenberg
Konsum-Grossbäckerei Lichtenberg
VEB Stahlblechbau
Treuhandbetrieb Max Karo u.Co., Berlin-Baumschulenweg

20.6.1953 "Berlins Werktätige gingen wieder an die Arbeit
Belegschaft von Bergmann-Borsig verhinderte Provokationen - Bauarbeiter distanzieren sich von den Agenten."

Aus diesen Ergebenheitserklärungen ergibt sich die Ausdehnung der Volkserhebung. Denn Berichte von "niedergeschlagenen Provokationen" kommen aus Dresden, Leipzig, Merseburg, Lübben, Döbeln, Erfurt, Halle, Riesa, Artern, Warnemünde und Schierke.

Ausser den Betrieben bekunden die Massenorganisationen ihre Treue zum Regime.

196.6.1953 "DFD appeliert an die Frauen"

25.6.1953 "Treuekundgebung der FDJ
Die Lehre der Ereignisse: Schärfster Kampf den Provokateuren!"

In persönlichen Stellungnahmen melden sich Prominente aus Wissenschaft und Kunst, z.B. Prof. Havemann, Bert Brecht, aber auch namenlose "Werktätige" zum Wort,[229)]

z.B. ein Arbeiter vor dem Rathaus,
eine Frau in der Flemmingstrasse,
die Lageristen Otto F. und Erich S. von der DHZ Textil,
Assistenz Hinkelmann vom Inst. für Gärungschemie.

Alle diese Stimmen äussern nur die konfektionierten Pauschalurteile über den Volksaufstand.

Die Überwindung des Aufstandes und die Rückkehr zu den gewohnten Verhältnissen sprechen auch aus den Dankesbezeugungen, die zwischen Regierung und Bevölkerung gewechselt werden: Die Regierung dankt der Bevölkerung - die Bevölkerung dankt der Regierung.[230)] Diese Floskeln sollen die Einheit zwischen Volk und Regierung vortäuschen, sie sollen betonen, dass sich an dieser Einheit nichts geändert hat.

20.6.1953 "Ministerrat dankt allen Patrioten
Kommuniqué über die Sitzung am 19.Juni 1953."

Hierin wird betont, dass die Störungen überwunden und der Produktionsablauf gesichert sind. "Umfangreiche Vertrauensbeweise" kamen aus der Bevölkerung und bestätigten die Distanzierung der "Werktätigen" von den "Provokateuren". Dafür verspricht die Regierung, dass die Beschlüsse vom 11.6.1953 (Neuer Kurs) verwirklicht werden. Im Lokalteil dankt Friedrich Ebert für die "Treue der Berliner zu ihrer Regierung". Es klingt wie bittere Ironie, wenn bedacht wird, dass eben diese Bevölkerung sich bedanken lassen muss, die mit allen verfügbaren Kräften drei Tage vorher die Regierungsgebäude gestürmt hatte. Aber, um jede weitere Bewegung von vorn-

herein aufzufangen, werden der Bevölkerung Lobsprüche gesagt, wird ihre Treue gerühmt. Die Ironie ergibt sich also ungewollt, denn dieses taktische Manöver der Danksagungen hat nur den Zweck, den aktiv Aufständischen, die der Masse der Mitläufer und Zustimmer zahlenmässig unterlegen sind, ihre Isoliertheit vor Augen zu führen und mit der Behauptung: Wir können uns auf das Volk verlassen! jede weitere Bewegung einzuschränken.

Die von der freien Welt aufs schärfste verurteilten Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht in die Volkserhebung werden von der Berichterstattung der SBZ als freundschaftliche Hilfe deklariert. Die Nachrichtenpolitik bedient sich dabei wieder der reflektierenden Nachricht: Sie lässt Stimmen aus der Bevölkerung ertönen, die sich für diese "freundschaftliche Hilfe" bedanken. Auf diese Weise ist die Verbundenheit mit der Besatzungsmacht stärker ausgedrückt, als wenn die Öffentliche Meinung offiziell ihren Dank an die Sowjets abstattet. Das öffentliche Ereignis wird zu einem persönlichen gemacht[231] in den persönlichen Erlebnissen einer Hausfrau, einer Arbeiterin und eines FDJlers:

25.6.1953 "Halle (ADN). Mit grosser Dankbarkeit und in Worten höchster Achtung sprechen die Menschen in Halle von den sowjetischen Soldaten, die durch ihr diszipliniertes, besonnenes Handeln die Bevölkerung unserer Republik vor dem Krieg bewahren halfen. Frau Anneliese Peters, eine Hausfrau aus Halle, erklärte: 'Mein Herz ist förmlich vor Freude gesprungen, als ich sah, wie am Tage der Provokation und später sowjetische Soldaten mit Kindern spielten, lachten und scherzten. Selbst am Abend konnten sich die Kinder nur schweren Herzens von ihren grossen Freunden trennen. All das zeugt davon, dass die Sowjetsoldaten keinen Hass gegen das deutsche Volk hegen. Sie haben in den vergangenen Tagen das sonnige Glück unserer Kinder vor der Nacht des Faschismus bewahrt."

25.6.1953 "Helmut Pusch aus Halle erzählt: 'An der Kröllwitzer Brücke lauschten etwa 25 Kinder einem sowjetischen Soldaten, der russische Märchen vorlas. Während sich die faschistischen Provokateure erneut als Terroristen, Mordbuben und Brandstifter auszeichneten, zeigten die Soldaten der Sowjetarmee der Bevölkerung unserer Stadt die den Sowjetmenschen eigene Humanität."

Trotz der Versuche, Dokumente und glaubwürdige Zeugen zur Bestätigung der erlogenen Behauptungen heranzuziehen, bleiben in der Beweisführung erhebliche Lücken:

1. Die Verknüpfung imperialistischer Umsturzpläne mit dem Aufstand ist aus der Luft gegriffen. Die Aussagen der Festgenommenen bestätigen vielmehr nur, dass es sich um einen kurzfristig angesetzten Einsatz mit willkürlich zusammengestellten Störtrupps handelte. Diese Technik, wie sie in
   "Nicht von Provokateuren missbrauchen lassen"
   und "Verbrechen der Provokateure"
   beschrieben wird, erscheint äusserst dilletantisch und widerspricht der Behauptung, Kampforganisationen hätten diesen Aufstand lange vorbereitet.

2. Wie kann ein rasch zusammengestellter Störtrupp grosse Betriebe völlig lahmlegen? Wie können die als verkommen geschilderten Provokateure die wachsame Arbeiterschaft überrumpeln? Es ist unglaubwürdig, dass die stets gerühmte und nach dem Aufstand wieder bestätigte Einheit von Volk und Staat durch eine Horde Verbrecher und randalierender Jugendlicher gestört werden kann.

3. Wenn Westberlin der Herd der Aufstände war, wie können sich diese dann innerhalb weniger Stunden in der ganzen Zone ausbreiten? Es wurde zwar von Unruhen in anderen Städten nicht berichtet, aber von überwundenen Unruhen.

Auch wer den Nachrichten der SBZ-Publizistik zunächst Glauben schenkte, musste auf solche Widersprüche stossen, die die Verzerrung der Ereignisse beweisen und die Berichterstattung Lügen strafen.

## Schluss: Die sowjet-kommunistische Nachrichtenverbreitung im Vergleich zu den Grundsätzen und -regeln der freien Publizistik.

Die Aufgaben der Nachrichtenverbreitung und die Formung des Ereignisstoffes zur Nachricht, wie sie eben für die SBZ ermittelt worden sind, stehen in schroffem Gegensatz zu den Grundsätzen und -regeln einer freien demokratischen Publizistik.

Es gehört zu den Grundforderungen demokratischen Gemeinschaftslebens überhaupt, dass der Einblick in die politischen Vorgänge jedem Bürger gewährleistet sein muss. Je nach Fähigkeit und Neigung

muss es an dem Bürger selbst liegen, sich über das Spiel der Kräfte im Staatsorganismus und in der Weltpolitik tiefgehend oder nur oberflächlich zu unterrichten, sich eine Überzeugung zu bilden, einzeln oder gebunden an eine Gruppe dieser Überzeugung Ausdruck zu geben und für die Durchsetzung seines politischen Willens einzutreten. Um diese Grundforderung zu erfüllen, muss in einer Demoktratie die Möglichkeit zur Information durch Freiheit und Allgemeinzugänglichkeit der publizistischen Mittel jedem Bürger offen stehen.[233)]

Die an ein totalitäres Regime gebundene Publizistik kennt die Freiheit der Information nicht. Das Nachrichtenmonopol liegt in den Händen einer vom Staate eingesetzten und kontrollierten Agentur, und jede Nachricht durchläuft, ehe sie in die Öffentlichkeit kommt, einen einseitig ausgerichteten Kontrollapparat, so dass keine Information hinausgeht, die dem politischen Willen der Staatsmacht schaden könnte.

Ist die demoktratische Nachrichtenverbreitung bestrebt, in sachlicher Information einen Überblick über staats- und weltpolitische Vorgänge zu geben, so will die Nachrichtenverbreitung in der SBZ in täglicher Mosaikarbeit eine Bestätigung des marxistisch-leninistisch-stalinistischen Weltbildes liefern. Diese mit "wissenschaftlicher Objektivität" verbrämte Nachrichtenpolitik ist eine getreue Kopie der sowjetrussischen Deutung und Nutzung des Nachrichtenbegriffes: "Nachrichten sind Agitation mit Hilfe von Tatsachen."[232)] Das bedeutet, dass politische Ereignisse benutzt werden, um die Richtigkeit der Doktrin zu beweisen. Das Ereignis an sich ist dabei von geringer Bedeutung, wichtig ist sein symptomatischer Gehalt.

In schematischer Berichterstattung berührt die Nachrichtenpolitik der SBZ deshalb immer wieder die gleichen Themenkreise, um in hämmernder Wiederholung die Massen zum komplexen historisch-materialistischen Denken, zum sozialistischen Bewusstsein zu erziehen.

Ganz anders bemüht sich die demokratische Nachrichtenverbreitung, wo sie wirklich von publizistischem Verantwortungsbewusstsein getragen ist, die Vielfalt und Vielschichtigkeit des öffentlichen Lebens zu erfassen und möglichst tiefgehend und möglichst umfassend zu informieren.

Das differenzierte Geschehen im politischen Leben erlaubt einer

sachlichen Information nicht, zugleich mit der Berichterstattung eine Wertung der Dinge bis in die Tiefen der kausalen Zusammenhänge zu geben. Deshalb distanziert sich die demokratische Berichterstattung soweit als möglich von dem Ereignis. Exakte Quellenangaben, sorgfältige Formulierungen sollen frei von jeder persönlichen Stellungnahme den Mittlercharakter des Nachrichtenorgans erhalten. Möglichkeiten, in parteilicher Richtung die Ereignisse abzuwägen und aus persönlicher Sicht Teilergebnisse zu einem Ganzen zu verbinden, ist die Aufgabe des Kommentators, der deutlich abgesetzt von der Nachrichtenübermittlung, den Versuch einer Deutung aus persönlicher oder parteilicher Sicht macht. Er muss sich von vornherein damit abfinden, dass er es bei der Beurteilung des politischen Geschehens nicht nur mit bekannten und wägbaren Grössen zu tun hat, sondern dass Imponderabilien in der Vielschichtigkeit der Dinge eine stets unbekannte Grösse sind.

In der SBZ ist diese Trennung von Nachricht und Meinung nicht mehr gegeben. Das Ereignis muss vielmehr - will es seine agitatorische Aufgabe in der Nachricht erfüllen - für sich sprechen. Deshalb ist es nötig, dass es eindeutig ist und alle Möglichkeiten einer vielfachen Deutung vermeidet. Die Kräfte, die die gesellschaftliche Entwicklung vorwärtstreiben, sind durch den historischen Materialismus bestimmt. Andere gibt es nicht. In diesem Sinne wird jedes Ereignis vereinfacht, um dem Bewusstsein der Masse die Theorie des Marxismus einzuimpfen. An Stelle der Überschau durch vielseitige und sachliche Information tritt die Verschmelzung der Vielheit politischer Faktoren zu einer Einheitlichkeit propagandistischer Inhalte.

Dabei werden nicht allein die ethischen Grundvoraussetzungen einer verantwortungsbewussten freien Nachrichtenverbreitung, sondern auch die publizistischen Elemente der Nachricht verändert. Die wissenschaftliche Definition[234)] schreibt der Nachricht drei notwendige Eigenschaften zu: Aktualität, Publizität, Objetivität.

Unter Aktualität versteht die Allgemeine Publizistik die Bedeutungsschwere und die Bedeutungsweite eines Ereignisses, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen Ereignis und aufnehmender Öffentlichkeit ergeben und im ständig fliessenden Zeitgeschehen an Zeit und Stunde gebunden sind. Für die Publizistik der SBZ bedeutet Aktualität einfach die Bezogenheit eines Ereignisses zum politischen,

wirtschaftlichen oder kulturpolitischen Plan. Sie fragt: Wie verhält sich das Ereignis zu den von der Staatspartei aufgestellten Plänen? - und beurteilt mit der Antwort den Grad der Aktualität eines Ereignisses. Je nach dem Ziel, dem die Pläne zustreben, werden Ereignisse ausgewählt, insceniert und gedeutet. Es werden an sich belanglose Ereignisse in ihrer Bedeutung gesteigert, wenn sie die Kreise der "Schwerpunkte" berühren. Es werden an sich wichtige Ereignisse unbedeutend oder lächerlich gemacht, wenn sie dem Planablauf entgegenstehen.

Diese Auffassung des Aktualitätsbegriffes entspricht in der Allgemeinen Publizistik dem Begriff der "künstlichen Aktualität". Dieser setzt voraus, dass Ereignisse, die ihrem Inhalt nach keine Aktualität besitzen, als aktuelle Ereignisse herangezogen werden oder, dass Ereignisse künstlich geschaffen werden, um einem bestimmten Zweck zu dienen.

Die Öffentlichkeit, der Rundfunk, Presse, Film dienen, um durch Wort- oder Bildnachricht über die Ereignisse in der Welt zu informieren, wird am besten als unbegrenzte Zugänglichkeit zu der "Vielheit der Menschen"[235] umschrieben. Diese Umschreibung fordert weiter, dass "Gedanken, Ideen, Forderungen, Meinungen und Wollungen", die in diese Öffentlichkeit gegeben werden, Publizität erhalten. Diese Publizität wird von der Massenführung in der SBZ in einseitiger Weise benutzt. Der Strom der Ideen, Gedanken, Meinungen und Wollungen, das, was "publicus" ist und die Öffentlichkeit der Welt bewegt, dringt nicht über den Staudamm des "Eisernen Vorhanges" hinweg. Für die Öffentlichkeit der SBZ ist nur das von Wert und Interesse, was durch die Filter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten und der Abteilung Agitation beim ZK der SED gelaufen ist. Nur die gefilterten Nachrichten über Ereignisse, die im oben gedeuteten Sinne aktuell sind, gelangen in die Öffentlichkeit. Der Zweck, der damit erreicht werden soll, ist leicht zu erkennen. Es geht darum, das "neue sozialistische Bewusstsein" in der Gesamtheit der Bevölkerung und in jedem Einzelnen zu wecken. Das ist aber nur möglich, wenn das Bewusstsein, frei von allen "bürgerlichen Vorurteilen", einer tabula rasa gleicht, auf die das Weltbild des Marxismus-Leninismus-Stalinismus mit allen Konsequenzen übertragen werden kann. Jede Nachricht, die in dieses ausgeklügelte folgerichtige System Unordnung bringen könnte, muss deshalb zurückgehalten werden. Jede

Nachricht, die in ihrer Beziehung zum System nicht ohne weiteres verstanden werden kann, muss kommentiert werden.

Das Problem der "bürgerlichen Vorurteile", die von der Massenführung als noch vorhanden erkannt werden, wird auf eine recht primitive Art zu lösen versucht. Eine Aufschlüsselung der Bevölkerungskreise, die sich im wesentlichen an die "bürgerlichen Parteien" anlehnt, sorgt dafür, dass bestimmte Interessengruppen erreicht werden können und dass eine ihren Vorurteilen und ihren Anschauungen gemässe Beeinflussung vorgenommen wird. Die Aufschlüsselung ist äussert oberflächlich und erreicht weder alle einzelnen Interessen- und Bildungsgruppen, noch die Wurzel einer einzigen von ihnen.

Die dritte Voraussetzung schliesslich, die die Nachricht erfüllen sollte, die Objektivität, ist von vornherein nur im Idealfalle denkbar. Denn da die Nachricht über ein Ereignis durch das Medium des Mitteilenden hindurchgeht, ist die Gefahr subjektiver Beeinflussung latent stets vorhanden. Es ist in der freien Demokratie jedoch nicht denkbar, dass ein publizistisches Organ, das auf sachliche Information Wert legt, auf eine äusserst sorgfältige Nachrichtenverbreitung verzichtet.

In der SBZ aber wird die Objektivität der Nachricht nicht durch die Tatbestände des Ereignisses stabilisiert, sondern durch die ideologischen Postulate der SED.[236] Es handelt sich - wie oben bereits festgestellt - nicht um ein möglichst objektives Berichten von Tatsachen, sondern um ein subjektives Belegen von Theorien durch eine Scheinwirklichkeit.

> "Dabei durchdringt das Element der Lüge die Argumentation so ausschliesslich, wie es sonst nur der Glanz der Wahrheit vermag. Unter der Einseitigkeit propagandistischer Verkündung setzt sich in den Köpfen armer, bewusst nicht besser unterrichteter Menschen die Lüge durch und siegt oft auf lange hinaus so, wie der Idealist glaubt, dass nur die strahlende Kraft der Wahrheit es vermöchte."[237]

Einmal aufgestellte erlogene Behauptungen werden in der später folgenden Argumentation wie Selbstverständlichkeiten, die allgemein längst anerkannt sind, vorausgesetzt.

Den Forderungen, die Lenin für die Presse aufstellte,[238] kommt die Nachrichtenverbreitung aller publizistischen Mitteln in der SBZ

nach: Sie ist kollektiver Agitator, kollektiver Organisator und kollektiver Propagandist. Sie stabilisiert die allein zugelassene Meinung in der Öffentlichkeit zur Öffentlichen Meinung. Niemals ist die Nachrichtenverbreitung in der SBZ für die Bevölkerung ein Mittel, das Einblick in die politischen Vorgänge gewährt. Weder kommunal- oder weltpolitische, weder kulturelle noch wirtschaftliche Nachrichten dienen der sachlichen Information im Sinne demokratischer Unterrichtung, sie sorgen vielmehr dafür, dass der Bevölkerung, der die Möglichkeit freier Orientierung genommen ist, ein Zeit- und Weltbild oktroyiert wird, wie es dem Programm der Staatspartei dienlich ist.

## Anmerkungen.

1) Im Folgenden als SBZ bezeichnet.

2) N.G.Palgunow: "TASS und ihre Rolle", Vorlesung am Institut f. Zeitungswesen d. Universität Moskau; Verlag der Universität, Moskau 1955. Deutsch in: "Pressezensur korrigiert die Wirklichkeit", in Ost-Probleme, 8.Jg. Nr.24, S.833.

3) W.I.Lenin in: Grosse Sowjetische Enzyklopädie, Bd.1, S.295.

4) Die Allgemeine Publizistik deutet den Begriff der Agitation als scharf angreifende, rücksichtslos kämpfende, zersetzende und überwältigende Form der Propaganda, die meist in zeitlich begrenzten und geschlossenen Kampfhandlungen sich abwickelt. (nach Emil Dovifat) In diesem Sinne wird der Begriff im Folgenden verwendet.

5) Alex Inceles: Public Opinion in Soviet Russia. A Study in Mass Persuasion. Cambridge (USA) 1950, S.39.

6) "Nachrichten sind Mitteilungen über neue, im Daseinskampf des Einzelnen und der Gesellschaft auftauchende Tatsachen." Emil Dovifat in Zeitungslehre. Bd.1, Berlin 1955, S.52.

7) ebenda S. 98.

8) vgl. "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" vom 7. Oktober 1949.

9) vgl. Artikel 50 der Verfassung.

10) vgl. Artikel 5 der Verfassung.

11) vgl. Artikel 9 der Verfassung.

12) Nach sowjetischer Auffassung sind zu unterscheiden: Die bürgerliche Demokratie, die durch die Entwicklung der ökonomischen Basis überlebt ist, und die sozialistische Demokratie, die sich mit dem Begriff der bolschewistischen Diktatur deckt.
"Ich muss zugeben, dass der Entwurf der neuen Verfassung tatsächlich das Regime der Diktatur der Arbeiterklasse aufrecht erhält, ebenso wie er die jetzige führende Stelle der kommunistischen Partei der UdSSR unverändert beibehält." Stalin: Die Stalinsche Verfassung. Ostberlin 1950, S. 33 f.

13) Prawdin: Verstehen wir die Sowjets? Hamburg 1955, S.5.

14) Es würde den Rahmen der Arbeit sprengen, sich mit den Lehren des Marxismus kritisch auseinanderzusetzen. Deshalb soll hier nur eine Umrisskizze des gedanklichen Systems gegeben werden, in der die für das publizistische Wirken wichtigen Punkte sinnvoll markiert werden können.

15) Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1956, S.144.

16) vgl. Shdanow: Die Parteimässigkeit der Philosophie. Moskau 1932, S.20.

17) Stalin: Fragen des Leninismus. Berlin 1951, S.648 ff.

18) ebenda

19) Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus. Berlin 1952, S. 158 und S. 165.

20) F.Chaßchatschich: Über die Erkennbarkeit der Welt. Berlin 1949 S. 47 f.

21) Engels lehrt, dass "die jedesmalige Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise... zu erklären sind." Friedrich Engels: a.a.O., S.30.

22) "Die objektiven fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Mass auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."
Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften. Bd.2, Moskau 1950, S. 141 f.

23) "Wir müssen jetzt allmählich dazu übergehen, die Dinge etwas tiefer wissenschaftliche zu studieren. Es ist notwendig, dass die Presse hilft bei der Entwicklung der neuen, fortschrittlichen Kultur, dass die Presse über die Fortschritte in der SU, über die Lehren des Kampfes gegen den Formalismus, Kosmopolitismus in der Sowjetunion berichtet."
Walter Ulbricht: Die politische Lage und die Aufgaben der Parteipresse. (Kühner vorwärts zu einer Presse von neuem Typus. Schriftenreihe für den Parteiarbeiter. H.4) S. 9 f.

24) Hans Meergans: Die Anwendung einiger Lehren der politischen Ökonomie auf die Publizistik. in Neue Deutsche Presse, Nr.6, 1951, S.7.

25) Wilhelm Eildermann: Die Lehren aus Stalins Werk "Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" für die Pressearbeit und die Zeitungswissenschaft (in Schriftenreihe für journalistische Schulung. Heft:7, Berlin 1953) S.34.

26) Diese Kontrolle üben aus: Die Abteilung Agitation-Presse-Rundfunk im ZK der SED, das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Bezirks-, und Kreisleitungen der SED sowie die zentralen und regionalen Vorstände der bürgerlichen Parteien.

vgl. auch: ++++ :Die Presse der sowjetischen Besatzungszone. In Handbuch der Deutschen Presse. Berlin 1956, S. 84 f.

27) Unter sozialistischer Publizistik soll hier die Presse der Sozialdemokratie und der Kommunisten verstanden werden.

28) Die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Masssenführung der Sowjetunion und Nationalsczialismus sowie die zwischen Faschismus und Nationalsozialismus sollen hier unberücksichtigt bleiben.

29) Die ersten Zeitungen der SBZ wurden 1945 unter der Lizenz der Sowjetischen Militäradministration gegründet. Das Monopol der Filmindustrie liegt in den Händen der DEFA, die im Mai 1946 gegründet wurde und deren Aktien damals zu 51 % in den Händen des sowjetrussischen Unternehmens "Sovexport" lagen.

30) Karl Marx (1818 - 1883) wurde 1842 Redakteur dieser 1842 gegründeten Zeitung. Marx scheiterte, die Zeitung wurde 1843 verboten. Er gründete 1848 die "Neue Rheinische Zeitung."

31) Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lasalle.

32) "Hamburger Echo" - "Vorwärts", Berlin - "Frankfurter Volksstimme" - "Leipziger Volkszeitung"

33) Renate von Fischer-Loszainen: Der historische Materialismus
34) als Masstab für die deutsche Aussenpolitik in der sozialdemokratischen Tagespresse von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zur Bewilligung der Kriegskredite. Phil.Diss. Leipzig 1933, S.9

35) vgl. Karl Bittel: Lehren von Marx und Lenin für Journalisten. In Neue Deutsche Presse. Dezember 1951, S. 5 ff.

36) SPD-Pressedienst (Bruno Schoenlank)
Korrespondenz d. Wahlkomitees (Carl Hirsch 1877)
Pressebüro des Parteivorstandes
Sozialdemokratische Parteikorrespondenz gegr. 1906
Pressebüro der SPD gegr. 1907

37) Oelßner, Fred, Mitglied des Politbüros und des ZK der SED. Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der SED "Die Einheit".

38) vgl. S. 39 f.

39) Fred Oelßner: Über die Verbesserung der Arbeit von Presse und Rundfunk. Berlin 1953, S. 28.

40) "Wir werden die Aktualität nur erhöhen können, wenn die politische Reife der Korrespondenten zunimmt, die neben einer umfassenden Allgemeinbildung politische Erfahrung sowie hohe fachliche Kenntnisse erfordert. Unsere Technik der Nachrichtenübermittlung muss verbessert werden, und die Arbeitsweise des Apparates hat viele Züge von Bürokratismus." Horst Sindermann: Objektivität und Aktualität in der Presse. In Einheit Nr.1, 1957, S. 101

41) vgl. Ludwig Kantorowicz: Die sozialdemokratische Presse Deutschlands. Tübingen 1922, S.7.

42) vgl. v.Fischer-Loszainen: a.a.O., S. 35

43) ebenda

44) Axen, Hermann, Mitglied des ZK der SED, Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin.

45) Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S. 24.

46) Rudi Wetzel, 1. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Presse.

47) Neue Deutsche Presse 1 (4), 1953, S. 1 f.

48) vgl. Emil Dovifat: Die Zeitungen. (Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer. Bd.III, Gotha 1925) S.35.

49) Lensch, Dr. Paul, Staatswissenschaftler, übernahm 1902 die Redaktion der "Leipziger Volksstimme", wurde 1912 in den Reichstag gewählt und war später Chefredakteur der "Deutschen Allgemeinen Zeitung".

50) vgl. Ludwig Kantorowicz: a.a.O., S. 77 ff.

51) KPD, Kommunistische Partei Deutschlands, am 30.12.1918 gegründet.

52) vgl. Zitat Rudi Wetzel, S. 13.

53) "Die sozialdemokratische Zeitung hat von vornherein ihre fehlende Aktualität durch parteitheoretische Darstellungen zu ersetzen versucht. Sie hat sich aber damit selbst die Möglichkeit genommen, agitatorisch wirksam in die Kreise zu kommen, ... die, wie die intellektuellen Kreise, ein besonderes Bedürfnis nach aktueller Berichterstattung hatten."
Ludwig Kantorowicz: a.a.O., S.10

54) 13.1.1919
55) 2.1.1919

56) s. S. 111 ff.

57) 21.4.1946

58) Carl Hirsch: Die Parteipresse. Leipzig 1876, S.3.

59) Rudolf Herrnstadt, nach 1945 zunächst Chefredakteur der "Berliner Zeitung", seit 1.5.1949 des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland". Seit 24.7.1950 Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros. Am 26.7.1953 wegen "parteifeindlicher Fraktionsbildung" aus dem ZK und dem Politbüro ausgeschlossen.

60) Rudolf Herrnstadt: Die Erziehung der Redakteure einer Presse von neuem Typus. In: Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S.35.

61) Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1939, S. 424.

62) Dietrich Schmidt: Über den Begriff der Öffentlichen Meinung. (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, H.7, Berlin 1953) S. 161.

63) "An die Stelle der einen und allgemeingültigen Wahrheit, die für eine imaginäre allgemeine Menschheit dasein soll, tritt die "organische Wahrheit", die aus dem Blut einer Rasse hervorwächst und nur für diese Rasse gilt. Diese organische Wahrheit wird nicht vom Intellekt erdacht und entwickelt, sie besteht nicht in einem vernunftmässigen Wissen, sie ist im "geheimnisvollen Zentrum der Volks- und Rassenseele" vorhanden, sie ist für den Germanen im nordischen Blutstrom von Anbeginn gegeben: "Das letztmögliche 'Wissen' einer Rasse liegt schon in ihrem ersten religiösen Mythus eingeschlossen"... Nach Klarheit strebt das Denken, Magie betreibt man im Halbdunkel."
Victor Klemperer: LTI. Berlin 1949, S. 109

64) "Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein.. Je bescheidener ihr wissenschaftlicher Ballast ist und je mehr sie ausschliesslich auf das Fühlen der Masse Rücksicht nimmt, umso durchschlagender der Erfolg... Gerade darin... liegt die Kunst der Propaganda, dass sie die gefühlsmässige Vorstellung der grossen Massen begreifend in psychologisch richtiger Form.. den Weg zur Aufmerksamkeit und weiter zum Herzen der grossen Masse findet... Die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen auf dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Massen beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einem sie beseelenden Fanatismus."
Adolf Hitler: Mein Kampf. München 1932, S. 197 f.

65) vgl. Ernst Krieck: Nationalpolitische Erziehung. Leipzig 1932, S. 37 ff.

66) v.Svetlov-T.Ojzerman in: G.A.Wetter: Der dialektische Materialismus. Freiburg 1952, S. 281 f.

67) vgl. Zitat Meergans S. 8

68) Bei Sondermeldungen aus dem Seekrieg: Refrain des Liedes "Heute wollen wir ein Liedlein singen" (Löns). Bei Sondermeldungen vom Kriegsschauplatz in Frankreich: Refrain des Frankreichliedes (Herms Niel). Bei Sondermeldungen vom Kriegsschauplatz in Russland: Takte aus "Le Prélude" (Liszt).

69) vgl. S. 9

70) vgl. S. 29

71) Eine solche Generalreinigung wurde beispielsweise am 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 vorgenommen, als der Parteisekretär Chrustschew die Fehler Stalins brandmarkte.

72) Nachrichtenschock, vgl. Emil Dovifat: Publizistik. In Sonderabdruck aus "Universitas Litterarum" Lieferung 5, S. 333.

73) Näheres über Hennecke-Bewegung s. S. 58 ff.

74) Näheres über künstlich geschaffene Aktionen s. S. 58 ff.

75) Otto Groth: Die Zeitung. Mannheim 1928, Bd.1, S. 173.

76) "Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da. Wenn einer lange genug für heldisch und tugendhaft: fanatisch sagt, glaubt er schliesslich wirklich, ein Fanatiker sei ein tugendhafter Held, und ohne Fanatismus könne man kein Held sein."
Victor Klemperer: a.a.O., S. 21.

77) Entnommen der Sammlung "Geheimverordnungen des Propagandaamtes" im Publizistischen Institut der Freien Universität Berlin.

78) Näheres über Schlagwortprägung s. S. 105

79) mit Ausnahme einiger Zeitungen befreundeter Nationen. z.B. Italien.

80) Josef Goebbels: Bolschewismus in Theorie und Praxis. München 1937, S. 5.

81) Näheres über Lügentechnik der SBZ s. S. 85 ff.

82) Gründungsdaten der Sowjetzonenpresse nach 1945:
15.5.1945 "Tägliche Rundschau",
21.5.1945 "Berliner Zeitung",
13.6.1945 "Deutsche Volkszeitung", Org. d. KPD
7.7.1945 "Das Volk", Org. d. SPD
22.7.1945 "Neue Zeit", Org. der CDU
3.8.1945 "Der Morgen", Org. der LDP
23.4.1946 "Neues Deutschland", Org. d. SED

83) Auf der 1. Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950 wurde beschlossen, die Struktur der Redaktionen in den SED-Zeitungen dem Vorbild der "Prawda" anzupassen.
"Dieses Strukturschema ist von der Struktur der bürgerlichen Redaktionen wesentlich verschieden. Für die bürgerliche Presse der kapitalistischen Welt steht im Mittelpunkt der gesamten Arbeit die Nachrichtengebung. Im Konkurrenzkampf der kapitalistischen Presse siegt die Zeitung, die bei der Jagd um die neuesten, sensationellsten Nachrichten um eine Nasenlänge voraus ist. Deshalb ist das Herz der kapitalistischen Presse die Nachrichtenredaktion oder die sogenannte politische Redaktion. Die Presse der Partei neuen Typus stellt sich ganz andere Aufgaben. Sie will die werktätigen Massen erziehen, die Erfahrungen ihrer Arbeit verbreitern, ihr politisches Bewusstsein heben, sie zum revolutionären Handeln führen. Dementsprechend ist die organisatorische Struktur ihrer Redaktionen von der der bürgerlichen Redaktionen verschieden. Bei ihr gibt es nicht länger eine politische oder Nachrichtenredaktion, sondern das Hauptgewicht liegt auf den verschiedenen Abteilungen (Parteileben, Propaganda, Wirtschaft, Landwirtschaft, Kulturpolitik, Volkskorrespondenten und Leserbriefe, Kader) welche die gesamten Aufgaben ihres Gebietes - auch die Nachrichten - bearbeiten. Das Redaktionssekretariat, dessen Leiter der stellvertretende Chefredakteur ist, plant die laufende Nummer, koordiniert die Arbeit der Abteilungen entsprechend dem Arbeitsplan und trägt die Verantwortung für die Herstellung der laufenden Nummer bis zu ihrem Ausdruck."
Rudi Wetzel: Redaktion "Landeszeitung" überwindet ihre Schwächen. In Neuer Weg, Nr.3, 1951, S. 19.

84) "Wenn die 'Prawda' zum Sport Stellung nimmt, dann befasst sie sich beispielsweise mit dem Beschluss der KPdSU (B) zur Steigerung der sportlichen Leistungen und unterrichtet die Genossen über ihre Aufgaben. Diese Arbeit, von der Partei geleistet, hatte eine bedeutende Wirkung auf den Sowjetsport und machte ihn zu einem bedeutenden Faktor in der Weltfriedensfront."
Hans Jacobus: Aufgaben der Parteipresse in der Sportberichterstattung. In Neuer Weg. Jg. 1951, H.6, S.10.

85) vgl. Karl W.Fricke: Eine "Presse neuen Typus". In Deutsche Rundschau. H.10, 1952, S. 1036 ff.

86) Kurt Heiß, am 31.7.1956 als Leiter des Staatlichen Rundfunkkomitees abgelöst.

87) Kurt Heiß: Der deutsche demokratische Rundfunk auf neuer Grundlage. In Neues Deutschland, 16.9.1952.

88) Trotz der grossen Bedeutung, die die Volkskorrespondentenbewegung für die Publizistik der UdSSR und die SBZ hat, kann das Thema hier nur gestreift werden, da es über den Rahmen der Arbeit hinausgreifen würde.

89) vgl. Arthur Just: Die Presse der Sowjetunion. Berlin 1931, S. 72 ff.

90) vgl. I.W. Stalin: Werke. Bd.6, Berlin 1952, S. 235

91) I.S.Swawitsch: Presse und Verlagswesen in der UdSSR. Berlin 1948, S. 25.

92) "Unmöglich kann heute die Zeitungsabteilung 'Arbeiter- und Bauernkorrespondenz' noch als ein zuverlässiger Spiegel der öffentlichen Meinung selbst in den niederen Grenzen der zugelassenen Kritik gewertet werden. Auch dieser besonders gearteten Öffentlichkeit gegenüber besteht für die Rätezeitung keine moralische und sonstwie geartete Pflicht zur Publizität, wenn sie der Parteilinie nicht entspricht. Damit aber zerstört sich der Gedanke schliesslich selbst."
Arthur Just: a.a.O., S. 104.

93) vgl. Rudolf Herrnstadt: Die Erziehung der Redakteure einer Presse von neuem Typus. In Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S. 42 f.

94) "Gerade dadurch, dass die Volkskorrespondenten all das Neue in unserer Entwicklung sehen, durch ihre Kritik auf die Hemmnisse hinweisen, die diese Entwicklung aufhalten, machen sie unsere Parteizeitungen zu Organen, die der kapitalistischen Presse - die sich nur auf die Berichte der Nachrichtenbüros stützt - tausendfach überlegen. Und auf diese Weise ist zum ersten Mal die Forderung verwirklicht, dass die Presse die Öffentliche Meinung, die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck bringt."
Willi Köhler: Zur Entwicklung der VK-Bewegung. (Kühner vorwärts zu einer Presse von neuem Typus. Berlin 1951) S. 79.

95) vgl. I.W. Stalin: Die Presse als kollektiver Organisator. In Lenin-Stalin: Über Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Berlin 1951, S. 10 ff.

96) "Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator."
W.I. Lenin: Werke. Bd.1, Wien-Berlin 1928, S. 129.

"Die Presse ist die stärkste Waffe, durch sie spricht die Partei täglich, stündlich zur Arbeiterklasse in ihrer eigenen, ihr vertrauten Sprache. Andere Mittel, geistige Fäden zwischen der Partei und der Klasse zu ziehen, einen anderen so elastischem Apparat gibt es nun einmal nicht."
I.W. Stalin: Werke. Bd.5, Berlin 1952, S. 179.

"Sie (die Presse) formt die Anschauungen der Menschen, bringt ihnen übereinstimmende Gewohnheiten bei, bildet die öffentliche Meinung in dieser oder jener Frage, sie organisiert den Einsatz der Massen zur Erfüllung sowohl staatlicher als auch gesellschaftlicher Aufgaben."
Kalinin in: Über Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Berlin 1951, S. 65.

97) "Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Schulung und Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. In dieser Beziehung kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten allgemeinen Resultate zu überblicken."
I.W. Stalin: Die Presse als kollektiver Organisator. In Lenin-Stalin: Über Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Berlin 1951, S.12.

98) vgl. Rudolf Herrnstadt: Die Erziehung der Redakteure einer Presse von neuem Typus. In Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S.39 f.

99) Seit 1955 bestehen bei den Kreisleitungen der SED Kommissionen für Agitation. Sie sollen "Hilfsinstrumente .. zur Entwicklung einer umfassenden politischen Massenarbeit" sein.
vgl. Karl Zenker: Die Agitationskommissionen der Kreisleitungen - Hilfsinstrumente zur Führung der politischen Massenarbeit. In Neuer Weg, Jg.1956/57, S. 351.

100) W.I. Lenin: Über die Aufgaben der Presse. In: Lenin-Stalin: Über Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Berlin 1951, S. 5.

101) Wilhem Pieck: Die nächsten Aufgaben unserer Partei und unserer Parteipresse. In Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S. 4.

102) vgl. Leo Gruliow: The Soviet Press and Censorship. In Ost-Probleme, Jg. 1956, Nr.24, S.830.

103) Abteilung des Zentralkomitees der SED. Auf Anweisung Walter Ulbrichts wurde die Kompetenz dieser Abteilung 1951 erweitert. Ihr ist die gesamte Publizistik der Parteien und Massenorganisationen unterstellt. Sie übt ihren Einfluss auf die Presse der bürgerlichen Parteien indirekt über das Presseamt beim Ministerpräsidenten aus.

104) Die Presse der bürgerlichen Parteien erhält nur Monatspläne.

105) "Heute kann man nicht mehr sozusagen auf Grund der Tagesereignisse eine Zeitung zusammenbauen. Das geht heute nicht mehr. Wenn heute nicht jede Redaktion einen Plan hat... kann überhaupt keine gute Zeitung herauskommen."
Walter Ulbricht: Die politische Lage und die Aufgaben der Parteipresse. In Kühner vorwärts auf dem Wege zu einer Presse von neuem Typus. Berlin 1951, S.15.

vgl. auch: Hermann Axen in: Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. Berlin 1950, S.

vgl. auch: Fred Oelßner: Über die Verbesserung der Arbeit der Presse und des Rundfunks. Berlin 1953, S.34.

106) 7. und 8. März 1951

107) vgl. I.W. Stalin: Werke. Bd. 11, Berlin 1954, S. 25 ff.

108) vgl. Swawitsch: a.a.O., S. 28.

109) Näheres über "Selbstkritik s. S. 100.

110) Walter Ulbricht: Die politische Lage und die Aufgaben der Parteipresse. In Kühner vorwärts auf dem Wege zu einer Presse von neuem Typus. Berlin 1951, S. 10.

111) s. auch S. 1

112) N.G. Palgunow: a.a.O.

113) vgl. +++ : Pressezensur korrigiert die Wirklichkeit. In Ost-Probleme, Jg. 1956, Nr.24, S.833.

114) "Nur wenn völlige Klarheit darüber besteht, dass auch die Nachricht Klassencharakter besitzt, dass die Nachricht ein Mittel des Klassenkampfes ist, das der Klassengegner ebenso bewusst benutzt, wie wir es ausnutzen oder ausnutzen müssen, stossen wir zum Kern ... Es gibt keine Nachricht schlechthin... Das Charakteristische der Nachrichtenarbeit in den Ländern des Friedens und damit auch in der DDR ist das Suchen, Finden und Verbreiten der Wahrheit, die Entlarvung der Lüge und Verleumdung, die exakte vielseitige und schnelle Information der Bevölkerung über alle Gebiete des sozialen Aufbaues in den Staaten des Friedenslagers und über alle wichtigen Ereignisse in der Welt. Unsere Nachrichten haben die Arbeit des werktätigen Menschen, sein Leben zum Inhalt. In ihnen kommt der Werktätige zu Wort."
Kurt Olivier: Die Nachricht - Stiefkind der Redaktionen. In Neue Deutsche Presse. Jg. 1954, März, S.54

115) Otfried Arnold: Zur Diskussion über die Nachrichten. In Neue Deutsche Presse, Februar 1954, S. 6 ff.

116) vgl. Hermann Axen: Zur Verbesserung der Pressearbeit. In Kühner vorwärts auf dem Wege zu einer Presse von neuem Typus. Berlin 1951, S. 28 ff.

117) Otfried Arnold: a.a.O.

118) s. S. 6 f.

119) Näheres über die Verwendung der Zahl s.S. 108 ff.

120) Näheres über die Einbeziehung der privaten Sphäre s.S.106 f.

121) s.S. 51

122) s.S. 51

123) s.S. 44

124) "Neues Deutschland beansprucht den geringsten Zeilenraum für solche Nachrichten, im Durchschnitt 8 - 12 % des Raumes, der mit Nachrichten ausgefüllt ist. Auch die Bezirksausgaben der SED-Organe bringen sehr wenig Meldungen ohne Tendenz. "BZ am Abend" bringt sie am häufigsten.

125) s.S. 83 f. und S. 114 ff.

126) s.S. 84

127) "Der Werbeappell an die Liebe zu Kindern, an das elterliche Gefühl hat in Bild und Wort ausserordentlich grosse Möglichkeiten... Das spontane Interesse, welches die meisten Frauen bei der Betrachtung eines glücklichen Säuglings oder bei der Abbildung eines leidenden oder unglücklichen Kindes zeigen, sollte allen Werbern die dominante Stärke dieses Triebes vor Augen führen."
H.F.I. Kropff: Neue Psychologie in der neuen Werbung. Stuttgart 1951, S. 68

128) s. auch S. 111 f.

129) s. auch S. 29

130) Stimmen der polnischen Presse werden seit dem November 1956 nur noch sehr vorsichtig zitiert.

131) s. auch S. 33

132) vgl. S. 5 f.

133) "Der Agitator muss jede Tatsache werten und sie in Verbindung mit den allgemeinen und aktuellen Aufgaben der Partei, der Klasse, bringe."
W.Kusmitschew: Für ein marxistisches Wissen um die Zeitung. In Just: a.a.O., S. 223,f.

134) "Der Leser will von seiner Zeitung allseitig informiert sein. Aber der Leser ist keine abstrakte Gestalt, sondern das sind Hunderttausende Menschen in verschiedener gesellschaftlicher Lage, in verschiedenem Alter, mit ganz verschiedenen Interessen. Und jeder erwartet, dass die Zeitung auch für ihn etwas bringt... Vor allem müssen unsere Zeitungen bemüht sein, entsprechend ihrem Verbreitungsgebiet alle Bevölkerungsschichten zu berücksichtigen."
Fred Oelßner: Über die Verbesserung der Arbeit der Presse und des Rundfunks. Berlin 1953, S. 14.

135) s.S. 27 f.

136) Diese Begriffe aus der Heerführung werden in übertragenem
137) Sinne von den Funktionären der SED häufig benutzt. Der Duden der SBZ erklärt "Strategie" als "Bestimmung der grossen Ziele politischen Handelns", Taktik als planmässiges Verhalten".
vgl. Duden. Leipzig 1951, S. 395 und 401

138) Bruno Kalnins: Der sowjetische Propagandastaat. Stockholm 1956, S.22.

139) Näheres über vorbereitete Aktionen s. S. 58 ff.

140) s. Anmerkung 96

141) Es gibt allerdings in der SBZ einige kirchliche Wochenblätter, die nicht in das System der Massenbeeinflussung eingeschaltet sind. Sie sind deshalb häufig der Beschlagnahme ausgesetzt.

"Glaube und Heimat" - evangelisches Sonntagsblatt f. Thüringen
"Die Kirche" - evangelische Wochenzeitung
"Mecklenburgische Kirchenzeitung" - evangelisch-lutherisches Sonntagsblatt
"Potsdamer Kirche" - Sonntagsblatt f.evangelische Gemeinden i.d.Mark Brandenburg

"Der Sonntag" - Kirchliches Gemeindeblatt f. Sachsen
"St. Hedwigsblatt" - Katholisches Kirchenblatt im Bistum Berlin
"Tag des Herrn" - Katholisches Kirchenblatt

142) Der Austausch von Wochenschauberichten zwischen Ost und West ist seit dem September 1955 möglich. Laut Vertrag dürfen dabei weder Bild- noch Titelfälschungen vorgenommen werden.

143) "Die Wochenschau und der Dokumentarfilm sind besonders dazu berufen, durch die filmische Wiedergabe der Tatsachen des Neuen, Gesunden, Aufwärtsstrebenden das Kraftbewusstsein der Volksmassen zu festigen, die Wahrheit über den sozialistischen Aufbau in der DDR zu verbreiten, die, wie Genosse Walter Ulbricht sagte, revolutionären Umwälzungen in Stadt und Land seit 1945 einprägsam und überzeugend den Massen zu vermitteln."
Hermann Axen: Über die Fragen der fortschrittlichen Filmkunst. In Heinz Kersten: Das Filmwesen in der SBZ. (Bonner Berichte. Bonn 1954) S.12.

"Ihre Pflicht gegenüber dem Volk konnte die DEFA-Wochenschau aber nur erfüllen, weil sie sich abwandte von dem Stil der Wochenschauen in den kapitalistischen Ländern, ja, weil sie einen in der Geschichte des neuen Films völlig neuen Weg beschritt ... Der Übergang zu der parteilichen und kämpferischen Haltung, die der Augenzeuge heute einnimmt, war das Ergebnis eines langen und schwierigen Prozesses."
Günter Klein: Auf neuen Wegen. In Heinz Kersten: a.a.O.

144) Funktionär der "revolutionären Gewerkschaftsopposition" (1926). 1947 Besuch der SED-Parteischule in Meerane mit Abschlussarbeit über das Thema: "Stachanow - ein russisches Vorbild für den deutschen Arbeiter". Daraufhin von Oberst Tulpanow als Initiator der deutschen Stachanow-Bewegung ausersehen. Seine Leistung erfolgte nach technischer Vorbereitung in einem günstig gelegenen Stollen.

145) Wenn hier "Neues Deutschland" als Quelle herangezogen wird, so deshalb, weil die Berichterstattung über diese Aktion hier am konsequentesten durchgeführt worden ist.

146) Die Beispiele sind dem "Neuen Deutschland" entnommen. Die Hauptüberschriften sind jeweils unterstrichen.

147) Ähnliche grammatische Fehler sind vor allem in den SED-Parteizeitungen häufig anzutreffen. Sie zeigen, wie schlecht die Blätter redigiert sind.

148) Es sind jeweils die Überschriften der Nachrichten aus der "Berliner Zeitung" zitiert.

149) s. auch S. 47 f. und S . 113

150) Diese Aktion erwies sich allerdings als Fehlschlag, wie die Ereignisse am 17. Juni 1953 zeigten. s.S. 114 ff.

151) s. auch S. 93 f.

152) "Bevor die Massenführer die Macht in die Hände bekommen, die Wirklichkeit ihren Lügen anzugleichen, zeichnet sich ihre Propaganda durch eine bemerkenswerte Verachtung für Tatsachen überhaupt aus. In dieser Verachtung drückt sich bereits die Überzeugung aus, dass Tatsachen nur von dem abhän-

gen, der die Macht hat, sie zu etablieren."
Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955, S. 557 f.

153) s. auch S. 101

154) Es sei hierbei an die Berichterstattung des Nationalsozialismus erinnert, die gleichfalls minutiöse Angaben machte, wenn sie die überraschenden Unternehmungen Hitlers meldete. Die militärischen Aktionen hatten sogar eine typische Startzeit (5,45 Uhr), die in den Bericht übernommen wurde.

155) Wilhelm Eildermann: Das Redigieren und die literarische Korrektur des Zeitungsmaterials (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, H. 6) S. 22.

156) s. auch S. 87

157) Wilhelm Eildermann: Das Redigieren und die literarische Korrektur des Zeitungsmaterials. (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, H. 6) S. 24.

158) s. auch S. 68 ff.

159) s. auch S. 58 ff.

160) s. Tabelle "Sprachliche Übersteigerung"

161) "Vom Mob, dem ja die totalitären Führer der Zeit noch selbst entstammten, hat die totalitäre Propaganda gelernt, dass sie in das Zentrum der Agitation immer das stellen muss, was die öffentliche Meinung und die Propaganda der Parteien jeweils mit Schweigen übergehen, wobei die objektive Bedeutung der gewählten Themen ganz unberücksichtigt bleiben kann... Noch im engsten Zusammenhang mit dieser Mentalität wählt totalitäre Propaganda ihre Themen erst einmal nach den Kriterien polititscher Hintertreppengeheimnisse. Solch anrüchig interessanten Ruf konnten im Lauf der Geschichte Organisationen erworben haben, die aus Gründen sehr rationaler politischer Zweckmässigkeit im Dunkeln arbeiten mussten, wie der britische Intelligence Service und das französische Deuxième Bureau, oder revolutionäre Verbände, die notwendiger Weise konspirativ arbeiteten, wie die Anarchisten und andere terroristische Gruppen; oder Vereine, die sich ursprünglich auf ein Geheimnis gegründet hatten, das inzwischen längst bekannt und in einem formalen Ritual erstarrt war, wie die Freimaurer; oder bestimmte Gesellschaften, um die jahrhundertealter Aberglaube ein Netz schauriger Legenden gewoben hatte, wie die Jesuiten und Juden. Die Nazis haben, bevor sie sich auf die Juden konzentrierten, alle diese Themen ausprobiert, während die bolschewistische Propaganda, weniger instinktsicher und dafür origineller, sich nur graduell diese Art Thematik zu eigen machte. Immerhin hat bolschewistische Propaganda seit der Mitte der dreissiger Jahre mit einer geheimen Weltverschwörung gegen die Sowjetunion nach der anderen gearbeitet, von den Trotzkisten über die Herrschaft der 300 Familien zu den Verschwörungen imperialistischer Geheimdienste, der "Kosmopoliten" und "Wallstreets".
Hannah Arendt: a.a.O., S. 557 f.

162) s. auch S. 68 ff.

163) s. auch S. 48 ff.

164) s. Anmerkung 152

165) Soweit das die Sperrmassnahmen gegen die Einfuhr westlicher Zeitungen und die Störungen westlicher Rundfunksendungen überhaupt erlauben.

166) Organ der Bezirksleitung Potsdam der SED

167) S. auch S. 30

168) s. auch S. 86 ff.

169) Näheres über Ereignisberichterstattung vom 17. Juni 1953 S. 114 ff.

170) Napoleon nach dem Rückzug aus Russland: 29. Bulletin, am 3.12.1812: "Jamais l'empereur ne s'est mieux porté." Hitler bei Unruhen und Aufständen gegen das national-sozialistische Regime: "Studenten und andere halbwüchsige Elemente...", bei militärischen Niederlagen: "Planmässige Frontbegradigungen."

171) Wilhelm Eildermann: a.a.O. Anmerkung 157, S. 21

172) vgl. Hannah Arendt, Anmerkung 161

173) "Neues Deutschland" 8.12.1955

174) "BZ am Abend" 14.6.1955

175) "Freiheit" 26.8.1956

176) "Neues Deutschland" 26.8.1956

177) "Neues Deutschland" 8.12.1955

178) s. auch S. 108 ff. und S. 127 f.

179) s. auch S. 45 ff.

179a) Organ des Bundesvorstandes des FDGB

180) s. auch S. 58 ff.

181) s. auch S. 84 f.

182) s. S. 13 f.

183) s. auch S. 58 ff.

184) Treffen der Angehörigen der ehemaligen "Bärendivision" (Panzerdivision der deutschen Wehrmacht im 2.Weltkrieg)

185) vgl. "Neues Deutschland" 30.8.1952

186) Chefredakteur der "Bremer Nachrichten", wurde im Dezember 1951 ermordet.

187) s. auch S. 65 ff.

188) s. S. 114 ff.

189) s. S. 127

190) Der sogenannte Personenkult Stalins wurde jedoch am XX. Parteitag der KPdSU, im Februar 1956, verdammt.

191) s. auch S. 82

192) s. auch S. 72

193) vgl. S. 4

194) Heinrich Hoffmann: Jugend um Hitler.

195) s. Abbildung S. 103

196) s. auch S. 80 ff.

197) Es handelt sich um den Finanzsenator von Westberlin.

198) s. Tabelle "Sprachliche Übersteigerung"

199) s. Abbildung S. 105a

200) s. auch S. 79 f.

201) vgl. "Neues Deutschland" 8.12.1955

202) Es handelt sich um den Prozess gegen sieben Angehörige der US-Armee, die am 9.Juli 1956 in Bamberg ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt hatten.

203) s. auch S. 86 ff.

204) s. auch S. 89 f.

205) vgl. Victor Klemperer: a.a.O., S. 212 ff.

206) vgl. Hannah Arendt: a.a.O., S. 557.

207) s. Abbildung S. 112.

208) Gefundene Kartoffelkäfer als Beweis für Käferabwürfe durch amerikanische Flugzeuge. Waffen in westdeutschen Geschenkpaketen als Beweis für den Missbrauch von Liebesgabensendungen. Stromsperren als Beweis für Sabotageakte.

209) vgl. "Berliner Zeitung" 24.4.1956

210) s. Abbildung S. 117.

211) s. S. 79 f.

212) s. Abbildung S. 117; "Bekanntmachung der Regierung".

213) ebenda, vgl. auch S. 86 ff.

214) ebenda, vgl. auch S. 90 ff.

215) s. S. 45 f.

216) "Berliner Zeitung" 18.6.1953: "Nicht von Provokateuren missbrauchen lassen.

217) ebenda

218) s. S. 111 f.

219) s. S. 87

220) Schon aus dem Gebrauch des Wortes "Faschisten" für die Nationalsozialisten geht hervor, dass die Quelle kommunistisch ist.

221) s. Tabelle "Sprachliche Übersteigerung"

222) s. S. 79 f.

223) s. S. 76 f.

224) s. Tabelle S. 85.

225) s. S. 49 f.

226) s. S. 45

227) s. S. 110

228) s. S. 46 ff. und S. 81 f.

229) s. S. 47 f.

230) s. S. 36

231) s. S. 105 f.

232) s. S. 1 f.

233) "Das Entscheidende in einer Demokratie ist der Grundsatz, Streitfragen durch das Volk entscheiden zu lassen, nachdem es alle Ansichten gehört hat."
Sir William Haley K.C.M.G.: Verantwortung und Aufgabe des Rundfunks. Zwei Vorträge an der Universität Bristol, 11. und 12. Mai 1948, herausgegeben von Hugh Carleton Green für den NWDR, Hamburg 1948

234) s. Anmerkung 6

235) vgl. Emil Dovifat: Publizistik. In Sonderabdruck aus 'Universitas Litterarum'. Lieferung 5, S. 332.

236) s. Zitat Meergans S. 8

237) Emil Dovifat: Freiheit und Zwang in der politischen Willensbildung. In Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York. Berlin 1953, S. 34

238) s. Anmerkung 96.

## L i t e r a t u r


Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/M. 1955.

Arnold, Otfried: Zur Diskussion über Nachrichten. In Neue Deutsche Presse, 1954, Heft 2.

Bittel, Karl: Lehren von Marx und Lenin für Journalisten. In Neue Deutsche Presse, Juni 1951

Bochenski, I.M.: Der sowjetrussische dialektische Materialismus. Berlin 1950

Chaßchatschich, F.: Über die Erkennbarkeit der Welt. Berlin 1949.

Dovifat, Emil: Zeitungslehre. Bd. 1 u. 1, Berlin 1955.

Dovifat, Emil: Die Zeitungen. Gotha 1925

Dovifat, Emil: Freiheit und Zwang in der politischen Willensbildung. In Veritas, Justitia, Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York. Berlin 1953.

Eildermann, Wilhelm: Das Redigieren und die literarische Korrektur des Zeitungsmaterials. (Schriftenreihe für journalistische Schulung, Heft 6).

Eildermann, Wilhelm: Die Lehren aus StalinsWerk "Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" für die Pressearbeit und die zeitungswissenschaftliche Arbeit. (Schriftenreihe für journalistische Schulung, Heft 7).

Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In Marx-Engels: Gesamtausgabe, Moskau 1950.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1952

Grosse Sowjetische Enzyklopädie. Bd. 1, Moskau 1952

Fischer-Loszainen, Renate v.: Der historische Materialismus als Massstab für die deutsche Aussenpolitik in der sozialdemokratischen Tagespresse von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zur Bewilligung der Kriegskredite. Phil. Diss. Leipzig 1933.

Fricke, Karl W.: Eine "Presse neuen Typus" in der Sowjetunion. In Deutsche Rundschau, 1952, Heft 10.

Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. München 1944.

Goebbels, Joseph: Bolschewismus in Theorie und Praxis. München 1937.

Groth, Otto: Die Zeitung. Bd. 1, Mannheim/Leipzig/Berlin 1928.

Hagemann, Walter: Publizistik im Dritten Reich. Hamburg 1948

Sir William Haley K.C.M.G.: Verantwortung und Aufgabe des Rundfunks. Hamburg 1948.

Heiß, Kurt: Der deutsche demokratische Rundfunk auf neuer Grundlage. In Neues Deutschland 16.9.1952

Hirsch, Karl: Die Parteipresse. Leipzig 1876

Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1932

Jacobus, Hans: Aufgaben der Parteipresse in der Sportberichterstattung. In Neuer Weg, 1951, Heft 6.

Inceles, Alex: Public Opinion on Soviet Russia. A Study in Mass Persuasion. Cambridge (USA) 1950.

Just, Arthur: Die Presse der Sowjetunion. Berlin 1931

Kalnins, Bruno: Der sowjetische Propagandastaat. Stockholm 1956.

Kantorowicz, Ludwig: Die sozialdemokratische Presse Deutschlands. Tübingen 1922.

Kersten, Heinz: Das Filmwesen in der SBZ. (Bonner Bericht, Bonn 1954)

Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. Berlin 1949.

Klimow, Gregory: Berliner Kreml. Köln/Berlin 1952

Krausz, Georg: Die theoretisch-propagandistische Arbeit der sozialistischen Presse. (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, Heft 3).

Krieck, Ernst: Nationalpolitische Erziehung. Leipzig 1932.

Kropff, H.F.I.: Neue Psychologie in neuer Werbung. Stuttgart 1951.

Kurth, Karl und Hollmann, Wolfgang: Die Wirkungsgesetze der Presse.

Lenin, W.I.: Materialismus und Empiriokritizismus. Berlin 1952.

Lenin, W.I.: Werke. Bd. 1, Wien/Berlin 1928.

Lenin-Stalin: Über Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Berlin 1951.

Lüddecke, Theodor: Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung. Hamburg o.J.

Marion, George: Kriegspresse Halt! Berlin 1956.

Oelßner, Fred: Über die Verbesserung der Arbeit der Presse und des Rundfunks. Berlin 1953.

Meergans, Hans: Die Anwendung einiger Lehren der politischen Oekonomie auf die Publizistik. In Neue Deutsche Presse, Juni 1951.

Olivier, Kurt: Die Nachricht - Stiefkind der Redaktionen. In Neue Deutsche Presse, 1954, Heft 3.

Prawdin: Verstehen wir die Sowjets? Hamburg 1955.

N.N. Pressezensur korrigiert die Wirklichkeit. In Ost-Probleme, 8. Jg., Nr. 24.

N.N. Die Presse der Sowjetischen Besatzungszone. In Die Deutsche Presse, 1956, Berlin.

Satjukow, P.A.: Die bolschewistische Presse. (Marxismus-Leninismus, Heft 9, Berlin 1956).

Schmidt, Dietrich: Die Tageszeitung als Mittel der Staatsführung. (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, Heft 7, Berlin 1953).

Unsere Presse - die schärfste Waffe der Partei. (Schriftenreihe für den Parteiarbeiter. Heft 3, Berlin 1951).

Kühner vorwärts auf dem Wege zu einer Presse von neuem Typus. (Schriftenreihe f. d. Parteiarbeiter, Heft 4, Berlin 1952).

Krausz, Georg: Die Arbeit der aussenpolitischen Redaktion. (Schriftenreihe f. journalistische Schulung, Heft 12).

Shdanow, A.: Die Parteimässigkeit der Philosophie. Moskau 1932.

Sindermann, Horst: Objektivität und Aktualität in der Presse. In Einheit, Heft 1, 1957).

Stalin, J.W.: Über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft. Berlin 1951.

Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus. Berlin 1951.

Stalin, J.W.: Werke. Bd.1, Berlin 1952

Stalin, J.W.: Unterredung mit einem Vertreter des "Rabotschi Korrespondent". In Werke Bd. 6, Berlin 1952.

Swawitsch, I.S.: Presse und Verlagswesen in der UdSSR. Berlin 1948.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1950.

Die Stalinsche Verfassung. Berlin 1950.

Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11.8.1919. Berlin 1929.

Weghorn, Erwin: ADN - Nachrichtenagentur oder reines Propaganda-Institut. In Zeitungsverlag und Zeitschriftenverlag, 1952, Nr. 5, 7, 9/10.

Wetter, Gustav A.: Der dialektische Materialismus. Freiburg 1952.

Wetzel, Rudi: Redaktion "Landeszeitung" überwindet ihre Schwächen. In Neuer Weg, 1951, Nr.3.

# L e b e n s l a u f

Am 19.8.1926 wurde ich als viertes Kind des Schneidermeisters Wilhelm Erfurt in Erfurt geboren. Ich besuchte von 1933 an vier Jahre die Grundschule, später die Königin-Luise-Schule, Oberschule für Mädchen sprachliche Form in Erfurt. Im März 1945 erhielt ich das Notabitur, da die Oberprima, der ich angehörte, seit Herbst 1944 im Kriegseinsatz stand. Nach Kriegsende nahm ich an einem Sonderlehrgang der Theo-Neubauer-Schule in Erfurt teil und bestand im März 1946 die Reifeprüfung.

Am 18. April 1952 liess ich mich an der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin immatrikulieren. Meine Studienfächer waren: Publizistik, Theaterwissenschaft, Psychologie und Germanistik.

Ich besuchte Vorlesungen und Seminare bei Prof. Dr. A l e w y n , Dr. A l l e m a n n , Prof. Dr. A l t e n b e r g , Dr. B a c h , Prof. Dr. D o v i f a t , Prof. Dr. F i s c h e r , Prof. Dr. K a n t h a c k , Prof. Dr. K n u d s e n , Prof. Dr. K r o h , Prof. Dr. K u n i s c h , Prof. Dr. L a n d m a n n , Prof. Dr. L u d w i g, Prof. Dr. L i e b e r , Prof. Dr. M a y , Dr. M ä r t i n , Prof. Dr. N e u m a n n , Dr. R a e c k , Dr. S c h w a n b e c k , Dr. S o d h i .

Die Anregung zu der vorliegenden Dissertation verdanke ich der Seminararbeit bei Herrn Prof. D o v i f a t , dem ich auch für die Überlassung des Themas zu danken habe. Für wertvolle Literaturhinweise danke ich Dr. H e r r m a n n , Berlin.